Kinder und Jug	jendliche in Nordrhein-Westfalen
Kommentierter [	Datenreport zum 8. Kinder- und Jugendbericht
der Landesregie	rung Nordrhein-Westfalen
Der Datenreport wurde im Auftr des Ministeriums für Schule, Jug des Landes Nordrhein-Westfaler	gend und Kinder
Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (Ruhr-Universität Bochum)	Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (Universität Dortmund)

## Bearbeitung:

Hans-Rainer Burisch im Auftrag der Ruhr-Universität Bochum,

Barbara Erbslöh Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung

Sabine Reichertz

Christoph Weischer

Sandra Fendrich Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/

Jens Pothmann Universität Dortmund,

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik Matthias Schilling

# Inhalt

	Vorbemerkung	5
I.	Sozialstrukturelle Grunddaten	
	Ruhr-Universität Bochum, Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung	
1.	Kinder und Jugendliche in der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens	7
2.	Jugendliche und junge Erwachsene – Ausbildung, Beschäftigung	
	und Arbeitslosigkeit	17
2.1	Ausbildung	. 17
2.2	Beschäftigung und Arbeitslosigkeit	28
3.	Kinder und Jugendliche und ihre Familien	37
4.	Kinder und Jugendliche mit Bezug Existenz sichernder Hilfen	47
5.	Kinder und Jugendliche in schulischer Ausbildung	
5.1	Allgemeinbildende Schulen	
5.2	Berufliche Schulen	77
6.	Schulische und berufliche Qualifizierungsstrategien der nordrhein-	
	westfälischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ihrem	
	biografischen und sozialen Kontext	
6.1	Ausbildungsphasen im Lebenslauf	
6.2	Schulische Qualifikation Jugendlicher und junger Erwachsener	
6.3	Berufliche Qualifikation Jugendlicher und junger Erwachsener	101
7.	Kinder, Jugendliche und Heranwachsende im Konflikt mit dem	
	Gesetz – Tatverdächtige und Verurteilte	103
II.	Daten zur Kinder- und Jugendhilfe	
	Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Universität Dortmund,	
	Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik	
8.	Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe	113
8.1	Die Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt	
8.2	Die Arbeitsfelder im Überblick	117
8.3	Die Landesförderung	
8.4	Methodische Hinweise	
9.	Kinder- und Jugendarbeit	
9.1	Strukturdaten im Überblick	
9.2	Das Maßnahmenspektrum zwischen Bildungs- und Freizeitangeboten	
9.3	Strukturmerkmale des Personals	
9.4	Methodische Hinweise	
10.	Jugendsozialarbeit	
10.1	Förderung im Landesjugendplan	
10.2	Ausbildungsmarkt und Fördermaßnahmen	
10.3	Methodische Hinweise	
11.	Tageseinrichtungen für Kinder	
11.1	Ausgaben-, Einrichtungs- und Platzzahlen	
11.2	Das Personal	
11.3	Methodische Hinweise	
12.	Hilfen zur Erziehung	
12.1 12.2	Ausgaben- und Fallzahlenentwicklung insgesamt	
12.3 12.4	Ambulante bzw. familienunterstützende und -ergänzende Leistungen	
12.4	Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit der Klientel	
12.5	Methodische Hinweise	
12.0 13.	Hoheitliche Aufgaben der Jugendhilfe	
13.1	Inobhutnahmen und Sorgerechtsentzüge	
13.1	Adoptionen	
13.2	Methodische Hinweise	
10.0	reduciscie illimeter	10)

# Vorbemerkung

Der kommentierte Datenreport für das Land Nordrhein-Westfalen beinhaltet

- statistische Grundlagen zur Situation von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien und
- Informationen über öffentliche Leistungen und Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe.

Mit diesem Angebot wird der Öffentlichkeit ein faktenreiches Nachschlagewerk zur Verfügung gestellt.

Das Konzept der Sozial-, Kinder- und Jugendberichterstattung wurde im Jahre 2000 auf Initiative des Jugendministeriums NRW entwickelt und kontinuierlich fortgeschrieben. Der Datenreport wird zusätzlich im Internet unter der Adresse www.jugendbericht.de/nrw veröffentlicht. Die Internetausgabe wird jährlich aktualisiert.

Für den nun vorliegenden 8. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung wurde das Konzept und das "Datengrundgerüst' gründlich überarbeitet. Erstmals werden auch alle dem Bericht zu Grunde liegenden, aber in der Druckversion nicht veröffentlichten Daten in Tabellenform im Internet bereitgestellt. Damit steht eine sehr umfangreiche und tief gegliederte Datensammlung online zur Verfügung.

Der Datenreport ist das Resultat einer Kooperation zwischen dem Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR) der Ruhr-Universität Bochum und der in den Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Universität Dortmund eingebetteten Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJ<sup>Stat</sup>).

Im ersten Teil analysiert ZEFIR sozialstrukturelle Basisdaten zu den Themen Demografie (Kap. 1), Familien mit Kindern (Kap. 3), Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation (Kap. 5, 2 und 6), Existenz sichernde Hilfen (Kap. 4) sowie Jugendkriminalität (Kap. 7). Der Schwerpunkt der Auswertungen liegt auf der Bildungs- und Ausbildungssituation von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden. Deren Analyse nimmt einen wesentlich breiteren Raum ein als in den bisherigen Berichten. Sie wird in Kapitel 6 vertieft, in dem Zusammenhänge zwischen schulischer und beruflicher Qualifikation und sozialer Herkunft untersucht werden.

Der zweite Teil des Datenbandes beinhaltet das seitens der AKJ<sup>Stat</sup> ausgewertete Zahlenmaterial zum Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Datengrundlagen sind hier neben Angaben zu Tageseinrichtungen für Kinder des Sozialpädagogischen Institutes NRW sowie Daten des Deutschen Bundesjugendrings zur Juleica (Jugendleiter/-innen-Card) und internen Daten des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder im Wesentlichen die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik. Neben dem Überblick über Strukturentwicklungen der Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen (Kap. 8) werden in den einzelnen Kapiteln Arbeitsfeldanalysen zu den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit (Kap. 9), Jugendsozialarbeit (Kap. 10), Tageseinrichtungen für Kinder (Kap. 11), Hilfen zur Erziehung (Kap. 12) sowie den hoheitlichen Aufgaben der Jugendhilfe (Kap. 13) durchgeführt.

Die Kapitel sind einheitlich aufgebaut: Am Anfang steht eine ausführliche Kommentierung des Themenfeldes. Dem schließen sich die zum Verständnis des Textes erforderlichen Definitionen und Hinweise zu den Quellen an.

Der vorliegende kommentierte Datenreport bietet so neben den inhaltlichen Darstellungen ausführliche Erläuterungen und Beschreibungen zum vorgelegten Zahlenmaterial, um damit auf Probleme der jeweiligen Datenquellen hinzuweisen und möglichen Fehlinterpretationen vorzubeugen.

Die Veröffentlichung beruht auf den verfügbaren statistischen Informationen zum Jahresende 2004. In der Regel sind dies Daten für die Berichtsjahre 2002 und 2003.

Danken möchten wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der statistikführenden Stellen für ihre Unterstützung bei der Erstellung dieses Datenbandes.

Bochum und Dortmund, im Februar 2005

# 1. Kinder- und Jugendliche in der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens

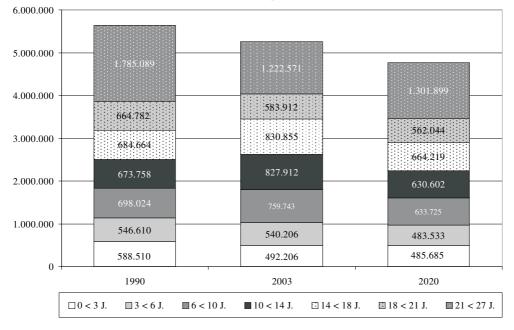
#### Kommentierung

Am 31.12.2003 leben 18.079.686 Menschen in Nordrhein-Westfalen. 51,3% der Bevölkerung sind weiblich, 10,9% haben ausschließlich eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit.

Bevölkerungsstruktur und Entwicklung

Die Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (unter 27 Jahre) beläuft sich auf 5.257.405 (vgl. Abbildung 1-1). Das entspricht einem Anteil an der Bevölkerung von 29,1% (vgl. Abbildung 1-2): 5,7% der Bevölkerung sind im Vorschulalter (0 bis unter 6 Jahre), 13,4% im Schulalter (6 bis unter 18 Jahre) und bei 10,0% handelt es sich um junge Erwachsene (18 bis unter 27 Jahre).

Abbildung 1-1: Bevölkerung nach ausgewählten Altersgruppen und Staatsangehörigkeit in Nordrhein-Westfalen; 1990, 2003 sowie 2020¹ (Angaben absolut)



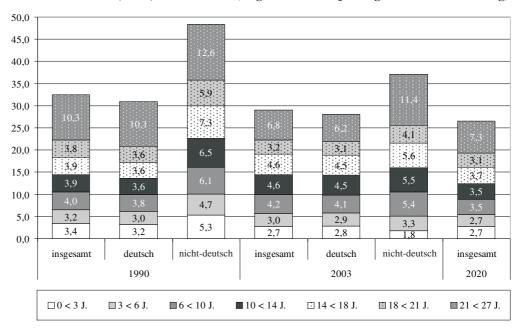
1 1990 und 2003 am 31.12.; 2020 am 01.01.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und Bevölkerungsprognose

Die nicht-deutsche Bevölkerung ist wesentlich jünger als die deutsche (vgl. auch Abbildung 1-3). 37,1% der Nicht-Deutschen, aber nur 28,1% der Deutschen sind Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsene (unter 27 Jahre). Dass unter den Jüngsten der Anteil Nicht-Deutscher – anders als zu erwarten – vergleichsweise gering ist, ist Folge des neuen Staatsbürgerschaftsrechts. So sind im Dezember 2003 9,8% der unter 6-Jährigen Nicht-Deutsche, 1990 waren es 14,3%. Von den 6- bis unter 18-Jährigen sind 13,3% Nicht-Deutsche, 1990 traf dies auf 15,6% zu. Wie sich die Anteile Nicht-Deutscher entwickeln werden, lässt sich wegen der Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts zurzeit nicht abschätzen.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Bevölkerungszahl kaum verändert (+3.331). Verluste (von bis zu -3%) sind dabei in den Altersgruppen unter 14 Jahre sowie in der Altersgruppe der 18- bis unter 21-Jährigen (vgl. Abbildung 1-4) zu verzeichnen. Zunahmen verbuchen die 14- bis unter 18-Jährigen und die 21- bis unter 27-Jährigen. Die Zahl der Personen in der Gruppe der 27-Jährigen und Älteren ist gegenüber dem Vorjahr (+0,1%) nur unwesentlich größer.

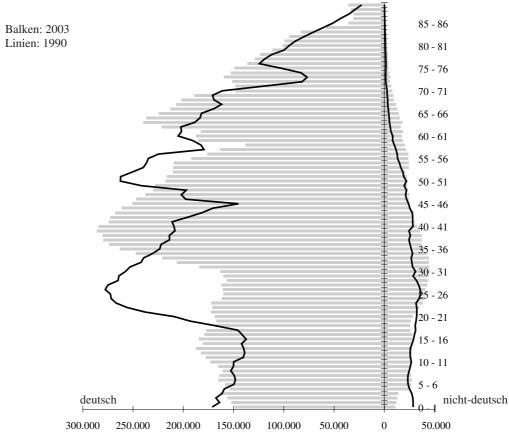
Abbildungen 1-2: Bevölkerung nach ausgewählten Altersgruppen und Staatsangehörigkeit in Nordrhein-Westfalen; 1990, 2003 und 2020¹(Angaben in % der jeweiligen Gesamtbevölkerung)



1 1990 und 2003 am 31.12.; 2020 am 01.01.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und Bevölkerungsprognose

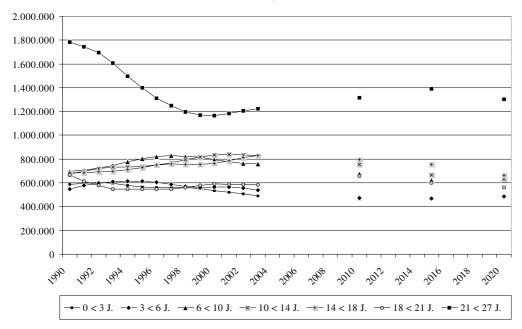
Abbildung 1-3: Bevölkerung nach Altersjahren und Staatsangehörigkeit<sup>1</sup> in Nordrhein-Westfalen; 31.12.1990 und 31.12.2003 (Angaben absolut)



1 Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts ab dem Jahre 2000

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und Bevölkerungsprognose

Abbildung 1-4: Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene 1990 bis 2003 sowie Prognose<sup>1</sup> für 2010, 2015 und 2020 in Nordrhein-Westfalen (Angaben absolut)

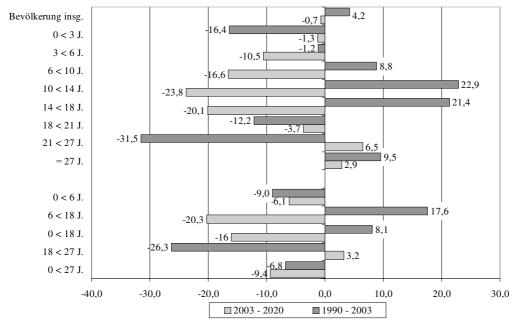


1 1990 und 2003 am 31.12.; 2010, 2015 und 2020 am 01.01.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und Bevölkerungsprognose

Gegenüber 1990 (vgl. Abbildung 1-5) hat die Bevölkerungszahl um +4,2% (+730.035 Personen) zugenommen. Zuwächse verzeichnen allerdings nicht alle Altersgruppen: Die Zahl der unter 27-Jährigen hat abgenommen (-6,8% bzw. -384.032), weil sich die Zahl der Kinder im Vorschulalter (-9,0% bzw. -102.708) und die junger Erwachsener (-26,3% bzw. -643.388) verringert hat. Die Zahl der Schulpflichtigen (6 bis unter 18 Jahre) hat hingegen zugenommen (+17,6% bzw. +362.064), ebenso die Zahl der 27-Jährigen und älteren (+9,5% bzw. +1.114.067).

Abbildung 1-5: Entwicklung der Bevölkerung nach Altersgruppen in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 und 2003 bis 2020 $^1$  (Angaben in %)



1 1990 und 2003 am 31.12.; 2020 am 01.01.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und Bevölkerungsprognose

Der Hintergrund dieser unterschiedlichen Entwicklungen der Altersgruppen ist zum einen in der Altersstruktur der Bevölkerung zu sehen (vgl. Abbildung 1-6): Infolge des Mitte der 1960er-Jahre einsetzenden Pillenknicks (die erste Pille kam 1961 auf den westdeutschen Markt) hat sich zwischen 1990 und 2003 die Zahl der 18- bis unter 21-Jährigen um über -10% (-12,2% bzw. -80.870), die der 21- bis unter 27-Jährigen sogar um nahezu ein Drittel (-31,5% bzw. -562.518) verringert (vgl. Abbildung 1-3). Bei den 6- bis unter 18-Jährigen handelt es sich jedoch um Kinder der geburtenstarken Jahrgänge. Insofern ist nicht verwunderlich, dass sich deren Zahlen gegenüber 1990 erhöht haben. Die Zuwächse sind dabei insbesondere in den Altersgruppen 10 bis unter 14 Jahre (+22,9% bzw. +154.154) und 14 bis unter 18 Jahre (+21,4% bzw. +146.191) beträchtlich.

Balken: 2003 80 - 8 Linien: 1990 Linien gestrichelt: 2020 75 - 76 70 - 71 65 - 66 60 - 61 55 - 56 50 - 51 45 - 46 40 - 41 35 - 36 30 - 31 25 - 26 20 - 21 15 - 16 10 - 11 5 - 6 200.000 150.000 100.000 50.000 0 50.000 100.000 150.000 200.000 männlich weiblich

Abbildung 1-6: Bevölkerung nach Geschlecht und Altersjahren in Nordrhein-Westfalen; 31.12.1990, 31.12.2003 und 01.01.2020 (Angaben absolut)

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und Bevölkerungsprognose

Gestiegen ist auch die Zahl der nicht-deutschen Gesamtbevölkerung. Dass sich in den jungen Altersgruppen die Zahlen Nicht-Deutscher rückläufig entwickelt haben, ist auf das neue Staatsbürgerschaftsrecht zurück zu führen.

Die Zunahme der Zahl Nicht-Deutscher war demnach nicht allein durch Zuwanderungen bestimmt, wenngleich das Bevölkerungsgeschehen in nicht unerheblichem Maße durch Zuzüge (nicht nur Nicht-Deutscher, sondern auch durch Zuzüge von Aus- und Übersiedlern) beeinflusst wurde: So war 1990 der Altersjahrgang der 26-Jährigen mit 313.463 Personen am stärksten besetzt (vgl. Abbildung 1-2). 13 Jahre später ist der Altersjahrgang, mittlerweile 39-jährig, mit 321.441 Personen stärker besetzt, was den Umfang der Zuzüge verdeutlicht. Generell ist festzustellen, dass alle Altersjahrgänge der 1990 unter 38-Jährigen im Jahr 2003 stärker besetzt sind. Zugezogen sind demnach junge Familien oder junge Menschen, die Familien gründeten.

Im Jahr 2020 werden weniger Menschen in NRW leben als 2003. So wird die Gesamtbevölkerung um etwa -1% (bzw. -129.418 Personen) geringer sein als 2003. Vor allem aber sind weniger Kinder zu erwarten. Dabei wird der größte Rückgang bei Kindern im schulpflichtigen Alter zu verzeichnen sein: Ihre Zahl wird sich um rund ein Fünftel (-20,3% bzw. -489.964) verringern, die der unter 6-Jährigen

um -6,1% (-63.194). Die Altersgruppe der 18- bis unter 27-Jährigen wird hingegen etwas zulegen (+3,2% bzw. +57.460).

Infolge dieser Entwicklungen sind strukturelle Verschiebungen zu verzeichnen und weiterhin zu erwarten. Neben der Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat sich auch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung verringert: 19,1% der Bevölkerung sind 2003 jünger als 18 Jahre, 10,0% zwischen 18 und 26 Jahre alt (vgl. Abbildung 1-2), insgesamt 29,1%. 1990 war ein Drittel (32,5%) unter 27 Jahre, 2020 wird es nur noch ein Viertel (26,5%) sein. Auch diese altersstrukturellen Verschiebungen verdeutlichen, dass nachfolgende Elterngenerationen zahlenmäßig kleiner sein werden.

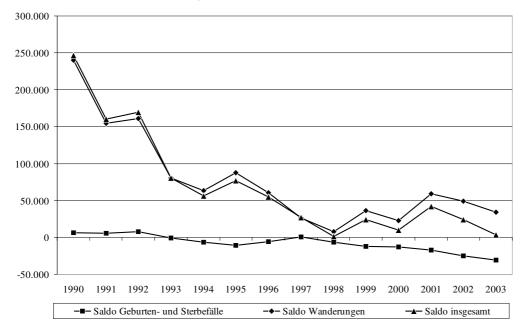
Veränderungen in der Alterstruktur Nicht-Deutscher können auf Grund der Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts nicht belegt werden.

Der "Alterungsprozess ist das eigentliche Problem der zu erwartenden demografischen Entwicklung in den kommenden Jahren" (Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW 2004, S. 10). Das derzeitige Durchschnittsalter von 41,1 Jahren wird 2020 bei 44,5 Jahren (ebd., S. 10) liegen. Von einer Bevölkerungs"pyramide" kann schon lange keine Rede mehr sein.

Durch Wanderungsgewinne konnten in den Jahren 1990 bis 2003 die Sterbefallverluste ausgeglichen werden (vgl. Abbildung 1-7). Dies dürfte auch in den ersten Jahren des Prognosezeitraumes (es sei denn, es kommt zu unvorhersehbaren Ereignissen, wie z.B. Flüchtlingsbewegungen) der Fall sein: In den Folgejahren wird jedoch trotz positiver Wanderungssalden kein Ausgleich mehr möglich sein.

Natürliche Bevölkerungsund Wanderungsbewegungen

Abbildung 1-7: Saldi der natürlichen Bevölkerungs- und Wanderungsbewegungen in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben absolut)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Geburten- und Sterbefallstatistik und Statistik der Wanderungsbewegungen

Letztendlich war "die Entwicklung vor gut 30 Jahren – der Übergang vom "Babyboom" zum "Pillenknick" – entscheidend für die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung der Geburtenzahlen und die langfristige Veränderung der Altersstruktur" (ebd., S. 12). Mit 1,4 Kindern pro Frau liegt die Geburtenrate seit drei Jahrzehnten ein Drittel unter der zur Bestandserhaltung notwendigen Anzahl (2,1 Kinder), d.h., jede nachfolgende Generation ist um ein Drittel geringer besetzt als die Elterngeneration.

Daran wird sich auch kaum etwas ändern. Bei sinkender Geburtenzahl entwickelt sich auch die Geburtenhäufigkeit je 1.000 der Bevölkerung rückläufig. Sie lag 1990 bei 12, liegt 2003 bei 9. Die Nettoreproduktionsraten bestätigen diese Trends: Der Wert für 2003 zeigt an, dass die nächste Generation um -32,7% (1 - 0,673) kleiner als die Elterngeneration sein wird. 1990 war sie -29,7% geringer.

Geburtenziffern

Frauen bekommen nicht nur weniger Kinder, sie bekommen diese auch immer später: 1990 wurden die meisten Kinder von Frauen im Alter von 28 Jahren geboren (vgl. Abbildung 1-8). Die Geburtenziffer dieses Altersjahrgangs lag bei 116 je 1.000 altersgleicher Frauen. 2003 sind die meisten Kinder von Frauen im Alter von 29 Jahren geboren worden. Deren Geburtenziffer ist mit 94 allerdings wesentlich geringer, da immer mehr Frauen ihren Kinderwunsch immer später realisieren. So sind die Geburtenziffern der Frauen im Alter von 33 bis 43 Jahren 2003 durchweg – und z.T. nicht unbeträchtlich – höher als 1990. Die Geburtenziffer der 39-Jährigen (18 je 1.000 altersgleiche Frauen) ist mittlerweile (1990: 13 je 1.000) fast so hoch wie die der 18-Jährigen (19 je 1.000).

Diese Entwicklungen erfordern ein hohes Maß an Flexibilität und Kreativität hinsichtlich der Infrastrukturplanungen.

140,0 1990 - - 1996 Lebendgeborene je 1.000 Frauen des Altersjahrgangs 120,0 - 2003 100,0 80,0 60,0 40,0 20.0 0,0 17 19 21 23 25 27 29 31 33 35 Alter der Mutter in Jahren

Abbildung 1-8: Altersspezifische Geburtenziffern in Nordrhein-Westfalen; 1990, 1996 und 2003 (Lebendgeborene nach Altersjahren der Mutter je 1.000 altersgleiche Frauen)

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Statistik der Geburten; eigene Berechnungen

#### **Definitionen**

Bevölkerung

Die Angaben zur Bevölkerung umfassen die auf der Basis der Volkszählung 1987 fortgeschriebene Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung (§ 12 Melderechtsrahmengesetz).

"Die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes erfolgt (…) mit Hilfe der Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung über die Geburten und Sterbefälle sowie der Wanderungsstatistik über die Zu- und Fortzüge. Nicht zur Bevölkerung gehören die Angehörigen der Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen" (LDS NRW: Landesdatenbank).

Gezählt werden Personen am Ort ihrer ständigen Wohnung. Personen, die in mehr als einer Wohnung gemeldet sind, werden dem Ort ihrer Hauptwohnung zugeordnet. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend genutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen liegt (vgl. Statistisches Bundesamt 2003).

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene umfassen zusammen die Bevölkerung im Alter von unter 27 Jahren.

Differenziert wird dabei nach Altersgruppen, die für Lebensphasen stehen: Im Vorschulalter sind die unter 6-Jährigen, im schulpflichtigen Alter – bei einer in der Regel 12 Jahre dauernden Schulpflicht –

Erwachsene

Bevölkerung, Kinder,

Jugendliche und junge

die 6- bis unter 18-Jährigen. Die 18- bis unter 27-Jährigen werden nachfolgend als junge Erwachsene bezeichnet.

Die Gruppe der Nicht-Deutschen umfasst neben Personen mit ausschließlich nicht-deutscher Staatsangehörigkeit auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als Deutsche.

Bevölkerung, Nicht-Deutsche

Die Zuordnung "deutsch/nicht-deutsch" wird durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts beeinflusst, das das Abstammungsprinzip um das Geburtsrecht ergänzt. Demzufolge wird die Staatsangehörigkeit eines Kindes nicht nur durch die Nationalität der Eltern bestimmt, sondern auch durch den Geburtsort. Konkret bedeutet dies, dass seit dem 01.01.2000 hier geborene Kinder Nicht-Deutscher neben der nicht-deutschen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn ein Elternteil seit mindestens 8 Jahren mit einer Aufenthaltsberechtigung in Deutschland lebt und seit mindestens 3 Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis hat. Diese Kinder sind Doppelstaater; sie besitzen neben der deutschen Staatsangehörigkeit auch die Staatsangehörigkeit der Eltern bzw. eines Elternteils und müssen bis zum Ablauf des 23. Lebensjahres eine Entscheidung zu Gunsten der einen oder anderen Staatsangehörigkeit treffen. Um im Zuge der Einführung des neuen Staatsbürgerschaftsrechts ältere Kinder nicht zu benachteiligen, konnten im Jahr 2000 – und nur in diesem – die zwischen 1991 und 1999 geborenen Kinder Nicht-Deutscher auf Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und wurden somit gleichgestellt. Ansonsten ist dies nur über eine Einbürgerung möglich.

Bevölkerung, Vorausberechnung

Berechnungen zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung werden im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (LDS NRW) durchgeführt. "Vorausberechnungen dieser Art sind als bedingte Prognosen anzusehen, deren Treffsicherheit daran gebunden ist, dass sich die Annahmen als realistisch erweisen. Insofern ist auch nicht zu erwarten, dass die zukünftigen Bevölkerungszahlen exakt abgebildet werden können; entscheidend sind Anhaltspunkte über den Verlauf und die Stärke sich abzeichnender Strukturveränderungen" (LDS NRW: Landesdatenbank).

Für die Fortschreibung der einzelnen Bewegungskomponenten (Lebendgeborene, Gestorbene, Zuund Fortzüge) wird die jeweilige Entwicklung der letzten Jahre zu Grunde gelegt. Ausgangspunkt der aktuellen Vorausberechnung ist der Jahresbeginn 2002.

Unter dem Begriff "Bevölkerungsbewegungen" werden natürliche Geburten – gezählt werden nur Lebendgeborene – und Sterbefälle sowie Wanderungsbewegungen (Zu- und Fortzüge über die Landesgrenze) erfasst.

Bevölkerungsbewegungen

"Als Zuzug gilt, wenn jemand in einer Gemeinde, in der er nicht bereits mit einer Hauptwohnung angemeldet ist, eine Hauptwohnung bezieht und sich dort anmeldet. Die Einberufungen von Wehrpflichtigen gelten nicht als Zuzüge. Unberücksichtigt bleiben die Umzüge innerhalb der Gemeinden (Ortsumzüge). Mitberücksichtigt werden bei den Zuzügen auch die im Hinblick auf das Herkunftsgebiet ungeklärten Fälle und Fälle ohne Angabe" (LDS NRW: Landesdatenbank).

"Als Fortzug gilt, wenn jemand innerhalb des Bundesgebietes umzieht und dieser Umzug in der Gemeinde, in der er sich anmeldet, als Zuzug gilt oder wenn sich jemand aus einer Gemeinde im Bundesgebiet ins Ausland abmeldet, ohne mit einer weiteren Wohnung in der Bundesrepublik angemeldet zu sein. Die Entlassungen von Wehrpflichtigen gelten nicht als Fortzüge. Unberücksichtigt bleiben die Umzüge innerhalb der Gemeinden (Ortsumzüge). Mitberücksichtigt werden bei den Zu- und Fortzügen auch die im Hinblick auf das Herkunfts- bzw. Zielgebiet ungeklärten Fälle und Fälle ohne Angabe" (LDS NRW: Landesdatenbank).

Die allgemeine Geburtenziffer setzt die Zahl der Lebendgeborenen eines Kalenderjahres ins Verhältnis zu 1.000 Einwohnern.

Geburtenhäufigkeit/ Geburtenziffer

Bei der Berechnung altersspezifischer Geburtenziffern werden Lebendgeborene nach dem Alter der Mutter erfasst und ins Verhältnis zu jeweils 1.000 altersgleichen Frauen gesetzt. Beide Maße zur Geburtenhäufigkeit spiegeln das generative Verhalten der Bevölkerung wider.

Die Nettoreproduktionsrate gibt das zahlenmäßige Größenverhältnis einer Folgegeneration zu ihrer Elterngeneration an. Ein Wert von 1 beinhaltet konstante Bevölkerungszahlen. Liegt der Wert über 1,

Nettoreproduktionsrate ist die Kindergeneration stärker, liegt der Wert unter 1, ist die Kindergeneration schwächer besetzt als die vorangegangene Generation. Demnach zeigt die Nettoreproduktionsrate an, ob das jeweils aktuelle Geburtenverhalten langfristig ausreichen würde, die Bevölkerungszahl auf einem gleich bleibenden Stand zu halten. Der in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2003 beobachtete Wert von 0,673 bedeutet, dass bei gleich bleibendem Verhalten die nächste Generation um -32,7% (Differenzwert zu 1 = 0,327, multipliziert mit 100) kleiner als die Elterngeneration wäre.

#### Aussagekraft

Vollerhebungen sind die Grundlage der *Bevölkerungsstände*, nämlich Stichtagsstände (Volkszählungen), ergänzt um natürliche Bevölkerungs- und Wanderungsbewegungen, differenziert nach den Grundmerkmalen Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit. Sie gehören zum Standard der amtlichen Statistik und ermöglichen – wie auch die Informationen der Bevölkerungsprognosen – ein umfassendes Bild für aktuelle und zukünftige Erfordernisse in der Politik und Wirtschaft sowie für Verbände und Verwaltungen. Mit zunehmendem Abstand zum Zählungsstichtag kommt es im Zuge der Fortschreibung allerdings zu Verzerrungen. Korrigiert wird auf der Grundlage der nächsten Vollerhebung.

Bevölkerungsprognosen beruhen auf spezifischen Annahmen: Entwicklungen der Vergangenheit werden unter Berücksichtigung sich verändernder Rahmenbedingungen in die Zukunft fortgeschrieben. Prognosen sind daher stets mit mehr oder weniger großer Unsicherheit behaftet, da politische, gesetzliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen, die z.T. massiv die Bevölkerungsentwicklung beeinflussen können (z.B. die Einführung der Pille oder die Zuwanderung zu Beginn der 1990er-Jahre), nicht vorher zu sehen sind.

#### **Datenhalter**

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW)

#### **Datenquellen**

Statistik der Bevölkerungsfortschreibung; Geburten- und Sterbefall- und Wanderungsstatistik

Bevölkerungsprognose 2020

### Methodische Hinweise

Periodizität/
regionale Tiefe

Bevölkerung nach Geschlecht:

NRW, Kreise: monatlich; Gemeinden, kreisangehörige Städte: 30.06., 31.12.

Bevölkerung nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit:

NRW, Kreise, kreisangehörige Städte, Gemeinden: 31.12.

Bevölkerungsprognose:

NRW, Regierungsbezirke, Kreise und kreisfreie Städte, alle zwei bis drei Jahre, zuletzt mit Basisdatum 1.1.2002; die Vorausberechnung erfolgt auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte bis zum Jahr 2020, auf Landesebene bis 2040.

Geburtenhäufigkeit:

jährliche Berechnung für NRW, Kreise, kreisfreie Städte

Nettoreproduktionsrate:

jährliche Berechnung für NRW

Berichtsweg Das LDS erhält die Daten von den Einwohnermeldeämtern sowie Standesämtern der Gemeinden.

Auf der Grundlage der gemeldeten Daten errechnet das LDS die Bevölkerungsprognose; früher wurden mehrere Varianten berechnet, die auf unterschiedlichen Annahmen beruhten, heute gibt es nur noch die so genannte Basisvariante.

Geburtenhäufigkeit und Nettoreproduktionsrate: Diese Quoten werden auf der Grundlage der dem LDS von den Standesämtern gemeldeten Daten berechnet.

#### **Tabellenverweis**

Die dem Kapitel zu Grunde liegenden Tabellen finden sich unter www.jugendberichterstattung.de/nrw. Die Tabellen sind entsprechend der Gliederung des Berichtes abgelegt.

#### **Publikationen**

Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Demographischer Wandel: Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission "Demographischer Wandel" – Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik, Bonn 1998.

Gedruckte Veröffentlichtungen

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (Hrsg.): Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen. Statistischer Jahresbericht 2003, Schwerpunktthema: Bevölkerungsprognose 2002 bis 2020/2040, Düsseldorf 2004.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2003 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2003.

Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): Den demographischen Wandel gestalten – Weichen für die Zukunft stellen, Gütersloh 2002 (www.bertelsmann-stiftung.de).

Internet

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (www.lds.nrw.de).

# 2. Jugendliche und junge Erwachsene – Ausbildung, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

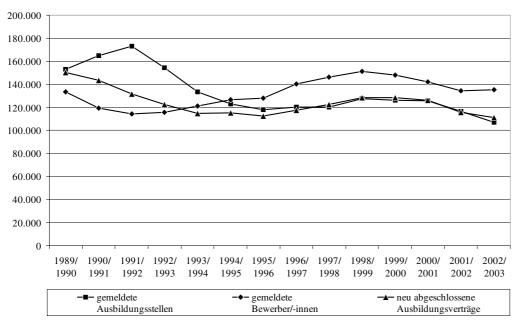
# 2.1 Ausbildung

#### Kommentierung

Anfang der 1990er-Jahre ist die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen in Nordrhein-Westfalen angestiegen, die der gemeldeten Bewerbungen hat dagegen abgenommen. Im Berichtsjahr 1991/92 haben die beiden Zahlen am weitesten auseinander gelegen. 173.239 Berufsausbildungsstellen standen nur 114.212 Bewerberinnen und Bewerbern gegenüber (vgl. Abbildung 2-1). Dieser Überschuss an Ausbildungsstellen hielt bis 1993/94 an. Seither liegt die Anzahl der gemeldeten Ausbildungsplätze wieder - und zwar in steigendem Ausmaß - unter der Zahl der gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber. Eine wesentliche Ursache ist darin zu sehen, dass in den vier Ausbildungsjahren von 1992/93 bis 1995/96 insgesamt über 40.000 Ausbildungsplätze, in den vier Jahren von 1999/2000 bis 2002/03 noch einmal 20.000 Ausbildungsplätze weniger gemeldet wurden als vorher. Diese Lücke konnte nicht mehr durch das in den Jahren 1996/97 und 1998/99 gestiegene Angebot an Ausbildungsplätzen geschlossen werden. Erschwerend ist hinzugekommen, dass vom Jahr 1992/93 bis zum Berichtsjahr 1998/99 die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber z.T. kräftig (um bis zu +9,4% im Jahr 1996/97) auf einen Höchststand von mehr als 151.000 angestiegen ist. Seitdem ist bis zum Jahr 2001/02 auch die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber wieder gesunken (im Berichtsjahr 2002/03 ist wieder ein leichter Anstieg von 739 Personen zu verbuchen), so dass die Auswirkungen des Rückgangs an Ausbildungsstellen etwas abgemildert wurden. Über den Gesamtzeitraum von 1989/90 bis 2002/03 gesehen, ist die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen um rund -30% geringer geworden, wobei die der gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber nahezu gleich ist (+1,3%).

Ausbildungsstellen sowie Bewerberinnen und Bewerber

Abbildung 2-1: Gemeldete Ausbildungsstellen, gemeldete Bewerberinnen und Bewerber und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den Berufsbildungsjahren in Nordrhein-Westfalen; 1989/90 bis 2002/03 (Angaben absolut)

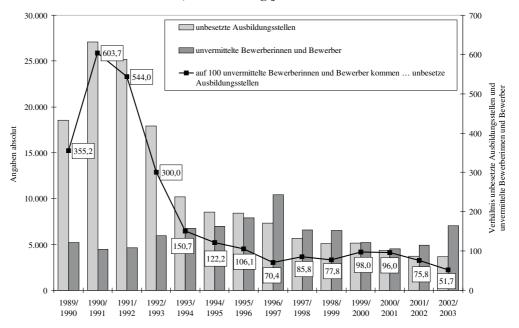


Quelle: Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit, Berufsberatungsstatistik; Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Berufsbildungsstatistik

Stellt man im Betrachtungszeitraum die nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerber den unbesetzt gebliebenen Ausbildungsplätzen gegenüber, fällt ins Auge, dass bis zum Berichtsjahr 1995/96

ein Überhang nicht besetzter Ausbildungsstellen bestand (vgl. Abbildung 2-2). In den Jahren bis 1992/93 betrug dieser Überhang ein Mehrfaches der nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerber. In den folgenden Jahren gab es diese Situation nicht mehr. Im Berichtsjahr 2002/03 gibt es sogar nur noch gut 50 nicht besetzte Ausbildungsstellen für 100 nicht vermittelte Bewerberinnen und Bewerber.

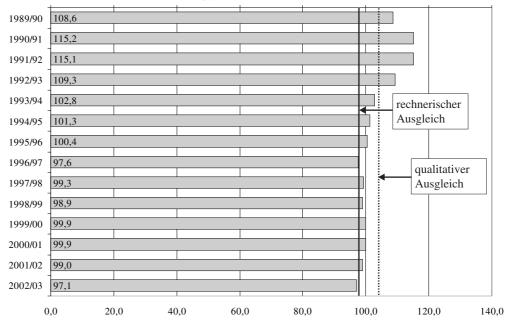
Abbildung 2-2: Unvermittelte Bewerberinnen und Bewerber, unbesetzte Ausbildungsstellen und Verhältnis von unbesetzten Ausbildungsstellen und unvermittelten Bewerberinnen und Bewerbern in Nordrhein-Westfalen; Berufsbildungsjahre 19889/90 bis 2002/03



Quelle: Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit, Berufsberatungsstatistik; eigene Berechnungen

Berücksichtigt man das Gesamtangebot an und die Gesamtnachfrage nach Ausbildungsstellen, kann man seit dem Berichtsjahr 1993/94 von einem gerade oder gar nur knapp rechnerisch ausgeglichenem Ausbildungsstellenmarkt sprechen (vgl. Abbildung 2-3). Ein qualitativer Ausgleich, also ein Überhang von Ausbildungsstellen von 15,2% oder mehr ist seit 1991/92 nicht mehr gegeben. Die Zahl der in Nordrhein-Westfalen im Laufe des Berichtsjahres neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist im

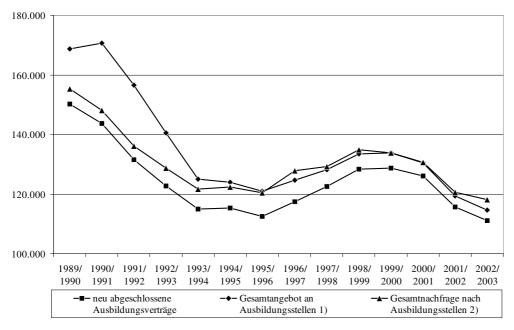
Abbildung 2-3: Verhältnis von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage nach Ausbildungsstellen in Nordrhein-Westfalen; Berufsbildungsjahre 1989/90 bis 2002/03



Quelle: Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit, Berufsbildungsstatistik; Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Berufsbildungsstatistik; eigene Berechnungen

hier betrachteten Zeitraum zunächst auf knapp 113.000 Verträge im Jahr 1995/96 gesunken (vgl. Abbildung 2-4). Es gibt allerdings einen Wiederanstieg bis zu den Berichtsjahren 1998/99 und 1999/2000 mit jeweils rund 128.500 neu abgeschlossenen Verträgen. Danach fällt diese Zahl aber wieder rapide bis auf den bisherigen Tiefststand von 111.000 neuen Ausbildungsverträgen im Berichtsjahr 2002/03.

Abbildung 2-4: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, Gesamtangebot an und Gesamtnachfrage nach Ausbildungsstellen in Nordrhein-Westfalen; Berufsbildungsjahre 1989/90 bis 2002/03 (Angaben absolut)



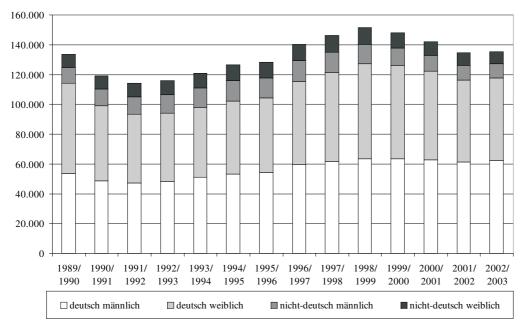
1 nicht besetzte Ausbildungsstellen und neu abgeschlossene Verträge

2 nicht vermittelte Bewerberinnen und Bewerber sowie neu abgeschlossene Verträge

Quelle: Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit, Berufsberatungsstatistik

Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um eine Ausbildungsstelle liegt im Berichtsjahr 1998/99 mit über 151.000 Personen auf dem höchsten Stand seit dem Berichtsjahr 1989/90 (vgl. Abbildung 2-5) und sinkt bis zum Jahre 2002/03 wieder auf rund 135.000 Personen. Während die Anzahl der männlichen Bewerber im Gesamtzeitraum um +12,7% auf gut 72.000 zunimmt, bewerben sich 2002/03 mit 63.181 insgesamt -9,1% weniger Frauen um eine Ausbildungsstelle als im Jahr 1989/90.

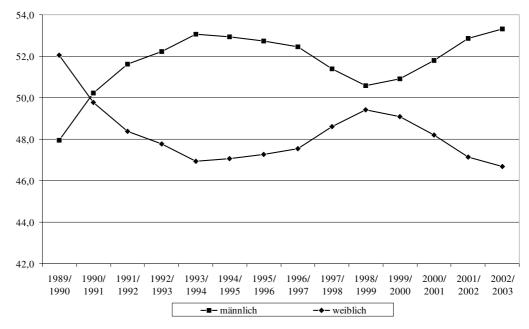
Abbildung 2-5: Gemeldete Bewerberinnen und Bewerber nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit in Nordrhein-Westfalen; Berufsbildungsjahre 1989/90 bis 2002/03 (Angaben absolut)



Quelle: Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit, Berufsberatungsstatistik

Der hohe Anteil der Frauen an den Ausbildungsplatzsuchenden im Berichtsjahr 1989/90 von 52% wird im gesamten Zeitraum, der hier betrachtet wird, nicht mehr erreicht. Er pendelt sich bei Werten zwischen 49,8% (1990/91) und 46,7% (2002/03) ein (vgl. Abbildung 2-6). Dies mag unter anderem daran liegen, dass ein zunehmender Anteil junger Frauen eine höhere schulische Qualifikation (Hochschulreife) erreicht und damit andere Wege der beruflichen Ausbildung beschreitet.

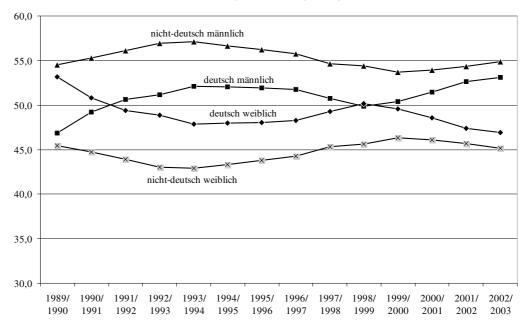
Abbildung 2-6: Gemeldete Bewerberinnen und Bewerber um Ausbildungsstellen nach Geschlecht in Nordrhein-Westfalen; Berufsbildungsjahre 1989/90 bis 2002/03 (Angaben in %)



Quelle: Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit, Berufsberatungsstatistik

Auch der Anteil der Nicht-Deutschen an den Bewerberinnen und Bewerbern um Ausbildungsstellen insgesamt geht seit 1994/95 (19,1%) kontinuierlich zurück und liegt zuletzt bei 13,1%. Dies gilt in besonderem Maße für die jungen nicht-deutschen Frauen, deren Anteil an allen Bewerberinnen und Bewerbern jetzt auf den Tiefststand von 5,9% gesunken ist. Ihr Anteil an allen nicht-deutschen Bewerberinnen und Bewerbern ist allerdings schon niedriger gewesen (1993/94: 42,9%; vgl. Abbildung 2-7). Insgesamt ist der Anteil der deutschen Bewerber an allen Bewerberinnen und Bewerbern von 40,0%

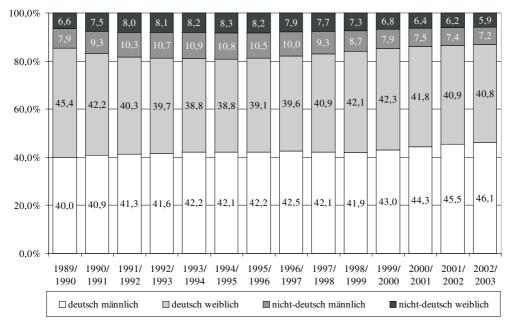
Abbildung 2-7: Gemeldete Bewerberinnen und Bewerber nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit in Nordrhein-Westfalen; Berufsbildungsjahre 1989/90 bis 2002/03 (Angaben in % der Bewerberinnen und Bewerber der jeweiligen Staatsangehörigkeit)



Quelle: Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit, Berufsberatungsstatistik; eigene Berechnungen

im Berichtsjahr 1989/90 auf 46,1% gestiegen, die der deutschen Bewerberinnen dagegen im gleichen Zeitraum von 45,4% auf 40,8% gefallen. Die jeweiligen Anteile der nicht-deutschen Bewerberinnen wie der Bewerber um Ausbildungsstellen haben sich über diese Zeit nur unwesentlich verändert (vgl. Abbildung 2-8).

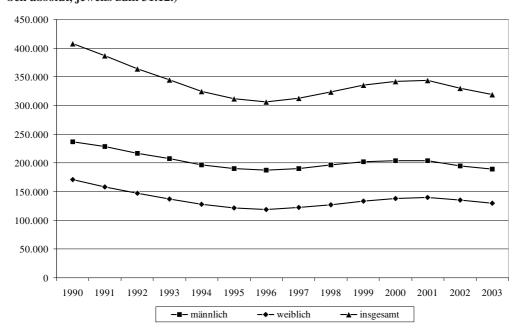
Abbildung 2-8: Gemeldete Bewerberinnen und Bewerber nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit in Nordrhein-Westfalen; Berufsbildungsjahre 1989/90 bis 2002/03 (Angaben in % aller Bewerberinnen und Bewerber)



Quelle: Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit, Berufsberatungsstatistik; eigene Berechnungen

Die höchste Zahl an Auszubildenden in Nordrhein-Westfalen hat – betrachtet man den Zeitraum von 1990 bis 2003 – im Jahr 1990 vorgelegen. Mehr als 407.000 junge Menschen befanden sich in einer Ausbildungsstelle, gut 170.000 (41,9%) weibliche und fast 237.000 (58,1%; vgl. Abbildung 2-9 bis 2-12) männliche Personen. Am 31.12.2003 lagen die entsprechenden Zahlen bei knapp 319.000 insgesamt, knapp 130.000 junge Frauen und knapp 190.000 junge Männer. Damit ist die Zahl an Auszubildenden insgesamt in diesem Zeitraum um -21,8% gesunken. Die Zahl der weiblichen Auszubildenden ist noch stärker gefallen (-24,0%).

Abbildung 2-9: Auszubildende nach Geschlecht in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben absolut, jeweils zum 31.12.)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Berufsbildungsstatistik

Auszubildende

Nach wie vor ist gut die Hälfte der Auszubildenden im Bereich "Industrie, Handel u.a." beschäftigt. (52,9%, 168.571 Personen; vgl. Abbildung 2-10). 1995 war dieser Anteil zwar auf 46,7% abgesunken, liegt aber 2003 fast wieder auf dem Niveau von 1990 (53,2%). Gravierende Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Auszubildenden gibt es nicht, wenn man den Anteil dieses Ausbildungsbereiches an jeweils allen männlichen bzw. weiblichen Auszubildenden betrachtet. Die Geschlechterverteilung innerhalb dieses Ausbildungsbereiches sieht – auch über den gesamten Zeitraum gesehen – in etwa so aus wie die Verteilung bei den Auszubildenden insgesamt (ca. 40% Frauen und ca. 60% Männer).

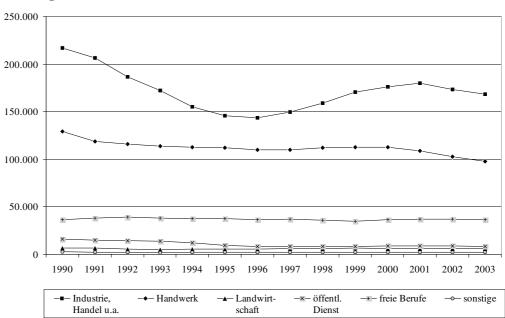


Abbildung 2-10: Auszubildende nach Ausbildungsbereichen in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben absolut)

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Berufsbildungsstatistik

Anders sehen die Strukturen im zweitgrößten Ausbildungsbereich – dem Handwerk – aus. Der Gesamtanteil des Bereichs liegt über den Betrachtungszeitraum gesehen ebenfalls nahezu unverändert bei rund 30% (97.407 Auszubildende). Mitte der 1990er-Jahre lag der Anteil zwar bei über 35%, fiel dann aber wieder ab. Dies gilt auch für die Bedeutung des Handwerks als Ausbildungsmöglichkeit für junge Männer. In den Jahren 1995 und 1996 gab es hier mehr männliche Auszubildenden als im Bereich "Industrie, Handel u.a.". Jetzt sind es wieder rund 40% der männlichen Auszubildende, die sich – wie anfangs der 1990er-Jahre – dort finden. Bei den jungen Frauen sinkt der Anteil der Auszubildenden im Handwerk: 1990 waren noch 20,7% der weiblichen Auszubildenden dort beschäftigt, 2003 sind es noch 16,1%. Somit sinkt auch der Anteil der Frauen an allen Auszubildenden im Handwerk von 27,3% im Jahre 1990 über 18,2% im Jahr 1996 auf 21,4% heute. Rund vier Fünftel aller Auszubildenden im Handwerk sind also Männer.

Der dritte Schwerpunkt für die Auszubildenden in Nordrhein-Westfalen liegt bei den freien Berufen. Der Anteil an Ausbildungsplätzen dieses Bereichs an allen steigt von 8,9% im Jahre 1990 auf 11,4% 2003. Besonders für junge Frauen ist dieser Bereich wichtig. Seit 1991 sind dort mehr weibliche Auszubildende tätig als im Handwerk. Zeitweise lag der Anteil bei fast 30% (1995 bis 1997), heute beträgt er 26,6%. Für männliche Auszubildende ist der Bereich von untergeordneter Bedeutung. Nur knapp 1% der männlichen Auszubildenden findet sich dort. Entsprechend sieht auch die Geschlechterverteilung aus: 95% aller Auszubildenden im Bereich "freie Berufe" sind Frauen.

Die Bedeutung der übrigen Bereiche für die Ausbildung ist gering, zwischen unter 1% bis rund 4% der Auszubildenden finden sich dort. Einzig der öffentliche Dienst spielt für Frauen als Ausbildungsbereich noch eine gewisse Rolle (4,1% im Jahr 2003).

Betrachtet man die Jahre 1990 und 2003 im Vergleich, stellt man fest, dass nur in den Bereichen Landwirtschaft und "sonstige" die Zahl der Auszubildenden absolut – zwar nur geringfügig und nur der

Männer – gestiegen ist (vgl. Abbildung 2-11). Insgesamt sind auch dort, ebenso wie in allen anderen Ausbildungsbereichen, die Zahlen an Auszubildenden gesunken. Besonders gravierend ist dies im Bereich "Industrie, Handel u.a.", in dem gut -48.000 (knapp -23.000 weibliche und gut -25.000 männliche) Auszubildende weniger (-22,3% insgesamt, mehr als ein Viertel weniger bei den Frauen; vgl. Abbildung 2-12) zu finden sind als 1990. Auch im Handwerk gibt es 2003 über 31.000 Auszubildende weniger als 1990 (-24,4%). Bei den weiblichen Auszubildenden im Handwerk ist sogar ein Rückgang von mehr als -40% (über 14.000 junge Frauen weniger) festzustellen. Auch im öffentlichen Dienst sind die absoluten und besonders die relativen Veränderungen von erheblicher Bedeutung: Der Rückgang liegt bei mehr als 7.000 Auszubildenden. Dies entspricht einem Verlust von insgesamt -46,5%, und zwar von -63,4% bei den Männern und von -26,2% bei den Frauen.

Auszubildende -40.967 insgesam -47 732 -48.381 Industrie. -22.958 Handel u.a -25.423 -31.513 Handwerk -14.391 -17 122 -698 Landwirt--856 schaft 158 -7 335 öffentl -1.885 -218 freie Berufe -208 -554 sonstige -669 0 - 20.000 - 40.000 - 60.000 **■** insgesamt ■ weiblich ☐ männlich

Abbildung 2-11: Auszubildende nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht in Nordrhein-Westfalen; Veränderungen 1990 bis 2003 (Angaben absolut)

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Berufsbildungsstatistik; eigene Berechnungen

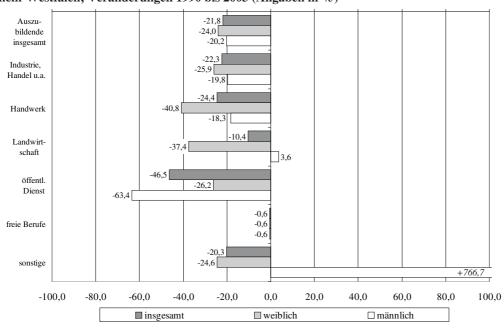
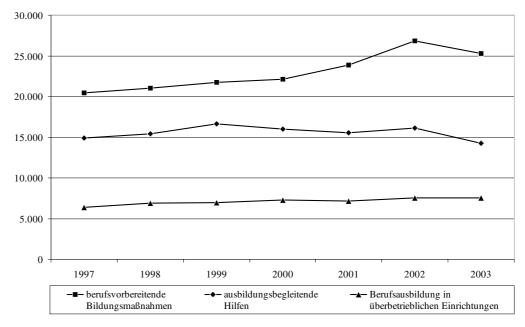


Abbildung 2-12: Auszubildende nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht in Nordrhein-Westfalen; Veränderungen 1990 bis 2003 (Angaben in %)

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Berufsbildungsstatistik; eigene Berechnungen

Eine zusätzliche Förderung und Stützung bei ihrer beruflichen Ausbildung durch berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen erhalten im Jahr 2003 mehr als 25.000 Personen. Dies sind +23,5% mehr als 1997. Gut 14.000 Auszubildende erfahren ausbildungsbegleitende Hilfen und mehr als 7.500 Personen erhalten eine Berufsausbildung in überbetrieblichen Einrichtungen. Der erstgenannte Bereich ist etwas (-4,6%) zurückgegangen, letzterer um +18,0% gewachsen (vgl. Abbildung 2-13).

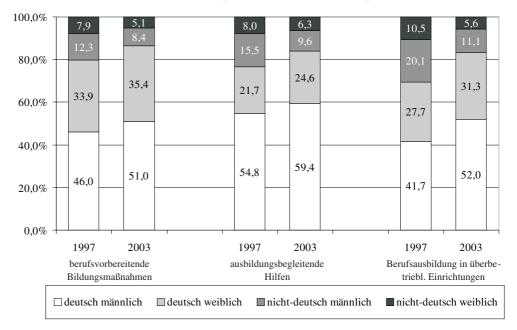
Abbildung 2-13: Teilnehmerinnen und Teilnehmer an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Berufsbildung nach Art der Maßnahme in Nordrhein-Westfalen; 1997 bis 2003 (Angaben absolut)



Quelle: Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit, Statistik über berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen

Die Beteiligung von deutschen Männern und Frauen an diesen drei Maßnahmen(-bündeln) hat im Zeitablauf zugenommen, die von nicht-deutschen Personen abgenommen. Gut die Hälfte der Beteiligten an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen sind männlich und deutsch (fast 13.000, 1997: 46,0% entsprechend knapp 9.500 Personen), 35,4% (knapp 9.000) weiblich und deutsch (1997: 33,9% entsprechend knapp 7.000 Personen; vgl. Abbildung 2-14). Bei den ausbildungsbegleitenden Hilfen

Abbildung 2-14: Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Berufsbildung nach Art der Maßnahme in Nordrhein-Westfalen; 1997 und 2003 (Angaben jeweils in % von insgesamt)



Quelle: Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit, Statistik über berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen; eigene Berechnungen

liegen der Anteil deutscher Männer 2003 bei fast 60%, der Anteil der deutschen Frauen bei knapp einem Viertel. 52% der Auszubildenden in überbetrieblichen Einrichtungen sind 2003 deutsch und männlich, 31,3% sind deutsche weibliche Jugendliche. In beiden letztgenannten Maßnahmenbereichen steigen die Teilnehmerinnenzahlen und Teilnehmerzahlen deutscher männlicher und weiblicher Jugendlicher relativ und absolut.

Die Anteile von nicht-deutschen Frauen und Männern liegen 2003 in allen drei Teilbereichen fast durchgängig unter 10% – mit abnehmender Tendenz.

#### **Definitionen**

Das so genannte Berufsbildungsjahr (Berichtsjahr) entspricht nicht einem Kalenderjahr, sondern beginnt, wenn in der Regel die meisten Ausbildungsstellen gesucht und angeboten werden. Nach dem Ende der jeweiligen Schuljahre sucht ein Teil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger Ausbildungsstellen zum kommenden Herbst. Ein Berufsbildungsjahr umfasst deshalb stets die Monate Oktober bis September des folgenden Jahres (01.10. bis 30.09.).

Berufsbildungsjahr

Als Bewerberinnen und Bewerber für Ausbildungsstellen werden diejenigen erfasst, die bei der Berufsberatung als Ratsuchende gemeldet sind und im Berichtsjahr eine betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildungsstelle in einem anerkannten Ausbildungsberuf (nach dem Berufsbildungsgesetz, BBiG) suchen. Registriert werden darüber hinaus auch die Bewerberinnen und Bewerber, die sich im Laufe des Berichtsjahres für einen anderen beruflichen Weg entscheiden (z.B. Beschäftigung, Ausbildung außerhalb des dualen Systems, Studium) sowie Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus dem Vorjahr oder früheren Jahren, die u.U. im letzten Berichtsjahr keinen Ausbildungsplatz finden konnten. Ebenso sind Personen enthalten, die sich nach anderen beruflichen Phasen um eine Ausbildungsstelle bemühen (z.B. nach einer anderen Ausbildung oder nach einem Studium).

Gemeldete Bewerberinnen und Bewerber

Jedes Jahr wird zum Stichtag 31.12. die Zahl derjenigen Auszubildenden erhoben, deren Ausbildungsvertrag im Kalenderjahr neu abgeschlossen wurde und deren Ausbildung tatsächlich begonnen hat. Wenn ein Ausbildungsvertrag zu diesem Termin nicht mehr besteht, wird er hier nicht erfasst. Des Weiteren werden u.a. Auszubildende mitgezählt, die die Ausbildung oder den Betrieb gewechselt oder eine zweite betriebliche Ausbildung begonnen haben.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

Diejenigen Stellen, die ohne die Hilfe der Agentur für Arbeit besetzt werden, und diejenigen Bewerberinnen und Bewerber, die ohne die Berufsberatung einen Ausbildungsplatz finden, gehen nicht in die Berufsberatungsstatistik der Agentur für Arbeit ein. Um diese Ausbildungsverhältnisse dennoch zu registrieren, werden mit Hilfe der Zahlen zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen im Berufsbildungsjahr das so genannte Gesamtangebot und die Gesamtnachfrage berechnet. Das Gesamtangebot setzt sich zusammen aus den nicht besetzten Ausbildungsstellen und den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Die Gesamtnachfrage ist die Summe der nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerber und der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Mit Hilfe dieser beiden Größen kann ein kompletteres Bild des Ausbildungsstellenmarktes dargestellt werden.

Gesamtangebot und -nachfrage

Durch die Hinzunahme der abgeschlossenen Ausbildungsverträge erscheint die Ausbildungsmarktsituation weitaus positiver als in der Statistik der Berufsberatung. Zum Beispiel errechnet sich auf diesem Wege für das Berufsbildungsjahr 1997/98, dass auf 100 Stellen 82 Bewerberinnen und Bewerber kamen. Legt man jedoch das Gesamtangebot und die Gesamtnachfrage nach oben genannter Definition zu Grunde, standen 100 Stellen für 99 Ausbildungssuchende zur Verfügung. Dabei handelt es sich um einen rein rechnerischen Vergleich. Die Art der angebotenen oder noch freien Stellen entspricht u.U. nicht den Qualifikationen oder Berufs- und Vermittlungswünschen der Bewerberinnen und Bewerber. Ein Verhältnis 100 zu 100 bezeichnet demnach ausschließlich einen zahlenmäßigen Ausgleich, aber keinen qualitativen. Von einem qualitativen Ausgleich spricht man seit dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz aus den 1970er-Jahren, wenn das Angebot die Nachfrage um 12,5% übersteigt. Man geht davon aus, dass mehr Angebote als Bewerberinnen und Bewerber vorhanden sein müssen, um den Ausbildungssuchenden eine tatsächliche Wahlfreiheit zu ermöglichen.

gs-BeUnvermittelte

Bewerberinnen

und Bewerber

Bewerberinnen und Bewerber, die am Ende des Berufsbildungsjahres (Berichtsjahres) noch nicht vermittelt werden konnten und weiterhin eine Ausbildungsstelle suchen, werden in der Berufsberatungsstatistik als "unvermittelt" ausgewiesen. Sie werden im folgenden Jahr wieder in der Gruppe der Be-

werberinnen und Bewerber erfasst. Dies gilt auch für Personen, die in der Zwischenzeit eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen, an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme teilnehmen oder einer Erwerbsarbeit nachgehen, jedoch im neuen Berichtsjahr in eine Berufsausbildung vermittelt werden möchten.

Ausbildungsstellen

In der Berufsberatungsstatistik werden diejenigen Ausbildungsstellen erfasst, die den Agenturen für Arbeit zur Vermittlung gemeldet wurden. Mit den Stellen müssen betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildungen für anerkannte Ausbildungsberufe angeboten werden.

Unbesetzte Ausbildungsstellen Ausbildungsstellen, die im Laufe des Berichtsjahres nicht besetzt oder zurückgezogen worden sind, werden in der Berufsberatungsstatistik als "unbesetzt" registriert. Unbesetzte Stellen, die auf Wunsch weiterhin zur Vermittlung stehen, werden in das Angebot des folgenden Berichtsjahres übernommen.

Ausbildungsbereiche

In der Berufsbildungsstatistik werden sechs Ausbildungsbereiche unterschieden:

- 1. Industrie, Handel, Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe,
- 2. Handwerk,
- 3. Landwirtschaft,
- öffentlicher Dienst.
- 5. freie Berufe und
- 6. sonstige Berufe in der städtischen Hauswirtschaft und der Seeschifffahrt.

Zuständig für die Klassifikation der Ausbildungsverträge für die Berufsbildungsstatistik sind nicht die ausbildenden Betriebe. Die Daten spiegeln deshalb nicht immer deren tatsächlichen Ausbildungsschwerpunkt wider. Im Bereich "öffentlicher Dienst" werden z.B. nur solche Auszubildende erfasst, die in einem Beruf ausgebildet werden, der eigens für den öffentlichen Dienst geregelt worden ist. Zudem werden die öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse, die einen großen Teil der Berufsausbildung im öffentlichen Dienst ausmachen, nicht in die Berufsbildungsstatistik aufgenommen.

Ein weiterer statistischer Bereich, in dem die Auszubildenden untererfasst sind, sind die so genannten "freien Berufe". Die in diesem Bereich für die Berufsbildung zuständigen Stellen sind die jeweiligen Kammern für Ärzte, Apotheker, Notare, Patentanwälte, Rechtsanwälte, Steuerberater, Tierärzte, Wirtschaftsprüfer und Zahnärzte. Diese sind auch gegenüber der Berufsbildungsstatistik berichtspflichtig. Weil jedoch für einige der Ausbildungsberufe die Industrie- und Handelskammern zuständig sind, werden die Auszubildenden, die im Bereich der "freien Berufe" beschäftigt werden, im Bereich "Industrie, Handel u.a." erfasst (z.B. Bürokaufleute, technische Zeichnerinnen und Zeichner, Bauzeichnerinnen und Bauzeichner).

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen haben das Ziel, jungen Menschen, die nicht mehr der Vollschulzeitpflicht unterliegen, den Einstieg in Ausbildung und Beruf zu erleichtern. Hierzu stehen differenzierte Maßnahmen zur Verfügung, um dem individuellen Förderbedarf gerecht zu werden. Zuständig für die Förderung ist die der Bundesagentur für Arbeit. Die Maßnahmen beinhalten in der Regel die Vermittlung von Basisqualifikationen und Grundkenntnissen in verschiedenen Berufsfeldern. Stützunterricht und eine intensive sozialpädagogische Betreuung sind integrierter Bestandteil der Maßnahmen. Die Zielsetzung und Konzeption der Maßnahmen richten sich nach der spezifischen Situation und den Bildungsbedürfnissen der jeweiligen Zielgruppe.

Zu den Maßnahmen gehören

- berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen in Form von Förderlehrgängen, Grundausbildungslehrgängen, Lehrgängen zur Verbesserung beruflicher Bildungs- und Eingliederungschancen (BBE), Tip-Lehrgängen (Testen, Informieren, Probieren), Maßnahmen der Berufsfindung und Arbeitserprobung, blindentauglicher oder vergleichbarer Grundausbildung und Eingangsverfahren/Arbeitsbetreuung bei Werkstätten für Behinderte,
- ausbildungsbegleitende Hilfe in den verschiedenen Ausbildungsjahren und
- die Berufsausbildung in überbetrieblichen Einrichtungen.

#### **Aussagekraft**

Die Berufsberatungsstatistik ist eine Geschäftsstatistik der Berufsberatung der Agenturen für Arbeit. Da nur solche Bewerberinnen und Bewerber und Ausbildungsstellen erfasst werden, die bei der Berufsberatung gemeldet wurden, werden nicht alle freien Stellen und alle Bewerberinnen und Bewerber gezählt. Somit wird nicht die Gesamtsituation des Ausbildungsmarktes erfasst. Mit Hilfe der Berechnung des Gesamtangebots und der Gesamtnachfrage wird versucht, dieses Defizit auszugleichen (s.o.).

#### **Datenhalter**

Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW)

#### Datenquellen

Berufsberatungsstatistik (Regionaldirektion NRW)

Statistik über berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (Regionaldirektion NRW)

Berufsbildungsstatistik (LDS NRW)

#### Methodische Hinweise

Berufsberatungsstatistik: jährlich zum Abschluss des Berufsberatungsjahres (30.09.)

Periodizität

Statistik über berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen: laufende Berichterstattung seit 1997

Berufsbildungsstatistik: Haupterhebung über ein Kalenderjahr zum Stichtag 31.12.

Berufsberatungsstatistik: Land Nordrhein-Westfalen, Bezirke der Agenturen für Arbeit

Regionale Tiefe

Statistik über berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen: Land Nordrhein-Westfalen, Bezirke der Agenturen für Arbeit

Berufsbildungsstatistik: Gesamterhebung: Land Nordrhein-Westfalen, Bezirke der Agenturen für Arbeit. Die regionale Zuständigkeit ist im Bereich des öffentlichen Dienstes (ÖD) unterschiedlich (ausbildende Stellen bzw. die jeweiligen Aufsichtsbehörden). Eine regionalisierte Darstellung unterhalb der Landesebene ist für den öffentlichen Dienst daher nur beschränkt möglich.

Berufsberatungsstatistik: Die Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit erhält die Daten von den Agenturen für Arbeit.

Berichtsweg und Erfassungszeiträume

Statistik über berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen: Berichterstattung von den Agenturen für Arbeit zur BA und von dort Weitergabe an die Regionaldirektionen

Berufsbildungsstatistik: Dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) werden die Daten der Berufsbildungsstatistik von den zuständigen Stellen (nach Berufsbildungsgesetz) gemeldet. Dies sind zumeist die öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft: (z.B. Industrie- und Handelskammern) und der freien Berufe (z.B. Ärztekammer, Apothekerkammer).

#### **Tabellenverweis**

Die dem Kapitel zu Grunde liegenden Tabellen finden sich unter www.jugendberichterstattung.de/nrw. Die Tabellen sind entsprechend der Gliederung des Berichtes abgelegt.

#### **Publikationen**

Gedruckte Veröffentlichungen

Internet

Die Jahresergebnisse der Statistik der Berufsberatung werden nicht mehr regelmäßig veröffentlicht. Sie stehen auf Anforderung bei der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen (ehemals LAA NRW) ebenso wie die Statistik über berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen zur Verfügung.

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW) (Hrsg.): Berufsbildungsstatistik in Nordrhein-Westfalen, Statistische Berichte, Düsseldorf, jährlich, zuletzt 2002.

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW) (Hrsg.): Auszubildende und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Nordrhein-Westfalen, Statistische Berichte, Düsseldorf, jährlich, zuletzt 2003.

Arbeitsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit und der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit (www.arbeitsagentur.de).

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (www.lds.nrw.de).

Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (www.mwa.nrw.de).

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (www.mfjfg.nrw.de).

Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (www.bildungsportal.nrw.de).

Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung des Landes Nordrhein-Westfalen (www.mwmev.nrw.de).

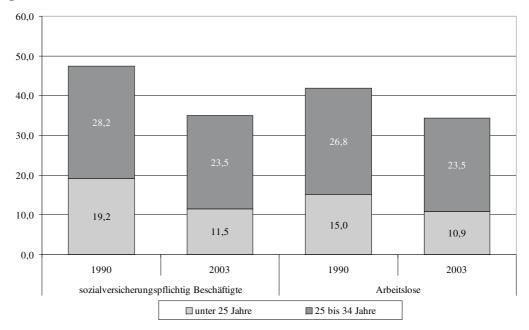
# 2.2 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

#### Kommentierung

Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Die Zahl der *sozialversicherungspflichtig Beschäftigten* in Nordrhein-Westfalen beläuft sich Ende Juni 2003 auf 5.736.058 Personen. 43,2% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – nachfolgend Beschäftigte genannt – sind Frauen, 8,1% Nicht-Deutsche. 15,4% gehen einer Teilzeitbeschäftigung nach.

Jünger als 25 Jahre sind 658.519 der Beschäftigten, das sind 11,5% (vgl. Abbildung 2-15). Von den beschäftigten Frauen sind 12,9%, von den Männern 10,4%, von den Nicht-Deutschen 13,4% und von den Deutschen 11,3% in dieser Altersgruppe.

Abbildung 2-15: Anteile der unter 25-Jährigen und der 25- bis 34-Jährigen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen; 1990 und  $2003^1$  (Angaben in %)



1 Arbeitslose erfasst am 30.09., sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.06.

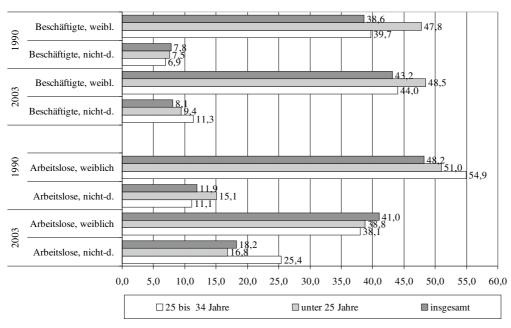
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen; eigene Berechnungen

Der Altersgruppe 25 bis 34 Jahre sind 23,5% der Beschäftigten zuzurechnen, nämlich 24,0% der Frauen, 23,2% der Männer, 33,2% der Nicht-Deutschen und 22,7% der Deutschen.

Insgesamt ist 2003 mehr als ein Drittel der Beschäftigten jünger als 35 Jahre (36,9% der Frauen, 33,6% der Männer), von den Nicht-Deutschen nahezu die Hälfte (46,6%), von den Deutschen ein Drittel (34,0%).

Von den Beschäftigten unter 25 Jahren (658.519) sind 48,5% (319.230) Frauen (vgl. Abbildung 2-16). Bei 9,4% (62.097) handelt es sich um Nicht-Deutsche, 9,2% sind Teilzeitbeschäftigte (vgl. Abbildung 2-17).

Abbildung 2-16: Anteile der Frauen und Nicht-Deutschen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Arbeitslosen insgesamt und ausgewählter Altersgruppen in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003¹ (Angaben in % der jeweiligen Altersgruppe)



1 Arbeitslose erfasst am 30.09., sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.06.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen; eigene Berechnungen

In der Altersgruppe 25 bis 34 Jahre (1.350.799) ist der Anteil der Frauen geringer (44,0%; 594.659 Personen), der Anteil der Nicht-Deutschen höher (11,3%; 153.123 Personen). In dieser Altersgruppe gehen 12,2% (164.474) einer Teilzeitbeschäftigung nach.

Von den nicht-deutschen Beschäftigten unter 25 Jahren sind 41,3% weiblich, von den Deutschen gleichen Alters 49,2%. In der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen ist der Anteil der Frauen geringer (bei Nicht-Deutschen: 32,5%, bei Deutschen: 45,5%).

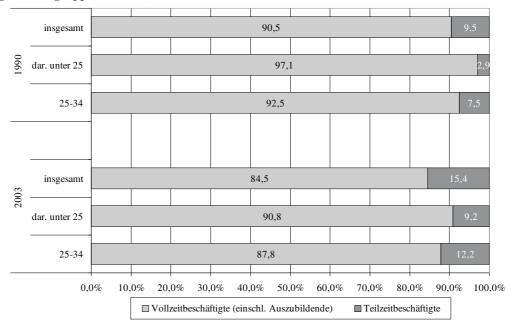
*Arbeitslos* gemeldet sind Ende September 2003 861.238 Personen. Von diesen sind 41,0% weiblich, bei 18,2% handelt es sich um Nicht-Deutsche (vgl. Abbildung 2-16). Damit ist der Anteil der Frauen unter den Arbeitslosen geringfügig geringer als unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der Anteil Nicht-Deutscher allerdings mehr als doppelt so hoch.

Struktur der Arbeitslosen

93.779 Arbeitslose sind jünger als 25 Jahre, 202.248 zwischen 25 und 34 Jahre alt (vgl. Abbildung 2-15). Anteilsmäßig sind demnach etwa ebenso viele von den Arbeitslosen wie von den Beschäftigten diesen Altersgruppen zuzurechnen.

Von den Arbeitslosen unter 25 Jahren (93.779) sind 38,8% (36.397) weiblich, von den 25- bis 34-Jährigen 38,1% (76.962; vgl. Abbildung 2-16). In diesen Altersgruppen gibt es demnach unter den Arbeitslosen anteilsmäßig wesentlich weniger Frauen als unter den Beschäftigten. Andererseits gibt es anteilsmäßig unter den Arbeitslosen dieser (und der übrigen) Altersgruppen wesentlich mehr

Abbildung 2-17: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt und ausgewählte Altersgruppen nach Arbeitszeit in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003<sup>1</sup> (Angaben in % der jeweiligen Altersgruppe in Jahren)



1 Arbeitslose erfasst am 30.09., sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.06.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen; eigene Berechnungen

Nicht-Deutsche als unter den Beschäftigten. So sind von den Arbeitslosen unter 25 Jahren 16,8% und von den 25- bis 34-jährigen Arbeitslosen 25,4% Nicht-Deutsche.

Gegenüber 1990 haben sich die Anteile der unter 25-Jährigen und der 25- bis 34-Jährigen sowohl bei den Beschäftigten wie auch bei den Arbeitslosen verringert. Waren 1990 47,4% der Beschäftigten diesen Altersgruppen zuzurechnen, sind es 2003 nur noch 35,0%. Von den Arbeitslosen waren 1990 41,8% unter 35 Jahre alt, 2003 sind es nur noch 34,4%.

Die Geschlechterproportion ist bei den Beschäftigten unter 25 Jahren nahezu gleich geblieben (Frauenanteil ca. 48%). Bei den Arbeitslosen gleichen Alters zeigt sich hingegen eine Verschiebung: Waren 1990 mit 51,0% noch mehr als die Hälfte der unter 25-jährigen Arbeitslosen weiblich, sind es 2003 nur noch 38,8%. Anders stellt sich die Entwicklung in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen dar: Hier hat sich der Anteil der Frauen bei den Beschäftigten erhöht (1990: 39,7%; 2003: 44,0%). Bei den Arbeitslosen entwickelte er sich rückläufig: Waren 1990 noch 54,9% der 25- bis 34-jährigen Arbeitslosen weiblich, sind es 2003 nur noch 38,1%.

Der Anteil der nicht-deutschen Beschäftigten ist weniger stark gestiegen als erwartet: In der Altersgruppe unter 25 Jahre lag er 1990 bei 7,5%, 2003 liegt er bei 9,4%. In der Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen ist er etwas stärker gestiegen (1990: 6,9%; 2003: 11,3%).

Nur geringfügig hat sich der Anteil Nicht-Deutscher in der Gruppe der Arbeitslosen unter 25 Jahren erhöht (1990: 15,1%; 2003: 16,8%), ganz beträchtlich allerdings in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen: Hatte 1990 mit 11,1% etwa ein Zehntel der Arbeitslosen dieser Altersgruppe eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit, trifft dies 2003 auf ein Viertel (25,4%) zu.

Rückläufige Beschäftigung bei zunehmender Teilzeitbeschäftigung und steigende Arbeitslosigkeit kennzeichnen die Entwicklung nicht nur zum Vorjahr sondern sind vorherrschende Trends seit Beginn der 1990er-Jahre. Diese treffen auch auf die Altersgruppen der unter 35-Jährigen zu (vgl. Abbildung 2-18).

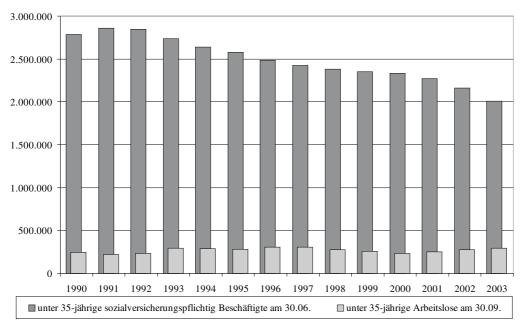
Gegenüber 1990 hat sich die Zahl der Beschäftigten im Alter von unter 25 Jahren um -471.012 bzw. -41,7% verringert, die der Arbeitslosen gleichen Alters hingegen um +5.079 bzw. +5,7% erhöht (vgl. Abbildung 2-19). In der Altersgruppe 25 bis 34 Jahre ist die Zahl der Beschäftigten ebenfalls zurück-

Strukturelle Entwicklung

Zu- und Abnahmen

gegangen. Sie hat um -307.584 bzw. -18,5% abgenommen, eine im Vergleich mit den unter 25-Jährigen moderate Entwicklung. Keineswegs moderat entwickelte sich im gleichen Zeitraum die Zahl Arbeitsloser im Alter von 25 bis 34 Jahren: Sie hat sich um +44.201 Personen bzw. +28,0% erhöht.

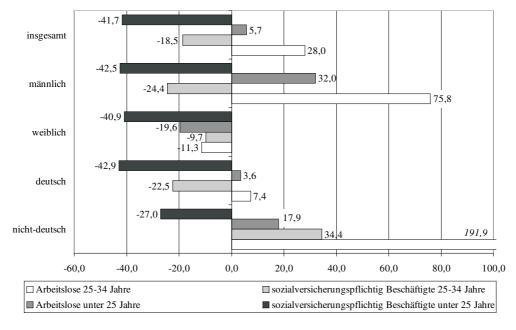
Abbildung 2-18: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Alter von unter 35 Jahren am 30.06. und Arbeitslose gleichen Alters am 30.09. in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben absolut)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen

Unterschiede in der Entwicklung zeigen sich bei geschlechtsspezifischer Betrachtung sowie bei Betrachtung der Staatszugehörigkeit. Etwa in gleichem Maße – um über -40% – ist die Zahl der Beschäftigten der Altersgruppe unter 25 Jahren insgesamt sowie die der Frauen, Männer und Deutschen gleichen Alters gegenüber 1990 zurückgegangen. Weniger stark nahm die Zahl der Nicht-Deutschen ab (-27.0%).

Abbildung 2-19: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.06. und Arbeitslose am 30.09. ausgewählter Gruppen in Nordrhein-Westfalen; Veränderungen 2003 gegenüber 1990 (Angaben in %)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen

Die Zahl der Beschäftigten im Alter von 25 bis 34 Jahren ist mit -18,5% weniger stark rückläufig. Einzig die Zahl der Nicht-Deutschen entwickelte sich dabei entgegen des Trends. Sie erhöhte sich um -34,4%. Die Zahl deutscher Beschäftigter dieser Altersgruppe nahm hingegen um -22,5% ab. Die Zahl der Frauen entwickelte sich weniger stark rückläufig (-9,7%) als die der Männer (-24,4%).

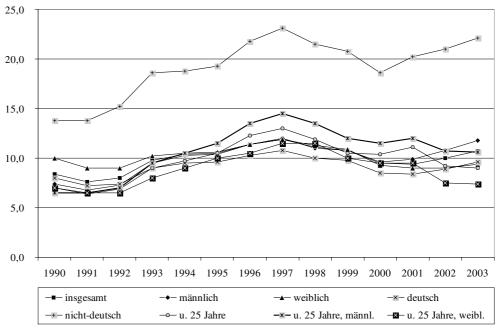
Die Zahl junger Arbeitsloser (unter 25 Jahre) erhöhte sich um +5,7%, wobei die Zahl der Frauen um ein Fünftel (-19,6%) ab-, die der Männer hingegen um ein Drittel (+32,0%) zunahm. Die Zahl deutscher Arbeitsloser unter 25 Jahren nahm um +3,6%, die nicht-deutscher hingegen um +17,9% zu.

Stärker gestiegen ist die Zahl der Arbeitslosen im Alter von 25 bis 34 Jahren. Sie hat sich gegenüber 1990 um mehr als ein Viertel (+28,0%) erhöht. Diese Entwicklung vollzog sich zu Ungunsten der Männer, insbesondere aber der Nicht-Deutschen: So hat die Zahl der Männer dieser Altersgruppe um +75,8% zugenommen, wohingegen die der gleichaltrigen arbeitslosen Frauen um -11,3% abnahm. Bei Betrachtung nach Staatszugehörigkeit zeigt sich, dass die Zahl arbeitsloser Deutscher im Alter von 25 bis 34 Jahren um +7,4% gestiegen ist, die der Nicht-Deutschen sich allerdings nahezu verdreifacht hat. Sie lag 1990 bei 17.587, 2003 bei 51.328, was einer Zunahme von +191,9% entspricht.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote insgesamt hat sich gegenüber 1990 um +2,3 Prozentpunkte erhöht. Sie liegt im September 2003 bei 10,7% und ist bei Männern etwas höher als bei Frauen, bei Nicht-Deutschen mehr als doppelt so hoch als bei Deutschen (Abbildung 2-20). Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen liegt bei 9,0%. Sie ist damit geringer als die Arbeitslosenquote insgesamt. Allerdings ist die Arbeitslosenquote der jungen Männer (10,6%) schon seit 1992 höher als die der jungen Frauen (7,4%). Die höchsten Arbeitslosenquoten waren 1997 zu verbuchen.

Abbildung 2-20: Arbeitslosenquoten¹ ausgewählter Bevölkerungsgruppen am 30.09. eines Jahres in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben in %)



1 Anteil an den abhängig zivilen Erwerbspersonen; modifizierte Quote bei den unter 25-Jährigen

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen

Diese ungünstige Entwicklung bei Männern und Ausländern wird auf Beschäftigtenverluste im produzierenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft zurückgeführt, Branchen, in denen Männer dominieren. Frauen profitierten hingegen von der Beschäftigtenexpansion in einigen Dienstleistungsbranchen (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2004, S. 33).

Die Dauer der Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen ist mit 3,1 Monaten gering.

#### **Definitionen**

Als arbeitslos gelten Arbeitssuchende bis zum vollendeten 65. Lebensjahr, die nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, weder studieren, an beruflichen Bildungsmaßnahmen teilnehmen noch arbeitsunfähig erkrankt sind oder Altersruhegeld beziehen. Sie müssen für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen und eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen. Arbeitslose müssen persönlich bei ihrer zuständigen Arbeitsagentur vorsprechen.

Arbeitslose

Im Kapitel Bevölkerung wurden die 18- bis unter 27-Jährigen als junge Erwachsene definiert, in diesem Kapitel die unter 25-Jährigen, was Standard in der Arbeitslosenstatistik ist. Berücksichtigt werden nachfolgend aber auch die 25- bis unter 35-Jährigen, Personen, von denen viele in der Familiengründungsphase sein dürften.

Arbeitslose, junge Erwachsene

Die hier verwendeten Arbeitslosenquoten errechnen sich aus dem Anteil der bei der Arbeitsagentur registrierten Arbeitslosen an den abhängig zivilen Erwerbspersonen (d.h., den sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten, verbeamteten und arbeitslosen Personen).

Arbeitslosenquoten insgesamt, nach Geschlecht und nach Staatsangehörigkeit

Die Bezugsgrößen für die Berechnung der Arbeitslosenquoten werden einmal jährlich – im April oder Mai – aktualisiert.

Hier handelt es sich um "eine modifizierte Quote mit leichten Unschärfen, da die Erwerbspersonen im Nenner teilweise geschätzt sind (geschlechtsspezifische Daten zu Beamten und geringfügig Beschäftigten). Auch liegen verlässliche Angaben zu den Insgesamtzahlen der Nennergrößen "geringfügig Beschäftigte" und "Beamte" erst ab 1999 vor" (Anmerkung der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen).

Arbeitslosenquoten der unter 25-Jährigen insgesamt und nach Geschlecht

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Auszubildende und andere zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigte, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Arbeitslosenversicherung sind, einschließlich derer, für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfasst sind grundsätzlich Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Beamtinnen und Beamte sowie jene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die auf Grund einer nur geringfügigen Beschäftigung keiner Versicherungspflicht unterliegen. Wehr- oder Zivildienstleistende gelten als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihre Dienste aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen des Wehr- oder Zivildienstes kein Entgelt erhalten.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)

Den Angaben zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegen die Zahlen der Voll- oder Teilzeitbeschäftigten zu Grunde, die der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Geringfügig entlohnte Beschäftigte, die keiner Versicherungspflicht unterliegen, werden nicht mitgezählt.

Beim Nachweis der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach dem Arbeitsortprinzip werden die Beschäftigten der Gemeinde zugeordnet, in der der Betrieb liegt, in dem sie beschäftigt sind.

Die Daten gelten bis zum Ablauf von drei Jahren nach dem Auswertungsstichtag noch als vorläufig (vgl. LDS NRW, Landesdatenbank).

Im Kapitel Bevölkerung wurden die 18- bis unter 27-Jährigen als junge Erwachsene definiert, in diesem Kapitel die unter 25-Jährigen, was Standard in der Beschäftigtenstatistik ist. Berücksichtigt werden nachfolgend aber auch die 25- bis unter 35-Jährigen, von denen viele Familien gegründet haben dürften.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort), junge Erwachsene

Als Teilzeitarbeit gilt eine Beschäftigung, die eine Arbeitnehmerin bzw. einen Arbeitnehmer vereinbarungsgemäß nicht voll, aber regelmäßig zu einem Teil der normalerweise üblichen bzw. tariflich festgesetzten Arbeitszeit in Anspruch nimmt. Hierzu zählt auch Heimarbeit.

Teilzeitarbeit

#### Aussagekraft

"Seit dem Jahr 2000 wird die Zahl der geringfügig Beschäftigten als Teil der Bezugsgröße aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit gewonnen. Dies führte rein rechnerisch zu verringerten Arbeitslosenquoten; damit ist die Vergleichbarkeit mit den Jahren zuvor eingeschränkt" (Bundesagentur für Arbeit 2004, S. 8).

Zudem wäre ohne die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik ein stärkerer Anstieg der Arbeitslosenzahl in 2003 zu verzeichnen gewesen (vgl. ebd., S. 11): Höhere Anforderungen an einer Mitwirkung bei der Arbeitsplatzsuche führten – z.T. vorübergehend – zum Rückzug von Arbeitslosen. Zudem werden Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Maßnahmen nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik erfasst. Zu berücksichtigen sind auch diejenigen, die als Ich-AG die Selbstständigkeit wagen.

#### **Datenhalter**

Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion NRW

Ab dem 01.01.2004 trägt die ehemalige Bundesanstalt für Arbeit die Bezeichnung "Bundesagentur für Arbeit". Die früheren Landesarbeitsämter werden "Regionaldirektionen", die früheren Arbeitsämter "Agenturen für Arbeit" genannt. Es werden die heute gültigen Bezeichnungen verwendet.

#### Datenquellen

Beschäftigtenstatistik

Arbeitslosenstatistik

#### Methodische Hinweise

Periodizität/ regionale Tiefe

#### Arbeitslose:

- Bis 1998 enthielten die monatlichen Statistiken über Arbeitslose nur wenige Angaben. Vertiefende Angaben wurden mit den jährlichen Sonderuntersuchungen zum September bereitgestellt. Seit 1999 sind die monatlichen Statistiken ebenso umfangreich.
- Die Daten liegen für NRW (Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion NRW), die Agenturen für Arbeit, die Geschäftsstellen und auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte, z.T. auch der Gemeinden vor.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte:

- Die Angaben werden jeweils zum Quartalsende erhoben.
- Die Daten liegen für NRW (Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion NRW), die Agenturen für Arbeit, die Geschäftsstellen und auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte, z.T. auch der Gemeinden (Sonderauswertungen) vor.

Berichtsweg

Die Agenturen für Arbeit melden die Arbeitslosendaten der Regionaldirektion. Diese gibt sie an die Bundesagentur für Arbeit weiter.

Die Angaben zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten werden von den Betrieben an die Krankenkassen gemeldet. Diese leiten die Daten weiter an die Sozialversicherungsträger, die die für die Beschäftigtenstatistik benötigten Daten an die Bundesagentur für Arbeit melden.

#### **Tabellenverweis**

Die dem Kapitel zu Grunde liegenden Tabellen finden sich unter www.jugendberichterstattung.de/nrw. Die Tabellen sind entsprechend der Gliederung des Berichtes abgelegt.

### **Publikationen**

Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.): Arbeitsmarkt 2003, in: Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit, 52. Jahrgang, 2004, Sondernummer.

Gedruckte Veröffentlichungen

Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen (LAA NRW) (Hrsg.): Analysen zum Arbeitsmarkt, 2001, Heft 4: Strukturen der Arbeitslosigkeit, Düsseldorf.

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW) (Hrsg.): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen am 30. Juni 2000. Strukturdaten aus der Beschäftigtenstatistik. Statistische Berichte, Düsseldorf.

Internet

 $Arbeitsmarktstatistiken \ der \ Bundesagentur \ für \ Arbeit \ (www.arbeitsagentur.de).$ 

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (www.lds.nrw.de).

Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (www.mwa.nrw.de).

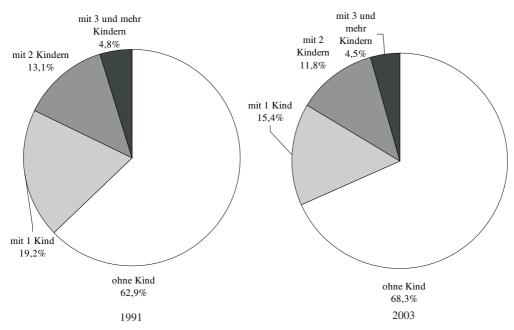
# 3. Kinder und Jugendliche und ihre Familien

#### Kommentierung

In nur einem knappen Drittel (31,7%) der gut 8,4 Millionen Haushalte im Jahr 2003 in Nordrhein-Westfalen leben ledige Kinder (vgl. Abbildung 3-1). 1991 waren es noch 37,1% der Haushalte, in denen Kinder wohnten. Während die Zahl der Haushalte in diesem Zeitraum um +9,0% (um knapp +700.000 Hauhalte) gewachsen ist, ist die Zahl der Haushalte mit Kindern sowohl absolut als auch relativ geschrumpft (-195.000 bzw. -6,8%). Die größte Gruppe der Haushalte mit Kindern ist die mit einem Kind: sie stellen einen Anteil von gut 15% an allen Haushalten (knapp 1,3 Millionen Haushalte). Allerdings ist ihre Zahl am stärksten seit 1991 zurückgegangen (-189.000, -12,7%). Nahezu stabil ist die Zahl der Haushalte mit zwei Kindern über die Zeit geblieben (1991: 1,01 Millionen, 13,1%; 2003: 996.000 Haushalte entsprechend 11,8%). Leicht gewachsen ist dagegen die Zahl der Haushalte mit drei und mehr Kindern. Lag sie 1991 bei 372.000, beträgt sie heute 381.000. Dies bedeutet einen Zuwachs von +2,5% (vgl. Abbildung 3-2).

Haushalte

Abbildung 3-1: Haushalte ohne und mit Kindern nach der Zahl der Kinder in Nordrhein-Westfalen; 1991 und 2003 (Angaben in % der Gesamthaushalte)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 1991 und 2003

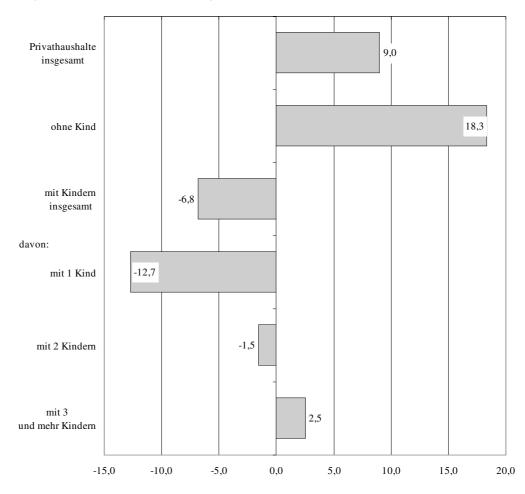
Die Zahl aller in Haushalten lebenden ledigen Kinder – unabhängig von deren Alter – ist seit 1991 von rund 4,7 Millionen auf 4,5 Millionen zurückgegangen. Dabei hat sich ihre Zusammensetzung verschoben. Waren 1991 noch etwa zwei Drittel der Kinder jünger als 18 Jahre, sind es 2003 fast drei Viertel. Ihre Zahl ist um gut +200.000 gestiegen, die Zahl der 18-jährigen und älteren ledigen Kinder in Haushalten ist dagegen um mehr als -400.000 gesunken. Dies scheint zunächst dem Phänomen der zunehmenden Zahl an "Nesthockern" zu widersprechen, d.h. von Kindern, die trotz Volljährigkeit und Berufstätigkeit im elterlichen Haushalt verbleiben. Tatsächlich stimmt diese Entwicklung überein mit den Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung. Hier hat sich die absolute Zahl der Personen in den Altersgruppen zwischen 18 und unter 27 Jahren seit 1990 erheblich verringert.

Werden die Personen mit mehreren Wohnsitzen ausschließlich am Familien-(Haupt-)wohnsitz berücksichtigt, lässt sich für die Familien in Nordrhein-Westfalen eine vergleichbare Entwicklung erkennen. Die Zahl der Familien nimmt im Betrachtungszeitraum 1991 bis 2003 um +378.000 (+5,7%) zu. Das Wachstum resultiert allerdings nur aus der Zunahme der Familien ohne Kinder (+15,2% entsprechend +572.000 Familien; vgl. Abbildung 3-3). Hier sind es vor allem die verheirateten zusam-

Familien

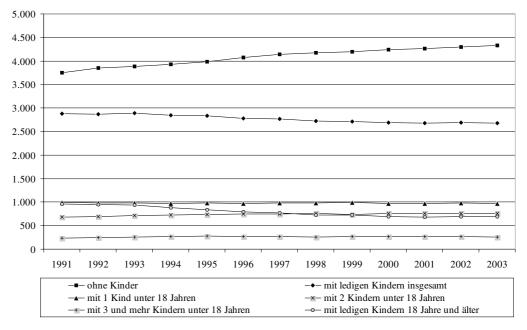
menlebenden Ehepaare, deren Zahl sich um +324.000 (+16,8%; vgl. Abbildung 3-4) vergrößert hat. Die Anzahl der Familien mit ledigen Kindern insgesamt dagegen geht im gleichen Zeitraum um -194.000 (-6,8%) zurück.

Abbildung 3-2: Haushalte ohne und mit Kindern nach der Zahl der Kinder in NRW; Veränderungen zwischen 1991 und 2003 (Angaben in %)



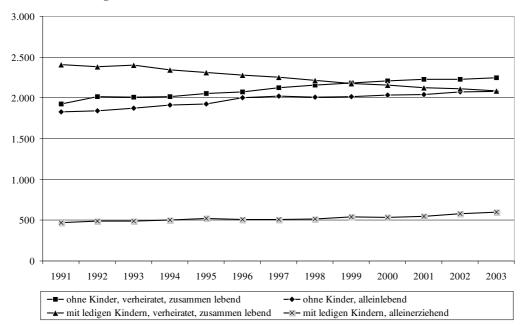
 $Quelle: Landesamt \ f\"{u}r\ Datenver arbeitung\ und\ Statistik\ Nordrhein-Westfalen,\ Mikrozensus,\ 1991\ und\ 2003$ 

Abbildung 3-3: Familien nach Zahl der ledigen Kinder in Nordrhein-Westfalen; 1991 bis 2003 (Angaben in 1.000)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 1991 bis 2003

Abbildung 3-4: Familien nach Typus ohne und mit ledigen Kindern in Nordrhein-Westfalen; 1991 bis 2003 (Angaben in 1.000)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 1991 bis 2003

Mit dieser Entwicklung schrumpft der Anteil der Familien mit ledigen Kindern von 43,4% im Jahre 1991 auf 38,3% im Jahr 2003. Gleichzeitig verschieben sich die Anteile der Ehepaare (verheiratet, zusammenlebend) und der – zumindest formal – unvollständigen (alleinerziehenden) Familien. Der Anteil Alleinerziehender mit ledigen Kindern steigt von 16,3% auf 22,3%. Ihre Zahl nimmt um +127.000 auf 597.000 (+27,1%) zu. Die Zahl der verheirateten, zusammenlebenden Ehepaare mit ledigen Kindern nimmt dagegen um -322.000 auf gut zwei Millionen ab (-13,4%).

Von den rund 2,68 Millionen Familien mit ledigen Kindern insgesamt, die im Jahr 2003 in Nordrhein-Westfalen leben, haben drei Viertel Kinder, die jünger als 18 Jahre sind. Im übrigen Viertel leben Kinder im Alter von 18 und mehr Jahren. Im Jahre 1991 lag deren Anteil bei rund einem Drittel.

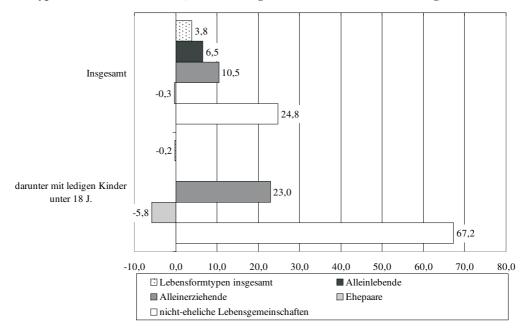
Differenziert nach der Zahl und dem Alter der ledigen Kinder betrachtet, sind es die Familien mit einem Kind unter 18 Jahren und diejenigen mit ledigen Kindern von 18 und mehr Jahren, die im Zeitvergleich von 1991 und 2003 absolut und relativ weniger geworden sind. Während die Zahl der erstgenannten nur um -2,0% zurückgegangen ist (-20.000 Familien), sinkt die Anzahl der letzteren um -28,6% (-275.000 Familien). Die Zahl der Familien mit zwei bzw. drei und mehr Kindern unter 18 Jahren ist in der gleichen Zeit dagegen um +11,5% (+78.000 Familien) bzw. +9,9% (+23.000 Familien) angestiegen.

Seitdem im Jahre 1996 damit begonnen wurde, Haushalte nach dem Lebensformenkonzept zu beschreiben, hat sich die Zahl der so definierten Haushalte insgesamt um +3,8% erhöht. Dabei sind die Entwicklungen je Typ durchaus unterschiedlich verlaufen (vgl. Abbildung 3-5). Während die Zahl der Ehepaare fast stabil geblieben ist (-12.000, entsprechend -0,3%), hat sich die Zahl der Alleinlebenden (+182.000, +6,5%), der Alleinerziehenden (+45.000, +10,5%) und die der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften (+93.000, +24,8%) z.T. drastisch erhöht.

Noch stärker wird die Hinwendung zu unkonventionellen und unvollständigen Familientypen erkennbar, wenn man nur die Familien mit Kindern unter 18 Jahren untersucht (vgl. Abbildung 3-6). Hier ist im Jahr 2003 die Zahl der Ehepaare um -98.000 (-5,8%) niedriger als 1996, die der Alleinerziehenden ist dagegen um +55.000 Familien (+23,0%), die der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften sogar um +67,2% (+39.000 Familien) angestiegen. Diese Entwicklung ist relativ unabhängig von der Zahl der Kinder in den Familien. Der Anteil der beiden letztgenannten Lebensformtypen an allen Familien mit Kindern unter 18 Jahren ist von rund 15% auf knapp 20% gestiegen (im Jahr 2003: Alleinerziehende 14,8%, 294.000 Familien; nicht-eheliche Lebensgemeinschaften 4,9%, 97.000 Familien).

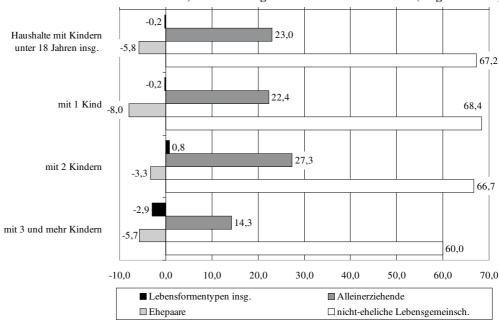
Lebensformtypen

Abbildung 3-5: Haushalte insgesamt und mit ledigen Kindern unter 18 Jahren nach Lebensformentyp in Nordrhein-Westfalen; Veränderungen zwischen 1996 und 2003 (Angaben in %)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 1996 und 2003

Abbildung 3-6: Haushalte mit ledigen Kindern unter 18 Jahren nach Lebensformen und Zahl der Kinder in Nordrhein-Westfalen; Veränderungen zwischen 1996 und 2003 (Angaben in %)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 1996 und 2003

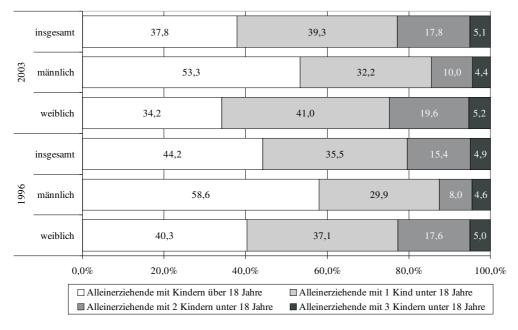
Alleinerziehende

Alleinerziehende mit ledigen Kindern sind in der weit überwiegenden Mehrzahl Frauen (2003: 81,0%). Daran hat sich seit 1996 auch kaum etwas verändert (Anteil 79,4%). Dieses Übergewicht an Frauen findet sich ähnlich und gegenüber 1996 nur unwesentlich verändert in allen Familientypen Alleinerziehender: nur bei Alleinerziehenden mit älteren Kindern (18 Jahre und älter) ist der Männeranteil mit gut einem Viertel etwas höher, in der Gruppe der Alleinerziehenden mit 2 Kindern, die jünger als 18 Jahre sind, liegt er nur bei gut 10%.

Während alleinerziehende Männer mehrheitlich mit volljährigen ledigen Kindern zusammenleben (53,3%; vgl. Abbildung 3-7 und 3-8), gilt dies nur für ein Drittel der alleinerziehenden Frauen (34,2%).

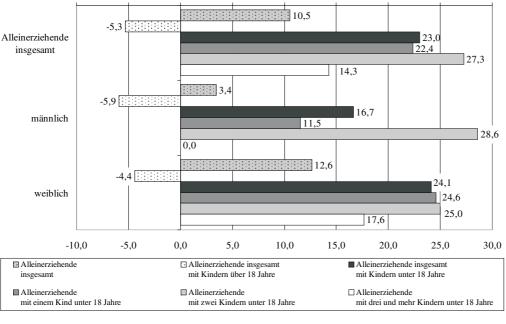
Alleinerziehenden-Haushalte mit jüngeren Kindern (unter 18 Jahre) sind zum überwiegenden Teil 1-Kind-Haushalte (Männer zu 69,0%, Frauen zu 62,3%). In weniger als 10% der Haushalte Alleinerziehender leben drei oder mehr ledige Kinder unter 18 Jahre. Seit 1996 ist die Zahl der Alleinerziehenden-Haushalte um mehr als +10% gestiegen (Frauen +12,6%, Männer +3,4%). Dabei ist die Zahl der Haushalte mit volljährigen Kindern zurückgegangen (insgesamt -5,3%, Männer -5,9%, Frauen -4,4%), die mit Minderjährigen um fast ein Viertel gestiegen (Männer +16,7%, Frauen +24,1%). Der stärkste prozentuale Anstieg seit 1996 findet sich bei männlichen Alleinerziehenden mit zwei Kindern (+28,6%, Frauen +25,0%).

Abbildung 3-7: Haushalte Alleinerziehender nach Geschlecht und nach Zahl der Kinder in Nordrhein-Westfalen; 2003 (Anteile in %)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 2003

Abbildung 3-8: Haushalte Alleinerziehender nach Geschlecht und nach Zahl der Kinder in Nordrhein-Westfalen; Veränderungen 1996 bis 2003 (Angaben in %)



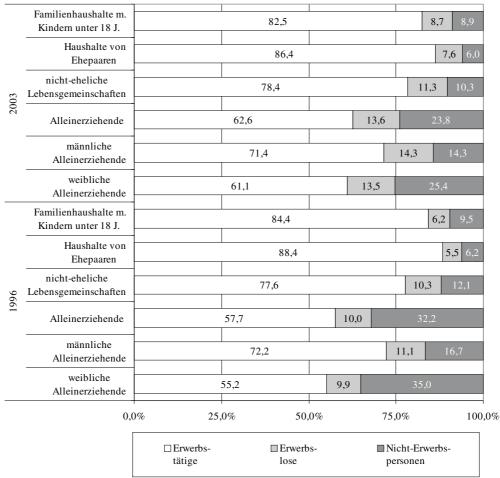
Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 1996 und 2003

In 82,5% aller Familienhaushalte mit ledigen Kindern unter 18 Jahren sind im Jahr 2003 die Bezugspersonen erwerbstätig, 1996 waren es noch 84,4%. Der Anteil an Erwerbslosen sowie an Nichter-

Erwerbsstatus

werbspersonen liegt 2003 jeweils knapp unter 9% (vgl. Abbildung 3-9). Der Erwerbsstatus variiert allerdings stark je Lebensformtyp. Der niedrigste Anteil Erwerbstätiger findet sich erwartungsgemäß bei den Alleinerziehenden. Nur 61,1% der weiblichen und 71,4% der männlichen Alleinerziehenden sind 2003 erwerbstätig. Während dies bei den Männern ein geringfügig niedrigerer Anteil ist als 1996 (72,2%), kann man bei den Frauen einen Anstieg der Erwerbstätigkeit verzeichnen (1996: 55,2%).

Abbildung 3-9: Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren nach Lebensformtyp und Erwerbsstatus des Haushaltsvorstands in Nordrhein-Westfalen; 1996 und 2003 (Angaben in % des entsprechenden Lebensformtyps insgesamt)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 1996 und 2003

Bei nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften sind 78,4%, bei den Ehepaaren 86,4% der Bezugspersonen erwerbstätig. Die im Vergleich geringere Erwerbsbeteiligung von Alleinerziehenden lässt sich sicherlich auf – die im Gegensatz zu den anderen Familientypen – allein verantwortliche Versorgung der Kinder und die deshalb schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Familie zurückführen. Erwerbslos sind 2003 13,5% der weiblichen und 14,3% der männlichen Alleinerziehenden. Etwa ein Viertel der alleinerziehenden Frauen sind nicht Erwerbspersonen. 1996 waren es noch 35%.

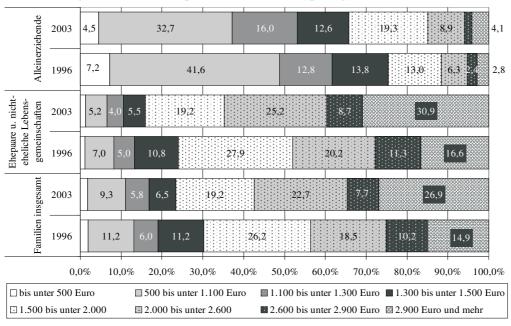
Haushaltseinkommen

Abbildung 3-10 zeigt die Anteile der Haushalte mit ledigen Kindern unter 18 Jahren insgesamt nach Lebensformtyp und Höhe des Haushaltsnettoeinkommens für die Jahre 1996 und 2003. Rund 16% der Ehepaare und Lebensgemeinschaften mussten 2003 mit bis zu 1.500 EUR im Monat haushalten; die überwiegende Mehrheit der Ehe- und Lebensgemeinschaften dagegen hatte ein höheres Einkommen zur Verfügung. Etwa 30% liegen bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 2.900 EUR und mehr. 1996 lagen noch rund 24% dieser Lebensformtypen bei Einkommen unter 3.000 DM und nur knapp 17% bei 6.000 DM und mehr.

Rund zwei Drittel der Alleinerziehenden leben von einem Einkommen bis maximal 1.500 EUR. Ein Nettoeinkommen von 2.900 EUR und mehr steht hingegen nur 4% der Alleinerziehenden zur Verfügung. 1996 fanden sich noch drei Viertel der Alleinerziehenden in den untersten Einkommensgruppen bis 3000 DM. Auch der Anteil in der obersten Einkommensgruppe ist bei den Alleinerziehenden von

2,8% auf 4,1% gestiegen. Die Einkommensstruktur bei den Alleinerziehenden hat sich ebenfalls – wenn auch auf niedrigerem Niveau – verbessert.

Abbildung 3-10: Familien insgesamt, Ehepaare und nicht-eheliche Lebensgemeinschaften sowie Alleinerziehende nach dem Monatsnettoeinkommen der Familie in Nordrhein-Westfalen; 1996 und 2003 (Angaben in % des entsprechenden Familientyps insgesamt)



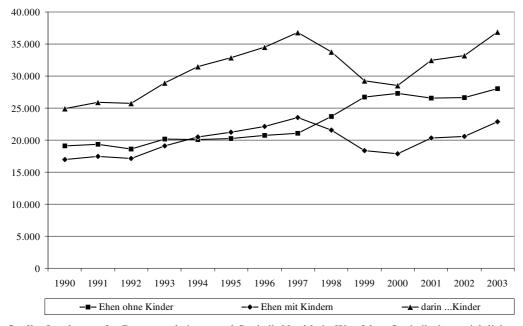
Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 1996 und 2003

Mit wenigen Ausnahmen (1992, 1999) steigt Jahr um Jahr die Zahl der gerichtlichen Ehelösungen in Nordrhein-Westfalen. Im Jahr 2003 liegt die Zahl bei fast 51.000 und ist seit 1990 um +41,2% angestiegen.

Gerichtliche Ehelösungen

Rund 45% (das sind 22.893) der Ehescheidungen betreffen Ehen mit Kindern (vgl. Abbildung 3-11 und 3-12). Bei 23,4% der Ehelösungen insgesamt ist ein Kind, bei weiteren 16,9% sind zwei Kinder von der Trennung der Eltern betroffen. Insgesamt sind es fast 37.000 minderjährige Kinder, deren Eltern sich 2003 haben scheiden lassen. 1990 waren es knapp 25.000 Kinder, eine Zunahme um mehr als +48%. Die Zahl der Scheidungen, die Ehen mit drei und mehr Kindern betreffen, ist seit 1990 um fast

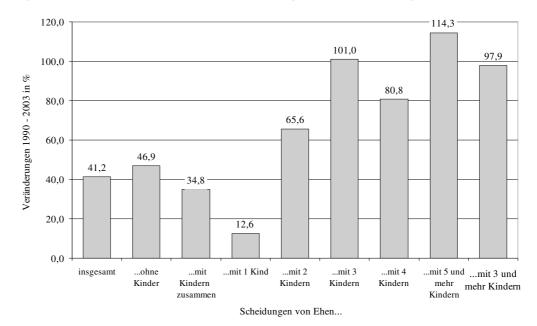
Abbildung 3-11: Gerichtliche Ehelösungen ohne und mit Kindern in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben absolut)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Statistik der gerichtlichen Ehelösungen, 1990 bis 2003

100% gestiegen, Ehen mit zwei Kindern sind 2003 ebenfalls erheblich häufiger (+65,6%) geschieden worden als noch 1996.

Abbildung 3-12: Gerichtliche Ehelösungen ohne und mit Kindern nach der Anzahl minderjähriger Kinder in Nordrhein-Westfalen; Veränderungen 1990 bis 2003 (Angaben in %)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Statistik der gerichtlichen Ehelösungen, 1990 bis 2003

#### **Definitionen**

Mikrozensus

Der Mikrozensus ist eine repräsentative jährliche amtliche Stichprobenerhebung des Statistischen Bundesamtes bzw. der statistischen Landesämter mit einem Stichprobenumfang von 1% aller Privathaushalte (ca. 350.000 Haushalte, davon ca. 50.000 in Nordrhein-Westfalen). Der Mikrozensus ist damit die größte jährlich durchgeführte Repräsentativbefragung in der Bundesrepublik und stellt Querschnittsdaten u.a. über Familien- und Haushaltszusammenhänge, Bildungs- und Erwerbsbeteiligungen, Einkommenssituationen und Quellen des Lebensunterhalts bereit. Im Jahr 1996 wurde der Fragenkatalog des Mikrozensus verändert und erweitert.

Haushalte

Als (Privat-) Haushalte zählen alle jeweils zusammen wohnenden und eine gemeinsame Hauswirtschaft führenden Personengemeinschaften sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Einpersonen-Haushalte). Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören. Dabei werden Personen mit mehreren Wohnungen (Wohnsitzen) an jedem dieser Wohnsitze erfasst, also mehrfach gezählt. Zum Haushalt können außer Verwandten auch familienfremde Personen gehören, z.B. Hauspersonal. Die Bevölkerung in Gemeinschafts- oder Anstaltsunterkünften wird nicht berücksichtigt. In einem Haushalt können mehrere Familien wohnen.

Kinder

Kinder sind ledige Personen, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil, etwa einer verwitweten Mutter, in einem Haushalt zusammenleben. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind wird nicht vorgenommen. Ledige Personen, von denen kein Elternteil im Haushalt lebt, werden nicht als Kind gezählt. Gleichfalls als Kinder gelten Stief-, Adoptiv- oder Pflegekinder, sofern die genannten Voraussetzungen zutreffen.

Familien

Als Familien im Sinne der amtlichen Statistik zählen Ehepaare ohne Kinder oder mit ledigen Kindern sowie alleinerziehende ledige, verheiratet getrenntlebende, geschiedene und verwitwete Väter und Mütter, die mit ihren ledigen Kindern im gleichen Haushalt zusammen leben. Personen mit mehreren Wohnsitzen werden nur am Ort der Hauptwohnung, also am Familienwohnsitz, und damit nur einmal gezählt. Personen in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften werden auch hier nicht berücksichtigt. Zu den Familien werden auch verheiratet getrenntlebende, geschiedene und verwitwete Personen ohne Kinder (im Sinne von "Restfamilien") gerechnet.

Im Gegensatz zum Familienkonzept umfasst das Lebensformenkonzept auch neuere Lebensformentypen, die in den letzten Jahrzehnten zahlenmäßig an Bedeutung gewonnen haben. Das Lebensformenkonzept auf der Basis des Mikrozensus unterscheidet zwischen Gemeinschaften folgender Typen: Lebensformtypen

- Ehepaar ohne Kinder,
- Ehepaar mit ledigen Kindern,
- ledige Alleinerziehende (ohne Partner),
- verheiratet getrenntlebende/geschiedene Alleinerziehende (ohne Partner),
- verwitwete Alleinerziehende (ohne Partner),
- nicht-eheliche (verschieden- oder gleichgeschlechtliche) Lebensgemeinschaften ohne Kinder,
- nicht-eheliche (verschieden- oder gleichgeschlechtliche) Lebensgemeinschaften mit ledigen Kindern,
- geschiedene, verwitwete, verheiratet getrennt lebende Personen ohne Kinder,
- ledige Personen ohne Kinder (nicht bei den Eltern lebend).

In einem Haushalt können mehrere Gemeinschaften gleichen oder unterschiedlichen Typs wohnen.

Ab dem Mikrozensus 1996 wird den nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandten (verschwägerten) Haushaltsmitgliedern die Frage nach der Lebenspartnerschaft mit der Haushaltsbezugsperson gestellt, deren Beantwortung freiwillig ist.

Nicht-eheliche Lebensgemeinschaften

Alleinerziehende sind ledige, verheiratet getrenntlebende, geschiedene oder verwitwete Väter und Mütter, die mit ihren minder- oder volljährigen Kindern zusammenleben. Es ist bei dieser Definition unerheblich, ob außer dem alleinerziehenden Elternteil und den Kindern noch weitere Personen im Haushalt leben.

Alleinerziehende

Erwerbspersonen sind Personen (mit Wohnsitz im Bundesgebiet), die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen, unabhängig von der Bedeutung des Ertrags dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen tatsächlich geleistete oder vertragsmäßig zu leistende Arbeitszeit. Die Erwerbspersonen setzen sich zusammen aus den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen. Personen, die keinem Erwerb nachgehen, werden als so genannte Nichterwerbspersonen erfasst.

(Nicht-)Erwerbspersonen

Das monatliche Nettoeinkommen setzt sich aus der Summe aller Einkommensarten zusammen, ist also nicht nur das Einkommen aus der beruflichen Tätigkeit. Es ergibt sich aus dem Bruttoeinkommen im Monat April abzüglich Steuern und Sozialversicherung. Bei unregelmäßigen Einkommen ist der Nettodurchschnitt für das Jahr anzugeben. Bei Selbstständigen in der Landwirtschaft und mithelfenden Familienangehörigen wird das Nettoeinkommen nicht erfragt. Die Höhe des Haushaltsnettoeinkommens wird seit 1996 nicht mehr aus den Angaben der einzelnen Personen errechnet, sondern direkt erfragt.

Nettoeinkommen

Gerichtliche Ehelösungen werden in der Statistik der Bevölkerungsbewegungen erfasst. Die geschiedenen Ehen werden nach Eheschließungs- und Geburtsjahren, Staatsangehörigkeit der Ehepartner und nach der Anzahl der minderjährigen Kinder ausgewiesen.

Ehelösungen

#### **Aussagekraft**

Beim Mikrozensus besteht für die in die Auswahl gezogenen Haushalte Teilnahmepflicht. Allerdings besteht nicht bei sämtlichen Fragen Auskunftspflicht. Die Angaben zum Einkommen können beispielsweise verweigert werden. Dennoch beträgt die erzielte Ausschöpfungsquote annähernd 100%. Daher haben die Ergebnisse des Mikrozensus eine hohe Aussagekraft. Über das Stichprobenverfahren wird versucht zu gewährleisten, dass alle Bevölkerungsgruppen repräsentativ in der Erhebung vertreten sind.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die hier vorgestellten Daten zum Haushaltsnettoeinkommen nicht personengewichtet vorliegen. D.h. die Angaben berücksichtigen nicht die Zahl der Personen in den Familien und die unterschiedliche Familienstruktur (z.B. zwei Erwachsene und entsprechende Kinderzahl bei Ehepaaren im Gegensatz zu einem Erwachsenen und jeweilige Anzahl von Kindern bei Alleiner-

ziehenden). Daher unterbleiben in den Abschnitten unmittelbare Vergleiche zwischen den verschiedenen Familientypen.

Leichte Unschärfen, die sich nach der Umstellung von der DM auf den Euro in der Festlegung der Einkommensgrenzen der klassifizierten Daten ergeben, werden hier vernachlässigt.

In Bezug auf die Aussagen zu den Alleinerziehenden ist zu berücksichtigen, dass im Mikrozensus nicht-eheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern z.T. zu den Alleinerziehenden gezählt werden, auch wenn der Lebenspartner der leibliche Vater oder die leibliche Mutter ist (vgl. Strohmeier u.a. 1999, S. 61).

#### **Datenhalter**

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW)

# **Datenquellen**

Mikrozensus 1991 bis 2003

Statistik der gerichtlichen Ehelösungen

#### Methodische Hinweise

Periodizität und Erhebungsform Der Mikrozensus ist eine jährlich durchgeführte 1%-Stichprobe aller Privathaushalte.

Die gerichtlichen Ehelösungen werden vollständig erfasst und jährlich veröffentlicht.

Regionale Tiefe

Mikrozensus: Land NRW, so genannte regionale Anpassungsschichten

Gerichtliche Ehelösungen: Land NRW, Kreise und kreisfreie Städte

Berichtsweg und Erfassungszeiträume Die Statistischen Landesämter führen die Erhebung der Stichproben für den Mikrozensus jährlich durch

Ungefähr 100 Familiengerichte liefern die Daten zur Statistik der gerichtlichen Ehelösungen zum 31.12. jeden Jahres.

#### **Tabellenverweis**

Die dem Kapitel zu Grunde liegenden Tabellen finden sich unter www.jugendberichterstattung.de/nrw. Die Tabellen sind entsprechend der Gliederung des Berichtes abgelegt.

# Publikationen

Gedruckte Veröffentlichungen Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (Hrsg.): Ergebnisse des Mikrozensus: Privathaushalte und Familien; Haushalts- und Erwerbsstrukturen; Bevölkerung, Erwerbsbeteiligung, Haushalte und Familien. Statistische Berichte, Düsseldorf 2003.

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (Hrsg.): Gerichtliche Ehelösungen. Statistische Berichte, Düsseldorf 2002.

Strohmeier, K. u.a.: Armut in Nordrhein-Westfalen. Umfang und Struktur des Armutspotenzials. Expertise im Auftrag des MASSKS des Landes Nordrhein-Westfalen, Bochum 1999.

Internet

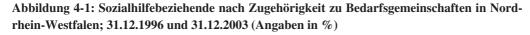
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (www.lds.nrw.de).

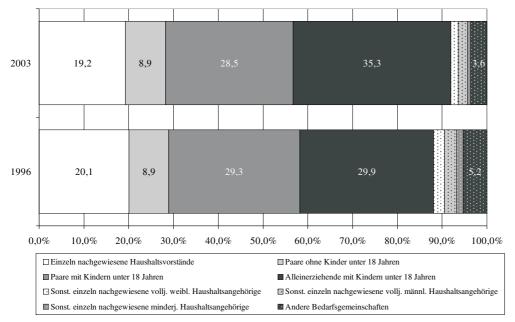
# 4. Kinder und Jugendliche mit Bezug Existenz sichernder Hilfen

#### Kommentierung

Die Zahl der Personen, die zur Existenzsicherung auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (HLU a.v.E.), Sozialhilfe genannt, angewiesen sind, beläuft sich Ende 2003 auf 682.909. Nahezu zwei Drittel aller Sozialhilfe Beziehenden (63,8%) leben in Bedarfsgemeinschaften mit minderjährigen Kindern: 28,5% sind Angehörige von Bedarfsgemeinschaften von Paaren (194.483) und 35,3% von Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender (241.261; vgl. Abbildung 4-1).

Sozialhilfe





Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Statistik der Sozialhilfe, Teil 2: Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe, 1996 und 2003; eigene Auswertungen der anonymisierten Individualdaten der Statistik der Sozialhilfe

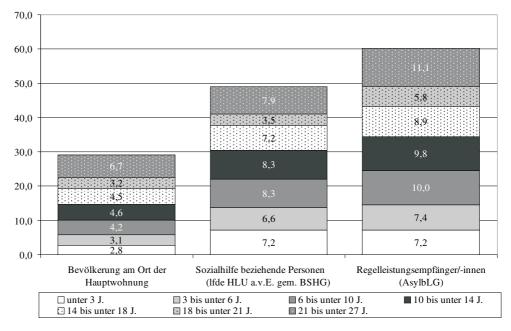
1996 (derartige Auswertungen zu früheren Stichtagen sind nicht möglich) waren 29,9% der Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender zuzurechnen. Hintergrund dieser strukturellen Verschiebung ist, dass sich die Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften von Paaren mit minderjährigen Kindern geringfügig (+0,5%), die Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehender hingegen um ein Fünftel (+22,2% bzw. +43.909 Personen) erhöht hat.

Von den 682.909 Sozialhilfe beziehenden Personen am 31.12. 2003 sind 56,8% weiblich (387.778 Personen). 24,5% sind nicht-deutsche Staatsangehörige (167.149 Personen). Minderjährig sind 39,3% der auf Sozialhilfe angewiesenen Personen: 268.630 Kinder und Jugendliche leben in Bedarfsgemeinschaften von Sozialhilfebeziehenden (vgl. Abbildung 4-2). Weitere 12,6% sind volljährig, doch unter 27 Jahre alt (86.283 Personen). Bei der Mehrzahl der Sozialhilfebeziehenden (51,9%) handelt es sich demnach um Minderjährige und junge Erwachsene.

Kinder- und Jugendarmut ist nicht geschlechtsspezifisch, wohl aber die Armut der Erwachsen: Die Sozialhilfedichte von Frauen ist in der Altersgruppe der 18- bis unter 27-Jährigen mit 6,1% nahezu doppelt so hoch wie die der Männer gleichen Alters (3,4%) und auch in der Altersgruppe der 27- bis unter 65-Jährigen ist die Sozialhilfedichte der Frauen (3,9%) höher als die der Männer (2,4%). Abbildung

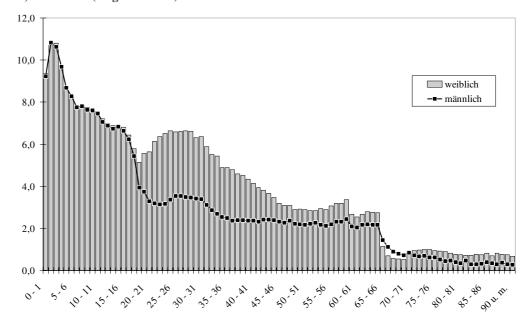
4-3 verdeutlicht das höhere Ausmaß der Betroffenheit von Frauen in nahezu allen Altersjahren. Dass von den männlichen Beziehern von Sozialhilfe nahezu die Hälfte (46,4%) jünger als 18 Jahre ist, wohingegen dies nur auf ein Drittel der weiblichen (33,9%) zutrifft, ist auf die höhere Verarmungsquote von Frauen zurückzuführen.

Abbildung 4-2: Altersstruktur der Hilfebetroffenen nach Hilfeart und der Bevölkerung nach ausgewählten Altersgruppen in Nordrhein-Westfalen; 31.12.2003 (Angaben in %)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Statistik der Sozialhilfe (eigene Auswertungen der anonymisierten Individualdaten), Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Angaben jeweils für 2003

Abbildung 4-3: Sozialhilfedichten nach Altersjahrgängen und Geschlecht in Nordrhein-Westfalen; 31.12.2003 (Angaben in %)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Statistik der Sozialhilfe (eigene Auswertungen der anonymisierten Individualdaten) sowie Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Angaben jeweils für 2003

Deutlich wird auch, dass in besonderem Maße die Jüngsten der Gesellschaft betroffen sind: Von den unter 3-Jährigen leben 10% in einer Bedarfsgemeinschaft mit Sozialhilfebezug, von den Nicht-Deutschen dieser Altersgruppe sogar 23,3% (Deutsche: 9,3%; vgl. Abbildung 4-4). Da sich mit dem Alter der Minderjährigen die Sozialhilfedichte verringert, ist zu vermuten, dass einerseits etliche Haushalte mit älteren Kindern nach Klärung der Unterhaltsansprüche nicht länger auf die finanzielle Unterstützung angewiesen sind und dass sich andererseits für Mütter älterer Kinder eher andere Möglichkeiten der Existenzsicherung finden, da die Kinder nicht mehr in dem Maße der Betreuung bedürfen wie Kleinkinder.

Insgesamt beziehen von den unter 18-Jährigen 7,8% Sozialhilfe, und zwar 6,9% der Deutschen und 14,3% der Nicht-Deutschen.

insgesamt 8,5 unter 3 J. 3 bis unter 6 J. 14.9 7,7 6 bis unter 10 J. 13,2 **■** insgesamt 7,1 10 bis unter 14 J. ■ deutsch 13.5 □ nicht-deutsch 6,4 14 bis unter 18 J. 12.8 18 bis unter 21 J. 21 bis unter 27 I 3,2 27 bis unter 65 J. 65 J. und älter

Abbildung 4-4: Sozialhilfedichten ausgewählter Altersgruppen insgesamt und nach Staatsangehörigkeit in Nordrhein-Westfalen; 31.12.2003 (Angaben in %)

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Statistik der Sozialhilfe (eigene Auswertungen der anonymisierten Individualdaten) sowie Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Angaben jeweils für 2003

10,0

15.0

20.0

25.0

0,0

5,0

Die Hilfedichten deutscher (4,5%) und nicht-deutscher (6,4%) junger Erwachsener (18 bis unter 27 Jahre) unterscheiden sich weniger stark.

Existenz sichernde Hilfen beziehen auch Regelleistungsempfängerinnen und -empfänger. Das sind Personen, die Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Ihre Zahl beläuft sich am 31.12.2003 auf 71.491 Personen. Von ihnen ist ein noch größerer Anteil als von den Sozialhilfe Beziehenden minderjährig (41,9%, 29.923 Personen) oder der Gruppe der jungen Erwachsenen zuzurechnen (17,9% bzw. 12.776 Personen; vgl. Abbildung 4-2). Der Anteil der Regelleistungsempfängerinnen und -empfänger an der Gesamtbevölkerung ist gering (je nach Altersgruppe 1% oder weniger). Allerdings gehören 3,6% der nicht-deutschen Bevölkerung zu dieser Gruppe. Auch hier ist die Hilfedichte der Jüngsten am höchsten (13,4%) und verringert sich mit zunehmendem Alter.

Regelleistungsempfängerinnen und -empfänger gemäß Asylbewerberleistungsgesetz

Wie hoch die Zahl der Existenz sichernde Hilfen beziehenden Personen insgesamt ist, ist z.Z. nicht bekannt, da die Daten der Empfängerinnen und -empfänger von Leistungen der Grundsicherung noch nicht vorliegen, bei denen es sich in der Regel um ältere Menschen handelt.

Existenz sichernde Hilfen beziehende Personen insgesamt

Hilfen gemäß BSHG *und* AsylbLG beziehen insgesamt 754.400 Personen. Von ihnen sind mehr als die Hälfte (52,7%), 397.612 Personen, unter 27 Jahre alt: 298.553 (39,6%) sind unter 18 Jahre und 99.059 (13,1%) zwischen 18 und unter 27 Jahre alt. Nachfolgende Alterspyramide (Abbildung 4-5) verdeutlicht die Zusammensetzung der Existenz sichernde Hilfen beziehenden Personen zum einen nach Geschlecht, zum anderen nach Staatszugehörigkeit.

Bei Kindern und Jugendlichen sind die Geschlechterproportionen noch halbwegs ausgewogen, mit zunehmendem Alter der Erwachsenen wächst jedoch der Anteil der Frauen, der in den oberen Altersgruppen bei über 80% liegt.

Nicht-Deutsche sind insbesondere unter den unter 40-jährigen Erwachsenen, mithin auch unter den Kindern und Jugendlichen, stark vertreten.

85 - 86 80 - 81 75 - 76 m weiblich 70 - 71 männlich ■ deutsch 60 - 61 □ nicht - deutsch 55 - 56 50 - 51 45 - 46 40 - 41 35 - 36 30 - 31 25 - 26 20 - 21 15 - 16 10 - 11 5 - 6 0 - 1 16.000 12.000 8.000 4.000 4.000 8.000 12.000 16.000 Geschlecht

Abbildung 4-5: Existenz sichernde Hilfen beziehende Personen<sup>1</sup> nach Geschlecht, Altersjahren und Staatszugehörigkeit in Nordrhein-Westfalen; 31.12.2003 (Angaben absolut)

1 ohne Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der Grundsicherung

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Statistik der Sozialhilfe und Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Angaben jeweils für 2003

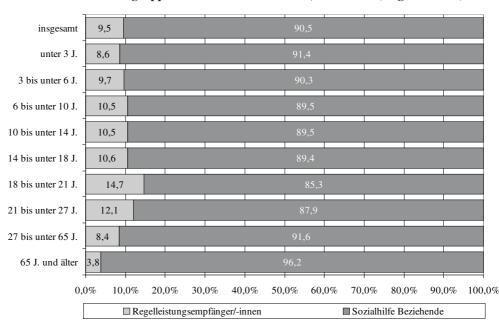


Abbildung 4-6: Existenz sichernde Hilfen beziehende Personen gemäß BSHG und AsylbLG nach Hilfeart und Altersgruppen in Nordrhein-Westfalen; 31.12.2003 (Angaben in %)

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Statistik der Sozialhilfe (eigene Auswertungen der anonymisierten Individualdaten), Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Angaben jeweils für 2003

Die Zusammensetzung des Personenkreises Existenz sichernder Hilfen Beziehender nach Hilfeart geht aus Abbildung 4-6 hervor: Ausgenommen die Altersgruppe der unter 3-Jährigen sind unter den Minderjährigen und jungen Erwachsenen überdurchschnittlich viele Regelleistungsbeziehende, d.h. Personen, die Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen.

Berücksichtigt man neben den Regelleistungsempfängerinnen und -empfängern (gemäß AsylbLG) auch diejenigen Nicht-Deutschen, die Sozialhilfe beziehen, addiert sich die Zahl der Personen mit Existenz sichernden Hilfen ohne deutsche Staatsangehörigkeit auf 238.640 Personen. Dies ist fast ein Drittel (31,6%) der 754.400 Personen, die auf Existenz sichernde Hilfen angewiesen sind. Bei Kindern im Krabbel- und im Grundschulalter ist der Anteilswert etwas geringer (was ein Effekt des neuen Staatsbürgerschaftsrechts sein kann), in den übrigen Altersgruppen annähernd gleich hoch.

Die Geschlechterproportionen sind bei den Minderjährigen, die auf Existenz sichernde Hilfen angewiesen sind, nahezu ausgeglichen, in der Altersgruppe der 18- bis unter 27-Jährigen gibt es hingegen einen Frauenüberhang.

Die Hilfebetroffenen ins Verhältnis zur (altersgleichen) Bevölkerung gesetzt (Hilfedichte), zeigt (vgl. Abbildung 4-7), dass 4,2% der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens Sozialhilfe oder Hilfe nach dem AsylbLG beziehen. Die Hilfedichte – ausgenommen die Altersgruppe der 21- bis unter 27-Jährigen – nimmt mit dem Alter ab: Von den Jüngsten sind 11,2%, von den 18- bis unter 21-Jährigen noch 5,3% und damit überdurchschnittlich viele Leistungsbeziehende.

Von der deutschen Bevölkerung sind anteilsmäßig weitaus weniger Menschen auf Hilfen zur Existenzsicherung (3,2%) angewiesen als von der nicht-deutschen (12,1%): Von den nicht-deutschen Kindern unter 3 Jahren lebt jedes Dritte (36,6%) in der Bedarfsgemeinschaft eines Hilfeempfängers, von den älteren Minderjährigen jedes fünfte (zwischen 18,5% und 22,7%). Bei deutschen Kindern belaufen sich die Hilfedichten auf Werte zwischen 5,4% und 9,3%.

Der Vergleich der Alterspyramiden der Hilfeempfängerinnen und -empfänger gemäß BSHG und AsylbLG insgesamt (letztere hatten 1990 noch Anspruch auf Hilfe gemäß BSHG) von 1990 und 2003 (vgl. Abbildung 4-8) verdeutlicht das Fehlen der Bezieher von Leistungen der Grundsicherung: Die Zahl älterer Frauen war 1990 noch deutlich höher. Für die Altersjahrgänge von Frauen unter 60 Jahren sind hingegen durchweg – und größtenteils – deutliche Zuwächse zu verbuchen. Abgenommen –

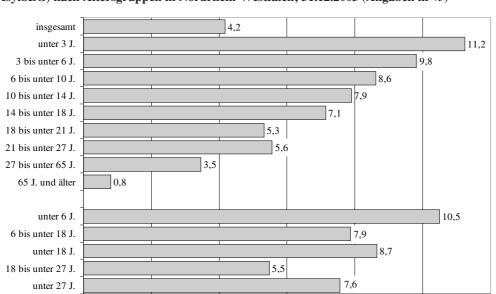


Abbildung 4-7: Hilfedichte der Existenz sichernden Hilfen Beziehenden (gemäß BSHG und AsylbLG) nach Altersgruppen in Nordrhein-Westfalen; 31.12.2003 (Angaben in %)

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Statistik der Sozialhilfe (eigene Auswertungen der anonymisierten Individualdaten), Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Angaben jeweils für 2003

6,0

8,0

10,0

4,0

0,0

2,0

12,0

wenngleich geringfügig – hat auch die Zahl der Männer älterer Jahrgänge, aber auch die Zahl der Männer der Altersjahrgänge 25 bis unter 31 Jahre.

In welchem Maße dabei über die Jahre die Zahlen Kinder und Jugendlicher zugenommen haben, veranschaulicht Abbildung 4-9: Abgesehen vom Jahr 1992, in dem ein sprunghafter Anstieg der Zahl Minderjähriger insgesamt (+10,0%) zu verzeichnen war, war bis 1997 der Anstieg eher kontinuierlich. Damals wurde mit 317.883 die höchste Anzahl Minderjähriger verbucht, die Existenz sichernder Hilfen bedurften. Rückläufig waren die Zahlen lediglich in den Jahren 1998, 2000 und 2002, wobei der Rückgang im Jahr 2000 beträchtlich ausfiel (-8,2%). Bei Betrachtung der Entwicklung nach Altersgruppen zeigt sich, dass sie insbesondere die Jüngsten betraf.

90 u. Balken: 2003 85 - 86 Linien: 1990 80 - 81 75 - 7670 - 7165 - 66 60 - 61 55 - 5650 - 51 45 - 4640 - 4135 - 36 30 - 31 25 - 2620 - 21 15 - 16 10 - 11 5 - 6 0 - 1 12.000 9.000 6.000 3.000 0 3.000 6.000 9.000 12.000 weiblich männlich

Abbildung 4-8: Existenz sichernde Hilfen beziehende Personen nach Geschlecht und Altersjahren in Nordrhein-Westfalen; 31.12.1990¹ und 31.12.2003 (Angaben absolut)

1 Beinhaltet auch die Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die 1990 noch Leistungen gemäß BSHG erhielten.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Statistik der Sozialhilfe (eigene Auswertungen der anonymisierten Individualdaten), Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Angaben jeweils für 1990 und 2003

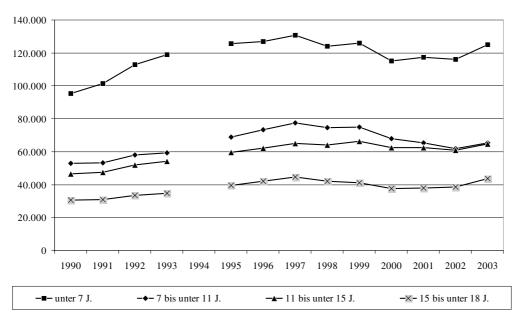
Gegenüber dem Vorjahr, in dem die Entwicklung durch einen Rückgang gekennzeichnet war, ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit Bezug Existenz sichernder Hilfen im Jahre 2003 wieder stark angestiegen (+7,6%), insbesondere die Zahl der 15- bis unter 18-Jährigen (+13,1%). Ob dieser Anstieg einen Trend einleitet, bleibt abzuwarten.

Gegenüber 1990 hat sich die Zahl Minderjähriger mit Hilfen gemäß BSHG und AsylbLG um +32,3% erhöht, wobei für die Gruppe der 15- bis unter 18-Jährigen eine Zunahme von +41,6% zu verbuchen ist. Am geringsten war der Zuwachs in der Altersgruppe 7 bis unter 11 Jahre, doch hat sich auch diese um nahezu ein Viertel (+23,3%) vergrößert. Insgesamt sind 72.815 Kinder und Jugendliche mehr als 1990 auf Existenz sichernde Hilfen angewiesen.

Ein altersstruktureller Vergleich der Personen mit Existenz sichernden Hilfen in den Jahren 1990 und 2003 kann wegen der (noch) nicht zur Verfügung stehenden Daten der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der Grundsicherung, vornehmlich älterer Menschen, nicht vorgenommen werden.

Ein zeitlicher Vergleich der Anteile Nicht-Deutscher ist wegen der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts zum 1.1.2000 nicht aussagekräftig. Die Geschlechterproportionen aber sind in den Altersgruppen Minderjähriger 1990 wie 2003 nahezu ausgeglichen (51% männlich, 49% weiblich), weisen in der Altersgruppe der 18- bis unter 27-Jährigen hingegen einen Frauenüberhang auf, der sich gegenüber 1990 (58%) leicht erhöht (60,3%) hat.

Abbildung 4-9: Kinder und Jugendliche mit Bezug Existenz sichernder Hilfen (gemäß BSHG und AsylbLG) nach Altersgruppen in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003<sup>1</sup> (Angaben absolut)



1 Für das Jahr 1994 liegen auf Grund der Umstellung der Statistik keine Zahlen vor.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Statistik der Sozialhilfe (eigene Auswertungen der anonymisierten Individualdaten), Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Angaben jeweils für 1990 bis 2003

## Definitionen

Zu den Existenz sichernden Hilfen zählen neben der Sozialhilfe, deren Rechtsgrundlage das *Bundes-sozialhilfegesetz* (*BSHG*) ist und die über lange Jahre die einzige Form Existenz sichernder Hilfe darstellte, Hilfen nach dem *Asylbewerberleistungsgesetz* (*AsylbLG*) und nach dem *Grundsicherungsgesetz* (*GSiG*).

Existenz sichernde Hilfen

Die Leistungen der Sozialhilfe werden unterschieden nach der Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) und der Hilfe in besonderen Lebenslagen (HibL). Die beiden Hilfearten können innerhalb oder außerhalb von Einrichtungen gewährt werden. Um Aussagen zur sozioökonomischen Lebenslage der Bevölkerung zu treffen, wird die Gruppe der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (die so genannte "originäre Sozialhilfe") herangezogen, wobei nachfolgend nicht nach Art des Trägers (örtlicher oder überörtlicher) unterschieden wird.

Sozialhilfe – laufende Hilfe zum Lebensunterhalt gemäß Bundessozialhilfegesetz

Seit dem 1.1.1993 haben Asylbewerberinnen und -bewerber keinen Anspruch mehr auf Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG), sondern beziehen Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und werden auch in der Statistik gesondert ausgewiesen. Zu diesem Zwecke wurde die Asylbewerberleistungsstatistik eingeführt.

Regelleistungsempfängerinnen und -empfänger gemäß Asylbewerberleistungsgesetz

"Bei ausländischen Staatsangehörigen mit einem Abschiebungshindernis nach § 53 Ausländergesetz (…) wird lediglich eine Aussetzung der Abschiebung (Duldung) gewährt. Die Duldung ist lediglich ein Vollstreckungsaufschub. Eine Möglichkeit zur Familienzusammenführung ist auf Grund des fehlenden Aufenthaltsstatus ausgeschlossen. Gleiches gilt für soziale Leistungen wie Kindergeld und Erziehungsgeld. Ein Zugang zum Arbeitsmarkt besteht erst nach einem Jahr Wartezeit und dann auch nur unter dem Vorbehalt, dass für die zu besetzende Stelle kein deutscher Arbeitssuchender zur Verfü-

gung steht. Ohne Erwerbstätigkeit fallen auch diese Personen für die ersten 36 Monate ihres Aufenthaltes unter das Asylbewerberleistungsgesetz" (LDS NRW 2003, S. 487).

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gemäß Grundsicherungsgesetz Mit Einführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind seit dem 01.01.2003 weitere Gruppen, nämlich Ältere und dauerhaft Erwerbsgeminderte, aus der Sozialhilfe ausgegliedert. Auch sie werden in einer eigenen Statistik gezählt. Statistische Informationen liegen z.Z. allerdings noch nicht vor.

Bedarfsgemeinschaften

Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft sind alle Personen, für die ein gemeinsamer Sozialhilfebedarf bzw. -satz berechnet und ausgezahlt wird. Dazu zählen nicht getrennt lebenden Ehegatten sowie Personen, die in eheähnlicher Gemeinschaft leben, einschließlich der im Haushalt lebenden minderjährigen, unverheirateten Kinder. Haushaltsmitglieder können gleichzeitig Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft sein. Es kann aber auch sein, dass im Haushalt lebende Personen nicht sozialhilfebedürftig sind oder dass sie eine eigene Bedarfsgemeinschaft bilden, da sie mit den anderen Haushaltsmitgliedern weder verwandt sind, noch in einer eheähnlichen Gemeinschaft zusammenleben.

Hilfedichten

Um den Grad der Hilfebedürftigkeit verschiedener Empfängergruppen (gemäß BSHG, AsylbLG oder GSiG) zu vergleichen oder regionale Unterschiede zu ermitteln, wird die so genannte Dichte berechnet. Die jeweilige Gruppe der Hilfebeziehenden wird dabei ins Verhältnis zur Bevölkerung oder spezifischen Gruppen der Bevölkerung gesetzt. Sie wird auf 100 der Bevölkerung bezogen (%).

Aussagekraft

Bei Betrachtung der Zahl der Bezieherinnen und Bezieher Existenz sichernder Hilfen im Zeitverlauf ist zu beachten, dass Asylbewerberinnen und -bewerber (Regelleistungsempfängerinnen und -empfänger) ab dem Berichtsjahr 1994 und Ältere sowie dauerhaft Erwerbsgeminderte seit Anfang 2003 nicht mehr in der Sozialhilfestatistik erfasst werden. Allerdings können Sozialhilfe- und Regelleistungsempfängerinnen und -empfänger (d.h. Asylbewerberinnen und Asylbewerber) für eine Zeitreihenbetrachtung zusammen gespielt werden. Ebenso müssten Informationen über Empfängerinnen und -empfänger von Leistungen der Grundsicherung zugespielt werden. Diese liegen zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes jedoch noch nicht vor. Insofern weisen die Zeitreihe (auf Grund der Umstellung der Statistik hatte das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW für das Jahr 1994 keine Daten zur Sozialhilfe vorgelegt) und der Vergleich der Strukturen 2003 gegenüber 1990 einen Bruch auf.

Informationen über Bedarfsgemeinschaften oder Personen in Bedarfsgemeinschaften, die auf Auswertungen der anonymisierten Individualdaten der Sozialhilfestatistik basieren, liegen nicht vor 1996 vor.

#### Datenhalter

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

#### Datenquellen

Statistik der Sozialhilfe, Teil 2: Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe und eigene Auswertungen der anonymisierten Individualdaten der Statistik der Sozialhilfe

Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am 31.12.

#### Methodische Hinweise

Periodizität/ regionale Tiefe Jährlich zum 31.12. für das Land Nordrhein-Westfalen, Kreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden

Berichtsweg und Erfassungszeiträume Die Daten werden von den berichtsführenden Kreisen, kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städten jährlich zum Stichtag 31.12. an das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik gemeldet.

# **Tabellenverweis**

Die dem Kapitel zu Grunde liegenden Tabellen finden sich unter www.jugendberichterstattung.de/nrw. Die Tabellen sind entsprechend der Gliederung des Berichtes abgelegt.

## **Publikationen**

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Sozialhilfe in Nordrhein-Westfalen 2002. Teil 2: Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe, Statistische Berichte, Düsseldorf.

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 2003, Düsseldorf.

Gedruckte Veröffentlichungen

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (www.lds.nrw.de).

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (www.mfjfg.nrw.de). Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung der Ruhr-Universität Bochum (www.sozialberichterstattung.de).

Internet

# 5. Kinder und Jugendliche in schulischer Ausbildung

# 5.1 Allgemeinbildende Schulen

## Kommentierung

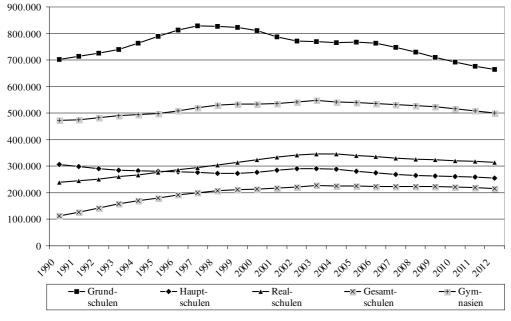
Im Schuljahr 2003/04 besuchen 769.438 Kinder Grundschulen, dies sind +9,6% mehr als im Schuljahr 1990/91. Die Zahl der Grundschülerinnen und Grundschüler geht jedoch seit dem Höchststand 1997 kontinuierlich zurück. In der Prognose wird davon ausgegangen, dass nach einem weiteren Rückgang im Schuljahr 2004/05, im Schuljahr 2005/06 noch einmal ein leichter Zuwachs (+0,4%) zu verzeichnen sein wird. Für die folgenden Schuljahre werden jedoch jährlich schrumpfende Schülerzahlen (um bis zu -2,7%) prognostiziert. Im Schuljahr 20012/13 werden danach ca. -105.683 Schülerinnen und Schüler weniger Grundschulen besuchen als im aktuellen Schuljahr 2003/04; dies bedeutet einen Rückgang um insgesamt -13,7% (vgl. Abbildung 5-1 und 5-2).

Schülerinnen und Schüler an Grundschulen und weiterführenden Schulen

Der Schülerbestand an weiterführenden Schulen liegt bei 1.411.764. Damit hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen im Vergleich zum Schuljahr 1990/91 um +24,9% erhöht. Zukünftig wird jedoch ein kontinuierlicher Rückgang um insgesamt -8,8% prognostiziert, so dass im Schuljahr 2012/13 der Schülerbestand bei 1.287.301 liegen wird.

Die stärkste Schülergruppe an weiterführenden Schulen besucht Gymnasien (547.513), gefolgt von 346.473 Schülerinnen und Schülern an Realschulen, 291.238 an Hauptschulen und 226.540 an Gesamtschulen. Im Vergleich zum Schuljahr 1990/91 hat sich nur die Schülerzahl an Hauptschulen verringert (-4,9%), wobei dieser Rückgang auf die Schuljahre bis 1998/99 begrenzt war; seitdem sind auch die Schülerzahlen an Hauptschulen jährlich gestiegen. Zukünftig, d.h. bis 2012/13 wird insbesondere an Hauptschulen (-12,2%), jedoch auch an allen anderen Schulformen wieder von rückläufigen Schülerzahlen auszugehen sein. Der Anteil der Hauptschülerinnen und -schüler ist von 27,1% (1990/91) auf nur noch 20,6% (2003/04) zurückgegangen und wird in den folgenden Jahren weiter auf knapp unter 20% absinken.

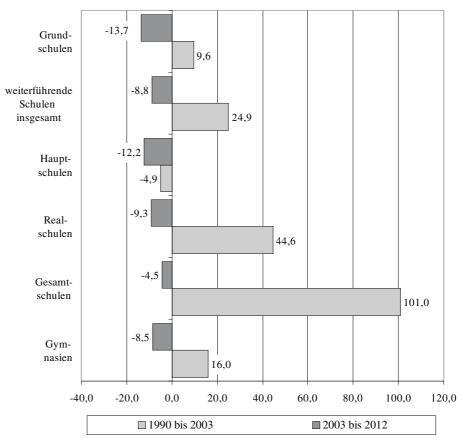
Abbildung 5-1: Schülerinnen und Schüler an Grundschulen und ausgewählten weiterführenden Schulformen in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2012 (Angaben absolut)



Anmerkung: Grundschule ohne Schülerinnen und Schüler in Schulkindergärten

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04 sowie Regionalisierte Schülerprognosen 2004: Schülerbestände 2004/05 bis 2012/13

Abbildung 5-2: Veränderung der Zahl der Schülerinnen und Schüler an Grundschulen und ausgewählten weiterführenden Schulformen in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 und 2003 bis 2012 (Angaben in %)



Anmerkung: Grundschule ohne Schülerinnen und Schüler in Schulkindergärten

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04 sowie Regionalisierte Schülerprognosen 2004: Schülerbestände 2004/05 bis 2012/13

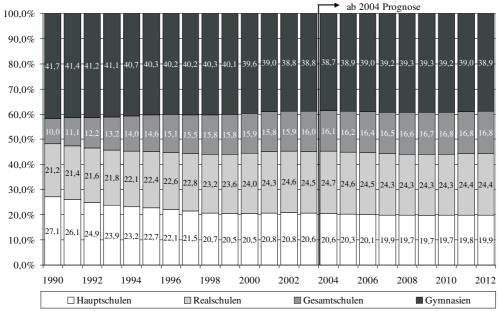
Die Bedeutung der Realschulen (1990/91: 21,2%; 2003/04: 24,5%) und insbesondere der Gesamtschulen (1990/91 10,0%; 2003/04: 16,0%) ist dagegen gestiegen (vgl. Abbildung 5-3). Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Realschulen hat sich um +44,6% erhöht, die der Gesamtschulen hat sich seit dem Schuljahr 1990/91 verdoppelt (+101,0%). Trotz zukünftig ebenfalls rückläufiger Schülerzahlen an Realschulen (-9,3%) wird der Anteil der Schülerinnen und Schüler an dieser Schulform bis zum Schuljahr 2012/13 relativ konstant bei rund 24% liegen. Auch an den Gesamtschulen werden die Schülerzahlen bis 2012/13 um -4,5% abnehmen. Der Anteil an allen Schülerinnen und Schülern weiterführender Schulen wird bis zum Schuljahr 2012/13 allerdings auf voraussichtlich 16,8% ansteigen. Der Anteil der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten an allen Schülerinnen und Schülern weiterführender Schulen ist seit Beginn der 1990er-Jahre von 41,7% auf 38,8% gesunken; auch für die Zukunft wird von einem Anteilswert von rund 39% auszugehen sein.

Die Zahlen und Anteile der Mädchen, die Gymnasien und Gesamtschulen besuchen, sind im laufenden Schuljahr deutlich höher als zu Beginn der 1990er-Jahre (vgl. Abbildung 5-4). Die Zahl der Mädchen an Gymnasien ist um +21,6% gestiegen, die Zahl der Jungen nur um +10,1%. Damit liegt die Mädchenquote im Schuljahr 2003/04 bei 54,0% im Vergleich zu 51,6% im Schuljahr 1990/91. An Gesamtschulen hat sich die Zahl der Schülerinnen ebenfalls überdurchschnittlich (+115,5% im Vergleich zu +88,8% bei Jungen) erhöht, womit der Anteil von 45,9% auf 49,2% angestiegen ist. Hauptschulen werden dagegen von immer weniger Mädchen besucht: nur noch 42,8% der Schülerschaft sind weiblich, zu Beginn der 1990er-Jahre waren es 45,4%.

Insgesamt hat die Zahl der nicht-deutschen Schülerinnen und Schüler insbesondere an Grundschulen (+23,6%), aber auch an weiterführenden Schulen (+8,6%) zugenommen. Da die Zahl der deutschen Grundschulkinder auf Grund der in den letzten Jahren vergleichsweise geringen Geburtenzahlen nur leicht gestiegen ist (+7,4%), hat sich der Anteil der Nicht-Deutschen von 13,8% im Schuljahr 1990/91 auf 15,5% erhöht (vgl. Abbildung 5-5). An weiterführenden Schulen ist dagegen der Anteil der nicht-deutschen Schülerinnen und Schüler im laufenden Schuljahr mit 11,3% geringer als noch zu Be-

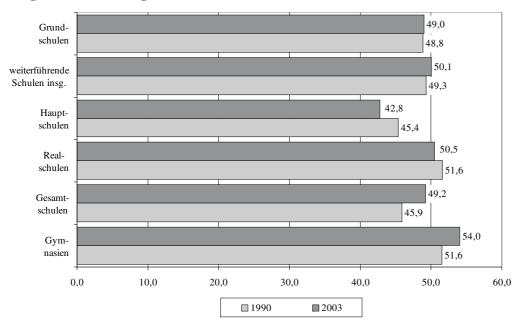
ginn der 1990er-Jahre (12,9%). Die Zahl der nicht-deutschen Schülerinnen und Schüler ist insbesondere an den Gesamtschulen (+83,9%) und Realschulen (+40,1%) stark angestiegen, an den Gymnasien ist dagegen nur ein geringer Zuwachs (+2,6%) zu verzeichnen. An Hauptschulen ist ihre Zahl im laufenden Schuljahr geringer (-18,0%) als im Schuljahr 1990/91. Der Anteil der nicht-deutschen Schülerschaft ist damit zwar von 25,5% auf 22,0% gesunken, gleichwohl ist es nach wie vor die höchste Quote aller Schulformen. An Gesamtschulen liegt der Anteil im laufenden Schuljahr bei 16,6%, an Realschulen bei 8,9% und an Gymnasien bei nur 4,9%.

Abbildung 5-3: Schülerinnen und Schüler an ausgewählten weiterführenden Schulformen in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2012 (in % der Schülerinnen und Schüler an ausgewählten weiterführenden Schulen insgesamt)



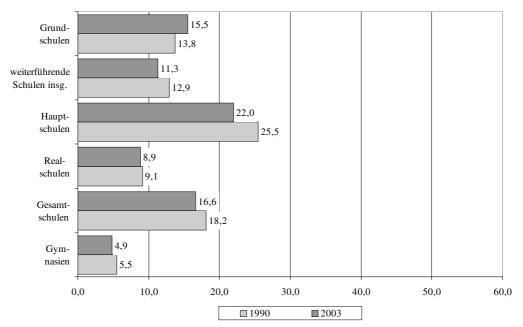
Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04 sowie Regionalisierte Schülerprognosen 2004: Schülerbestände 2004/05 bis 2012/13

Abbildung 5-4: Mädchen an Grundschulen und ausgewählten weiterführenden Schulformen in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003 (Angaben in % der Schülerinnen und Schüler an den jeweiligen Schulformen insgesamt)



Anmerkung: Grundschule ohne Schülerinnen in Schulkindergärten

Abbildung 5-5: Nicht-deutsche Schülerinnen und Schüler an Grundschulen und ausgewählten weiterführenden Schulformen in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003 (Angaben in % der Schülerinnen und Schüler an den jeweiligen Schulformen insgesamt)



Anmerkung: Grundschule ohne Schülerinnen und Schüler in Schulkindergärten

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

Im Schuljahr 1990/91 besuchte noch jeweils die Mehrheit der nicht-deutschen Jungen (54,0%) und Mädchen (52,7%) eine Hauptschule als weiterführende Schule (vgl. Abbildung 5-6). Im Schuljahr 2003/04 ist die Hauptschule zwar auch noch die bevorzugte weiterführende Schulform für nicht-deutsche Schüler und Schülerinnen, sie hat jedoch sowohl bei den Jungen (43,6%) als auch vor allem bei den Mädchen (36,9%) an Bedeutung verloren. Der Anteil der deutschen Jungen (21,1%) und Mädchen (15,2%), die die Hauptschule besuchen, ist weniger als halb so hoch. Bei deutschen Kindern (41,6%), insbesondere bei deutschen Mädchen (44,8%), ist das Gymnasium die am häufigsten besuchte weiterführende Schulform. Zum Vergleich: Nur 16,7% der nicht-deutschen Kinder besuchen ein Gymnasium.

Nach Verlassen der Grundschule ist eine Entscheidung über die Form der weiterführenden Schule und damit auch über den angestrebten Schulabschluss zu fällen. Die Übergangsquoten sind ein wichtiger Indikator für die Bildungspräferenzen. Sie fließen aus diesem Grund auch in die Schülerprognosen ein.

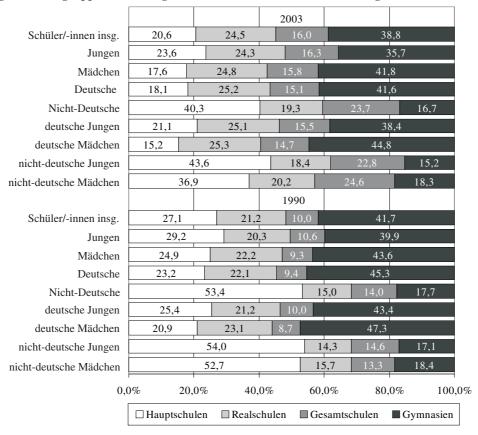
Die Übergangsquoten zu Hauptschulen waren von Beginn der 1990er-Jahre bis zum Beginn des Schuljahres 2000/01 rückläufig (vgl. Abbildung 5-7). Der Anteil der Grundschulkinder, die zur Hauptschule wechselten, sank kontinuierlich von 24,0% auf 18,9%. Diese Entwicklung ist sicherlich zum Teil auf die zusätzliche Einrichtung von Gesamtschulen zurückzuführen, die neben dem Hauptschulabschluss auch die Option auf einen höheren Bildungsabschluss eröffnen. Mit Ablauf des Schuljahres 2000/01 bzw. zu Beginn des Schuljahres 2001/02 wurde erstmals mit 19,6% wieder eine höhere Übergangsquote zu Hauptschulen registriert. Mit dem Wechsel zum laufenden Schuljahr 2003/04 sank die Quote allerdings wieder leicht auf den Stand von 1998 (19,3%).

Die Attraktivität der Realschule als weiterführende Schulform hat im Gegensatz zur Hauptschule von 1990 (24,3%) bis 2000 (29,9%) stetig zugenommen; seitdem sind jedoch wie bei den Hauptschulen rückläufige Übergangsquoten zu beobachten. Auch hier liegt die aktuelle Übergangsquote mit 28,9% in etwa auf dem Niveau von 1998.

Für die Übergangsquoten zu Gesamtschulen und Gymnasien sind keine kontinuierlichen Entwicklungen zu verzeichnen. Mit 16,7% im Schuljahr 2003/04 ist die Quote der Grundschulkinder, die zu Gesamtschulen wechselten, so hoch wie in keinem Jahr des Beobachtungszeitraumes; 1990 war sie mit 14,8% am niedrigsten. Das Gymnasium ist in allen Schuljahren die bevorzugt gewählte weiterführende Schulform. Zwischen 34,9% (2002) und 36,9% (1991) der Grundschulkinder insgesamt wechselten auf ein Gymnasium, zu Beginn des laufenden Schuljahres waren es 35,1%.

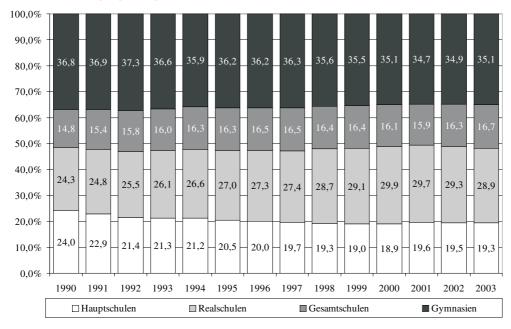
Übergänge zu weiterführenden Schulen

Abbildung 5-6: Schülerinnen und Schüler an ausgewählten weiterführenden Schulformen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003 (Angaben in % der jeweiligen Schülergruppe an den ausgewählten weiterführenden Schulen insgesamt)



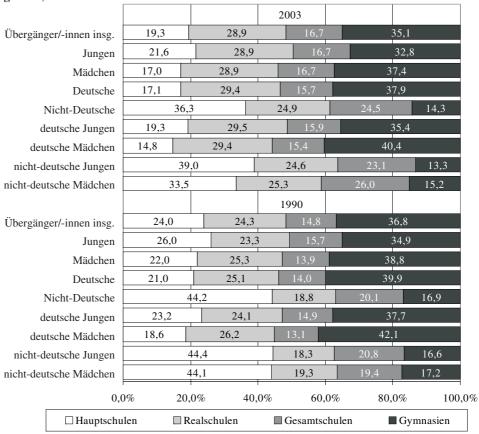
Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

Abbildung 5-7: Übergängerinnen und Übergänger von Grundschulen zu ausgewählten weiterführenden Schulformen in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben in % der Übergängerinnen und Übergänger insgesamt)



Betrachtet man die Übergangsquoten differenziert nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit, so werden deutliche Unterschiede erkennbar. Das Gymnasium ist nur für deutsche Kinder (37,9%), und hier besonders für deutsche Mädchen (40,4%; Jungen 35,4%), die bevorzugt gewählte weiterführende Schulform. Allerdings liegen die Übergangsquoten für das laufende Schuljahr rund zwei Prozentpunkte unter denen, die zu Beginn des Schuljahres 1990/01 festgestellt wurden (vgl. Abbildung 5-8).

Abbildung 5-8: Übergängerinnen und Übergänger von Grundschulen zu ausgewählten weiterführenden Schulformen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003 (in % der jeweiligen Übergängergruppe zu ausgewählten weiterführenden Schulen insgesamt)



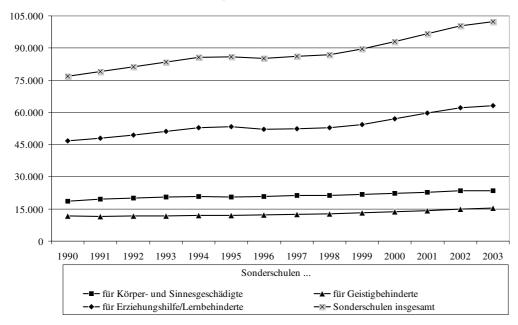
Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

Bei deutschen Kindern folgen dann in der Häufigkeit der Übergänge – relativ unabhängig vom Geschlecht – die Realschulen (29,4%). Die Hauptschule als weiterführende Schulform wird dagegen für bzw. von deutschen Jungen (19,3%) häufiger gewählt als für bzw. von deutschen Mädchen (14,8%). Insgesamt hat die Hauptschule im Zeitverlauf an Bedeutung für deutsche Kinder verloren (17,1% 2003 im Vergleich zu 21,0% 1990).

Auch bei nicht-deutschen Kindern sind Übergänge zur Hauptschule deutlich seltener geworden. Zu Beginn der 1990er-Jahre lagen die Übergangsquoten unabhängig vom Geschlecht noch bei über 44%. Gleichwohl wechselte zum Schuljahr 2003/04 die größte Gruppe sowohl der nicht-deutschen Jungen (39,0%) als auch der nicht-deutschen Mädchen (33,5%) nach Abschluss der Grundschule zu Hauptschulen. Insbesondere die deutliche Veränderung der Übergangsquoten der nicht-deutschen Mädchen (-10,6 Prozentpunkte; Jungen: -5,4 Prozentpunkte) verweist jedoch darauf, dass zunehmend höhere Bildungsabschlüsse angestrebt werden oder eine Schulform gewählt wird, die zumindest die Option auf einen höheren Bildungsabschluss offen lässt. Im Gegensatz zu deutschen Kindern (15,7%) hat die Gesamtschule, die nicht nur einen Bildungsgang ermöglicht, für nicht-deutsche Kinder (24,5%), vor allem für nicht-deutsche Mädchen (26,0%) eine höhere Bedeutung. Für jeweils rund ein Viertel der nicht-deutschen Kinder ist die Realschule bzw. die Gesamtschule die bevorzugte weiterführende Schulform. Nur 14,3% der nicht-deutschen Kinder wechselten dagegen zu Beginn des laufenden Schuljahres zu Gymnasien, zu Beginn des Schuljahres 1990/91 waren es noch 16,9%.

Im Schuljahr 2003/04 besuchen insgesamt 102.211 Kinder und Jugendliche Sonderschulen. Für diese Schülerinnen und Schüler ist also ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt worden, der an Grundschulen und weiterführenden Schulen nicht sichergestellt werden kann. Seit Beginn der 1990er-Jahre ist die Zahl der Sonderschülerinnen und Sonderschüler mit einer Ausnahme – Schuljahr 1996/97 – kontinuierlich angestiegen (vgl. Abbildung 5-9). Insgesamt hat die Zahl um +33,1% gegenüber 1990 zugenommen (vgl. Abbildung 5-10), d.h. +25.392 Kinder und Jugendliche mehr als noch im Schuljahr 1990/91 besuchen im laufenden Schuljahr 2003/04 Sonderschulen.

Abbildung 5-9: Schülerinnen und Schüler an Sonderschulen nach ausgewählten Schulformen in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben absolut)



Anmerkung: ohne Schülerinnen und Schüler in Schulkindergärten

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

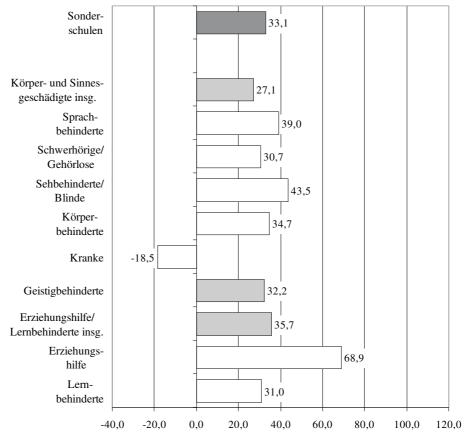
Die Mehrheit aller Sonderschülerinnen und -schüler besucht im Schuljahr 2003/04 Schulen für Lernbehinderte (53.559) oder Erziehungshilfe (9.706). In allen Beobachtungsjahren sind leicht schwankende Anteilswerte zwischen 52% und 54% an Schülerinnen und Schülern für Lernbehinderte zu verzeichnen (vgl. Abbildung 5-11). Gleichwohl ist die Zahl der Kinder, die Schulen für Lernbehinderte besuchen, um +12.671 gestiegen. Im Vergleich dazu ist die Gruppe der Kinder und Jugendlichen, die Verhaltensauffälligkeiten zeigen, also an Schulen für Erziehungshilfe besonders im Bereich der emotionalen und sozialen Entwicklung gefördert werden, relativ klein. Allerdings handelt es sich um eine wachsende Problemgruppe. Im Schuljahr 1990/91 besuchten 5.747 Kinder und Jugendliche diese Form der Sonderschulen, im laufenden Schuljahr 2003/04 schon 9.706, eine Steigerung um fast +70%. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler an Schulen für Erziehungshilfe ist damit von 7,5% auf 9,5% der Sonderschülerinnen und -schüler insgesamt angestiegen.

Auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Schulen für Geistigbehinderte ist seit Beginn der 1990er-Jahre gewachsen (+3.747, +32,2%). Zwischen 14% und 15% aller Sonderschülerinnen und Sonderschüler besuchen Schulen für Geistigbehinderte.

Insgesamt werden im Schuljahr 2003/04 23.553 Kinder und Jugendliche an Schulen für Körper- und Sinnesgeschädigte besonders gefördert, dies sind +5.015 mehr als zu Beginn der 1990er-Jahre (+27,1%). Insbesondere die Zahl der Sprachbehinderten (+39,0%) sowie der Sehbehinderten oder Blinden (+43,5%) hat überdurchschnittlich zugenommen (vgl. Abbildung 5-10 und 5-12). Im Schuljahr 2003/04 werden 10.084 Kinder und Jugendliche an Schulen für Sprachbehinderte unterrichtet, 1.471 an Schulen für Sehbehinderte oder Blinde. Bei der letzteren Schülergruppe konnte mit Beginn des laufenden Schuljahres ein Rückgang der Schülerzahlen verzeichnet werden. Deutlich abgenommen hat insgesamt nur die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die auf Grund eines längerfristigen Kli-

nikaufenthaltes keine Regelschule besuchen können: im Schuljahr 1990/91 waren dies noch 3.276, im Schuljahr 2003/04 sind es 2.671.

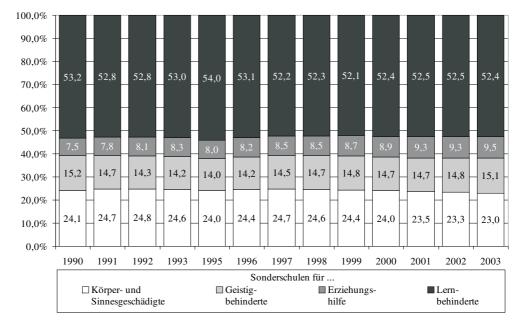
Abbildung 5-10: Veränderung der Zahl der Schülerinnen und Schüler an Sonderschulen nach Schulformen in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben in %)



Anmerkung: ohne Schülerinnen und Schüler in Schulkindergärten

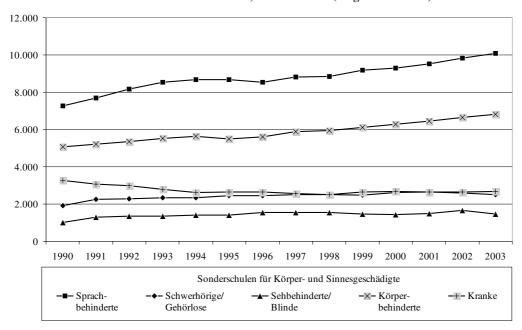
Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

Abbildung 5-11: Schülerinnen und Schüler an Sonderschulen nach ausgewählten Schulformen in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2012 (Angaben in % der Sonderschülerinnen und Sonderschüler insgesamt)



Anmerkung: ohne Schülerinnen und Schüler in Schulkindergärten

Abbildung 5-12: Schülerinnen und Schüler an Sonderschulen für Körper- und Sinnesgeschädigte nach Schulformen in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben absolut)

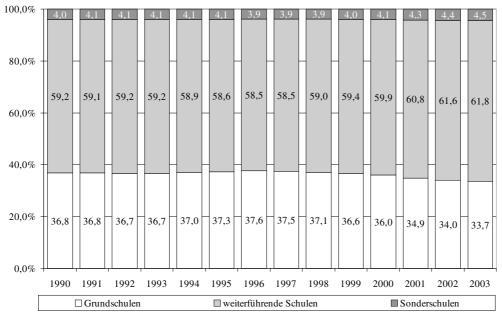


Anmerkung: ohne Schülerinnen und Schüler in Schulkindergärten

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

Vergleicht man insgesamt die Veränderung der Zahl der Sonderschülerinnen und Sonderschüler (+33,1%) mit der Veränderung der Schülerzahlen an den anderen allgemeinbildenden Schulen, also den Grundschulen (+9,6%, vgl. Abbildung 5-2) und weiterführenden Schulen (+24,9%), so zeigt sich, dass die Schülerzahl an Sonderschulen seit Beginn der 1990er-Jahre überdurchschnittlich zugenommen hat (vgl. Abbildung 5-13).

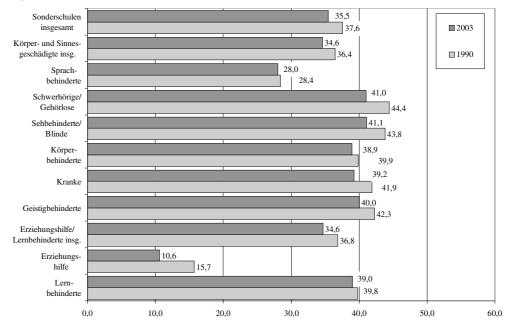
Abbildung 5-13: Schülerinnen und Schüler an Sonderschulen, Grundschulen und ausgewählten weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (in % der Schülerinnen und Schüler insgesamt)



Anmerkung: ohne Schülerinnen und Schüler in Schulkindergärten

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler an Sonderschulen lag in den Schuljahren 1990/91 bis 2000/01 geringfügig schwankend zwischen 3,9% und 4,1%. Seitdem ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen auf 4,5% im laufenden Schuljahr 2003/04. Der Anteil der Mädchen an Sonderschulen ist in allen Schulformen vergleichsweise gering und hat sich im Zeitvergleich sogar noch verringert (vgl. Abbildung 5-14). Insgesamt sind 35,5% aller Kinder und Jugendlichen, die im Schuljahr 2003/04 Sonderschulen besuchen, Mädchen; im Schuljahr 1990/91 waren es 37,6%. An Schulen für Sprachbehinderte (28,0%) und insbesondere an Schulen für Erziehungshilfen ist die Mädchenquote (10,6%) sehr niedrig.

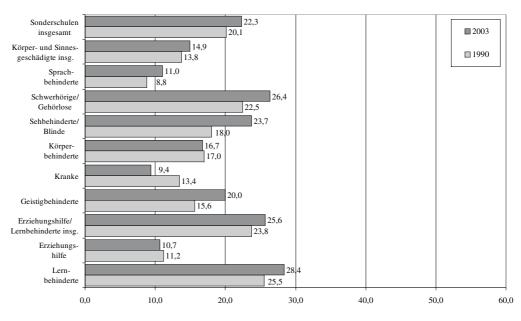
Abbildung 5-14: Mädchen an Sonderschulen nach Schulformen in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003 (Angaben in % der Schülerinnen und Schüler an den jeweiligen Schulformen insgesamt)



Anmerkung: Ohne Schülerinnen in Schulkindergärten.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten 1990/91 bis 2003/4

Abbildung 5-15: Nicht-deutsche Schülerinnen und Schüler an Sonderschulen nach Schulformen in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003 (Angaben in% der Schülerinnen und Schüler an den jeweiligen Schulformen insgesamt)



Anmerkung: ohne Schülerinnen und Schüler in Schulkindergärten

Der Anteil der nicht-deutschen Schülerinnen und Schülern an Sonderschulen ist vergleichsweise hoch und im Zeitverlauf an den meisten Schulformen gestiegen (vgl. Abbildung 5-15). 22,3% der Kinder und Jugendlichen, die im laufenden Schuljahr an Sonderschulen unterrichtet werden, haben nicht die deutsche Staatsangehörigkeit; im Schuljahr 1990/91 lag der Wert bei 20,1%. Nur an Hauptschulen (22,0%, vgl. Abbildung 5-5) ist ein vergleichbar hoher Anteil an nicht-deutschen Schülerinnen und Schülern zu verzeichnen.

Auffallend sind deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Sonderschulformen. In den Schulen für Sprachbehinderte (11,0%), für Kranke (9,4%) sowie für Erziehungshilfe (10,7%) hat nur jedes 10. Kind nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. An den Schulen für Lernbehinderte (28,4%), für Schwerhörige oder Gehörlose (26,4%) trifft dies auf mehr als ein Viertel, an den Schulen für Sehbehinderte oder Blinde (23,7%) auf knapp ein Viertel der Schülerschaft zu, wobei für diese Gruppen jeweils eine deutlich steigende Tendenz im Zeitverlauf zu erkennen ist. Hervorzuheben ist darüber hinaus ein zunehmender Anteil an nicht-deutschen Schülerinnen und Schülern an Schulen für Geistigbehinderte: Im Schuljahr 1990/91 lag der Wert bei 15,6%, im Schuljahr 2003/04 bei 20,0%.

Richtet man den Blickwinkel auf die Schülergruppen im Einzelnen, so ist zunächst festzuhalten, dass nicht-deutsche Kinder und Jugendliche (7,6%), und hier vor allem nicht-deutsche Jungen (8,8%), überdurchschnittlich häufig eine Sonderschule besuchen (vgl. Abbildung 5-16). Bei nicht-deutschen Mädchen liegt der entsprechende Anteilswert bei 6,3% und ist damit höher als bei deutschen Kindern und Jugendlichen insgesamt; vor allem aber deutlich höher als bei deutschen Mädchen (2,8%). Im Zeitverlauf ist der Anteil der nicht-deutschen Schülerinnen und Schülern, die sonderpädagogische Förderung an Sonderschulen erhalten, stärker (+1,6 Prozentpunkte) als bei deutschen Schülerinnen und Schülern (+0,3 Prozentpunkte) gestiegen.

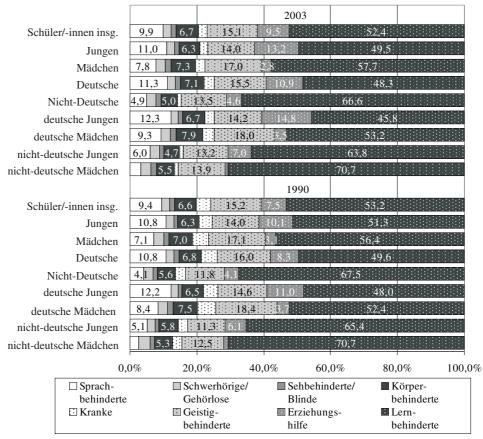
Abbildung 5-16: Schülerinnen und Schüler nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit an Sonderschulen, Grundschulen und ausgewählten weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003 (Angaben in % der jeweiligen Schülergruppe an der Schüler/-innen insg.)

			2003				
Schüler/-innen insg.	33,7			61,8		4,5	
Jungen	33,7			60,6		5,7	
Mädchen	33,7			63,1			
Deutsche	32,8			63,2		4,0	
Nicht-Deutsche	39,6			52,8		7,6	
deutsche Jungen	32,9			61,9		5,2	
deutsche Mädchen	32,7			64,5			
nicht-deutsche Jungen	39,3			51,9		8,8	
nicht-deutsche Mädchen	40,0			53,8		6,3	
			1990				
Schüler/-innen insg.	36,8			59,2		4,0	
Jungen	36,6			58,5		4,9	
Mädchen	36,9			60,0			
Deutsche	36,7			59,6		3,7	
Nicht-Deutsche	37,4			56,7		6,0	
deutsche Jungen	36,6			58,8		4,6	
deutsche Mädchen	36,7			60,5			
nicht-deutsche Jungen	36,8			56,4		6,8	
nicht-deutsche Mädchen	38,0			56,9		5,1	
0,0	20,0%	40	,0%	60,0%	80,0%	100,0	
	□ Grundschulen	□we	■ weiterführende Schulen ■ Sonderschulen				

Anmerkung: ohne Schülerinnen und Schüler in Schulkindergärten

Die Mehrheit (52,4%) der Sonderschülerinnen und Sonderschüler besucht eine Schule für Lernbehinderte. Überdurchschnittlich häufig trifft dies jedoch für nicht-deutsche Kinder und Jugendliche zu: im Zeitverlauf relativ konstant werden rund zwei Drittel aller nicht-deutschen Sonderschülerinnen und Sonderschüler an dieser Sonderschulform unterrichtet, von den deutschen Kindern und Jugendlichen ist es nur knapp die Hälfte (vgl. Abbildung 5-17). Bei den Mädchen ist jeweils der Anteilswert deutlich höher als bei den Jungen. Auffallend ist zudem, dass männliche deutsche Sonderschüler häufiger als alle anderen Schülergruppen – mit zunehmender Tendenz – auf Grund von Verhaltensauffälligkeiten in Sonderschulen unterrichtet werden: Im Schuljahr 2003/04 waren dies 14,8%, 1990/91 lag der Wert noch bei 11,0%. Nur 2,8% der weiblichen Sonderschülerinnen werden dagegen mit einem besonderen Förderbedarf im Bereich des Verhaltens an Sonderschulen für Erziehungshilfe unterrichtet. Auch die Notwendigkeit einer besonderen Sprachförderung wird überdurchschnittlich häufig für männliche deutsche Sonderschüler gesehen: 12,3% der deutsche Jungen an Sonderschulen besuchen im Schuljahr 2003/04 eine Schule für Sprachbehinderte, von den nicht-deutschen Sonderschülern nur 6,0%.

Abbildung 5-17: Schülerinnen und Schüler an Sonderschulen nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Schulform in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003 (Angaben in % der jeweiligen Schülergruppe an Sonderschulen insgesamt)



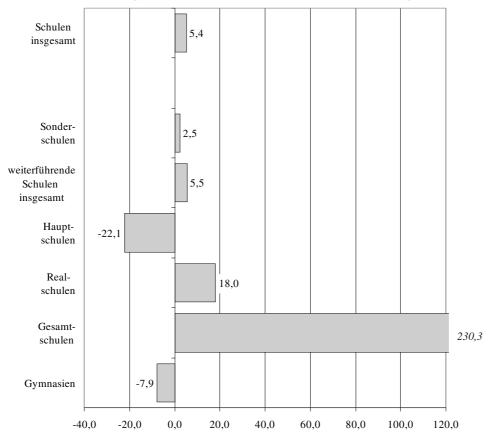
Anmerkung: ohne Schülerinnen und Schüler in Schulkindergärten

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

Schulabgängerinnen und Schulabgänger

Am 15.10.2003 wurde die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger am Ende des Schuljahres 2002/03 ermittelt. Insgesamt haben 194.122 Jugendliche die Schule verlassen. Damit ist seit Anfang der 1990er-Jahre ein neuer Höchststand erreicht. Im Vergleich zu der Zahl am Ende des Schuljahres 1989/90 (184.255) ist eine Steigerung um +5,4% zu verbuchen (vgl. Abbildung 5-18). Allerdings ist keine kontinuierliche Zunahme der Schulabsolventinnen und -absolventen zu verzeichnen: In den Jahren 1991 bis 1993 wurden am 15.10. jeweils weniger Absolventinnen und Absolventen verbucht, danach stieg die Zahl bis 2001 an, um nach einem Rückgang im Jahr 2002 dann wieder deutlich zuzunehmen.

Abbildung 5-18: Veränderung der Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach Schulformen von Schulen insgesamt in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben in %)

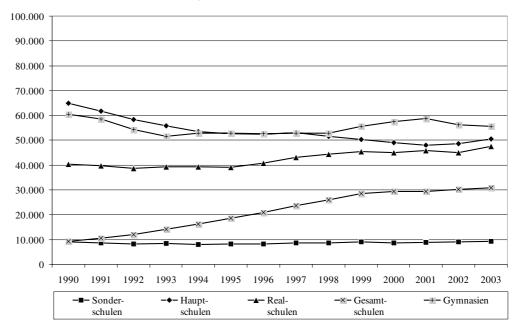


Anmerkung: Schulabgängerinnen und Schulabgänger von weiterführenden Schulen und Sonderschulen

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

Insbesondere die Zahl der Abgängerinnen und Abgänger von Gesamtschulen hat sich im gesamten Zeitverlauf – wie Abbildung 5-19 zeigt – stetig deutlich erhöht (+21.535, +230,3%). Ihr Anteil an allen Absolventinnen und Absolventen ist von 5,1% am Ende des Schuljahres 1989/90 auf 15,9% am Ende des Schuljahres 2002/03 gestiegen (vgl. Abbildung 5-20). Auch bei der Zahl der Absolventinnen und Absolventen der Realschulen ist im Betrachtungszeitraum insgesamt eine – allerdings nicht kontinuierliche – Steigerung zu beobachten (+18,0%). Der Anteil an allen Schulabgängerinnen und -abgängern ist von 21,9% auf 24,5% gewachsen. Die Zahlen und Anteile der Jugendlichen, die Gymnasien und Hauptschulen verlassen haben, sind dagegen seit Beginn der 1990er-Jahre zurückgegangen. Am Ende des Schuljahres 1989/90 waren die Hauptschulabsolventen noch die größte Gruppe der Schulabgängerinnen und -abgänger (64.889 = 35,2%), gefolgt von den Abgängerinnen und Abgängern von Gymnasien (60.490 = 32,8%). Die Zahl der Absolventen beider Schulformen hat sich insbesondere zu Beginn der 1990er-Jahre jährlich deutlich verringert. In den Jahren 1995 bis 1997 verließen beide Schulformen nur noch jeweils rund 53.000 Jugendliche. Während an den Hauptschulen die Zahl der Abgängerinnen und Abgänger bis zum Jahr 2001 weiter schrumpfte, nahm die Zahl an den Gymnasien dagegen wieder zu. In den letzten beiden Schuljahren hat sich dieser Trend allerdings umgekehrt. Der Anteil der Hauptschulabsolventinnen und -absolventen ist von 25,2% am Ende des Schuljahres 2000/01 wieder leicht auf 26,0% am Ende des Schuljahres 2002/03 angestiegen, während der entsprechende Anteil für die Gymnasien von 30,8% auf 28,7% zurückging. Der Anteil der Jugendlichen, die Schullaufbahn an Sonderschulen beenden, liegt relativ konstant im gesamten Beobachtungszeitraum bei knapp 5%.

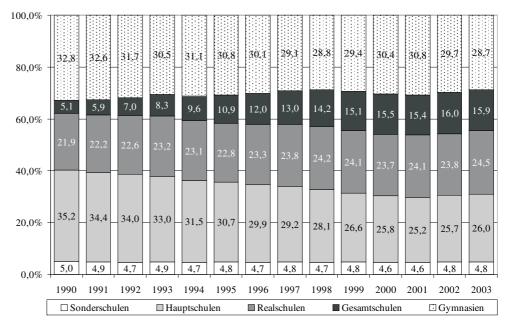
Abbildung 5-19: Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach Schulformen in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben absolut)



Anmerkung: Schulabgängerinnen und Schulabgänger von weiterführenden Schulen und Sonderschulen

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

Abbildung 5-20: Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach Schulformen in Nord-rhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben in % der Schulabgängerinnen und Schulabgänger insgesamt)

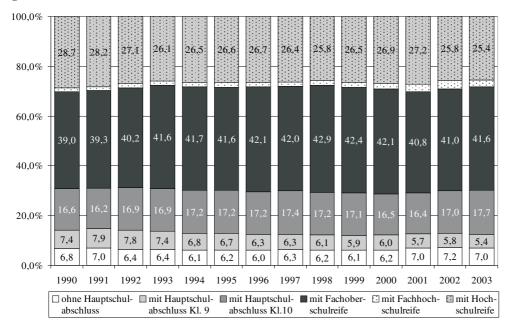


Anmerkung: Schulabgängerinnen und Schulabgänger von weiterführenden Schulen und Sonderschulen

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

7,0% aller Jugendlichen haben am Ende des Schuljahres 2002/03 die Schule ohne einen Abschluss verlassen (vgl. Abbildung 5-21). 13.671 Jugendliche haben damit vergleichsweise schlechte Startchancen für den Einstieg in das Berufsleben. Der Anteilswert liegt auf dem Niveau, das zu Beginn der 1990er-Jahre zu verzeichnen war. Die Quote der Schulabgänger und Schulabgängerinnen ohne Schulabschluss lag allerdings von 1994 bis 2000 zwischen 6,0 bis 6,3% und ist erst in der letzten drei Schuljahren wieder angestiegen.

Abbildung 5-21: Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach Art des Abschlusses in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben in % der Schulabgängerinnen und Schulabgänger insgesamt)

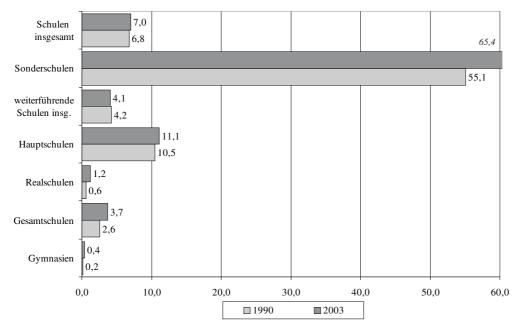


Anmerkung: Schulabgängerinnen und Schulabgänger von weiterführenden Schulen und Sonderschulen

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

Zwei von drei (65,4%, vgl. Abbildung 5-22) Schülerinnen bzw. Schülern, die Sonderschulen besucht haben, gelingt es nicht, einen Hauptschulabschluss zu machen, wobei dieser Anteil deutlich gestiegen ist (1990: 55,1%). Allerdings verfügt auch jede(r) zehnte Jugendliche – über die Zeit relativ konstant – nach Abschluss der Hauptschule nicht über einen qualifizierten Schulabschluss. An den allgemeinbildenden Schulen insgesamt liegt der entsprechende Anteil bei 4%. Auch für die Zukunft wird erwartet, dass dieser Anteil relativ konstant auf diesem Niveau liegen wird, wobei sich die Zahl der Abgänger und

Abbildung 5-22: Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss nach Schulformen in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003 (Angaben in % der Schulabgängerinnen und Schulabgänger der jeweiligen Schulform insgesamt)



Anmerkung: Schulabgängerinnen und Schulabgänger von weiterführenden Schulen und Sonderschulen

100.000 ▶ ab 2004 Prognose 90.000 80.000 70.000 60.000 50.000 40.000 30.000 20.000 10.000 mit Fachober--x- mit Fachhochmit Hochohne Hauptschul mit Hauptschulabschluss schulreife abschluss inse schulreife schulreife

Abbildung 5-23: Schulabgängerinnen und Schulabgänger von weiterführenden Schulen nach Art des Abschlusses in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2013 (Angaben absolut)

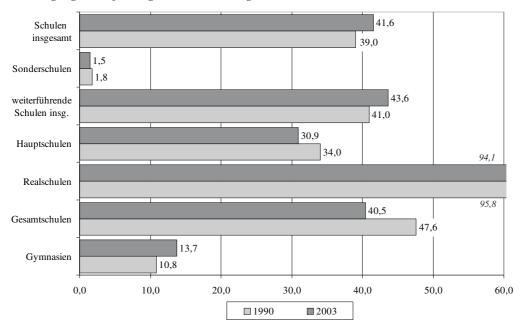
Anmerkung: ohne Sonderschulen

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

Der Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger insgesamt mit Hauptschulabschluss schwankt im Beobachtungszeitraum zwischen 22,1% und 24,7%; am Ende des Schuljahres 2002/03 liegt der Wert bei 23,1%. 6.147 Sonderschülerinnen und Sonderschüler (32,9%) schließen die Schule mit dem Hauptschulabschluss ab, an den anderen allgemeinbildenden Schulen sind es insgesamt 41.744 (22,6%). Auch diese Zahl wird zunächst bis 2007 noch zunehmen (44.710), 2013 dann aber wieder bei unter 41.000 liegen. Damit ist für die Zukunft von einem Anteil von rund 22% der Abgängerinnen und Abgänger mit einem Hauptschulabschluss auszugehen. Im Rückblick ist festzustellen, dass der Anteil der Jugendlichen, die die Schule mit dem Hauptschulabschluss der Klasse 9 verlassen, kontinuierlich leicht zurückgeht (von 7,4% auf 5,4%), während der Hauptschulabschluss der Klasse 10 etwas an Bedeutung gewinnt (1990: 16,6%, 2003: 17,7%). Fast die Hälfte (48,3%) aller Hauptschulabsolventinnen und -absolventen hat am Ende des Schuljahres 2002/03 die Schule mit diesem Abschluss verlassen, bei den Gesamtschulabgängerinnen und -abgängern waren es 25,2%. Insgesamt liegt der Anteil der Jungen und Mädchen, die die Gesamtschule mit einem Hauptschulabschluss abschließen, inzwischen bei 29,8%. Am Ende des Schuljahres 1989/90 war der Wert mit 24,4% noch deutlich geringer.

Die meisten Jugendlichen verlassen die Schule mit der Fachoberschulreife (80.732). Der Anteil liegt seit 1992 bei über 40%, am Ende des Schuljahres 2002/03 waren es 41,6%. In der Prognose wird von einer zunehmenden Bedeutung dieses Schulabschlusses ausgegangen: Im Jahr 2007 werden danach über 90.000 Schülerinnen und Schüler die Schule mit der Fachoberschulreife verlassen, 2013 werden es dann voraussichtlich knapp 83.000 oder 44,1% sein. In den letzten 14 Jahren haben rund 95% aller Realschülerinnen und -schüler diesen mit der gewählten Schulform angestrebten Schulabschluss erreicht (vgl. Abbildung 5-24). In Hauptschulen und vor allem Gesamtschulen wird dieser Schulabschluss dagegen seltener vergeben als noch zu Beginn der 1990er-Jahre. Am Ende des Schuljahres 1989/1990 haben 34,0% der Hauptschülerinnen und -schüler die Fachoberschulreife erhalten, am Ende des Schuljahres 2002/03 waren es 30,9%. Der Anteil der Gesamtschülerinnen und -schüler mit diesem Abschluss ging sogar von 47,6% auf nur noch 40,5% zurück. Zudem ist zu beobachten, dass ein zunehmender Anteil an Schülerinnen und Schülern der Gymnasien die Schule vor Erreichen des eigentlich angestrebten Schulabschlusses mit der Fachoberschulreife verlässt (1990: 10,8%, 2003: 13,7%).

Abbildung 5-24: Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Fachoberschulreife nach Schulformen in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003 (Angaben in % der Schulabgängerinnen und Schulabgänger der jeweiligen Schulform insgesamt)



Anmerkung: Schulabgängerinnen und Schulabgänger von weiterführenden Schulen und Sonderschulen

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

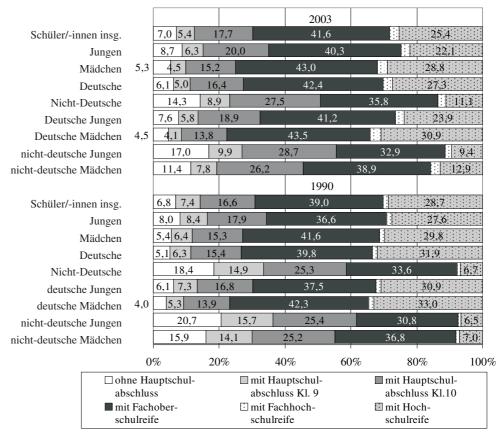
Mehr als drei Viertel (76,8%) der Jugendlichen, die ein Gymnasium besuchen, erhalten jedoch die allgemeine Hochschulreife, weitere 7,3% die Fachhochschulreife. Von den Gesamtschülerinnen und -schülern schließen 21,4% die Schule mit dem Abitur und 4,7% mit dem Fachabitur ab. Insgesamt gewinnt die Fachhochschulreife damit im Beobachtungszeitraum leicht an Bedeutung (1989/90: 1,5%; 2002/03: 2,8%). Der Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger mit allgemeiner Hochschulreife ist dagegen relativ kontinuierlich zurückgegangen (1989/90: 28,7%; 2002/03: 25,4%). Insgesamt 5.511 Jugendliche haben die Schule am Ende des Schuljahres 2002/03 mit dem Fachabitur verlassen. Diese Zahl wird bis 2010 auf rund 6.400 ansteigen, 2013 wird sie aber nach der Prognose wieder unter 6.000 liegen. 49.369 Jungen und Mädchen schlossen die Schule 2003 mit dem Abitur ab. Prognostiziert ist auch hier ein Anstieg bis 2010 auf über 54.000, für 2013 werden knapp 51.000 Schulabgängerinnen und -abgänger mit der allgemeinen Hochschulreife vorhergesagt. Dies wird einem Anteil von rund 27% entsprechen.

Mädchen erreichen deutlich häufiger einen höheren Schulabschluss als Jungen (vgl. Abbildung 5-25). Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern haben sich im Zeitverlauf noch verschärft. Der Anteil der Jungen, die die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlassen, ist von 8,0% (1990) auf 8,7% (2003) leicht angestiegen, bei den Mädchen dagegen relativ konstant geblieben (5,4% zu 5,3%). Auf der anderen Seite ist der Anteil der Jungen, die ihre Schullaufbahn mit der Hochschulreife abschließen, um mehr als -5 Prozentpunkte von 27,6% 1990 auf nur noch 22,1% 2003 gesunken. Bei den Mädchen ist im gleichen Zeitraum nur ein Rückgang von -1 Prozentpunkt (von 29,8% auf 28,8%) zu verzeichnen. Gleichwohl ist auch bei den Jungen eine positive Entwicklung auszumachen. Bei einem gleich hohen Anteil von Absolventen mit Hauptschulabschluss insgesamt gelang es 2003 mehr Jungen (20,0%) den Hauptschulabschluss Klasse 10 zu erhalten, als dies 1990 (17,9%) der Fall war. Auch der Anteil der Schulabgänger mit Fachoberschulreife hat sich (+3,7 Prozentpunkte) von 36,6% 1990 auf 40,3% 2003 erhöht. Gleichwohl haben damit insgesamt nur knapp zwei Drittel der Jungen, aber drei Viertel der Mädchen am Ende des Schuljahres 2002/03 einen höheren als den Hauptschulabschluss erreicht.

Auch bei dem Vergleich der Abschlüsse von deutschen und nicht-deutschen Schülerinnen und Schülern sind deutliche Unterschiede zu verzeichnen. Mit 14,3% ist der Anteil der nicht-deutschen Jugendlichen, die 2003 die Schule ohne einen Abschluss verlassen haben, mehr als doppelt so hoch wie bei den deutschen (6,1%). Insbesondere die nicht-deutschen Jungen schaffen es weit überdurchschnittlich häufig (17,0%) nicht, die Schule erfolgreich abzuschließen. Auch der Anteil der Schulabgängerinnen

und -abgänger, die den Hauptschulabschluss Klasse 9 erhalten, ist bei den Nicht-Deutschen insgesamt (8,9%), vor allem aber bei den nicht-deutschen Jungen (9,9%), deutlich höher als bei den Deutschen. Insgesamt beenden 21,3% der deutschen, aber 36,4% der nicht-deutschen Schülerinnen und Schülern – und damit die größte Gruppe – ihre Schullaufbahn mit einem Hauptschulabschluss. Bei den deutschen Absolventen ist die Fachoberschulreife mit 42,4% der häufigste Schulabschluss. Nur 13,5% der nicht-deutschen Schülerinnen und Schüler, aber 30,2% der deutschen können ihre berufliche Zukunft mit einem Zeugnis der Fachhochschulreife oder der allgemeinen Hochschulreife positiver beeinflussen. Unter den nicht-deutschen Schulabgängerinnen und Schulabgängern ist das Bildungsniveau aber insgesamt seit Beginn der 1990er-Jahre gestiegen: So hat sich der Anteil derjenigen mit Fachhoch-/Hochschulreife annähernd verdoppelt (von 7,7% auf 13,5%), während der Anteil der Hauptschulabsolventen zurückging (von 40,3% auf 36,4%).

Abbildung 5-25: Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Art des Abschlusses in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003 (Angaben in % der jeweiligen Abgängergruppe insgesamt)



Anmerkung: Schulabgängerinnen und Schulabgänger von weiterführenden Schulen und Sonderschulen

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

Im Vergleich zu 1990 ist auffallend, dass sich insgesamt das Abschlussniveau der deutschen Absolventinnen und Absolventen leicht verschlechtert hat, wohingegen die nicht-deutschen Abgängerinnen und Abgänger deutlich aufholen konnten. Die Zahl der deutschen Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss ist um +2.305 (+28,4%) angewachsen, bei den nicht-deutschen dagegen um -1.091 (-25,2%) gesunken. Der Anteil der Jugendlichen ohne Abschluss ist bei den deutschen Absolventinnen (+0,5 Prozentpunkte) und Absolventen (+1,5 Prozentpunkte) leicht gestiegen, bei den nicht-deutschen Jungen (-3,7 Prozentpunkte) und Mädchen (-4,5 Prozentpunkte) aber zurückgegangen. Die Zahl und der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule mit dem Hochschulreifezeugnis verlassen haben, ist 2003 bei Deutschen um -4.400 (-8,6%) bzw. -4,6 Prozentpunkte geringer als noch 1990, bei Nicht-Deutschen ist dagegen eine Steigerung der Zahl um +932 (+59,0%) bzw. des Anteils um +4,4 Prozentpunkte festzustellen. Insgesamt erzielten 1990 41,3% der nicht-deutschen Schülerinnen einen höheren Abschluss als den Hauptschulabschluss, 2003 traf dies aber auf 49,3% zu. Insbesondere nicht-deutsche Mädchen konnten sich in diesem Sinne überdurchschnittlich von 44,9% auf 54,6% ver-

bessern (Jungen: 1990 38,2%, 2003 44,4%). Bei den deutschen Jugendlichen insgesamt ist der entsprechende Anteil im Zeitverlauf nahezu konstant (-0,6 Prozentpunkte) geblieben.

#### **Definitionen**

Die amtlichen Schuldaten enthalten Daten zu den Schuljahrgängen. Sie beziehen sich somit nicht auf Kalenderjahre, sondern auf Schuljahre (1. August bis 31. Juli des Folgejahres). Die Daten werden zu einem Stichtag, dem 15.10., erhoben. Die Angaben zu Schülerinnen und Schülern z.B. beziehen sich damit auf das laufende Schuljahr (z.B. 2003 = 2003/04). Übergänge von Grundschulen zu weiterführenden Schulen werden für die Schulwechsel vom letzten (z.B. 2002/03 = 2002) zum laufenden Schuljahr (z.B. 2003/04 = 2003) ausgewiesen. Die Angaben zu Abgängerinnen und Abgängern beziehen sich auf das Ende des letzten Schuljahres (2003 = Schuljahr 2002/03).

Schuljahr

Das allgemeinbildende Schulwesen ist in Grund-, Real-, Haupt-, Gesamtschulen, Gymnasien, Sonderschulen sowie freie Waldorfschulen und Weiterbildungskollegs (ehemals Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kolleg) gegliedert.

Schulformen

Die Grundschule wird im Rahmen der Schulpflicht von allen Kindern besucht, die am Unterricht mit Erfolg teilnehmen können. Nach der gemeinsamen Grundschule werden allgemeinbildende Schulen im Sekundarbereich I besucht. Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien sind Schulformen mit nur einem Bildungsgang, d.h. der Unterricht ist auf einen bestimmten Abschluss ausgerichtet. Die Gesamtschule umfasst mehrere Bildungsgänge. Hier können alle Schulabschlüsse des Sekundarbereichs I sowie die Berechtigung zum Übergang in den Sekundarbereich II angestrebt werden. Die Sekundarstufe II bzw. die gymnasiale Oberstufe wird also an Gesamtschulen und Gymnasien angeboten.

Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf können an allgemeinen Schulen unterrichtet werden, wenn dort die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind. Kann die Förderung an allgemeinen Schulen nicht hinreichend gewährleistet werden, so besuchen die Kinder und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf Sonderschulen mit Schwerpunkten. In Nordrhein-Westfalen sind im Sonderschulbereich folgende Schulformen vertreten: Schulen für Körper- und Sinnesgeschädigte, zu denen Schulen für Sehbehinderte bzw. für Blinde (Förderschwerpunkt Sehen), Schulen für Schwerhörige bzw. für Gehörlose (Förderschwerpunkt Hören), Schulen für Körperbehinderte (Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung) und Schulen für Sprachbehinderte (Förderschwerpunkt Sprache) gezählt werden; Schulen für Geistigbehinderte (Förderschwerpunkt: geistige Entwicklung) sowie Schulen für Erziehungshilfe (Förderschwerpunkt: emotionale und soziale Entwicklung) und Schulen für Lernbehinderte (Förderschwerpunkt: Lernen). In Schulen für Kranke werden in Krankenhäusern, Universitätskliniken, Kinder- und Jugendpsychiatrien und in Rehabilitations- und Kurkliniken langfristig (mit mindestens vierwöchigem Krankenhausaufenthalt) kranke Kinder und Jugendliche aller Schulformen unterrichtet. Diese Schulform wird in diesem Bericht zu den Sonderschulen für Körper- und Sinnesgeschädigte gezählt.

In Nordrhein-Westfalen gibt es auch noch nicht umorganisierte Volksschulen mit 872 Schülerinnen und Schülern im laufenden Schuljahr, in denen die Primarstufe und die Sekundarstufe I vertreten ist. Diese noch nicht umorganisierten Volksschulen werden als auslaufende Schulform nicht berücksichtigt.

Die freie Waldorfschule ist eine private allgemeinbildende Schule, die auf der Pädagogik Rudolf Steiners basiert. In den freien Waldorfschulen können die Primarstufe sowie die Sekundarstufen I und II besucht werden. Auf Grund dieser von den anderen Schulformen unterschiedlichen Struktur werden die freien Waldorfschulen in diesem Jugendbericht nicht berücksichtigt. Insgesamt besuchen im Schuljahr 2003/04 17.480 Schüler und Schülerinnen freie Waldorfschulen in Nordrhein-Westfalen.

Weiterbildungskollegs sind Einrichtungen des zweiten Bildungsweges, an denen Erwachsene Bildungsabschlüsse der allgemeinbildenden Schulen nachholen können. Diese Schultypen werden insofern im Jugendbericht nicht berücksichtigt. Insgesamt besuchen im Schuljahr 2003/04 26.068 Teilnehmerinnen und Teilnehmer solche Schulen der allgemeinen Fortbildung.

Als Übergängerinnen und Übergänger werden Schülerinnen und Schüler bezeichnet, die nach der Primarstufe, also nach Klasse 4 der Grundschule, in die Sekundarstufe I zu einer weiterführenden Schule

Übergängerinnen und Übergänger wechseln. Zum Stichtag 15.10. werden in der amtlichen Schulstatistik die Schülerinnen und Schüler ausgewiesen, die am Ende des letzten Schuljahres die Klasse 4 der Grundschule erfolgreich absolviert haben und zu Beginn des laufenden Schuljahres in eine weiterführende Schule gewechselt sind. Die Grundschulen geben Empfehlungen, die sich u.a. je nach Eignung der Schülerin bzw. des Schülers auf eine bestimmte Schulform des Sekundarbereichs I beziehen. Für die Aufnahme in eine Schule des Sekundarbereichs I ist neben der Empfehlung und Leistungsbeurteilung auch der Wunsch der Eltern mit entscheidend.

Abgängerinnen und Abgänger

Als Abgängerinnen und Abgänger werden in der amtlichen Schulstatistik zum Stichtag 15.10. alle Schülerinnen und Schüler von weiterführenden Schulen und Sonderschulen ausgewiesen, die am Ende des letzten Schuljahres aus einer Schule entlassen wurden. Zum 15.10.2003 sind also z.B. die Abgängerinnen und Abgänger des Schuljahres 2002/03 erfasst.

Schulahschlüsse

Der Hauptschulabschluss nach Klasse 9 berechtigt ohne Qualifikationsvermerk zum Besuch der Klasse 10 Typ A oder mit Qualifikationsvermerk bei mindestens befriedigenden Leistungen in Deutsch, Mathematik und Englisch und guten Leistungen in weiteren Fächern zum Besuch der Klasse 10 Typ B. Der Hauptschulabschluss nach Klasse 10 wird als Sekundarabschluss I nach erfolgreichem Abschluss der Klasse 10 Typ A vergeben. Die Fachoberschulreife als Sekundarabschluss I wird nach erfolgreichem Abschluss der Klasse 10 Typ B an Hauptschülerinnen und Hauptschüler bzw. nach erfolgreichem Abschluss der Klasse 10 an Realschülerinnen und Realschüler vergeben. Die Fachoberschulreife berechtigt zum Besuch der Sekundarstufe II, wenn in allen Fächern befriedigende oder bessere Leistungen vorliegen. Schülerinnen und Schüler, die die gymnasiale Oberstufe bzw. die Sekundarstufe II vor dem Abitur verlassen, wird unter bestimmten Leistungsvoraussetzungen der schulische Teil der Fachhochschulreife bescheinigt. Die Fachhochschulreife wird dann erlangt, wenn im Anschluss ein einjähriges Praktikum oder eine abgeschlossene Berufsausbildung absolviert wird. Schülerinnen und Schüler, die die Sekundarstufe II erfolgreich nach der Abiturprüfung abschließen, erlangen die allgemeine Hochschulreife.

Schülerprognose und Schulabgängerprognose Auf Basis der aktuellsten schulstatistischen Daten werden jährlich so genannte Schülerprognosen erstellt. Mit ihnen wird die voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler nach Schuljahrgängen sowie der Abgängerinnen und Abgänger nach Art der Abschlüsse dargestellt. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler sowie der Schulabgängerinnen und Schulabgänger hängt von der demografischen Entwicklung bzw. von der Stärke der Geburtsjahrgänge ab. Die Schülerprognosen basieren deshalb u.a. auf den Bevölkerungsprognosen für das Land Nordrhein-Westfalen und seinen Teilräumen. Des weiteren werden den Prognosen Quoten für die Einschulungen und die Übergänge von einem Schuljahrgang zum nächsten zu Grunde gelegt.

#### Aussagekraft

Die Daten zu Schülerinnen und Schülern, Übergängen, Abgängen und erreichten Schulabschlüssen sind u.a. für die Planung im Schul- und Berufsbildungssystem bedeutend. Anhand dieser Daten können z.B. die Auslastung bestehender Einrichtungen (Schulen, Hochschulen etc.) und gegebenenfalls der Förderbedarf für spezielle Zielgruppen bestimmt werden. Die Schüler- und Schulabgängerprognosen sind für die Einschätzung des zukünftigen Bedarfs z.B. an Lehrerinnen und Lehrern, Ausbildungsstellen und Beratungs- und Vermittlungsleistungen der Arbeitsagenturen grundlegend.

#### **Datenhalter**

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW)

#### Datenquellen

Amtliche Schuldaten (ASD) zum Stichtag 15.10.

Schülerprognose und Schulabgängerprognose: Schülerbestände bis 2012/13, Schulabgänge bis 2013/14

#### Methodische Hinweise

Amtliche Schuldaten: jährlich im Herbst (15.10.)

Periodizität

Schülerprognose und Schulabgängerprognose: jährlich

Amtliche Schuldaten: Land Nordrhein-Westfalen, Kreise und kreisfreie Städte

Regionale Tiefe

Schülerprognose und Schulabgängerprognose: Land Nordrhein-Westfalen, Kreise und kreisfreie

Städte

Die Amtlichen Schuldaten (ASD) werden von den Schulen an das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW) gemeldet und zum Teil den Schulverwaltungsdateien entnommen.

Berichtsweg und Erfassungszeiträume

#### **Tabellenverweis**

Die dem Kapitel zu Grunde liegenden Tabellen finden sich unter www.jugendberichterstattung.de/nrw. Die Tabellen sind entsprechend der Gliederung des Berichtes angelegt.

#### **Publikationen**

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW) (2001): Regionalisierte Schülerprognose 2001. Schülerbestände 2000 bis 2010, Schulabgänge 2001 bis 2011, Düsseldorf.

Gedruckte Veröffentlichungen

Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW (www.mswwf.nrw.de; www.bildungs-portal.nrw.de).

Internet

Landesinstitut für Schule und Weiterbildung (www.lsw.nrw.de).

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (www.lds.nrw.de).

#### 5.2 Berufliche Schulen

#### Kommentar

Im Schuljahr 2003/04 besuchen 612.364 Jugendliche und Heranwachsende die beruflichen Schulen in Nordrhein-Westfalen. Dies sind nahezu genauso viele wie im Schuljahr 1990/91 (612.064, vgl. Abbildung 5-26). Allerdings hat es bis zum Schuljahr 1995/96 einen kontinuierlichen Rückgang der Schülerzahlen um -11,6% (-71.053) auf 541.011 Personen gegeben. Diese Zahl hat seitdem aber fortlaufend wieder bis auf den jetzigen Stand zugenommen. Diese Bewegung hängt augenfällig mit Veränderungen der Bevölkerungszahlen zusammen. In diesen Zeitraum fällt der stärkste Rückgang in der Bevölkerung im Alter von 18 bis 21 Jahren in Nordrhein-Westfalen in der ersten Hälfte, ebenso wie deren erneute Zunahme in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre.

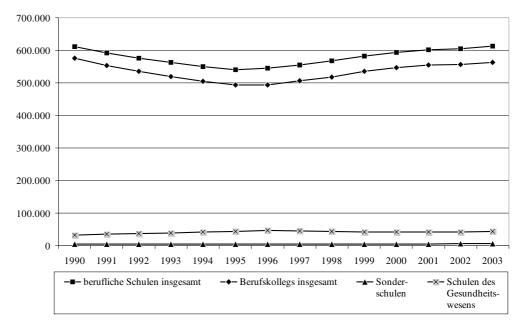
Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen

Dominiert wird die Entwicklung in den beruflichen Schulen insgesamt von derjenigen in den Berufkollegs, die mehr als 90% des Gesamtvolumens (1990/91: 575.193; 2003/04: 562.632 Schülerinnen und Schüler; Abbildung 5-27) darstellen. Auch hier ist die Abwärtsbewegung bis zum Schuljahr 1995/96 vorhanden, die hier allerdings bis 2003 nicht ganz kompensiert worden ist (-12.561).

Die Schulen des Gesundheitswesens mit jetzt 43.375 Schülerinnen und Schülern stellen einen Anteil von 7,1% der Schülerzahl an beruflichen Schulen. Dieser Schultyp hat seine höchste Schülerzahl und seinen höchsten Anteil mit 8,6% im Schuljahr 1996/97 erreicht (46.683 Schülerinnen und Schüler). Bis zum Schuljahr 2000/01 ist dann die Zahl der Schülerinnen und Schüler zwar zurückgegangen, seit 1990/91 haben die Schulen des Gesundheitswesens dennoch insgesamt einen erhöhten Zustrom von +32,7% erfahren.

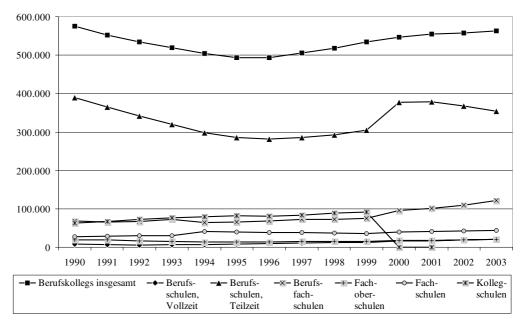
Noch stärker gewachsen sind die Schülerzahlen an den Sonderschulen im Bildungsbereich der Berufskollegs (+52,2%). Allerdings hat dieses Wachstum auf niedrigem Niveau stattgefunden. Diese Schulform betreut gerade ein Prozent des Gesamtvolumens an beruflichen Schulen (2003: 6.357 Schülerinnen und Schüler).

Abbildung 5-26: Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen insgesamt, Berufskollegs insgesamt, Sonderschulen im Bildungsbereich der Berufskollegs und Schulen des Gesundheitswesens in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben absolut)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

Abbildung 5-27: Schülerinnen und Schüler an Berufskollegs insgesamt und in den Bildungsgängen der Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben absolut)

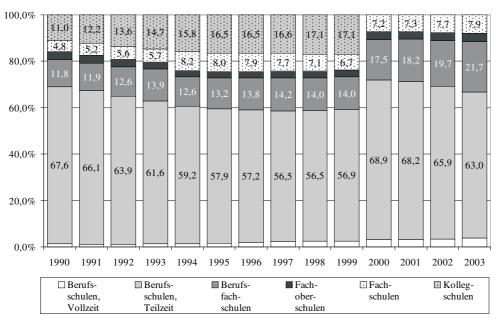


Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

Die oben erwähnte Pendelbewegung bei der Schülerzahl der Berufkollegs ist nicht durchgängig in allen Bildungsgängen dieser Schulform feststellbar. Sie ist vor allem verursacht durch die Entwicklung im Bereich der Teilzeit-Berufsschulen, die zwischen 56,5% (Schuljahre 1997/98 und 1998/99) und

68,9% (Schuljahr 2000/01, vgl. Abbildung 5-28) des gesamten Schüleraufkommens der Berufkollegs betreuen. Der Anteil der Teilzeit-Berufsschulen am Gesamtvolumen der Berufskollegs hat 1990/91 noch bei 67,6% gelegen. Bis zum Schuljahr 1999/2000 ist er auf 56,9% gefallen. Die Umorganisation des Berufsschulsystems mit dem Wegfall der Kollegschule, die zuletzt (im Schuljahr 1999/2000) 17,1% der Schülerinnen und Schüler (91.250) – und damit einen ständig steigenden Anteil im System der Berufskollegs – versorgt hatte, führt zu einem Bruch in der Entwicklung bei den Teilzeit-Berufsschulen: Ihr Schüleranteil machte einen Sprung auf 68,9%. Seither ist dieser Anteil wieder rückläufig und beträgt jetzt 63,0%.

Abbildung 5-28: Schülerinnen und Schüler in den Bildungsgängen der Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben in % der Schülerinnen und Schüler in Berufskollegs insgesamt)



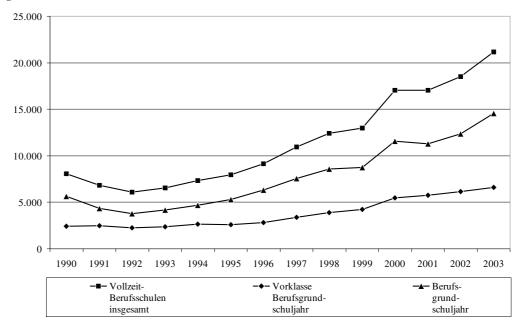
Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

Eine ständig größer werdende Bedeutung im Bereich der Berufskollegs gewinnt der Bildungsgang der Berufsfachschulen. Während im Schuljahr 1990/91 die Schülerzahl noch bei knapp 68.000 (11,8% der Schülerinnen und Schüler in Berufskollegs) gelegen hat, kletterte sie auf über 122.000 (entsprechend 21,7%) im Schuljahr 2003/04 (+80,1%). Ein ähnliches Wachstum – allerdings auf wesentlich niedrigerem Niveau – hat sich im Bildungsgang der Fachschulen vollzogen. Deren Schülerbestand steigt von 27.599 (entsprechend einem Anteil von 4,8% innerhalb der Berufskollegs) auf über 44.000 im Schuljahr 2003/04 (entsprechend 7,9%). Dies stellt ein Wachstum um +60,1% seit 1990 dar.

Die Schülerbestände der Fachoberschulen zeigen dagegen einen ähnlichen Verlauf wie die Berufskollegs insgesamt. Auch sie gehen von zunächst gut 19.000 im Jahr 1990 (entsprechend 3,4% des Schülerbestands an Berufskollegs) bis zum Schuljahr 1995/96 zurück (13.534, 2,7%), um dann wieder bis zum Schuljahr 2003/04 auf etwas mehr als den Ausgangsstand (20.840, 3,7%) anzusteigen.

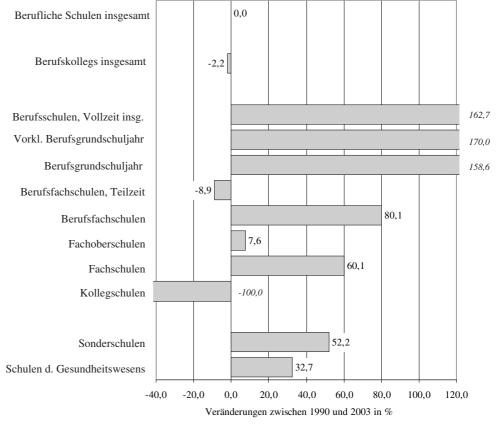
Innerhalb der Berufskollegs von nur geringer Bedeutung – gemessen an der Zahl der Schülerinnen und Schüler (Anteil 2003/04: 3,5%) –, aber wegen seiner Wachstumsdynamik beachtenswert, ist der Zweig der Vollzeit-Berufsschulen. Von etwas über 8.000 Schülerinnen und Schülern im Schuljahr 1990/91 ist ihre Zahl auf nahezu das Dreifache auf 21.141 (+162,0%) im Jahr 2003/04 angestiegen. Dabei ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr noch stärker gewachsen (+170,0%) als im Berufsgrundschuljahr selbst (+158,6%, vgl. Abbildung 5-29 und 5-30).

Abbildung 5-29: Schülerinnen und Schüler an Vollzeit-Berufsschulen insgesamt, Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr und Berufsgrundschuljahr in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben absolut)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

Abbildung 5-30: Veränderung der Zahl der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen nach Schulformen in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben in %)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

Betrachtet man die Zusammensetzung des Schülerbestandes der beruflichen Schulen hinsichtlich ihrer Verteilung auf Frauen und Männer (vgl. Abbildung 5-31), so ist die Geschlechterproportion seit 1990 insgesamt relativ konstant (53% Männer, 47% Frauen). Dies gilt auch für die Berufskollegs (55%

Männer, 45% Frauen) und die Sonderschulen im Berufsbildungsbereich, deren Schülerschaft zu zwei Dritteln männlich und zu einem Drittel weiblich ist. Hier fällt der relativ geringe Anteil von jungen Frauen auf, der auch für die Sonderschulen im Bereich der allgemeinbildenden Schulen typisch ist. Absolut ist die Zahl der Frauen an beruflichen Schulen insgesamt leicht angestiegen (+3.118, +1,1%), die der Männer leicht zurückgegangen (-2.818, -0,9%).

Berufliche Schulen insgesamt ■ 1990 ■ 2003 Berufskollegs insgesamt 44.4 44.6 Berufsschulen, Vollzeit insg. Vorkl. Berufsgrundschuljahr 40.6 39.4 Berufsgrundschuljahr 40,9 43,9 Berufsfachschulen, Teilzeit Berufsfachschulen 58.5 Fachoberschulen 34.0 51.3 Fachschulen 19.4 37.3 Kollegschulen 34,1 33,3 Sonderschulen Schulen d. Gesundheitswesens 85,0 10.0 20.0 30.0 50.0 70.0 80.0

Abbildung 5-31: Anteil der Schülerinnen an beruflichen Schulen nach Schulformen in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003 (Angaben in %)

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 und 2003/04

An den Berufskollegs hat die Zahl der Schülerinnen (-4.505, -1,8%) und der Schüler (-8.056, -2,5%) abgenommen. An den Sonderschulen im Berufsbildungsbereich sind dagegen sowohl bei Männern (+1.405) als auch bei Frauen (-776) Zunahmen zu verzeichnen, die absolut relativ gering sind, jedoch Steigerungsraten von über +50% bedeuten.

Bei den Schulen des Gesundheitswesens waren die jungen Frauen 1990/91 weit in der Überzahl (85,0%). Hier ist die Zahl der jungen Männer wesentlich stärker (+78,1%) gestiegen als die der jungen Frauen (+24,6%, vgl. Abbildung 5-32). Ihr Anteil liegt damit aber im Jahr 2003/04 immer noch bei fast 80%.

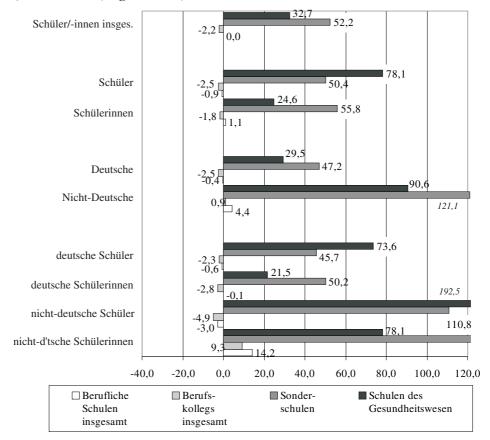
Im Bereich der Vollzeit-Berufsschulen insgesamt ist der Anteil junger Frauen von 48,8% im Jahr 1990/91 auf 44,6% zurückgegangen. Dieser Rückgang ist verursacht durch ein erheblich stärkeres Wachstum der Zahl der Schüler (+210,1%) als der Schülerinnen (+111,5%, vgl. Abbildung 5-33).

Besonders auffällig ist die Strukturveränderung im Bereich des Berufsgrundschuljahres, wo der Anteil der jungen Frauen von 52,4% (1990/91) auf 39,4% im Jahr 2003/04 gefallen ist.

Im Bildungsgang der Berufsfachschulen hat der Frauenanteil infolge einer stärkeren Zunahme der Schülerzahlen (+160,5% gegenüber nur +39,6% bei den Schülerinnen seit 1990/91) erheblich abgenommen (von 66,5% auf 51,6%).

Wesentlich geringer fällt die Verschiebung bei den Teilzeit-Berufsschulen aus. Hier sinkt der Frauenanteil von 43,9% im Jahr 1990/91 auf 40,9% im Jahr 2003, weil junge Männer (-4,0%) diesen Bildungsgang zwar auch weniger häufig wählen, dies bei den jungen Frauen aber viel stärker der Fall ist (-15,2%).

Abbildung 5-32: Veränderung der Zahl der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen insgesamt, Berufskollegs insgesamt, Sonderschulen im Bildungsbereich der Berufskollegs und Schulen des Gesundheitswesens nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben in %)



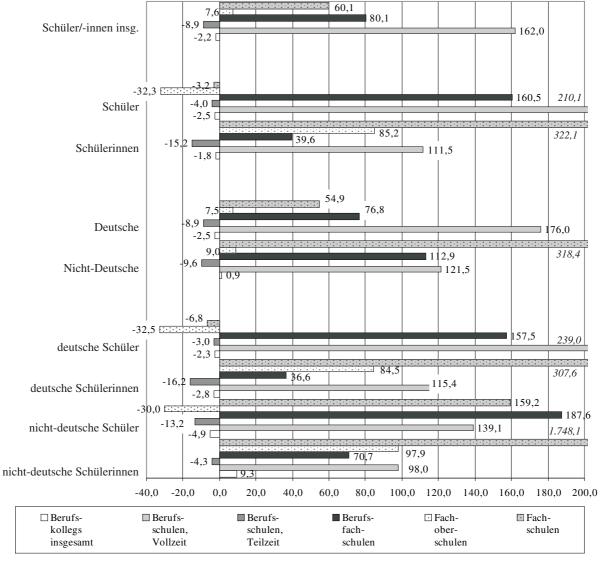
Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten 1990/91 bis 2003/4

Ganz anders sieht es in den Bildungsgängen Fachoberschule und Fachschule aus. Dort haben die Frauenanteile z.T. drastisch zugenommen. Dies gilt vor allem für die Fachschule. Waren 1990/91 nur 19,4% weiblich, ist der Anteil bis 2003 auf mehr als die Hälfte (51,3%) angestiegen. Vergleichbar ist die Entwicklung an den Fachoberschulen. Dort liegt der Frauenanteil jetzt sogar bei 58,5%, 1990/91 lag er noch bei 34%. Die Zahl der Schülerinnen an Fachschulen hat um über +320%, an Fachoberschulen um +85,2% zugenommen. Die Schülerzahl ist dagegen an Fachschulen um -3,2%, an Fachoberschulen sogar um -32,3% geschrumpft.

Der Anteil Nicht-Deutscher an den beruflichen Schulen in Nordrhein-Westfalen insgesamt hat sich seit 1990/91 nur unerheblich von 8,9% auf 9,3% erhöht (vgl. Abbildung 5-34), doch gibt es z.T. gravierende Entwicklungsunterschiede je nach Schultyp und Bildungsgang. Zugenommen haben die Anteile nicht-deutscher Schülerinnen und Schüler bei den Sonderschulen im Bildungsbereich der Berufskollegs (von 6,8% auf 9,9% in der Zeit von 1990/91 bis 2003/04; damit ist die Anzahl nicht-deutscher Schülerinnen und Schüler hier um +121,1% gestiegen) und an den Schulen des Gesundheitswesens (von 5,2% auf 7,5%, dies ist ein Zuwachs von +90,6%).

An den Berufskollegs insgesamt sind wieder nur geringfügige Veränderungen auszumachen (ein Anstieg von 9,2% auf 9,5%). Im Bereich der Vollzeit-Berufsschulen sind die Anteile Nicht-Deutscher von 25,8% auf 21,8% gesunken, ein immer noch weit überdurchschnittlicher Wert. Dieser hat 1990/91 bei der Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr sogar bei 44,6% gelegen, ist dann aber auf etwa 30% abgesunken. Im Bereich des Berufsgrundschuljahres ist dagegen ein geringfügiger Anstieg zu verzeichnen (von 17,6% auf 18,0%). Diese Veränderungen sind darauf zurückzuführen, dass die Zahl deutscher Schülerinnen und Schüler im Bereich der Vollzeit-Berufsschule um überproportionale +176,0% im Vergleich zu den nicht-deutschen (+121,5%) gewachsen ist. In den übrigen Bildungsgängen der Berufskollegs hat sich kaum etwas verändert. So liegt der Nicht-Deutschen-Anteil an Teilzeit-Berufsschulen unverändert bei 9,0%, an Berufsfachschulen ist ein kleiner Anstieg von 9,3% auf 11,0% fest-

Abbildung 5-33: Veränderung der Zahl der Schülerinnen und Schüler an Berufskollegs insgesamt und in den Bildungsgängen der Berufskollegs nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben in %)

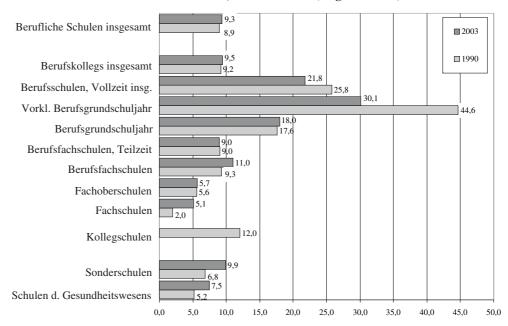


Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 bis 2003/04

Betrachtet man die Strukturveränderungen von 1990/91 bis 2003/04 innerhalb der Schülerschaft der beruflichen Schulen in der Kombination der beiden Merkmale Geschlecht und Staatsangehörigkeit (vgl. Abbildung 5-32, 5-33 und 5-35), fällt zunächst die große Stabilität in den Hauptgruppen der beruflichen Schulen insgesamt und der Berufskollegs insgesamt ins Auge. Hier sind außer einer kleinen Verringerung bei den nicht-deutschen Schülern (-3,0% bzw. -4,9%) nur die Steigerungen bei den nicht-deutschen Schülerinnen (+14,2% bzw. +9,3%) bemerkenswert. Überdurchschnittliche Zunahmen finden sich nur bei den beiden übrigen Typen der beruflichen Schulen (Sonderschulen und Schulen des Gesundheitswesens). Bei letzteren sind es auch die deutschen Schüler, deren Zahl um +73,6% wächst, insbesondere aber die nicht-deutschen Schülerinnen (+78,1%) und Schüler (+192,5%). Auch bei den Sonderschulen im Bereich der Berufskollegs nehmen die Zahlen der nicht-deutschen Schülerinnen (+146,9%) und Schüler (+110,8%) enorm zu.

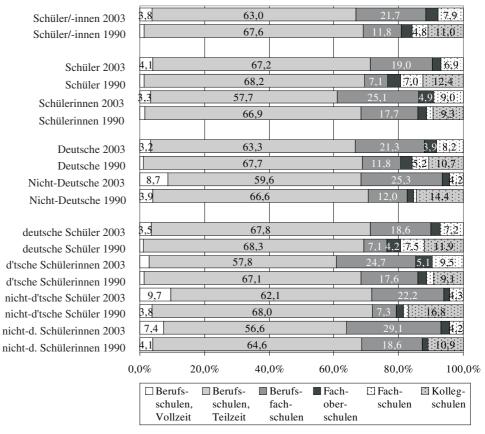
Bei den Vollzeit-Berufsschulen nimmt vor allem die Zahl der deutschen Schüler besonders stark zu (+239,0%). Zwar wachsen auch die übrigen Gruppen (deutsche und nicht-deutsche Schülerinnen und nicht-deutsche Schüler) zahlenmäßig auf mindestens das Doppelte, aber ihr Wachstum bleibt unterdurchschnittlich (Durchschnitt +162%).

Abbildung 5-34: Anteil an nicht-deutschen Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen nach Schulformen in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003 (Angaben in %)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 und 2003/04

Abbildung 5-35: Schülerinnen und Schüler in den Bildungsgängen der Berufskollegs nach Geschlecht und Staatangehörigkeit in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003 (Anteile in %)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Amtliche Schuldaten, 1990/91 und 2003/04

Die Teilzeit-Berufsschulen werden von deutschen Schülerinnen (-16,2%) und nicht-deutschen Schülern (-13,2%) überproportional weniger nachgefragt. Die Berufsfachschule boomt bei deutschen wie bei nicht-deutschen Schülern (+157,5% bzw. +187,6%), die Fachoberschule dagegen bei den deutschen wie bei den nicht-deutschen Schülerinnen (+84,5% bzw. +97,9%). Bei den Fachschulen nimmt

allein die Zahl der deutschen Schüler ab (-6,8%), die der deutschen Schülerinnen (+307,6%), der nicht-deutschen Schüler (+159,2%), besonders aber die der nicht-deutschen Schülerinnen nimmt – zwar auf niedrigem Niveau – überdurchschnittlich zu (+1.748,1%).

Besuchten 1990 noch rund zwei Drittel aller Schülergruppen der Berufskollegs die Teilzeit-Berufsschulen, so ist der Anteil bei den deutschen und nicht-deutschen Schülerinnen auf 57,8% bzw. 56,6% gesunken. Junge Frauen insgesamt (25,1%), vor allem nicht-deutsche (29,1%), besuchen überdurchschnittlich häufig Berufsfachschulen. Jede zehnte deutsche Schülerin an Berufskollegs findet sich in Fachschulen, bei nicht-deutschen jungen Frauen ist es dagegen nur jede zwanzigste. Auffallend ist, dass Nicht-Deutsche insgesamt, vor allem aber nicht-deutsche Männer, zu beiden Vergleichszeitpunkten überdurchschnittlich häufig – und zwar mit zunehmender Tendenz – in Vollzeit-Berufsschulen anzutreffen sind. Der Anteil ist bei nicht-deutschen jungen Männern von 3,8% auf 9,7% und bei nicht-deutschen jungen Frauen von 4,1% auf 7,4% gestiegen.

#### **Definitionen**

Die amtlichen Schuldaten enthalten Daten zu den Schuljahrgängen. Sie beziehen sich somit nicht auf Kalenderjahre, sondern auf Schuljahre (1. August bis 31. Juli des Folgejahres). Die Daten werden zu einem Stichtag, dem 15.10. erhoben. Die Angaben zu Schülerinnen und Schülern z.B. beziehen sich damit auf das laufende Schuljahr (z.B. 2003 = 2003/04).

Schuljahr

Das System der beruflichen Schulen umfasst drei Schulformen: Berufskollegs, Sonderschulen im Bildungsbereich der Berufskollegs und Schulen des Gesundheitswesens.

Schulformen

Berufskollegs sind Schulen der Sekundarstufe II wie auch die gymnasiale Oberstufe des Gymnasiums oder einer Gesamtschule.

In Berufskollegs können alle allgemeinbildenden Abschlüsse (vom Hauptschulabschluss bis zur allgemeinen Hochschulreife) sowie berufliche Qualifikationen (von der beruflichen Grundbildung über Berufsabschlüsse nach Landesrecht bis zur beruflichen Weiterbildung) allein oder als Doppelqualifikation erworben werden.

In den Berufskollegs werden folgende Bildungsgänge geführt:

- Berufsschule (BS): unter diesem Sammelbegriff werden die Bildungsgänge "Fachklassen des dualen Systems" und "Klassen für Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis" (BS Teilzeit) sowie "Berufsgrundschuljahr" und "Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr" (BS Vollzeit) zusammengefosst
- Berufsfachschule: Hier werden ausschließlich Vollzeitausbildungsgänge vielfältiger Art angeboten, die je nach angestrebtem Abschluss ein bis vier Jahre dauern.
- Fachoberschule: In ein- und zweijährigen Bildungsgängen werden erweiterte berufliche Kenntnisse und die Fachhochschulreife vermittelt.
- Fachschulen: In den mindestens zweijährigen Bildungsgängen wird aufbauend auf eine berufliche Erstausbildung eine berufliche Weiterbildung vermittelt und der Erwerb der Fachhochschulreife ermöglicht. Die Absolventinnen und Absolventen erhalten einen staatlichen Abschluss.
- Die ehemaligen Kollegschulen wurden ab 2000 mit den ehemaligen berufsbildenden Schulen zur neuen Schulform Berufskolleg vereint.

In Vollzeitform übernimmt die Berufsschule die Vermittlung der beruflichen Grundbildung. Die Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr soll auf die Aufnahme einer Berufsausbildung vorbereiten. Sie ist ein vollzeitschulischer Bildungsgang, der einen Praxisanteil von mindestens 50% aufweist. Die berufsbezogene Praxis wird in der Regel in den Werkstätten am Berufskolleg vermittelt. In die Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr können Bewerberinnen und Bewerber aufgenommen werden, die ihre zehnjährige Vollzeitschulpflicht erfüllt haben und noch nicht den Hauptschulabschluss besitzen. Die Schülerinnen und Schüler erhalten am Ende des Bildungsganges ein Abschlusszeugnis, in dem ihnen berufliche Grundfähigkeiten testiert werden. Mit diesem Abschlusszeugnis haben die Schülerinnen und Schüler die Berechtigung für den Besuch des Berufsgrundschuljahres erworben. Es besteht auch die Möglichkeit über den Besuch der Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr den Hauptschulabschluss zu erwerben.

Das Berufsgrundschuljahr (BGJ) ist ein Vollzeitschuljahr an einem Berufskolleg mit hohen Unterrichtsanteilen im Bereich der Fachpraxis. Hier werden innerhalb eines Berufsfeldes eine berufliche Grundbildung und eine erweiterte Allgemeinbildung vermittelt. Das Berufsgrundschuljahr schließt mit einer Prüfung ab. Die berufsbezogenen Inhalte dieser Ausbildung können Grundlagen eines nachfolgenden Ausbildungsverhältnisses aus dem gleichen Berufsfeld sein. Der erfolgreiche Besuch des Berufsgrundschuljahres kann – unter bestimmten Voraussetzungen – bis zu einem Jahr auf eine Berufsausbildung in einem Beruf des gleichen Berufsfeldes angerechnet werden. Nach dem Besuch des Berufsgrundschuljahres besteht keine weitere Berufsschulpflicht mehr. Der erfolgreiche Besuch des Berufsgrundschuljahres berechtigt bei einigen Fachrichtungen zum Wechsel in das zweite Jahr der zweijährigen Berufsfachschule. Über den erfolgreichen Besuch des Berufsgrundschuljahres sind unter bestimmten Bedingungen der Hauptschulabschluss nach Klasse 10 oder die Fachoberschulreife zu erlangen.

Ebenso wie im allgemeinbildenden Schulsystem betreuen Sonderschulen im Bereich der Berufskollegs Jugendliche und Auszubildende mit spezifischen Bildungsbedarfen. Dazu gehören Angebote für Lernbehinderte, Hörgeschädigte, Körperbehinderte, Sehgeschädigte, aber auch Angebote an Erziehungshilfen.

Schulen des Gesundheitswesens vermitteln die Ausbildung für nichtakademische Gesundheitsberufe. Als Schulen des Gesundheitswesens zählen auch die Pflegevorschulen, die in der Regel als freie Einrichtungen den Krankenanstalten sowie den sozialpflegerischen oder sozialpädagogischen Einrichtungen angegliedert sind.

#### **Aussagekraft**

Die Daten zu Schülerinnen und Schülern sind u.a. für die Planung im Berufsbildungssystem bedeutend. Anhand dieser Daten können z.B. die Auslastung bestehender Einrichtungen und gegebenenfalls der Förderbedarf für spezielle Zielgruppen, z.B. an Vollzeit-Berufsschulen, bestimmt werden. Sie sind für die Einschätzung des zukünftigen Bedarfs z.B. an Lehrerinnen und Lehrern sowie Beratungs- und Vermittlungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit grundlegend.

#### Datenhalter

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW)

#### **Datenquelle**

Amtliche Schuldaten (ASD) zum Stichtag 15.10.

#### Methodische Hinweise

Periodizität

Amtliche Schuldaten: jährlich im Herbst (15.10.)

Regionale Tiefe

Amtliche Schuldaten: Land Nordrhein-Westfalen, Kreise und kreisfreie Städte

Berichtsweg und Erfassungszeiträume Die Amtlichen Schuldaten (ASD) werden von den Schulen an das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW) gemeldet und zum Teil den Schulverwaltungsdateien entnommen.

#### **Tabellenverweis**

Die dem Kapitel zu Grunde liegenden Tabellen finden sich unter www.jugendberichterstattung.de/nrw. Die Tabellen sind entsprechend der Gliederung des Berichtes angelegt.

### **Publikationen**

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW): Berufskollegs, Düsseldorf 2000.

Gedruckte Veröffentlichungen

Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW (www.mwf.nrw.de, www.bildungsportal.nrw.de).

Internet

Landesinstitut für Schule und Weiterbildung (www.lfs.nrw.de).

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (www.lds.nrw.de).

# 6. Schulische und berufliche Qualifizierungsstrategien der nordrhein-westfälischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ihrem biografischen und sozialen Kontext

Eine Sonderauswertung mit Mikrodaten

Die den folgenden Analysen zu Grunde gelegten Daten aus Bevölkerungsumfragen (Mikrozensus, EU-Arbeitskräftestichprobe, Sozioökonomisches Panel) ermöglichen es, die schulische und berufliche Qualifizierung der nordrhein-westfälischen Jugendlichen in ihrem biografischen, sozialen und räumlichen Kontext genauer zu untersuchen. Damit werden in dieser Form erstmalig verschiedene Mikro-Datenquellen für die Analyse der Qualifizierungsstrategien von Jugendlichen genutzt.

## 6.1 Ausbildungsphasen im Lebenslauf

Mit Beginn der Schulpflicht durchlaufen die Kinder, Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen verschiedene Stufen des allgemein- und berufsbildenden Schulsystems (vgl. Tabelle 6-1).<sup>1</sup>

Tabelle 6-1: Altersspezifischer Schulbesuch<sup>1</sup>

	Altersgruppen (in Jahren)								Ge-
		< 16	16-17	18-20	21-23	24-26	27-29	> 29	samt
Kein Schulbesuch	In %		2,6	23,7	53,9	71,1	85,5	98,9	81,8
Klassen 1-4	In %		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4,5
Klassen 5-10	In %		54,8	4,3	0,3	0,2	0,0	0,0	6,8
Klassen 11-13 (Oberstufe)	In %		25,8	26,4	1,9	0,3	0,2	0,0	1,5
Berufliche Schulen	In %		16,1	39,0	23,1	7,4	4,4	0,5	3,1
Fachhochschule	In %		0,3	1,2	4,1	4,5	2,5	0,1	0,5
Universität	In %		0,3	4,9	16,4	16,2	7,1	0,4	1,7
Angabe fehlt	In %		0,3	0,5	0,2	0,3	0,4	0,0	0,1
Zusammen	Abs.	2.961	392	575	579	582	565	12.415	18.069

<sup>1</sup> Die absoluten Zahlen in den Tabellen zum Mikrozensus sind jeweils in Tausend angegeben; die Daten aus der EU-Arbeitskräftestichprobe sind in Hundert angegeben.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 2003; eigene Berechnungen

Bis zum 15. Lebensjahr finden sich alle hier untersuchten Jugendlichen im allgemein bildenden Schulsystem; in der Gruppe der 16- bis 17-Jährigen treten die ersten Jugendlichen in die berufliche Bildung ein. Bei den 18- bis 20-Jährigen finden sich dann fast 40% im Bereich der beruflichen Bildung, ein Viertel verbleibt an weiterführenden Schulen, ein weiteres Viertel hat den Schulbesuch bereits abgeschlossen. Bei den 21- bis 23-Jährigen haben mehr als 50% ihre schulische und berufliche Ausbildung abgeschlossen; 23% besuchen berufliche Schulen und 21% studieren an Hochschulen. In den folgenden Jahren werden diese Ausbildungsgänge beendet, so dass die Phase der beruflichen Ausbildung bis zum 29. Lebensjahr für 86% abgeschlossen ist.

Dieser durchschnittliche Bildungsweg stellt sich jedoch für verschiedene Gruppen von Jugendlichen ganz unterschiedlich dar. Weibliche Jugendliche finden sich im Alter von 16 und 17 Jahren in deutlich höherem Maße in der Sekundarstufe II (vgl. Tabelle 6-2). Auch bei den 18- bis 20-Jährigen Frauen

<sup>1</sup> Bei der folgenden Darstellung ist zu beachten, dass sie auf Querschnittsdaten zurückgeht. Wenn damit ein "Bildungsweg" skizziert wird, geht dem die Annahme voraus, dass sich zwischen den hier untersuchten Kohorten keine wesentlichen Änderungen im durchschnittlichen Bildungsweg vollzogen haben.

liegt der Anteil in den höheren Klassenstufen sowie an Fachhochschulen und Universitäten deutlich über dem der Männer. Diese spielen demgegenüber im Bereich der beruflichen Schulen eine vergleichsweise stärkere Rolle.

Tabelle 6-2: Altersspezifischer Schulbesuch (Frauen)

	Altersgruppen (in Jahren)								Ge-
		< 16	16-17	18-20	21-23	24-26	27-29	> 29	samt
Kein Schulbesuch	In %		2,0	21,2	54,5	74,5	88,3	99,1	82,8
Klassen 1-4	In %		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4,3
Klassen 5-10	In %		53,3	4,7	0,0	0,3	0,0	0,0	6,5
Klassen 11-13 (Oberstufe)	In %		27,4	28,1	1,4	0,3	0,4	0,0	1,5
Berufliche Schulen	In %		16,2	37,8	24,0	5,9	3,2	0,4	2,8
Fachhochschule	In %		0,5	1,1	3,1	3,8	1,4	0,1	0,4
Universität	In %		0,0	6,8	16,7	15,0	6,4	0,3	1,6
Angabe fehlt	In %		0,5	0,4	0,3	0,0	0,4	0,0	0,1
Zusammen	Abs.	1.448	197	278	288	286	281	6.493	9.271

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 2003; eigene Berechnungen

Während dann zwischen 21 und 23 Jahren nur geringe Unterschiede in den Bildungswegen von Männern und Frauen zu verzeichnen sind, schlägt sich bei den 24- bis 26- bzw. bei 27- bis 29-Jährigen der frühere Eintritt der Frauen in die berufliche Bildungsphase sowie der Zivil- bzw. Wehrdienst der Männer nieder; so haben in dieser Phase annähernd 75 bzw. 88% der Frauen ihre Ausbildung abgeschlossen; bei den Männern sind es auch bei den 27 bis 29-Jährigen erst 83%.

Unterscheidet man die Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen nach ihrer Nationalität, so zeigt sich für die Nicht-Deutschen ein deutlich anderer schulischer und beruflicher Bildungsverlauf (vgl. Tabelle 6-3).

Tabelle 6-3: Altersspezifischer Schulbesuch (keine deutsche Staatsbürgerschaft)

•			`						
		Altersgruppen (Jahren)							
		< 16	16-17	18-20	21-23	24-26	27-29	> 29	samt
Kein Schulbesuch	In %		6,3	31,3	65,3	76,7	89,6	98,5	76,8
Klassen 1-4	In %		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6,3
Klassen 5-10	In %		60,4	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0	9,0
Klassen 11-13 (Oberstufe)	In %		16,7	18,8	2,0	0,0	0,0	0,0	1,3
Berufliche Schulen	In %		16,7	31,3	17,8	5,2	4,0	0,6	3,6
Fachhochschule	In %		0,0	1,3	3,0	2,6	1,6	0,2	0,6
Universität	In %		0,0	6,3	11,9	14,7	4,0	0,6	2,3
Angabe fehlt	In %		0,0	1,3	0,0	0,9	0,8	0,0	0,2
Zusammen	Abs.	416	48	80	101	116	125	1.089	1.975

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 2003; eigene Berechnungen

Bei den 16- bis 17-Jährigen wird erkennbar, dass ausländische Jugendliche weitaus länger im Sekundarbereich I verbleiben; ihr Anteil liegt in dieser Phase um 6 Prozentpunkte über dem der deutschen Jugendlichen; entsprechend niedriger ist ihr Anteil im Sekundarbereich II. Von den 18- bis 20-Jährigen ausländischen Jugendlichen sind bereits 31% aus dem schulischen und beruflichen Bildungssystem ausgeschieden. Sowohl im Sekundarbereich II wie in der beruflichen Bildung liegt ihr Anteil deutlich unter dem der deutschen Jugendlichen. Diese Struktur setzt sich in den folgenden Jahrgängen fort; so sind bei den 21- bis 23-Jährigen bereits 65% aus dem Ausbildungssystem ausgeschieden. Der Anteil derer, die an den Hochschulen studieren, liegt mit 15% deutlich unter dem der Deutschen mit 22%.

Noch deutlicher fallen die Unterschiede in den Bildungswegen aus, wenn man nur die türkischen Jugendlichen betrachtet. Sie verbleiben deutlich länger im Sekundarbereich I. Bei den 18- bis 20-Jährigen sind dann schon 35% aus dem Bildungssystem ausgeschieden; bei den 21- bis 23-Jährigen sind es

bereits drei Viertel der Jugendlichen. Nur 7,5% sind in dieser Altersgruppe als Studierende an Universitäten bzw. Fachhochschulen zu finden (vgl. Tabelle 6-4).

Tabelle 6-4: Altersspezifischer Schulbesuch (türkische Bevölkerung)

		Altersgruppen (Jahren)							
		< 16	16-17	18-20	21-23	24-26	27-29	> 29	samt
Kein Schulbesuch	In %		8,7	34,4	75,0	89,4	96,2	99,7	74,5
Klassen 1-4	In %		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	8,9
Klassen 5-10	In %		56,5	9,4	0,0	0,0	0,0	0,0	11,0
Klassen 11-13 (Oberstufe)	In %		13,0	15,6	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0
Berufliche Schulen	In %		21,7	40,6	17,5	2,1	0,0	0,3	3,4
Fachhochschule	In %		0,0	0,0	2,5	2,1	1,9	0,0	0,4
Universität	In %		0,0	0,0	5,0	6,4	1,9	0,0	0,8
Angabe fehlt	In %		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	Abs.	227	23	32	40	47	52	363	784

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 2003; eigene Berechnungen

Bei weiblichen türkischen Jugendlichen sind diese Strukturen noch ausgeprägter: Sie sind mit 16 und 17 Jahren bereits überproportional in der Ausbildung an beruflichen Schulen zu finden (vgl. Tabelle 6-5). Sie scheiden aber weit früher als die männlichen türkischen Jugendlichen ganz aus der Ausbildung aus. Fast 40% der 18- bis 20-jährigen und mehr als 80% der 21- bis 23-jährigen türkischen Frauen haben ihre Ausbildungsphase beendet.

Tabelle 6-5: Altersspezifischer Schulbesuch (weibliche türkische Bevölkerung)

		Altersgruppen							
		< 16	16-17	18-20	21-23	24-26	27-29	> 29	samt
Kein Schulbesuch	In %		22,2	37,5	83,3	90,5	100,0	99,4	74,9
Klassen 1-4	In %		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	9,3
Klassen 5-10	In %		55,6	6,3	0,0	0,0	0,0	0,0	11,2
Klassen 11-13 (Oberstufe)	In %		11,1	18,8	0,0	0,0	0,0	0,0	1,1
Berufliche Schulen	In %		11,1	37,5	11,1	0,0	0,0	0,6	2,7
Fachhochschule	In %		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Universität	In %		0,0	0,0	5,6	9,5	0,0	0,0	0,8
Angabe fehlt	In %		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	Abs.	227	9	16	18	21	23	168	366

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 2003; eigene Berechnungen

Implizit wird in diesen Bildungsverläufen bereits deutlich, wann und mit welch unterschiedlichen Voraussetzungen die verschiedenen Gruppen von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen in das Berufsleben eintreten. Für ihre beruflichen Chancen spielen die erworbenen Abschlüsse im schulischen und beruflichen Bildungssystem eine entscheidende Rolle.

# 6.2 Schulische Qualifikation Jugendlicher und junger Erwachsener

Die folgende Analyse bezieht sich auf die Altersgruppen in denen die allgemein bildende Ausbildungsphase weitgehend abgeschlossen ist. Um eine auch für differenzierte Aussagen hinreichende Fallzahl zu gewährleisten, wurde bei der Analyse der Mikrozensusdaten die Gruppe der 21-26-Jähri-

gen ausgewählt; für die Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP)<sup>2</sup> wurden die 15- bis 35-Jährigen analysiert.

Deutsche und ausländische junge Erwachsene weisen eine recht unterschiedliche Verteilung der allgemein bildenden Schulabschlüsse auf. Bei den Deutschen ist die allgemeine bzw. fachspezifische Hochschulreife mittlerweile zum vorherrschenden Bildungsabschluss geworden; danach folgen Realschul- und Hauptschulabschlüsse. Nur etwa 2% der Deutschen in dieser Altersgruppe hat bislang keinen Schulabschluss erreicht (vgl. Tabelle 6-6).

Tabelle 6-6: Allgemeine Schulabschlüsse (21- bis 26-Jährige) nach Nationalität und Geschlecht

		Allgem	ein bildende	r Schulabschl	uss 2003	Ohne all-	Gesamt
Nationa- lität	Ge- schlecht	noch in schuli- scher Ausbil- dung	Volks- schul-/ Haupt- schulab- schluss	Realschul- oder gleichwer- tiger Ab- schluss	Fach- hochschul- oder Hoch- schulreife	gemeinen Schulab- schluss	(in Tsd.)
		In %	In %	In %	In %	In %	Abs.
	Männlich	1,8	23,8	26,9	44,9	2,6	454
Deutsche Nationalität	Weiblich	1,1	17,1	30,3	48,4	3,1	455
rvationamat	Gesamt	1,4	20,5	28,6	46,6	2,9	909
	Männlich	1,0	42,9	15,2	32,4	8,6	105
Nur andere Nationalität	Weiblich	1,0	38,8	18,4	27,6	14,3	98
rationantat	Gesamt	1,0	40,9	16,7	30,0	11,3	203

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 2003; eigene Berechnungen

Bei den jungen Erwachsenen ohne deutsche Staatsangehörigkeit dominiert der Hauptschulabschluss; zugleich erreicht jedoch annähernd ein Drittel von ihnen auch eine allgemeine oder fachliche Hochschulreife. D.h., man hat es mit einer polaren Konstellation zu tun. 11% haben auch in diesem Alter noch keinen schulischen Abschluss.

Zwischen deutschen Männern und Frauen sind einige Unterschiede erkennbar. So verfügen die Frauen inzwischen über eine deutlich höhere Quote bei den Realschulabschlüssen bzw. bei der Hochschulreife. Beide Abschlüsse zusammengenommen beträgt der Bildungsvorsprung der Frauen immerhin 7 Prozentpunkte. Aber auch in der Gruppe derjenigen, die keinen Bildungsabschluss erreicht haben, liegen die Frauen etwas vor den Männern.

Bei jungen Erwachsenen ohne deutsche Staatsbürgerschaft verfügen die Männer über die qualifizierteren Abschlüsse; alarmierend ist vor allem der hohe Anteil von ausländischen Frauen ohne Schulabschluss (vgl. Tabelle 6-7).

Tabelle 6-7: Entwicklung der allgemeinen Schulabschlüsse 1998-2003 (21- bis 26-Jährige)

Allgemein bildender Schulabschluss 1998, 2000, 2003											Gesamt								
			h in scl er Aus dung		Volksschul-/ Hauptschulab- schluss		Realschul- oder gleichwertiger Abschluss		Fachhochschul- oder Hochschul- reife		Ohne allgemei- nen Schulab- schluss		ab-	(in Tsd.)					
		1998	2000	2003	1998	2000	2003	1998	2000	2003	1998	2000	2003	1998	2000	2003	1998	2000	2003
		In %	In %	In %	In %	In %	In %	In %	In %	In %	In %	In %	In %	In %	In %	In %	Abs.	Abs.	Abs.
Deutsche	M	1,8	1,1	1,8	30,1	28,0	23,8	26,2	27,6	26,9	40,5	41,4	44,9	1,5	1,9	2,6	453	434	454
Nationa-	W	1,0	0,8	1,1	22,7	20,2	17,1	30,9	30,2	30,3	43,4	46,2	48,4	1,9	2,6	3,1	439	437	455
lität	G	1,4	0,9	1,4	26,5	24,1	20,5	28,5	28,9	28,6	41,9	43,8	46,6	1,7	2,3	2,9	892	871	909
Andere	M	3,0	1,5	1,0	54,4	49,4	42,9	10,7	16,6	15,2	22,4	22,2	32,4	9,5	10,3	8,6	111	105	105
Nationa-	W	1,1	0,8	1,0	49,0	44,7	38,8	16,9	16,8	18,4	20,2	25,6	27,6	12,8	12,1	14,3	119	103	98
litäten	G	2,0	1,2	1,0	51,7	47,0	40,9	13,9	16,7	16,7	21,2	23,9	30,0	11,2	11,2	11,3	230	208	203

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 1998, 2000, 2003; eigene Berechnungen

<sup>2</sup> Die in diesem Kapitel verwendeten Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) wurden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung bereit gestellt.

In der *zeitlichen Entwicklung* wird deutlich, dass sich das Niveau der schulischen Ausbildung der 21bis 26-Jährigen seit 1998 deutlich verbessert hat; der Anteil junger Erwachsener mit allgemeiner oder fachlicher Hochschulreife hat in diesem Zeitraum bei den deutschen um 5 bei den ausländischen um 9 Prozentpunkte zugenommen. Während bei den Deutschen die Frauen die größten Zuwächse aufweisen; sind es bei den ausländischen jungen Erwachsenen eher die Männer, die von dieser Entwicklung profitieren. Keinerlei Fortschritte wurden jedoch in der Gruppe derer gemacht, die über keinen schulischen Abschluss verfügen. Mit Ausnahme der ausländischen Männer dieser Altersgruppe hat sich ihr Anteil sogar erhöht.

Die in Nordrhein-Westfalen lebenden Ausländer setzen sich aus recht unterschiedlichen *Herkunfts-ländern* zusammen. In der untersuchten Altersgruppe liegt der Ausländeranteil bei annähernd 20%; etwa die Hälfte dieser Gruppe kommt aus der Türkei; die zweitgrößte Gruppe aus anderen Ländern, die nicht zur EU gehören (vgl. Tabelle 6-8).

Tabelle 6-8: Allgemeine Schulabschlüsse (21- bis 26-Jährige) nach Nationalitätengruppen

	Noch in schuli- scher Ausbil- dung	Volks- schul-/ Haupt- schulab- schluss	Realschul- oder gleichwer- tiger Ab- schluss	Fachhoch- schul- oder Hoch- schulreife	Ohne allge- meinen Schulab- schluss	Gesa (in Tsd.)	mt
	In %	In %	In %	In %	In %	Abs.	In%
Deutscher	1,4	20,5	28,6	46,7	2,8	906	81,5
Ausländer aus EU-Staaten	2,9	32,4	23,5	38,2	2,9	34	3,1
Ausländer aus Nicht-EU-Staaten	1,1	32,2	14,9	40,2	11,5	87	7,8
Ausländer aus der Türkei	1,2	51,8	16,5	15,3	15,3	85	7,6
Gesamt	1,4	24,2	26,4	43,5	4,4	1.112	100

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 2003; eigene Berechnungen

Der höchste Anteil von jungen Erwachsenen ohne allgemein bildenden Schulabschluss stammt aus der Türkei; immerhin 15% dieser Gruppe sind in dieser Altersphase ohne Schulabschluss. Mehrheitlich verfügen sie nur über einen Hauptschulabschluss. Junge Ausländer aus den übrigen Ländern außerhalb der EU sind zu 12% ohne Schulabschluss; neben einem starken Anteil von Hauptschulabsolventen findet sich in dieser Gruppe aber auch annähernd ein Drittel, die über eine Hochschulreife verfügen. Junge Ausländer ohne Schulabschluss aus EU-Staaten unterscheiden sich 2003 nicht von den Deutschen in dieser Altersgruppe. Die Quote derer, die eine Hochschulreife erlangt haben, liegt in dieser Gruppe unter dem Anteil der Ausländer aus Nicht-EU-Staaten.

Die Daten aus der im Jahr 2000 zusammen mit dem Mikrozensus durchgeführten EU-Arbeitskräftestichprobe erlauben es auch für deutsche Staatsbürger einen möglichen *Migrationshintergrund* festzustellen. Somit können z.B. auch Aussagen über die Gruppe der Spätaussiedler bzw. der Eingebürgerten getroffen werden; eine Unterscheidung dieser beiden Gruppen ist allerdings nicht möglich. Auf Grund der anderen Stichprobe weichen die Randverteilungen etwas von den Mikrozensusdaten ab.

In dieser Altersgruppe verfügen etwa 6% über eine deutsche Staatsbürgerschaft, haben aber einen Migrationshintergrund<sup>3</sup> (vgl. Tabelle 6-9).

Sie liegen bei den allgemein bildenden Schulabschlüssen gewissermaßen zwischen den Deutschen und den EU-Ausländern. 3,7% dieser Gruppe haben keinen Hauptschulabschluss; die hohe Hauptschulquote ist mit den anderen Ausländergruppen vergleichbar; der Anteil an Abschlüssen, die zum Hochschulstudium berechtigen, liegt noch unter dem der Ausländer aus EU- und Nicht-EU-Staaten (vgl. 6-10).

<sup>3</sup> D.h. in diesem Fall, sie sind nach 1960 in die Bundesrepublik zugewandert.

Tabelle 6-9: Allgemeine Schulabschlüsse (21- bis 26-Jährige) nach Nationalitätsgruppen/ Migrationshintergrund

	Noch in schuli- scher Ausbil- dung	Volks- schul-/ Haupt- schulab- schluss	Real- schul- oder gleich- wertiger Ab- schluss	Fach- hoch- schul- oder Hoch- schulrei- fe	Ohne all- gemeinen Schulab- schluss	Gesa	amt
	In %	In %	In %	In %	In %	Abs.	In %
Deutsche	0,6	22,4	30,0	45,0	2,0	8.306	75,0
Deutsche mit Migrationsh.	2,5	42,1	23,9	27,8	3,7	641	5,8
Ausländer, EU-Staat	0,0	41,0	21,1	33,4	4,5	422	3,8
Ausländer, Nicht-EU-Staat	0,8	41,8	15,5	34,4	7,4	729	6,6
Ausländer, Türkei	1,1	54,6	10,4	17,9	15,9	972	8,8
Gesamt	0,7	28,4	26,6	40,5	3,8	11.070	100

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, EU-Arbeitskräftestichprobe, 2000; eigene Berechnungen

Eine genauere Differenzierung nach dem *Migrationszeitpunkt* gibt Hinweise auf die sehr heterogene Zusammensetzung der Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund. Diejenigen, die bereits in den frühen 1980er-Jahren zugewandert sind und die deutsche Staatsbürgerschaft haben, unterscheiden sich in den Bildungsabschlüssen nicht von den Deutschen ohne Migrationshintergrund. Die später Zugewanderten weisen mit einer Hauptschulquote zwischen 44 und 55% und einer Hochschulquote zwischen 8 und 28% deutlich schlechtere Bildungsabschlüsse auf; die schlechtesten schulischen Abschlüsse weist die Gruppe der zwischen 1991 und 1995 Zugewanderten auf – diese Struktur findet sich auch in den bundesweiten Daten wieder.

Tabelle 6-10: Allgemeine Schulabschlüsse (21- bis 26-Jährige) nach Nationalität und Zuzugsjahr

National. – Zuzug	Noch in schuli- scher Aus- bildung	Volks- schul-/ Haupt- schulab- schluss	Realschul- oder gleichwer- tiger Ab- schluss	Fachhoch- schul- oder Hoch- schulreife	Ohne all- gemeinen Schulab- schluss	Gesamt
	In %	In %	In %	In %	In %	Abs.
Deutsch – geb.	0,6	22,4	30,0	45,1	2,0	8.111
Deutsch – bis 1985	0,0	26,2	19,4	52,4	2,1	191
Deutsch – 1986-1990	5,6	44,9	19,0	21,3	9,3	216
Deutsch – 1991-1995	2,4	54,5	32,7	7,9	2,4	165
Deutsch – 1996-2000	0,0	44,0	28,0	28,0	0,0	75
Ausl. – geb.	1,4	47,9	22,4	21,3	7,0	812
Ausl. – bis 1985	0,0	67,1	13,7	19,3	0,0	161
Ausl. – 1986-1990	0,0	78,3	3,9	9,3	8,5	129
Ausl. – 1991-1995	2,2	40,9	8,0	25,2	23,7	274
Ausl. – 1996-2000	0,0	28,5	8,6	51,5	11,4	396
Fehlende Angabe	0,0	42,8	18,7	29,3	9,3	540
Gesamt	0,7	28,4	26,6	40,5	3,8	11.070

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, EU-Arbeitskräftestichprobe, 2000; eigene Berechnungen

Auch bei den Zugewanderten, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben, variieren die erworbenen schulischen Abschlüsse erheblich nach dem Zuwanderungszeitpunkt. Die Dauer des Aufenthalts in Deutschland scheint jedoch keine dominante Rolle zu spielen; daneben ist die sich verändernde Zusammensetzung nach Herkunftsländern bedeutsam. So ist der Anteil der türkischen Jugendlichen, mit

den im Ländervergleich schlechtesten schulischen Qualifikationen, bei den in den 1990er-Jahren Zugewanderten deutlich geringer als in den Vorjahren. Während unter den jungen Zugewanderten der 1980er-Jahre noch eine große Gruppe aus EU-Staaten stammte, dominieren in den neunziger Jahren Zugewanderte aus Nicht-EU-Staaten (vgl. Tabelle 6-11).

Tabelle 6-11: Allgemeine Schulabschlüsse (15- bis 35-Jährige) nach Staatsangehörigkeit

	Kein Ab- schluss	Haupt- schulab- schluss	Real- schulab- schluss	FHS-Rei- fe/Abitur	Zahl der Fälle
	In %	In %	In %	In %	Abs.
Keine deutsche Staatsangehörigkeit	7,3	52,3	23,9	16,5	109
Dt. Staatsangehörigkeit seit Geburt	3,0	16,1	33,1	47,9	847
Dt. Staatsangehörigkeit später Erworben	3,6	32,7	12,7	50,9	55
Gesamt	3,5	20,9	31,0	44,7	1.011

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Das sozio-oekonomische Panel, 2003; eigene Berechnungen

Diejenigen jungen Erwachsenen, die die deutsche Staatsbürgerschaft erst im Laufe ihrer Kindheit bzw. Jugend erhalten haben, weisen gegenüber den "gebürtigen Deutschen" sogar ein etwas höheres schulisches Qualifikationsprofil auf.

Auch wenn man mit Hilfe der SOEP-Daten auch weiter zurückliegende Migrationsereignisse einbezieht (vgl. Tabelle 6-12), bestätigen sich die bisher aufgezeigten Trends; es wird aber auch deutlich, dass sich die Bildungssituation der zugewanderten Jugendlichen weniger 'problematisch' darstellt, wenn man mit einem weiter gefassten Kriterium von Migrationshintergrund arbeitet.

Tabelle 6-12: Allgemeine Schulabschlüsse (15- bis 35-Jährige) nach Migrationshintergrund

	Kein Ab- schluss	Haupt- schulab- schluss	Realschul- abschluss	FHS-Rei- fe/Abitur	Zahl der Fälle
	In %	In %	In %	In %	Abs.
Kein Migrationshintergrund	3,1	15,6	32,8	48,5	819
Migrationshintergrund	5,7	43,2	22,4	28,6	192
Gesamt	3,6	20,9	30,9	44,7	1.011

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Das sozio-oekonomische Panel, 2003; eigene Berechnungen

Eine Differenzierung nach Herkunftsländern erlaubt es, insbesondere die Gruppe der Spätaussiedler genauer zu betrachten (vgl. Tabelle 6-13).

Tabelle 6-13: Allgemeine Schulabschlüsse (15- bis 35-Jährige) nach Herkunftsländern

	Kein Abschluss	Hauptschul- abschluss	Realschul- abschluss	FHS-Rei- fe/Abitur	Zahl der Fälle
	In %	In %	In %	In %	Abs.
Deutschland	3,1	18,8	31,8	46,3	894
Türkei	14,7	52,9	14,7	17,6	34
Osteuropa	1,7	27,1	27,1	44,1	59
Südeuropa	0,0	23,1	61,5	15,4	13
Andere	9,1	45,5	0,0	45,5	11
Gesamt	3,5	20,8	31,0	44,8	1.011

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Das sozio-oekonomische Panel, 2003; eigene Berechnungen

Verglichen mit den Zugewanderten aus der Türkei bzw. aus Süd-(Ost)-Europa weisen die Zugewanderten aus Osteuropa eine deutlich andere Struktur von schulischen Bildungsabschlüssen auf, die eher der der in Deutschland aufgewachsenen jungen Erwachsenen entspricht – es sind jedoch die geringen Fallzahlen zu berücksichtigen.

Im Folgenden soll einigen möglichen Faktoren nachgegangen werden, die die Struktur der Bildungsabschlüsse bedingen. Zunächst soll der Zusammenhang zwischen der Schulbildung der untersuchten Jugendlichen und der *Schulbildung ihrer Eltern* analysiert werden. Da diese Daten im Mikrozensus nur vorliegen, so lange Jugendliche im elterlichen Haushalt wohnen, wurde für diese Fragestellungen die Gruppe der 21- bis 23-Jährigen ausgewählt. In diesem Alter sind die schulischen Ausbildungen mehrheitlich abgeschlossen; zugleich wohnt etwa die Hälfte dieser Gruppe noch im elterlichen Haushalt. Ein Vergleich zeigt, dass sich diejenigen, die zu diesem Zeitpunkt nicht mehr im elterlichen Haushalt leben, hinsichtlich ihrer Abschlüsse nicht von denen unterscheiden, die noch im elterlichen Haushalt verblieben sind. Zudem ist bei den folgenden Tabellen zu berücksichtigen, dass sich die Angaben zu Bezugspersonen auf den Erhebungszeitpunkt beziehen, also wenn die Jugendlichen bereits 21 bis 23 Jahre alt sind. D.h., es liegen keine Informationen über die Merkmale des Elternhauses während der prägenden Sozialisationsphasen der untersuchten Jugendlichen vor. Sieht man von veränderten Haushaltskonstellationen ab, sind insbesondere die Angaben zu Einkommen und zur beruflichen Stellung mit einem gewissen Vorbehalt zu interpretieren (vgl. Tabelle 6-14).

Tabelle 6-14: Schulabschluss der 21- bis 23-Jährigen und Schulabschluss der Haushaltsbezugsperson

		Höchster all Haı		Gesamt				
	Volks- schul-/ Haupt- schulab- schluss	Realschul- oder gleichw. Abschluss	Fach- hoch- schulrei- fe	Abitur/ Fachab- itur	Kein allg. Schul- ab- schluss	Nicht mehr im elterli- chen HH	(in Tsd.)	
	In %	In %	In %	In %	In %	In %	Abs.	In %.
Volksschul-/Haupt- schulabschluss	30,1	10,9	4,5	2,2	38,1	25,8	124	23,2
Realschul- oder gleichw. Abschluss	34,3	34,8	22,7	8,7	19,0	29,7	154	28,8
Fachhochschulreife	11,2	13,0	18,2	8,7	4,8	9,0	54	10,1
Abitur/Fachabitur	22,4	37,0	50,0	76,1	19,0	30,9	178	33,3
Kein allgemeiner Schulabschluss	2,1	4,3	4,5	4,3	19,0	4,7	24	4,5
Gesamt (in %)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0		100,0

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 2003; eigene Berechnungen

Die Chance, die (allgemeine oder fachspezifische) Hochschulreife zu erlangen, liegt bei den 21- bis 23-Jährigen bei etwa 38%. Hat die Haushaltsbezugsperson keinen Schulabschluss, liegt diese Chance bei nur 24%; bei einem Hauptschulabschluss der Bezugsperson steigt die Chance auf 34%; bei einem Realschulabschluss bereits auf 50%. Wenn die Bezugsperson selbst eine Fachhochschul- oder Hochschulreife hat, steigt die Chance schließlich auf 68 bzw. 85%; mithin eine mehr als dreimal so hohe Chance wie bei den (formal) Geringqualifizierten.

Demgegenüber liegt die Chance, dass die Jugendlichen einen Hauptschul- oder Realabschluss erlangen, bei etwa 60%, wenn die Bezugsperson über einen Hauptschul- oder gar keinen Schulabschluss verfügt. Verfügt die Bezugsperson über ein (Fach-)Abitur sinkt diese Quote auf etwa 10%.

Bilanziert man diesen Generationenvergleich nach Auf- und Abstiegen, so ist zu konstatieren, dass etwa 54% der Jugendlichen in der untersuchten Altersgruppe einen Bildungsaufstieg vollziehen konnte, 35% haben das Bildungsniveau der Haushaltsbezugsperson gewahrt. Etwa 11% der Jugendlichen haben einen Bildungsabstieg erfahren.

Bezieht man neben der Haushaltsbezugsperson auch deren Lebenspartner<sup>4</sup> ein, wird deutlich, welche Rolle dem Zusammenspiel der Eltern, in Haushalten mit zwei Elternteilen zukommt (vgl. Tabelle 6-15).

Tabelle 6-15: Schulabschluss der 21- bis 23-Jährigen und Schulabschluss der Eltern

		1 Elternt. gering- qual.	1 Elternt. höher- qual.	2 Elternt. gering- qual.	2 Elternt. gering- qual. -höher- qual.	2 Elternt. höher- qual.	Nicht mehr im elterli- chen HH	Gesamt
Entfällt	In %	29,6	5,6	35,7	11,4	4,0	25,8	23,1
Haupt-/Volksschule	In %	29,6	22,2	31,3	34,1	18,7	29,7	28,7
Realschulabschluss	In %	14,8	11,1	9,6	13,6	13,3	9,0	10,5
Fachhochschulreife	In %	22,2	55,6	18,3	38,6	60,0	30,9	33,3
Abitur/Fachabitur	In %	17,6	55,7	20,2	39,1	60,7	28,2	3,1
Kein Schulabschluss	In %	3,7	5,6	5,2	2,3	4,0	4,7	4,4
Gesamt (in Tsd.)	Abs.	27	18	115	44	75	256	541

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 2003; eigene Berechnungen

An der Quote der Abiturienten wird erkennbar, wie diese pro höher qualifiziertem<sup>5</sup> Elternteil um jeweils 20 Prozentpunkte ansteigt. Wenn beide Eltern über qualifizierte Schulabschlüsse verfügen, liegt die Abiturientenquote der Kinder noch etwas über dem Wert der für qualifizierte Einelternhaushalte zu verzeichnen ist.

Bei der Hauptschulquote weisen die Schüler und Schülerinnen aus gering qualifizierten Ein- und Zweielternhaushalten ähnliche Werte (36-38%) auf; Sobald jedoch ein Elternteil über eine höhere schulische Qualifizierung verfügt, geht die Hauptschulquote auf 7 bis 9% zurück.

Die Wahrscheinlichkeit, keinen Schulabschluss zu erlangen, steht demgegenüber in keinem so klaren Zusammenhang mit der schulischen Qualifizierung der beiden Elternteile.

Zuvor ist bereits der Zusammenhang der schulischen Abschlüsse mit der *Staatsangehörigkeit* der Haushaltsbezugsperson dargelegt worden; nun soll auch hier analysiert werden, wie sich das Zusammenspiel der Elternteile darstellt.

Bei der Abiturientenquote zeigt sich ein ähnliches Bild, wie es zuvor bei der Qualifizierung der beiden Elternteile beobachtet worden war. Eine besonders geringe Chance, das Abitur zu erreichen, haben Jugendliche, wenn beide Elternteile keine deutsche Staatsbürgerschaft haben; das deckt sich auch mit den Befunden der PISA-E-Studie<sup>6</sup>. Hat ein Elternteil die deutsche Staatsbürgerschaft steigt die Abiturquote erheblich an. Haben beide Elternteile die deutsche Staatsbürgerschaft liegt die Abiturquote fast zweieinhalbmal höher als bei Eltern ohne deutsche Staatsbürgerschaft (vgl. Tabelle 6-16).

Die Gefahr, keinen Schulabschluss zu erreichen, ist für Jugendliche besonders groß (11%), wenn kein Elternteil die deutsche Staatsbürgerschaft hat.

Neben der schulischen Qualifizierung der Haushaltsbezugsperson spielt auch deren *berufliche Stellung* eine wichtige Rolle für die Chancen der Jugendlichen, einen qualifizierten schulischen Abschluss zu erlangen. Bereits die Unterscheidung nach dem Sozialversicherungsstatus offenbart erhebliche Unterschiede in den Chancen der Jugendlichen, die Hochschulreife zu erlangen. Bei Jugendlichen aus Arbeiterhaushalten (Beruf der Hauhaltsbezugsperson) liegt diese Chance bei nur 22%, in Angestelltenhaushalten liegt sie bei 41 und in Selbständigenhaushalten bei 50%. In Beamtenhaushalten wird schließlich eine Abiturientenquote von 68% erreicht (vgl. Tabelle 6-17).

<sup>4</sup> Lebenspartner werden nach dem Lebensformenkonzept des Mikrozensus bestimmt.

<sup>5</sup> Als höher qualifiziert werden Personen klassifiziert, die mindestens einen Realschulabschluss haben.

<sup>6</sup> Vgl. Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.): PISA 2000. Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Opladen 2002, S. 193.

Tabelle 6-16: Schulabschluss der 21- bis 23-Jährigen und Nationalität der Eltern

		1 Elternt. deutsch	1 Elternt. nicht deutsch	2 Elternt. deutsch- deutsch	2 Elternt. deutsch- nicht deutsch	2 Elternt. nicht deutsch- nicht deutsch	Nicht mehr im elterli- chen HH	Gesamt
Haupt-/Volksschule	In %	19,5	/	16,1	22,2	44,7	25,8	23,3
Realschulabschluss	In %	26,8	/	28,6	33,3	23,7	29,7	28,7
Fachhochschulreife	In %	12,2	/	12,0	11,1	7,9	9,0	10,4
Abitur/Fachabitur	In %	36,6	/	40,1	22,2	15,8	30,9	33,3
Kein Schulabschluss	In %	4,9	/	3,1	11,1	7,9	4,7	4,4
Gesamt (in Tsd.)	Abs.	41	/	192	9	38	256	541

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 2003; eigene Berechnungen

Tabelle 6-17: Schulabschluss der 21- bis 23-Jährigen und Beruf der Haushaltsbezugsperson

		Selbstän- -dige	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Nicht mehr im elterlichen HH	Gesamt
Haupt-/Volksschule	In %	10,7	4,5	11,1	30,8	25,8	21,9
Realschulabschluss	In %	28,6	13,6	28,9	33,3	29,7	29,3
Fachhochschulreife	In %	10,7	9,1	15,6	10,3	9,0	10,5
Abitur/Fachabitur	In %	50,0	68,2	41,1	21,8	30,9	34,2
Kein Schulabschluss	In %	0,0	4,5	3,3	3,8	4,7	4,0
Gesamt (in Tsd.)	Abs.	28	22	90	78	256	474

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 2003; eigene Berechnungen

Aber auch innerhalb dieser Gruppen werden, wie aus differenzierteren Daten für das Jahr 2000 hervorgeht, nicht unerhebliche Unterschiede erkennbar. Bei den Kindern von an- und ungelernten Arbeitern beträgt die Quote nur 14%; bei Vorarbeitern wird immerhin der Durchschnittswert erreicht. Im Angestelltenbereich wird in allen Gruppen etwa der Durchschnittswert erreicht. Bei Angestellten, die weitgehend selbständige und leitende Tätigkeiten ausüben, liegt die Abiturientenquote bei immerhin 56%. Diese Spanne findet sich auf höherem Niveau auch bei den verschiedenen Beamtengruppen wieder; während bei Beamten im einfachen und mittleren Dienst die nachwachsende Generation eine Abiturientenquote von 47% erreicht, liegt sie bei Beamten im höheren Dienst bei immerhin 74%.

Die Hauptschulquote für Jugendliche aus den hier betrachteten sozialen Lagen liefert ein Spiegelbild der Abiturientenquote. Die höchsten Hauptschulquoten finden sich bei Haushaltsbezugspersonen, die an- und ungelernte Arbeiter oder ausführende Angestellte sind. Die höchsten Realschulquoten finden sich bei den Kindern von Facharbeitern und Vorarbeitern sowie bei Angestellten mit einfacher Fachtätigkeit.

Die Wahrscheinlichkeit, dass Jugendliche ohne Schulabschluss bleiben, zeigt gegenüber diesen Verteilungen eine weniger klare Struktur: Sie ist bei Beamten ausgesprochen gering; Arbeiter, Angestellte und Selbständige weisen mit 3,0, 3,6 bzw. 4,2% erheblich höhere – aber gegenüber den anderen untersuchten Merkmalen nur wenig differenzierte – Quoten auf. Zudem wird innerhalb der Gruppen keine klare Binnendifferenzierung erkennbar. Bei der Interpretation der Daten für Jugendliche ohne Schulabschluss ist zunächst die recht geringe Fallzahl zu beachten, die die Relevanz dieser Quoten einschränkt. Darüber hinaus ist jedoch zu vermuten, dass das "Scheitern" im schulischen System neben den vorliegenden Merkmalen noch von weiteren Einflussfaktoren abhängig ist.

Vermittelt mit den anderen hier analysierten sozialstrukturellen Merkmalen spielt auch die *Einkommenssituation* der Haushalte (zum Erhebungszeitpunkt) für die schulische Qualifizierung der Jugendlichen eine Rolle. Um die unterschiedliche Haushaltsgröße zu berücksichtigen, wurde aus den im Mi-

krozensus gemachten Angaben zum Haushaltseinkommen ein vereinfachtes Äquivalenzeinkommen berechnet (vgl. Tabelle 6-18).<sup>7</sup>

Tabelle 6-18: Schulabschluss der 21- bis 23-Jährigen und Haushaltseinkommen

		1. Quintil	2. Quintil	3. Quintil	4. Quintil	5. Quintil	Nicht mehr im elterli- chen HH	Gesamt
Haupt-/Volksschule	In %	36,0	30,6	25,5	16,7	9,9	25,8	23,1
Realschulabschluss	In %	24,0	25,0	23,5	36,1	25,4	29,7	28,8
Fachhochschulreife	In %	4,0	11,1	13,7	12,5	12,7	9,0	10,4
Abitur/Fachabitur	In %	20,0	27,8	33,3	31,9	50,7	30,9	33,3
Kein Schulabschluss	In %	16,0	5,6	3,9	2,8	1,4	4,7	4,5
Gesamt (in Tsd.)	Abs.	25	36	51	72	71	256	511

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 2003; eigene Berechnungen

Jugendliche, deren elterlicher Haushalt einem der vier unteren Einkommensquintile (Einkommensfünftel) zuzurechnen ist, haben eine Abiturientenquote zwischen 25 und 32%. Deutlich höher liegt nur die Quote bei Jugendlichen aus dem obersten Einkommensquintil. Eine in diesem Rahmen nicht weiter zu erklärende Sonderrolle spielt das zweite Einkommensquintil, das die höchste Hauptschul- und die geringste Abiturientenquote aufweist.

Die Quote der Jugendlichen ohne Schulabschluss geht, sieht man von dem zweiten Quintil ab, mit steigendem Einkommen deutlich zurück. Im höchsten Einkommensquintil beträgt sie nur ein Fünftel der Quote, die im niedrigsten Quintil zu verzeichnen ist.

Vor Beginn der Bildungsexpansion in den 1960er-Jahren waren neben den Frauen vor allem die (katholischen) ländlichen Regionen in besonderem Maße bildungsbenachteiligt. In der folgenden Darstellung werden die 21- bis 23-jährigen Jugendlichen betrachtet, die noch im elterlichen Haushalt leben (vgl. Tabelle 6-19).

Tabelle 6-19: Schulabschluss der 21- bis 23-Jährigen und Gemeindegrößenklasse

	Noch in schulischer Ausbil- dung	Volksschul-/ Hauptschul- abschluss		Fachhoch- schul-/ Hochschul- reife	Ohne allg. Schulab- schluss	Gesamt (in Tsd.)
	In %	In %	In %	In %	In %	Abs.
Unter 20.000 Einwohner	1,1	24,2	35,4	35,7	3,6	66
20.000 b. u. 100.000 Einw.	1,6	30,6	28,9	36,0	2,9	197
100.000 b. u. 500.000 Einw.	1,6	24,1	22,6	46,3	5,4	159
500.000 u. mehr Einwohner	1,7	25,1	24,7	42,1	6,4	106
Gesamt	1,6	26,8	27,0	40,3	4,4	527

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 2003; eigene Berechnungen

Heute spielt die *Stadt-Landstruktur* – hier über die Einwohnerzahlen der Wohngemeinden abgebildet – eine deutlich geringere Rolle für die Bildungschancen der Jugendlichen. Unterschiede finden sich vor allem bei den Realschul- und Gymnasialbesuchen. Während in Orten unter 100.000 Einwohnern nur 36% eine Hochschulreife erreichen, liegt diese Quote in größeren Orten bei 42 bzw. 46%. In der Gruppe der Jugendlichen ohne Schulabschluss spiegeln sich die höheren Ausländeranteile in den größeren Städten. So liegt die Quote der Jugendlichen ohne Schulabschluss mit 6,4% in den großen Städten etwa doppelt so hoch wie in Orten unter 100.000 Einwohnern.

<sup>7</sup> Die kategorisierten Angaben zum Haushaltseinkommen wurden durch die Klassenmitten ersetzt; für die Randkategorien wurde ein Mittelwert angenommen. Abschließend wurde das so ermittelte Haushaltseinkommen durch die Quadratwurzel der Zahl der Haushaltsmitglieder dividiert; darüber wird eine angesichts der Qualität der Einkommensangaben vergleichsweise gute Annäherung an andere Berechnungsweisen zum Äquivalenzeinkommen erreicht.

Mit den Daten des sozioökonomischen Panels kann der *Generationenvergleich* auch angestellt werden, wenn die Jugendlichen den elterlichen Haushalt bereits verlassen haben (vgl. Tabelle 6-20).

Tabelle 6-20: Allgemeine Schulabschlüsse (15- bis 35-Jährige) nach dem Schulabschluss des Vaters

Schulabschluss des Vaters	Kein Abschluss	Hauptschul- abschluss	Realschul- abschluss	FHS-Rei- fe/Abitur	Zahl der Fälle
	In %	In %	In %	In %	Abs.
Kein Abschluss	4,3	43,5	30,4	21,7	46
Hauptschulabschluss	2,8	26,4	35,1	35,7	496
Realschulabschluss	0,0	6,8	32,4	60,8	148
FHS-Reife/Abitur	1,3	0,6	15,4	82,7	156
Gesamt	2,1	19,1	30,7	48,0	846

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Das sozio-oekonomische Panel, 2003; eigene Berechnungen

Insbesondere die Quote der jungen Erwachsenen, die eine Hochschulreife erlangen, wird in hohem Maße von der Bildung des Vaters geprägt; die Quote steigt für jeden jeweils erreichten Abschluss des Vaters um etwa 20 Prozentpunkte; dementsprechend geht der Anteil der Hauptschulabschlüsse, aber auch der Anteil derjenigen, die keinen Abschluss erlangen, deutlich zurück (vgl. Tabelle 6-21).

Tabelle 6-21: Allgemeine Schulabschlüsse (15- bis 35-Jährige) nach dem Schulabschluss der Mutter

Schulabschluss der Mutter	Kein Abschluss	Hauptschul- abschluss	Realschul- abschluss	FHS-Rei- fe/Abitur	Zahl der Fälle
	In %	In %	In %	In %	Abs.
Kein Abschluss	5,9	51,5	20,6	22,1	68
Hauptschulabschluss	4,7	23,4	35,2	36,7	509
Realschulabschluss	1,0	10,8	28,2	60,0	195
FHS-Reife/Abitur	2,6	0,9	13,2	83,3	114
Gesamt	3,7	19,9	29,7	46,7	886

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Das sozio-oekonomische Panel, 2003; eigene Berechnungen

Dieser Zusammenhang bestätigt sich auch, wenn man den Schulabschluss der Mutter betrachtet.

Diese ausgeprägte Reproduktion von Bildungsungleichheit findet sich strukturell wieder, wenn man die berufliche Qualifikation der Eltern<sup>8</sup> einbezieht (vgl. Tabelle 6-22).

Tabelle 6-22: Allgemeine Schulabschlüsse (15- bis 35-Jährige) nach dem Beruf des Vaters

Beruf des Vaters	Kein Abschluss	Haupt- schulab- schluss	Realschul- abschluss	FHS-Rei- fe/Abitur	Zahl der Fälle
	In %	In %	In %	In %	Abs.
Nicht erwerbstätig/k.A.	8,9	24,0	36,9	30,2	179
Geringqual. Arbeiter	5,8	47,1	28,4	18,7	155
Höherqual. Arbeiter	0,4	30,6	39,2	29,8	245
Geringqual. Angestellte/Beamte	9,4	10,9	35,9	43,8	64
Höherqual. Angest.	0,5	5,4	24,4	69,8	205
Höherqual. Beamte	0,0	0,0	12,7	87,3	79
Selbständig	2,4	2,4	27,7	67,5	83
Gesamt	3,5	20,9	30,9	44,8	1.010

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Das sozio-oekonomische Panel, 2003; eigene Berechnungen

<sup>8</sup> Angesichts der hohen Zahl fehlender Werte wird hier nur der Beruf des Vaters berücksichtigt.

Junge Erwachsene, deren Väter der Arbeiterschicht zuzurechnen sind, haben mit 20% bzw. 30% eine deutlich geringere Chance, eine allgemeine oder fachliche Hochschulreife zu erlangen, als solche aus qualifizierten Angestellten- und Beamten- bzw. Selbständigenhaushalten, wo die entsprechende Quote zwischen 70% und 88% liegt.

# 6.3 Berufliche Qualifikation Jugendlicher und junger Erwachsener

Grundsätzlich ist zu beobachten, dass sich die bei den allgemein bildenden Schulabschlüssen zu konstatierenden Strukturen auch bei den berufsbildenden bzw. akademischen Abschlüssen wieder finden; d.h., mangelnde Erfolge im allgemeinbildenden Schulsystem können nicht durch die Leistungen des berufsbildenden Systems ausgeglichen werden.

18% der jungen Erwachsenen zwischen 24 und 29 Jahren haben keinen beruflichen Abschluss. Bei den Deutschen aus dieser Altersgruppe liegt diese Quote bei 13%, bei den Ausländern ist sie dreimal so hoch. Während bei den Deutschen nur geringe geschlechtsspezifische Unterschiede zu erkennen sind, liegt die Quote der Ausländerinnen ohne Berufsabschluss um mehr als 12 Prozentpunkte über der der männlichen Ausländer (vgl. Tabelle 6-23).

Tabelle 6-23: Abschlüsse in der beruflichen Bildung nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht (24- bis 29-Jährige)

Nationa- lität	Keine Angaben	Noch in berufl. Ausbil- dung	Anlernaus- bildung, Prakti- kum, BVJ	Lehraus- bildung	Fach- schulaus- bildung	Fach- hoch- schule	Univer- sität	K.A. zum berufl. Abschluss	Kein be- rufl. Ab- schluss	Ges	samt
	In %	In %	In %	In %	In %	In %	In %	In %	In %	Abs.	In %
					Deutsche 1	Nation					
Männlich	2,2	15,4	1,3	51,8	6,6	3,5	5,5	1,8	11,9	454	
Weiblich	2,4	11,1	1,1	49,7	8,2	3,8	8,0	2,0	13,7	451	
Gesamt	2,3	13,3	1,2	50,7	7,4	3,6	6,7	1,9	12,8	905	79,0
					Nur andere	Nation					
Männlich	5,6	11,1	1,6	37,3	3,2	1,6	5,6	0,8	33,3	126	
Weiblich	4,3	10,4	1,7	26,1	3,5	1,7	6,1	0,9	45,2	115	
Gesamt	5,0	10,8	1,7	32,0	3,3	1,7	5,8	0,8	39,0	241	21,0

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 2003; eigene Berechnungen

In allen Gruppen stellt die Lehrausbildung die wichtigste Form der beruflichen Qualifizierung dar; bei den Deutschen haben annähernd 50% der jungen Erwachsenen eine solche Ausbildung abgeschlossen; bei den ausländischen jungen Erwachsenen sind es 24 (Frauen) bzw. 34% (Männer). Deutliche (aber nicht geschlechtsspezifische) Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern zeigen sich bei den Fachschulausbildungen; diese werden von den Deutschen dreimal häufiger gewählt. Auf Hochschulausbildungen können in dieser Altersgruppe etwa 10% der Deutschen und 5,5% der Ausländer zurückblicken. Unabhängig von der Nationalität zeigt sich bei den Hochschulausbildungen ein leichter Vorsprung der Frauen vor den Männern.

Eine feinere Differenzierung der Nationalität führt, wie bei den allgemein bildenden Abschlüssen, zu einer weiteren Spanne in der Quote derjenigen, die keinen Abschluss haben. In der türkischen Bevölkerung zwischen 24 und 29 Jahren verfügen etwa 52% über keinen beruflichen Abschluss. Auch die Ausländer aus EU- und Nicht-EU-Staaten weisen bei diesem Merkmal deutliche Unterschiede auf (vgl. Tabelle 6-24).

Zwar dominiert auch in dieser Aufgliederung die Lehrausbildung; es sind jedoch bei den Ausländern aus EU-Staaten, aus nicht EU-Staaten und aus der Türkei jeweils geringere Anteilswerte zu verzeichnen. Hochschulausbildungen, aber auch Fachschulausbildungen spielen bei den türkischen Staatsangehörigen in dieser Altersgruppe keine Rolle; der niedrige Anteil von jungen türkischen Erwachsenen,

Tabelle 6-24: Abschlüsse in der beruflichen Bildung nach Staatsangehörigkeit (24- bis 29-Jährige)

Nationalität	Keine Angaben	Noch in berufl. Ausbil- dung	Anlernaus- bildung, Prakti- kum, BVJ	Lehraus- bildung	Fach- schul- ausbil- dung	Fach- hoch- schule	Univer- sität	K.A. zum be- rufl. Ab- schluss	Kein be- ruflicher Ab- schluss	Gesamt	
	In %	In %	In %	In %	In %	In %	In %	In %	In %	Abs.	In %
Deutscher	2,2	13,4	1,2	50,7	7,4	3,7	6,9	1,9	12,7	904	78,9
Ausländer aus EU-Staaten	2,3	9,3	2,3	41,9	4,7	2,3	7,0	2,3	27,9	43	3,8
Ausländer aus Nicht-EU-Staaten	5,0	16,0	1,0	29,0	4,0	2,0	10,0	2,0	31,0	100	8,7
Ausländer aus der Türkei	6,1	5,1	2,0	32,3	2,0	0,0	1,0	0,0	51,5	99	8,6
Gesamt	2,8	12,7	1,3	46,9	6,5	3,1	6,6	1,7	18,2	1.146	100,0

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 2003; eigene Berechnungen

die noch in der Ausbildung sind, deutet daraufhin, dass sich diese Differenzierung in den folgenden Altersgruppen noch weiter zuspitzen wird.

Die durch die EU-Arbeitskräftestichprobe (2000) ermöglichte Identifizierung von Deutschen mit Migrationshintergrund (s.o.) macht deutlich, dass sich Deutsche dieser Altersgruppe durch ihren möglichen Migrationshintergrund erheblich unterscheiden. Der Migrationshintergrund trägt dazu bei, dass die Quote derer, die keine beruflichen Ausbildungsabschlüsse vorweisen können, um das Zweieinhalbfache höher liegt (vgl. Tabelle 6-25).

Große Unterschiede zwischen diesen Gruppen zeigen sich zudem bei den Hochschulausbildungen.

Tabelle 6-25: Abschlüsse in der beruflichen Bildung nach Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund (24 bis 29-Jährige)

Nationalität	Keine Angaben	Noch in berufl. Ausbil- dung	Anlernaus- bildung, Prakti- kum, BVJ	Lehr- ausbil- dung	Fach- schul- ausbil- dung	Fach- hoch- schule	Univer- sität	K.A. zum berufl. Ab- schluss	Kein be- ruflicher Ab- schluss	Gesamt	
	In %	In %	In %	In %	In %	In %	In %	In %	In %	Abs.	In %
Deutscher	3,6	13,5	0,9	52,1	8,8	3,8	5,4	1,9	10,1	9.693	75,9
Deutscher mit Migrationshintergrund	3,6	10,8	2,6	44,4	7,4	1,2	1,8	1,4	26,8	660	5,2
Ausländer aus EU-Staaten	2,5	14,4	3,0	37,1	4,7	2,1	7,2	2,1	27,0	529	4,1
Ausländer aus Nicht-EU-Staaten	7,3	19,7	1,5	24,8	2,3	3,4	4,8	3,7	32,6	819	6,4
Ausländer aus der Türkei	6,8	9,4	1,6	24,9	1,5	1,6	0,0	1,1	53,1	1.070	8,4

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus, 2003; eigene Berechnungen

In der Zusammenschau dieser Befunde wird zum einen deutlich, dass in den letzten Jahren bei der schulischen und beruflichen Qualifizierung der Jugendlichen einige Fortschritte gemacht wurden; zum anderen bleiben aber strukturelle Probleme bestehen: die unzureichende schulische und berufliche Qualifizierung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die strukturelle Benachteiligung von Migrantinnen, die hohe Quote von Jugendlichen ohne schulischen bzw. beruflichen Abschluss und die hohe Quote der Reproduktion von Bildungsungleichheit bei deutschen wie ausländischen Kindern und Jugendlichen.

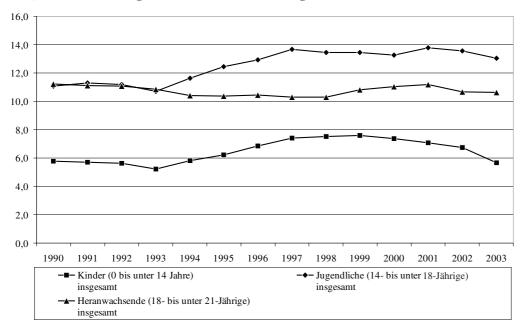
# 7. Kinder, Jugendliche und Heranwachsende im Konflikt mit dem Gesetz – Tatverdächtige und Verurteilte

#### Kommentierung

Gut 70% aller 478.407 Tatverdächtigen im Jahr 2003 in Nordrhein-Westfalen sind Erwachsene (21 Jahre und älter); gegen Kinder (5,7%), Jugendliche (13,0%) und Heranwachsende (10,6%) wird nur in insgesamt knapp 30% der Fälle als Tatverdächtige ermittelt (vgl. Abbildung 7-1 und 7-2). Seit 1990 ist

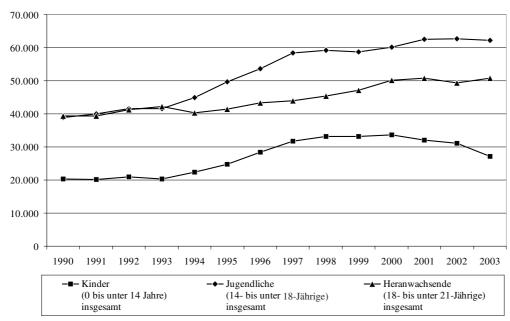
Tatverdächtige

Abbildung 7-1: Tatverdächtige Kinder, Jugendliche und Heranwachsende in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben in % aller Tatverdächtigen)



Quelle: Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW), Polizeiliche Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalen (PKS NRW), versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Abbildung 7-2: Tatverdächtige Kinder, Jugendliche und Heranwachsende in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben absolut)



Quelle: Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW), Polizeiliche Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalen (PKS NRW), versch. Jahrgänge

die Zahl aller Tatverdächtigen um +36,4% (+127.672 Tatverdächtige) gestiegen. Dies entspricht ungefähr dem Zuwachs bei den erwachsenen Tatverdächtigen (+36,3%, vgl. Abbildung 7-3). Überdurchschnittlich hoch ist diese Zuwachsrate nur bei den jugendlichen Tatverdächtigen (14 bis unter 18 Jahre). Hier ist die Zahl um +60% seit 1990 gestiegen. Bei den tatverdächtigen Kindern und Heranwachsenden liegen die Zuwächse unter dem Gesamtdurchschnitt (+33,7% bzw. +29,3%). Bemerkenswert ist jedoch, dass in den drei Gruppen nicht erwachsener Tatverdächtiger die Steigerungen bei den jeweiligen weiblichen Verdächtigen (Kinder +61,5%, Jugendliche +99,9%, Heranwachsende +44,8%) wesentlich stärker sind als bei den männlichen.

insgesamt Kinder männlich **24,8** unter 14 J. 61.5 weiblich 60,1 insgesamt Jugendliche 49,3 männlich 14 bis 18 J. weiblich 99,9 29,3 insgesamt Heranwachsende 25 9 männlich 18 bis 21 J. 44,8 weiblich 34,1 insgesamt männlich 37,6 Erwachsene 23.4 weiblich 36.4 insgesamt 36,8 männlich Tatverdächtige 35.1 weiblich 0,0 20,0 40,0 60,0 80,0 100,0

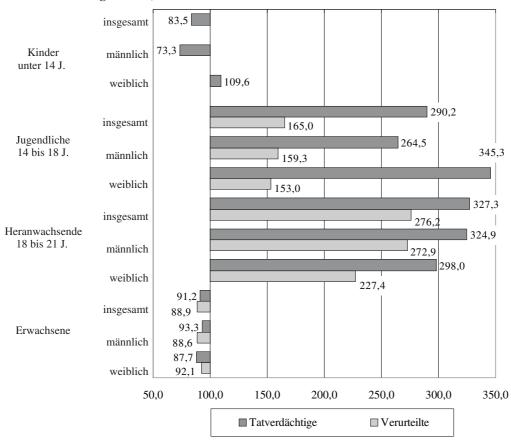
Abbildung 7-3: Tatverdächtige nach Altersgruppen und Geschlecht in Nordrhein-Westfalen; Veränderungen zwischen 1990 und 2003 (Angaben in %)

Quelle: Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW), Polizeiliche Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalen (PKS NRW), versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Allerdings zeigt die so genannte Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ), dass von jeweils 100.000 Einwohnern der entsprechenden Altersgruppe weitaus mehr Jugendliche und Heranwachsende einer Straftat verdächtigt wurden als Erwachsene. Dies gilt für den gesamten Betrachtungszeitraum. Diese Kennziffer liegt bei Jugendlichen seit 1990 um etwa das 2,3- bis 3,5-Fache, bei Heranwachsenden um das 2- bis 3,3-Fache über dem Gesamtdurchschnitt (vgl. Abbildung 7-4). Auch im Zeitverlauf hat dieser Wert in den beiden angesprochenen Altersgruppen überdurchschnittlich zugenommen. Die Steigerungen liegen bei den Jugendlichen seit 1990 bis 2003 beim 1,3- bis 1,7-Fachen (vgl. Abbildung 7-5), bei den Heranwachsenden beim 1,5- bis 1,8-Fachen. Aber auch bei den unter 14-jährigen Mädchen ist der Wert um das 1,3-Fache gestiegen.

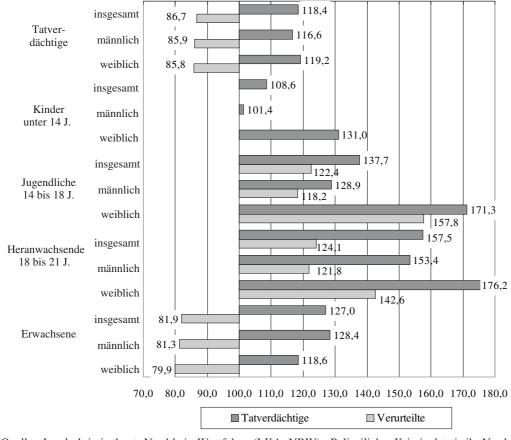
Die absolute Zahl der Tatverdächtigen nach Hauptdelikt- und Altersgruppen zeigt Abbildung 7-6. Es ist erkennbar, dass im Jahre 2003 bei Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden Diebstahlsdelikte dominieren. Von den mehr als 148.500 Tatverdächtigen in dieser Deliktgruppe sind 17.379 Kinder (11,7%), 27.857 Jugendliche (18,7%) und 14.042 (9,5%) Heranwachsende, zusammen also knapp zwei Fünftel aller Tatverdächtigen (vgl. Abbildung 7-7).

Abbildung 7-4: Verurteilte und Tatverdächtige nach Altersgruppen und Geschlecht je 100.000 der gleichaltrigen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen; 2003 (Indexwerte: alle Verurteilten bzw. Tatverdächtigen = 100)



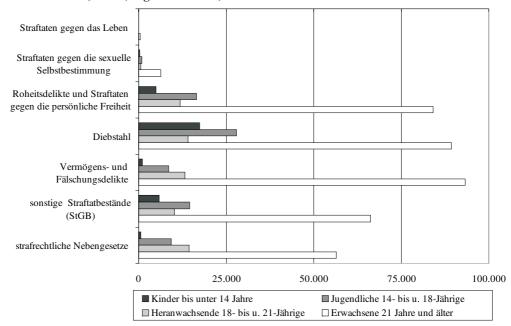
Quelle: Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW), Polizeiliche Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalen (PKS NRW), 2003; eigene Berechnungen

Abbildung 7-5: Verurteilte und Tatverdächtige nach Altersgruppen und Geschlecht je 100.000 der gleichaltrigen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003 (Angaben zur Veränderung mit einem Indexwert von 1990 = 100)



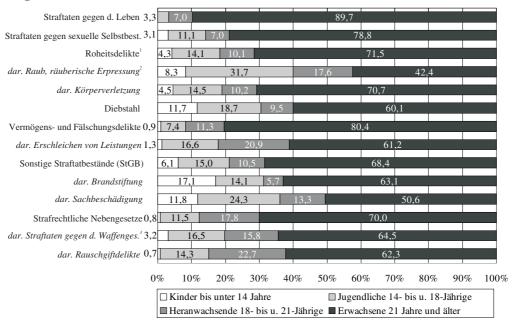
Quelle: Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW), Polizeiliche Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalen (PKS NRW) und Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Abbildung 7-6: Tatverdächtige nach Altersgruppen und Hauptdeliktgruppen in Nordrhein-Westfalen; 2003 (Angaben absolut)



Quelle: Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW), Polizeiliche Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalen (PKS NRW), 2003

Abbildung 7-7: Tatverdächtige nach Altersgruppen und Delikten in Nordrhein-Westfalen; 2003 (Angaben in %)



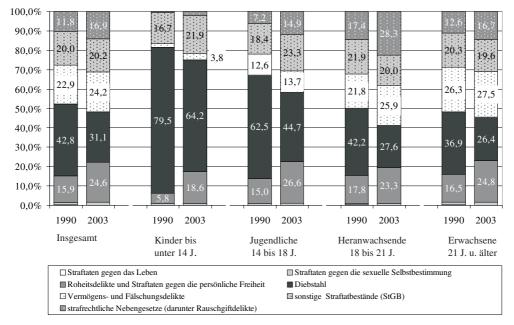
- 1 einschl. Straftaten gegen die persönliche Freiheit
- 2 einschl. räuberische Angriffe auf Kraftfahrer
- 3 Straftaten gegen das Waffengesetz/Kriegswaffenkontrollgesetz

Quelle: Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW), Polizeiliche Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalen (PKS NRW), 2003; eigene Berechnungen

Betrachtet man die Deliktarten, bei denen gegen Kinder als Tatverdächtige überdurchschnittlich häufig ermittelt wird, sind es vor allem – neben den bereits erwähnten Diebstählen – die sonstigen Straftatbestände, darunter wiederum Sachbeschädigungen (15,1% aller Straftaten mit Kindern als Tatverdächtige). Bei Jugendlichen sind es vor allem Körperverletzungen (2003: 21,6%), das Erschleichen von Leistungen ("Schwarzfahren", 8,5%), ebenfalls Sachbeschädigungen (13,5%) und Rauschgiftdelikte (11,9%), aufgrund derer gegen sie vor allem ermittelt wird. Bei Heranwachsenden wird überdurchschnittlich oft wegen Rauschgiftdelikten (2003: 23,0%) und Leistungserschleichung (2003: 13,2%) ermittelt.

Der Blick auf die Entwicklungen seit 1990 zeigt, dass bei Kindern – ebenso wie bei allen übrigen Tatverdächtigengruppen – die Diebstahlsdelikte anteilsmäßig stark zurückgegangen sind (vgl. Abbildung 7-8). Ihr Anteil sinkt bei ihnen von 79,5% auf 64,2%. Ähnlich ist es bei den übrigen Altersgruppen. Gewachsen sind insbesondere bei tatverdächtigen Kindern, aber auch bei Jugendlichen die Anteile der Roheitsdelikte, insbesondere der Körperverletzung (bei Kindern von 4,1% auf 15,4%, bei Jugendlichen von 11,8% auf 21,6%). Zugenommen haben auch die Anteile bei Sachbeschädigung, vor allem aber bei Rauschgiftdelikten (bei Jugendlichen von 3,7% auf 11,9%, bei Heranwachsenden von 12,1% auf 23,0%).

Abbildung 7-8: Tatverdächtige nach Altersgruppen und Hauptdeliktgruppen in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003 (Angaben in %)



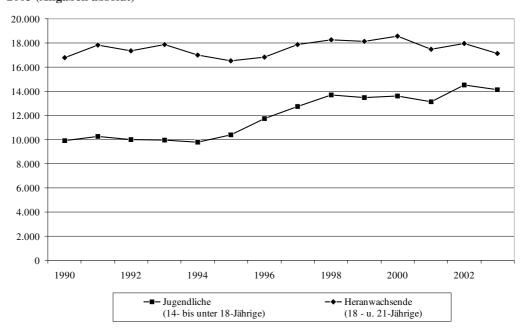
Quelle: Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW), Polizeiliche Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalen (PKS NRW), versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Der Anteil der Erwachsenen an den verurteilten Straftätern liegt im Jahr 2003 (162.698 Verurteilte insgesamt) bei 80,8%, der Heranwachsenden bei 10,5% und der Jugendlichen bei 8,7%. Anders als bei den Erwachsenen ist sowohl die absolute Zahl der Verurteilten im Alter von 14 bis unter 18 Jahren und derjenigen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren als auch ihr prozentualer Anteil seit 1990 gestiegen. Dies gilt vor allem für die Jugendlichen, bei denen die Zahl der Verurteilten von 9.925 auf 14.127 (+42,3%) und deren Anteil von 5,5% auf 8,7% gewachsen ist. Für alle Altersgruppen gilt, dass die Zahl der verurteilten männlichen Personen wesentlich höher (mit Anteilen zwischen 81,5% bei Erwachsenen und fast 90% bei Jugendlichen) war als die der weiblichen. Die Zahl der heranwachsenden Verurteilten insgesamt hat seit 1990 nur gering geschwankt (zwischen 16.500 und 18.250, dies sind Anteile zwischen 8,7% und 10,8%). Dabei ist die Zahl der männlichen Verurteilten in dieser Altersgruppe nahezu konstant geblieben, diejenige der Frauen dagegen um +17,2% gestiegen (vgl. Abbildung 7-9 und 7-10). Bei den jugendlichen verurteilten Straftätern ist vor allem die Zahl der Mädchen stärker gestiegen (+84,1%), bei Jungen dagegen stieg sie "nur" um +36,9%.

Insgesamt sind Verurteilungen wegen Diebstahl und Unterschlagung (28,7%), wegen anderer Vermögens- und Eigentumsdelikte (26,0%) und wegen Straftaten im Straßenverkehr (23,8%) 2003 am häufigsten. Ähnlich sieht es bei Heranwachsenden aus (Diebstahl 28,3%, andere Vermögensdelikte 25,8%, Straßenverkehr 19,9%). Bei Jugendlichen dominiert eindeutig der Diebstahl (41,1%), an zweiter Stelle folgen die Straftaten gegen die Person (27,5%). Im Zeitverlauf können die stärksten Veränderungen bei den Straftaten gegen den Staat (+93,2%), Raub u.Ä. (+172%) und bei den Straftaten gegen die Person (+187%) bei Jugendlichen festgestellt werden. Abnahmen sind vor allem bei Verurteilungen wegen Diebstahlsdelikten (-20,5%), wegen gemeingefährlicher Straftaten (-21,3%) und wegen Straftaten im Straßenverkehr (-41,7%) bei Heranwachsenden erwähnenswert (vgl. Abbildung 7-11).

Verurteilte

Abbildung 7-9: Verurteilte Jugendliche und Heranwachsende in Nordrhein-Westfalen; 1990 bis 2003 (Angaben absolut)<sup>1</sup>

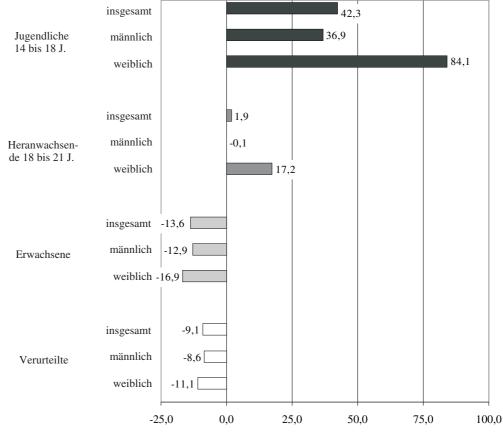


1 Im Jahre 1991 wurde die Statistik umgestellt.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW), Strafverfolgungsstatistik, versch. Jahrgänge

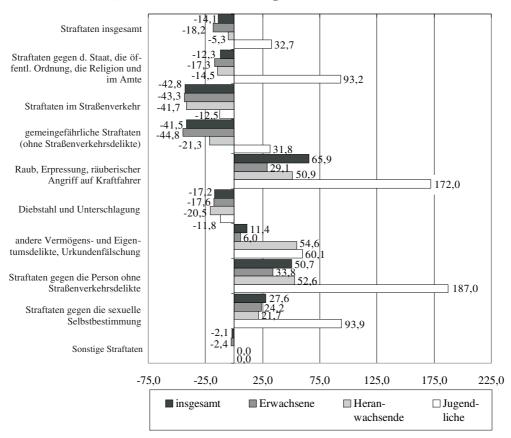
Betrachtet man die Verurteiltenziffer, wird deutlich, dass die unter 21-Jährigen häufiger verurteilt wurden als Erwachsene (vgl. Abbildung 7-4). Für das Jahr 2003 kann man festhalten, dass dies bei Jugendlichen fast doppelt so häufig geschehen ist, bei Heranwachsenden dreimal so oft wie bei Erwachsenen.

Abbildung 7-10: Verurteilte insgesamt und nach Altersgruppen in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003 (Veränderungen in %)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Strafverfolgungsstatistik

Abbildung 7-11: Verurteilte insgesamt und nach Altersgruppen sowie nach Deliktgruppen in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2003 (Veränderungen in %)<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Zu beachten ist, dass in den einzelnen Deliktgruppen eine hohe Zahl z.T. sehr verschiedener Straftatbestände zusammengefasst wird, an denen die Altersgruppen einen unterschiedlich hohen Anteil haben.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW), Strafverfolgungsstatistik, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Stellt man die Tatverdächtigenbelastungsziffer (TVBZ) und die Verurteiltenziffer (VZ) im Zeitverlauf seit 1990 gegenüber, fällt weiter auf, dass die Zahl der Verurteilten je 100.000 Einwohner bei den Erwachsenen (bei Frauen wie Männern) um rund -20% zurückgegangen ist, die TVBZ dagegen um durchschnittlich +27% (Männer +28,4%, Frauen +18,6%) gestiegen ist. Auch bei Jugendlichen fallen die Entwicklungen derart auseinander: TVBZ +37,7%, VZ +22,4%. Noch stärker sind die Differenzen bei den Heranwachsenden (TVBZ +57,5%, VZ +24,1%, vgl. Abbildung 7-11). Diese Eigenheit lässt sich über die gesamte Zeit seit 1990 für alle Altersgruppen in zunehmendem Maß beobachten (vgl. Abbildung 7-4 und 7-5).

#### **Definitionen**

Als Tatverdächtige gelten alle Personen, die "aufgrund des polizeilichen Ermittlungsergebnisses zumindest aufgrund zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte verdächtig sind, eine rechtswidrige (Straf-)Tat begangen zu haben" (LKA NRW 2002, S. 5). Sowohl Mittäterschaft, Anstiftung und Beihilfe werden in diesem Sinne erfasst als auch schuldunfähige Kinder (§ 19 StGB) und möglicherweise schuldunfähige ältere Personen (§ 20 StGB).

Eine Addition der Tatverdächtigendaten ist nicht möglich. Grund ist die bundeseinheitlich durchzuführende so genannte "echte Tatverdächtigenzählung", wonach Tatverdächtige – unabhängig davon, wie oft sie in einem Berichtszeitraum in Erscheinung treten (in verschiedenen Monaten, in verschiedenen Behörden) – nur einmal gezählt werden. Tatverdächtige, für die in einem Ermittlungsverfahren mehrere Fälle der gleichen Straftat festgestellt wurden (z.B. Diebstahl aus Kfz), werden dementsprechend lediglich einmal registriert. Werden ihnen in einem Ermittlungsverfahren mehrere Fälle verschiedener Straftaten zugeordnet (z.B. Diebstahl und Betrug), werden sie für jede Untergruppe gesondert, für die entsprechenden übergeordneten Straftatengruppen bzw. für die Gesamtzahl der Straftaten hingegen nur einmal gezählt.

Tatverdächtige

Tatverdächtigenbelastungszahl In der jährlich veröffentlichten Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) wird u.a. auch die so genannte Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) ausgewiesen. Sie wird errechnet, indem die Anzahl der Tatverdächtigen durch die der Einwohner gleichen Alters geteilt wird. Durch die Multiplikation mit dem Faktor 100.000 bezieht sich diese Quote dann auf 100.000 Einwohner des entsprechenden Alters und Geschlechts.

Verurteilte

Verurteilte sind Straffällige, gegen die nach allgemeinem Strafrecht Freiheitsstrafe, Strafarrest oder Geldstrafe verhängt worden ist oder deren Straftat nach Jugendstrafrecht mit Jugendstrafe, Zuchtmittel oder Erziehungsmaßregeln geahndet wurde. Verurteilt werden kann nur eine Person, die zum Zeitpunkt der Tat strafmündig, d.h. 14 Jahre oder älter war (§ 19 StGB). Im Folgenden werden u.a. – analog zur Tatverdächtigenbelastungszahl – die Verurteilten ebenfalls in Relation zu jeweils 100.000 der entsprechenden Bevölkerungsgruppe gesetzt. Diese Kennziffer (Verurteiltenziffer, VZ) und die TVBZ werden dann einander gegenüber gestellt.

Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, dass die Statistik der rechtskräftig Verurteilten ab 1991 Doppelzählungen von Personen enthalten kann. Dies ist dann der Fall, wenn von der gleichen Person mehr als zwei Straftaten im Jahr mit verschiedenen Tatbeständen/Deliktarten und zu verschiedenen Zeitpunkten begangen werden. Die Statistik ist somit nicht streng personenbezogen. Allerdings umfassen die Doppelzählungen nur rund 1% der ausgewiesenen Verurteilten.

Die Einteilung der Altersgruppen in der PKS orientiert sich am Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) sowie am Jugendgerichtsgesetz (JGG). *Kinder* sind demnach alle Personen unter 14 Jahren, die nicht strafrechtlich belangt werden können. Durch das Vormundschaftsgericht können aber Erziehungsmaßnahmen angeordnet werden. Die Gruppe der *Jugendlichen* umfasst Personen im Alter von 14 bis unter 18 Jahren, die als bedingt strafmündig gelten und dem Jugendgerichtsgesetz unterliegen. Die 18- bis unter 21-Jährigen gelten grundsätzlich als strafmündig. Diese *Heranwachsenden* können allerdings je nach individueller Entwicklung im Zweifel nach dem Jugendstrafrecht belangt werden. *Erwachsene* sind Personen vom vollendeten 21. Lebensjahr an; auf diese Personengruppe finden ausschließlich die Bestimmungen des allgemeinen Strafrechts Anwendung.

## Aussagekraft der PKS und der Strafverfolgungsstatistik

Bei der Interpretation und dem Umgang mit den Daten ist Folgendes zu beachten: Die Zahl der registrierten Fälle pro Jahr schwankt je nach polizeilicher Aktivität und Anzeigeverhalten der Bevölkerung. Des Weiteren verändern sich im Zeitverlauf die zu Grunde liegenden Gesetze für die Rechtsprechung sowie deren Auslegung und Anwendung. In der Strafverfolgungsstatistik sind die Fälle nicht enthalten, bei denen aufgrund mangelnder Beweislage oder Geringfügigkeit der Schuld das Verfahren eingestellt wurde. Auch Straftaten, die zwar zur Anzeige kamen (und in der PKS enthalten sind), aber nicht aufgeklärt werden konnten, werden in der Strafverfolgungsstatistik nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus ist bei der Interpretation zu berücksichtigen, dass ein Teil des Kriminalitätsgeschehens nicht bekannt wird (Stichwort "Dunkelfeld"). Beide Datenquellen bieten somit kein vollständiges und wirklichkeitsgetreues Bild der Kriminalität, sondern sind im Wesentlichen quantitative Tätigkeitsberichte der Polizei und Gerichte.

#### Einschätzungen zur Kinder- und Jugendkriminalität

Eine Beurteilung der Kinder- und Jugendkriminalität und ihrer Entwicklung anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik sowie der Statistik der rechtskräftig Abgeurteilten und Verurteilten kann – u.a. aufgrund der oben angeführten methodisch-statistischen Probleme – zu Fehlschlüssen führen. Dies betrifft nicht nur Häufigkeit und Art der von Kindern und Jugendlichen begangenen Straftaten; über die Hintergründe und Ursachen von Jugendkriminalität geben beide Datenquellen keinen Aufschluss. So führen z.B. Delinquenz und Kriminalität im Kindes- und Jugendalter entgegen einer weit verbreiteten Annahme und nach einhelliger Meinung von Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen nicht automatisch zu kriminellem Verhalten im Erwachsenenalter. Verstöße, die Kindern und Jugendlichen angelastet werden (können), sind häufig Ausdruck der Suche nach Erlebnissen, Anerkennung und Selbstbestätigung sowie des Bedürfnisses nach Protest und Abgrenzung gegenüber Erwachsenen. Zumeist handelt es sich dabei um alterstypi-

Altersgruppen

sche und auf die Kindheits- und Jugendphase beschränkte Handlungen. Schwierige und problematische soziale und/oder ökonomische Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen fördern Risiken, die nicht nur gesundheitliche Beeinträchtigungen und eine schlechtere schulische und berufliche Ausbildung, sondern auch normabweichendes Verhalten begünstigen.

#### **Datenhalter**

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW)

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW)

## Datenquelle

Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

Strafverfolgungsstatistik: Rechtskräftig Abgeurteilte und Verurteilte

Statistik der Bevölkerungsfortschreibung

#### Methodische Hinweise

Jährliche Veröffentlichung

Land Nordrhein-Westfalen

Polizeiliche Kriminalstatistik: Die Polizeidienststellen melden ihre Angaben nach Abschluss der Ermittlungen und vor der Aktenübergabe an die Staatsanwaltschaft bzw. das Gericht dem Landeskriminalamt (LKA).

Strafverfolgungsstatistik: Die Gerichte melden die Daten an das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (LDS NRW) nach endgültiger Erledigung des Verfahrens (nach In-Kraft-Treten des Urteils oder des Strafbefehls bzw. nach sonstiger Beendigung des Falles).

## **Tabellenverweis**

Die dem Kapitel zu Grunde liegenden Tabellen finden sich unter www.jugendberichterstattung.de/nrw. Die Tabellen sind entsprechend der Gliederung des Berichtes abgelegt.

#### **Publikationen**

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen: Polizeiliche Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalen (1990-2003), Düsseldorf.

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Rechtskräftig Abgeurteilte und Verurteilte in NRW (1990-2003), Statistische Berichte, Düsseldorf.

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (www.lka.nrw.de). Justizministerium Nordrhein-Westfalen (www.jm.nrw.de). Gedruckte Veröffentlichungen

Periodizität

Regionale Tiefe

Berichtsweg und

Erfassungszeiträume

Internet

# 8. Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe

Dargestellt werden im Folgenden Befunde zu den Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe auf der Grundlage von amtlichen Daten zu den Einrichtungen, dem Personal sowie den finanziellen Aufwendungen. Weiterhin beinhalten die folgenden Seiten Zahlen zum Landesjugendplan NRW zwischen 1993 und 2003. Somit werden erstens Strukturen eines Feldes der Sozialen Arbeit nachgezeichnet sowie zweitens auf der Basis von förderpolitischen Daten des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder die Förderpolitik der obersten Landesjugendbehörde in Nordrhein-Westfalen skizziert. "Schlaglichter" des Kapitels sind:

- Für die bislang expandierende soziale Dienstleistung Jugendhilfe mehren sich Anzeichen für ein Ende des Wachstums.
- Über die Hälfte der Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe steht für die Erziehung, Bildung und Betreuung von vor allem Vorschulkindern zur Verfügung.
- Der Landesjugendplan in Nordrhein-Westfalen umfasst ein F\u00f6rdervolumen von knapp 96,6 Mio. EUR.

## 8.1 Die Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt

### Die Kinder- und Jugendhilfestatistik<sup>1</sup>

Die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik basiert auf einer bundesgesetzlichen Grundlage und erfasst Leistungen und Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe. Sie wird zumeist als jährliche Vollerhebung durchgeführt. Für die Daten sind die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sowie teilweise auch die der freien Jugendhilfe auskunftspflichtig. Gesetzliche Grundlagen sind die §§ 98 bis 103 SGB VIII. Die Erhebungsergebnisse, die von den Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt veröffentlicht werden, dienen u.a. der Weiterentwicklung des SGB VIII, der Sozialberichterstattung auf den Ebenen des Bundes, der Länder und der Gemeinden, der Jugendhilfeplanung und der sekundäranalytischen Forschung.

Die gesetzliche Verankerung des Erhebungskonzeptes der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik wurde in das neue Kinder- und Jugendhilferecht (SGB VIII) integriert, da sich eine enge Verzahnung der Erhebungstatbestände mit den Aufgaben- und Leistungsparagrafen anbot. Seit 1991 wird die amtliche Erfassung der Leistungen und Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe durch ein reformiertes Erhebungskonzept durchgeführt. Dieses Konzept setzt inhaltlich neue Schwerpunkte bei den familienunterstützenden Hilfen und wurde methodisch größtenteils auf Individualerhebungsbögen umgestellt. Dadurch können einzelfallbezogen erheblich mehr Informationen abgefragt und ausgewertet werden.

Das Erhebungskonzept der amtlichen Kinderund Jugendhilfestatistik (KJH-Statistik)

Die Erhebung der KJH-Statistik gliedert sich in vier Teile:

Teil I "Erzieherische Hilfen": Hier werden alle erzieherischen Hilfen gemäß der §§ 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 41 SGB VIII sowie die vorläufigen Schutzmaßnahmen gemäß §§ 42/43 SGB VIII berücksichtigt. Die Erhebungen werden jährlich als Vollerhebung durchgeführt. Darüber hinaus werden die abgeschlossenen Adoptionen und weitere Aufgaben des Jugendamtes (Pflegschaften, Vormundschaften etc.) zusammenfassend gezählt. Eine Erhebung der Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35a SGB VIII) wird bereits seit mehreren Jahren geplant. Voraussetzung hierfür ist allerdings eine entsprechende rechtliche Kodifizierung im SGB

<sup>1</sup> Die Einführung zur KJH-Statistik beruht abgesehen von einigen Kürzungen im Wesentlichen auf: Rauschenbach, Th./Schilling, M.: Die Kinder- und Jugendhilfestatistik, in: F. Stimmer, H. Boogaart, G. Rosenhagen (Hrsg.), Lexikon der Sozialpädagogik und der Sozialarbeit, 4. Aufl., München 2000, S. 370-374.

- VIII. Solange dies nicht der Fall ist, liegen zu diesem Erhebungstatbestand lediglich amtliche Daten zu den Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe vor.<sup>2</sup>
- Teil II "Maßnahmen der Jugendarbeit": Die Teilstatistik erfasst alle vier Jahre die öffentlich geförderten Maßnahmen in den Bereichen Jugendbildung, Kinder- und Jugendfreizeit, internationale Jugendarbeit und Mitarbeiterfortbildung freier Träger für ein Berichtsjahr.
- Teil III: "Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe", die als Stichtagserhebung zum 31. Dezember alle vier Jahre durchgeführt wird. Die erste Erhebung erfolgte im Jahr 1974 als Sondererhebung und wird seit 1982 regelmäßig durchgeführt.
- Teil IV: "Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe" wird jährlich erhoben. Die Erhebung basiert auf der kommunalen und staatlichen Haushaltssystematik und ermöglicht die Darstellung der öffentlichen Ausgaben nach den Leistungsparagrafen des SGB VIII.

Die neueren Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistik zu den genannten Teilstatistiken können über die Homepage des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) kostenfrei bezogen werden. Ältere Ergebnisse sind in der Fachserie 13 "Öffentliche Sozialleistungen", Reihe 6 "Jugendhilfe" des Statistischen Bundesamtes (Metzler-Poeschel-Verlag) erschienen. Die Reihe 6 untergliedert sich dabei in: 6.1.1: Institutionelle Beratung, Einzelbetreuung und sozialpädagogische Familienhilfe, 6.1.2: Erzieherische Hilfen außerhalb des Elternhauses, 6.1.3: Adoptionen, vorläufige Schutzmaßnahmen und sonstige Hilfen, 6.1.4: Erzieherische Hilfen außerhalb des Elternhauses am 31.12. (alle 5 Jahre, Beginn 1991), 6.2: Maßnahmen der Jugendarbeit, 6.3: Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe, 6.3.1 Kindertageseinrichtungen und 6.4: Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe. In den Statistischen Berichten des Statistischen Bundesamtes werden vor allem die Bundes-, aber auch ausgewählte Länderergebnisse veröffentlicht. Von den Statistischen Landesämtern werden zumeist in der Reihe K der Statistischen Berichte zeitlich eher und ausführlicher die jeweiligen Landesergebnisse und ausgewählte Eckdaten der kreisfreien Städte und Kreise veröffentlicht.

Dieser Umstand ist gerade für Nordrhein-Westfalen insofern wenig zufrieden stellend, als dass somit Jugendamtsergebnisse nur für die Kommunen vorliegen, die auch kreisfreie Städte sind. Die Ergebnisse, die für die Kreise Nordrhein-Westfalens ausgegeben werden, stellen hingegen zumeist Zusammenfassungen aus mehreren kreisangehörigen Jugendämtern und dem Kreisjugendamt dar. Es liegt auf der Hand, dass durch diese Besonderheit Nordrhein-Westfalens interregionale Vergleiche auf der Basis der Standardveröffentlichungen nur sehr eingeschränkt möglich sind. Zumindest für den Bereich der Hilfen zur Erziehung ist es mit Hilfe des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik gelungen, ausgewählte Eckwerte regelmäßig auf Jugendamtsebene zu veröffentlichen (vgl. Schilling/Pothmann/Overmann 2004).

#### Die Jugendhilfe als expandierende soziale Dienstleistung

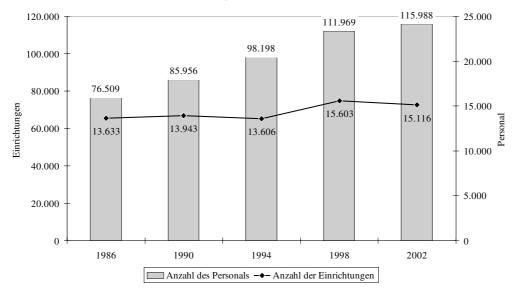
Die Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen stellt sich seit den 1980er-Jahren als ein wachsendes Segment sozialer Dienstleistungen dar. Wird dies an der Entwicklung der Einrichtungen von 13.633 auf 15.116 zwischen 1986 und 2002 noch nicht übermäßig deutlich, so dokumentiert demgegenüber die Entwicklung der Anzahl der beschäftigten Personen den Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe in dem genannten Zeitraum (vgl. Abbildung 8-1).

Zwischen 1986 und 2002 hat sich die Anzahl der Beschäftigten in der Kinder- und Jugendhilfe von rund 76.500 auf knapp 116.000 erhöht. Anders formuliert: Kamen 1990 rein rechnerisch auf eine Mitarbeiterin bzw. einen Mitarbeiter in der Kinder- und Jugendhilfe 37 unter 18-Jährige, so sind dies 2002 noch 30 Minderjährige. Berechnet man diese Angaben auf Vollzeitstellen oder auch auf so genannte Vollzeit-äquivalente heißt dies, dass 2002 auf 36 Minderjährige eine Vollzeitstelle entfällt. Im Gegensatz dazu weisen die Angaben für 1990 noch 43 Minderjährige pro Vollzeitstelle in Nordrhein-Westfalen aus.

Wenngleich bei den Beschäftigtenzahlen ein kontinuierlicher Anstieg erfolgt, fällt die Zunahme des Personals zwischen 1998 und 2002 mit einem prozentualen Zuwachs von 3,6% nicht mehr so hoch aus wie in den Vorjahren. In diesem Zeitraum gingen zudem die Einrichtungszahlen von 15.600 auf rund

<sup>2</sup> Über die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik hinaus führen für Nordrhein-Westfalen die Landesjugendämter Rheinland und Westfalen-Lippe im Rahmen eines landesweiten Berichtswesens zu den Hilfen zur Erziehung jährliche Jugendamtsbefragungen zu der Inanspruchnahme dieser Leistungen durch (vgl. zuletzt Schilling/Pothmann/Overmann 2004, S. 125 ff.).

Abbildung 8-1: Entwicklung von Personal und Einrichtungen in der Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen; 1986 bis 2002 (Angaben absolut)

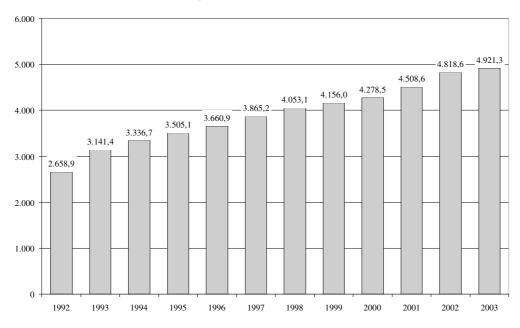


Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe, versch. Jahrgänge; Statistisches Bundesamt, Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe, 1986

15.100 und damit um 3,1% zurück. Damit deutet sich über die aktuellen Daten ein allmähliches Ende der Expansion bei den sozialen Diensten für junge Menschen und deren Familien zumindest an.

Dieser zwar ansteigende, aber dabei bezogen auf die Steigerungsraten rückläufige Trend bestätigt sich jedoch nicht anhand der Ausgabenentwicklung der öffentlichen Hand für Leistungen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Gleichwohl gilt: Zwischen 1992 und 2003 ist das Ausgabenvolumen insgesamt von 2,66 Mrd. EUR auf über 4,91 Mrd. EUR kontinuierlich gestiegen (vgl. Abbildung 8-2; Tabelle 8-1). Für diesen Zeitraum können bezogen auf die jährlichen Steigerungsraten vier Etappen voneinander unterschieden werden, lässt man dabei die Jahre 1993 und 1994 mit einer Ausgabensteigerung von 18,1% außen vor. Mitte der 1990er-Jahre bis 1998 sind die jährlichen Aufwendungen für die Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen um knapp 5% bis zu etwas mehr als 6% gestiegen. Zwischen 1998 und 2000 erhöhen sich dann die Ausgaben lediglich um jeweils knapp 3%, um in den Folgejahren um 5,4% (zwischen 2000 und 2001) bzw. 6,9% (zwischen 2001 und 2002) zu steigen.

Abbildung 8-2: Entwicklung der Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt in Nordrhein-Westfalen; 1992 bis 2003 (Angaben in Mio. EUR)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Ausgaben und Einnahmen für die Jugendhilfe, versch. Jahrgänge

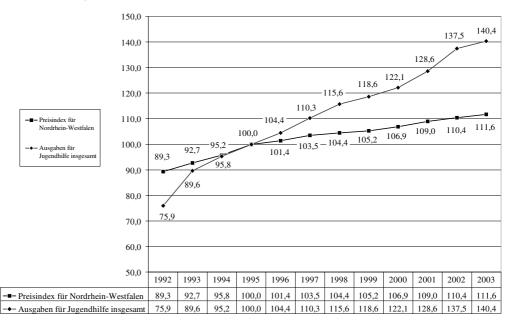
Tabelle 8-1: Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen; 1992 bis 2003 (Angaben in Mrd. EUR)

	Ausgaben insgesamt	Einnahmen insgesamt	Ausgaben abzüglich der Einnah- men	Ausgaben insgesamt	Einnahmen insgesamt	Ausgaben abzüglich der Einnah- men
		Angaben absolu	t	Indexer	ntwicklung (1992	2 = 100)
1992	2,66	0,31	2,35	100	100	100
1993	3,14	0,38	2,76	118,1	123,6	117,4
1994	3,34	0,42	2,91	125,5	137,4	123,9
1995	3,51	0,43	3,07	131,8	138,9	130,9
1996	3,66	0,48	3,19	137,7	152,6	135,7
1997	3,87	0,46	3,41	145,4	147,2	145,1
1998	4,05	0,59	3,47	152,4	189,8	147,5
1999	4,16	0,59	3,57	156,3	188,5	152,1
2000	4,28	0,57	3,71	161,0	182,8	158,1
2001	4,51	0,61	3,90	169,6	195,5	166,2
2002	4,82	0,64	4,18	181,3	203,7	178,3
2003	4,92	0,68	4,24	185,1	218,0	180,7

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Ausgaben und Einnahmen für die Jugendhilfe, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Für 2003 hingegen lässt sich eine geringere prozentuale Zunahme um 2,1% gegenüber dem Vorjahr festhalten. Dieser Anstieg der Ausgaben ist nicht alleine das Resultat von notwendig gewordenen Anpassungen aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung. Vergleicht man beispielsweise für den Zeitraum 1992 bis 2002 die Entwicklung der Jugendhilfeausgaben insgesamt mit dem allgemeinen Preisindex für Nordrhein-Westfalen (Basiswert: 1995) (vgl. zu diesem Verfahren auch Liebig/Struck 2001), so zeigt sich, dass der Anstieg der Jugendhilfeausgaben bei weitem nicht allein durch die allgemeine Preisentwicklung zu erklären ist (vgl. Abbildung 8-3).

Abbildung 8-3: Vergleich der Entwicklung von Ausgaben in der Kinder- und Jugendhilfe mit der Entwicklung des allgemeinen Preisindex in Nordrhein-Westfalen; 1992 bis 2002 (Angaben auf der Grundlage eines Index 1992 = 100)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, versch. Jahrgänge; Auskunftsdienst des Statistischen Bundesamtes

Parallel zu den Ausgaben haben sich zwischen 1992 und 2003 die Einnahmen, hierunter werden Gebühren, Teilnehmerinnen- und Teilnehmerbeiträge, Kostenbeiträge sowie Spenden und Schenkungen erfasst, von anfänglich 0,3 Mrd. EUR auf bald 0,7 Mrd. EUR mehr als verdoppelt (vgl. Tabelle 8-1).

Die höheren Einnahmen führen dazu, dass die Steigerung der "Netto-Ausgaben", also die finanziellen Aufwendungen der "Öffentlichen Hand" minus deren Einnahmen geringer ausfällt. Steigen die "Brutto-Ausgaben" um die besagten 85% seit 1992, so beträgt die Zunahme unter Berücksichtigung der Einnahmen rund 81%.

## 8.2 Die Arbeitsfelder im Überblick

## Tageseinrichtungen für Kinder, Hilfen zur Erziehung, Jugendarbeit und andere Arbeitsfelder im Vergleich

Die Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen ist seit Mitte der 1980er-Jahre gewachsen. Dies gilt allerdings nicht pauschal für die einzelnen Arbeitsfelder. Unmittelbar wird deutlich, dass der wesentliche Wachstumsmotor der Kinder- und Jugendhilfe der Bereich der institutionellen Kindertagesbetreuung ist. Bereits 1986 waren über die Hälfte aller gezählten Einrichtungen diesem Arbeitsfeld zuzuordnen. Bis 2002 hat sich dieser Anteil sogar auf bald 62% erhöht, wenngleich zwischen 1998 und 2002 erstmals die Anzahl der Kindertageseinrichtungen geringfügig zurückging. Eine ähnliche Entwicklung wie bei den Einrichtungen zeigt sich auch bei den Beschäftigten (vgl. Tabelle 8-2). Die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kinder- und Jugendhilfe hat seit Mitte der 1980er-Jahre bis 2002 kontinuierlich zugenommen.

Tab. 8-2: Entwicklung von Personal und Einrichtungen in ausgewählten Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe in Nordrein-Westfalen; 1986 bis 2002 (Angaben absolut sowie mit dem Indexwert 1986 = 100)

rnein-westialen; 1980 bis	2002 (Ang	aben abso	iut sowie	mit dem 1	naexwert	1980 = 10	(U)			
		An	gaben abs	olut			Indexentv	vicklung (1	986 = 100)	
	1986	1990	1994	1998	2002	1986	1990	1994	1998	2002
					Einrich	tungen				
Einrichtungen insgesamt	13.633	13.943	13.606	15.603	15.116	100	102,3	99,8	114,5	110,9
darunter:										
Tageseinr. f. Kinder	7.126	7.824	7.815	9.376	9.313	100	109,8	109,7	131,6	130,7
Hilfen zur Erziehung	532	513	661	762	1.006	100	96,4	124,2	143,2	189,1
Jugendarbeit	4.288	4.099	3.805	4.208	3.510	100	95,6	88,7	98,1	81,9
Beratung	438	492	490	437	442	100	112,3	111,9	99,8	100,9
					Pers	onal				
Personal insgesamt	76.509	85.956	98.198	111.969	115.988	100	112,3	128,3	146,3	151,6
darunter:										
Tageseinr. f. Kinder	39.000	45.319	59.819	73.232	75.747	100	116,2	153,4	187,8	194,2
Hilfen zur Erziehung	10.480	12.536	12.336	11.913	13.494	100	119,6	117,7	113,7	128,8
Jugendarbeit	8.565	9.410	10.282	10.788	8.810	100	109,9	120,0	126,0	102,9
Beratung	3.096	3.040	3.047	2.982	2.902	100	98,2	98,4	96,3	93,7
			Einrich	tungen un	d Personal	anteilig in	den Arbeit	sfeldern		
	E	inrichtunge	en in den A	rbeitsfelde	rn	Besch	äftigtes Per	rsonal in de	en Arbeitsf	eldern
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
darunter:										
Tageseinr. f. Kinder	52,3	56,1	57,4	60,1	61,6	51,0	52,7	60,9	65,4	65,3
Hilfen zur Erziehung	3,9	3,7	4,9	4,9	6,7	13,7	14,6	12,6	10,6	11,6
Jugendarbeit	31,5	29,4	28,0	27,0	23,2	11,2	10,9	10,5	9,6	7,6

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe, versch. Jahrgänge; Statistisches Bundesamt, Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe, 1986; eigene Berechnungen

Im Vergleich mit dem Volumen des Arbeitfeldes der Kindertageseinrichtungen verlieren andere Arbeitsfelder in den 1990er-Jahre an relativer Bedeutung, obgleich die Anzahl der Einrichtungen und/oder der tätigen Personen hier zumindest teilweise ansteigt. Deutlich wird dies z.B. für die Kinder- und Jugendarbeit. Während in der Jugendarbeit die Anzahl der tätigen Personen zwischen 1994

und 1998 um 26% angewachsen ist, hat der prozentuale Anteil dieser Beschäftigtengruppe an der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt von 11,2% auf 9,6% abgenommen (vgl. Tabelle 8-2).

Die nach dem Jahr 1998 einsetzende Stagnation des bislang expandierenden Arbeitsfeldes der Kindertageseinrichtungen in Bezug auf die Einrichtungen betrifft auch die anderen Arbeitsfelder der sozialen Dienste für junge Menschen und deren Familien. Für den Bereich der Hilfen zur Erziehung zeichnet sich allerdings sowohl im Einrichtungs- als auch im Personalbereich ein Aufschwung ab: So sind in dem Zeitraum zwischen 1998 und 2002 die Einrichtungszahlen von 762 auf 1.002 (+32,0%) und die Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterzahlen von rund 11.900 auf etwa 13.500 (+13,3%) angewachsen.

Tabelle 8-3: Entwicklung der Ausgaben für Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen; 1992 bis 2003 (Angaben in Mio. EUR)

Jahr	Jugendar- beit, Jugend- sozialarb. er- zieh. Kinder- und Jugend- schutz	Förderung der Erzie- hung in der Familie	Förderung von Kindern in Tagesein- richtungen und Tages- pflege	Hilfen z. Erziehung, Eingliederungsh. für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfen für junge Volljährige	Andere Aufga- ben der Ju- gendhilfe nach §§ 50, 52, 53 ff., 72 sowie Adoptionen	Personalaus- gaben	Ausgaben insgesamt
			A	angaben abs.			
1992	261,88	39,22	1.300,79	784,67	73,43	198,93	2.658,93
1993	273,77	39,53	1.666,82	886,13	75,92	199,27	3.141,43
1994	260,67	42,99	1.829,32	930,48	82,96	190,27	3.336,68
1995	266,95	46,79	1.999,30	915,66	86,18	190,19	3.505,07
1996	263,88	48,07	2.113,40	951,21	90,28	194,02	3.660,86
1997	265,42	55,23	2.263,16	995,84	90,35	195,21	3.865,19
1998	291,08	53,78	2.352,08	1.060,89	96,48	198,79	4.053,10
1999	289,87	81,09	2.361,30	1.114,70	104,29	204,78	4.156,04
2000	306,73	74,54	2.360,72	1.203,95	113,01	219,57	4.278,52
2001	321,41	61,35	2.538,76	1.248,12	132,32	206,60	4.508,56
2002	326,89	70,34	2.626,10	1.361,80	138,69	242,50	4.818,59
2003	323,49	74,77	2.751,05	1.432,68	124,47	214,85	4.921,31
			Indexentv	vicklung (1992 = 100)			
1992	100	100	100	100	100	100	100
1993	104,5	100,8	128,1	112,9	103,4	100,2	118,1
1994	99,5	109,6	140,6	118,6	113,0	95,6	125,5
1995	101,9	119,3	153,7	116,7	117,4	95,6	131,8
1996	100,8	122,6	162,5	121,2	122,9	97,5	137,7
1997	101,3	140,8	174,0	126,9	123,0	98,1	145,4
1998	111,1	137,1	180,8	135,2	131,4	99,9	152,4
1999	110,7	206,8	181,5	142,1	142,0	102,9	156,3
2000	117,1	190,1	181,5	153,4	153,9	110,4	160,9
2001	122,7	156,4	195,2	159,1	180,2	103,9	169,6
2002	124,8	179,3	201,9	173,5	188,9	121,9	181,2
2003	123,5	190,6	211,5	182,6	169,5	108,0	185,1
			A	Anteile in %			
1992	9,8	1,5	48,9	29,5	2,8	7,5	100
1993	8,7	1,3	53,1	28,2	2,4	6,3	100
1994	7,8	1,3	54,8	27,9	2,5	5,7	100
1995	7,6	1,3	57,0	26,1	2,5	5,4	100
1996	7,2	1,3	57,7	26,0	2,5	5,3	100
1997	6,9	1,4	58,6	25,8	2,3	5,1	100
1998	7,2	1,3	58,0	26,2	2,4	4,9	100
1999	7,0	2,0	56,8	26,8	2,5	4,9	100
2000	7,2	1,7	55,2	28,1	2,6	5,1	100
2001	7,1	1,4	56,3	27,7	2,9	4,6	100
2002	6,8	1,5	54,5	28,3	2,9	5,0	100
2003	6,6	1,5	55,9	29,1	2,5	4,4	100

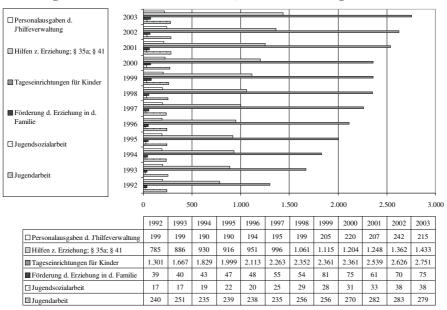
Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Ausgaben und Einnahmen für die Jugendhilfe, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Mehrausgaben für Tageseinrichtungen für Kinder

Aus den Angaben zu den Einrichtungen und den tätigen Personen in der Kinder- und Jugendhilfe wird deutlich, dass der auf Grund des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz notwendige Ausbau der Tageseinrichtungen für Kinder zumindest im relativen Verhältnis der Arbeitsfelder untereinander zu Lasten der anderen Bereiche geht. Besonders deutlich zeigt sich dies anhand der Ausgabenentwicklung für Einrichtungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe (vgl. Abbildung 8-4; Tabelle 8-3).

Der Anstieg der Ausgaben in der Jugendhilfe ist im Wesentlichen somit auf die Mehrausgaben für Tageseinrichtungen für Kinder zurückzuführen. Zwischen 1992 und 2003 sind die finanziellen Aufwendungen der öffentlichen Hand für diesen Bereich um über 111% gestiegen. In keinem anderen größeren Leistungsbereich der Kinder- und Jugendhilfe, wie der Jugendarbeit oder den Hilfen zur Erziehung, ist ein vergleichbarer Ausgabenanstieg zu beobachten. Dementsprechend hat sich auch der Anteil der Ausgaben für die Tageseinrichtungen für Kinder auf zuletzt nicht ganz 56% erhöht, während sich der Anteil der Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erzieherischen Kinder- und Jugendschutz von 9,8% auf 6,6% reduziert hat (vgl. Tabelle 8-3). Parallel zum Anstieg bei den Tageseinrichtungen für Kinder hat sich hingegen der Anteil der Ausgaben für Leistungen der Förderung in der Familie erhöht. Werden im Jahre 2001 hierfür seitens der 'öffentlichen Hand' etwas mehr als 61 Mio. EUR ausgegeben, so sind es 2003 fast 74,8 Mio. EUR.

Abbildung 8-4: Entwicklung der Ausgaben für ausgewählte Leistungen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen; 1992 bis 2003 (Angaben in Mio. EUR)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Ausgaben und Einnahmen für die Jugendhilfe, versch. Jahrgänge.

## 8.3 Die Landesförderung

## Der Landesjugendplan – zentrales Förderinstrument

Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland organisiert sich auf drei staatlichen Ebenen. Neben den Kommunen als Gesamtverantwortliche für die örtliche Kinder- und Jugendhilfe (§ 79 SGB VIII) sind dies der Bund (§ 83 SGB VIII) und die Länder (§ 82 SGB VIII). Aufgabe der Länder ist es in diesem Zusammenhang, eine Anregungs- und Förderfunktion für die Kinder- und Jugendhilfe zu erfüllen. Die Förderfunktion des Landes Nordrhein-Westfalen in Bezug auf die Kinder- und Jugendhilfe wird durch das zentrale Instrument des Landesjugendplanes seit 1951 ausgefüllt (vgl. MAGS 1995, S. 125 ff.). Mit der im Jahr 1999 in Kraft getretenen Reform des Landesjugendplanes hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen nach zuletzt 1968 die Förderstruktur insbesondere für das Handlungsfeld Kinder- und Jugendarbeit grundsätzlich verändert (vgl. MFJFG 1999).

Zwischen 1993 und 2003 hat sich das jährliche Fördervolumen des Landesjugendplans durchaus unterschiedlich entwickelt. So ist zwischen 1993 und 1995 zunächst ein Rückgang von knapp 98,9 Mio. EUR auf nicht ganz 95,7 Mio. EUR zu beobachten (-3,2%) (vgl. Tabelle 8-4). Zwischen 1995 und 2002 hingegen ist ein Anstieg auf immerhin fast 104,5 Mio. EUR zu konstatieren sowie das zuletzt verfügbare Datum für das Jahr 2003 (96,6 Mio. EUR) wiederum einen Rückgang der Landesförderung signalisiert. Für die Jahre 2004 und 2005 wird sich diese Entwicklung bis auf 79,99 Mio. EUR bzw. 75,07 Mio. EUR weiter fortsetzen. Erst ab 2006 ist wieder mit einer Erhöhung des Fördervolumens zu

Tabelle 8-4: Die Fördermittel für die Kinder- und Jugendhilfe im Landesjugendplan des Landes Nordrhein-Westfalen; 1993 bis 2003 (Angaben in EUR)

Jahr	Jahr Volumen des darunter für (ausgewählte Haushaltspositionen)								
	Landesju- gendplans insgesamt	Offene Jugendarbeit	Jugendso- zialarbeit	Kinder- und Jugenderho- lungen	Bildungsauf- gaben*	Sonderur- laub für Be- schäftigte			
			Angabe	n absolut					
1993	98.878.226	39.553.540	19.659.173	7.541.555	26.319.261	2.449.088			
1994	97.741.112	39.553.540	19.597.818	7.541.555	25.493.780	2.449.088			
1995	95.695.945	36.997.081	19.086.526	7.541.555	25.938.348	2.449.088			
1996	97.422.578	36.997.081	19.086.526	7.541.555	27.266.173	2.449.088			
1997	98.700.807	36.997.081	19.028.239	7.541.555	28.492.763	2.449.088			
1998	98.532.081	36.997.081	19.028.239	7.541.555	28.391.527	2.280.362			
1999	102.095.785	33.643.006	18.662.154	20.45	1.675	2.249.684			
2000	102.146.915	33.643.006	18.662.154	20.45	1.675	2.249.684			
2001	104.447.728	33.670.104	19.429.091	20.45	1.675	2.249.684			
2002	104.447.000	33.697.000	19.427.900	20.45	2.000	2.249.700			
2003	96.553.700	33.716.640	13.927.900	20.45	2.000	2.249.700			
			Indexentwicklu	ing (1993 = 100)					
1993	100	100	100	100	100	100			
1994	98,8	100,0	99,7	100,0	96,9	100,0			
1995	96,8	93,5	97,1	100,0	98,6	100,0			
1996	98,5	93,5	97,1	100,0	103,6	100,0			
1997	99,8	93,5	96,8	100,0	108,3	100,0			
1998	99,6	93,5	96,8	100,0	107,9	93,1			
1999	103,3	85,1	94,9	27	1,2	91,9			
2000	103,3	85,1	94,9	27	1,2	91,9			
2001	105,6	85,1	98,8	27	1,2	91,9			
2002	105,6	85,2	98,8	27	1,2	91,9			
2003	97,6	85,2	70,8	27	1,2	91,9			
		Anteil der För	rderschwerpunl	kte am Gesamtvo	olumen (in %)				
1993	100	40,0	19,9	7,6	26,6	2,5			
1994	100	40,5	20,1	7,7	26,1	2,5			
1995	100	38,7	19,9	7,9	27,1	2,6			
1996	100	38,0	19,6	7,7	28,0	2,5			
1997	100	37,5	19,3	7,6	28,9	2,5			
1998	100	37,5	19,3	7,7	28,8	2,3			
1999	100	33,0	18,3	20	0,0	2,2			
2000	100	32,9	18,3		0,0	2,2			
2001	100	32,2	18,6		),6	2,2			
2002	100	32,3	18,6		9,6	2,2			
	100	34,9	14,4		1,2	2,3			

<sup>\*</sup> Zum 01.01.1999 wurde der Landesjugendplan reformiert. Kinder- und Jugenderholungsmaßnahmen sowie Bildungsaufgaben finden sich zukünftig unter "I. Angebote der Kinder- und Jugendarbeit durch Jugendverbände" wieder.

Die hier ausgewiesenen Ausgabenpositionen des Landesjugendplanes ergeben aufsummiert nicht das Gesamtfördervolumen, da bestimmte Positionen nicht berücksichtigt wurden, wie z.B. Investitionsmittel für Einrichtungen der Jugendhilfe. Ferner werden die hier ausgewiesenen Finanzmittel nicht ausnahmslos seitens der obersten Landesjugendbehörde in Nordrhein-Westfalen verausgabt.

Quelle: Ministerium für Schule, Jugend und Kinder Nordrhein-Westfalen; eigene Berechnungen

rechnen. Bis 2010 sind laut dem dritten Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (3. AG-KJHG – KJFöG vom 12.10.2004) Mittel der Landsförderung in Höhe von 96 Mio. EUR zunächst befristet bis 2010 bereit zu stellen, um damit eine mittelfristige Planungssicherheit zu gewährleisten.

Trotz der aufgezeigten unterschiedlichen Entwicklungen sind die damit verbundenen Förderstrukturen des Landesjugendplanes weitgehend stabil. Anteilig werden die zuletzt nicht ganz 100 Mio. EUR des Landesjugendplanes jährlich zu ca. 35% für die offene Jugendarbeit, zu nicht ganz 15% für die Jugendsozialarbeit sowie zu weiteren 20% für Kinder- und Jugenderholungen und Bildungsaufgaben bereit gestellt (vgl. Tabelle 1). Der geringste Anteil des Fördervolumens entfällt zu etwas mehr als 2% auf die Sonderurlaubserstattungen. Seit 1993 hat es zwei wesentliche Entwicklungen in der Förderstruktur gegeben. Einerseits ist zwischen 2002 und 2003 das Volumen für die Jugendsozialarbeit von 19,4 Mio. EUR auf 13,9 Mio. EUR reduziert worden. Damit ist der Anteil von knapp 19% auf 14% zurückgegangen. Andererseits sind mit der bereits benannten Reform des Landesjugendplans die Fördermittel für Kinder- und Jugenderholungen und Bildungsaufgaben zusammengelegt worden. Damit verbunden ist eine Reduzierung der Fördermittel von 35,9 Mio. EUR auf knapp 20,5 Mio. EUR.

Der Landesjugendplan wird auch zukünftig das zentrale jugend- und jugendhilfepolitische Förderinstrument der Landesregierung sein. Das am 20. Oktober 2004 im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Nordrhein-Westfalen erschienene "Dritte Gesetz zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes – Kinder- und Jugendförderungsgesetz –", welches am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist, stellt diesbezüglich eine gesetzliche Absicherung dar. Ab dem Jahr 2006 bis zum Jahr 2010 werden über dieses Instrument jährlich 96 Mio. EUR für die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes bereitgestellt.

#### 8.4 Methodische Hinweise

Die Datensammlung und deren Kommentierung unter dem Titel "Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe" beinhaltet zwei unterschiedliche Perspektiven. Zum einen werden auf der Grundlage von amtlichen Kinder- und Jugendhilfedaten Strukturen eines Arbeitsfeldes der Sozialen Arbeit nachgezeichnet. Zum anderen wird auf der Basis von förderpolitischen Daten des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen die Förderpolitik der obersten Landesjugendbehörde in Nordrhein-Westfalen skizziert.

Die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe werden auf der Datengrundlage der amtlichen Kinderund Jugendhilfestatistik mit Hilfe von Angaben zu den Einrichtungen und den tätigen Personen sowie zu den Ausgaben und Einnahmen beschrieben:

Die Teilstatistik zu den Einrichtungen und den tätigen Personen beinhaltet Daten zu allen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe in Bezug auf die institutionellen Kontexte sowie das dort beschäftigte Personal. Seit 1994 werden die Tageseinrichtungen für Kinder und die anderen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe separat erfasst (vgl. Beher 1997; Rauschenbach/Schilling 1997, S. 139 ff.). Die statistische Erfassung der institutionellen Kontexte in der Jugendhilfe beinhaltet jeweils die differenzierte Erhebung von Einrichtungstypen und der Plätze in den Einrichtungen sowie Angaben zum Personal in den Einrichtungen. Für das Personal werden dabei u.a. Angaben zum Alter, zum Geschlecht, der beruflichen Qualifikation, der Stellung im Beruf sowie zum Beschäftigungsumfang erfasst. Das Kategoriensystem der Statistik wurde zwischen 1994 und 1998 noch einmal überarbeitet, so dass mit der Erhebung zum 31.12.1998 differenziertere Daten zu den Einrichtungen und tätigen Personen in der Kinder- und Jugendhilfe vorliegen als zuvor (vgl. dazu auch Schilling 1998).

Eine weitere Querschnittsperspektive auf das Feld der Kinder- und Jugendhilfe bietet die Teilstatistik zu den Ausgaben und Einnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe. Hier werden die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Hand im Bereich der Jugendhilfe zu den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe statistisch dokumentiert. Innerhalb dieser Teilstatistik wird dabei unterschieden zwischen der Erfassung der Ausgaben und Einnahmen für die Leistungsparagrafen des SGB VIII auf der einen und den Einrichtungen auf der anderen Seite. Der große Nutzen der in diesem Zusammenhang erhobenen Daten liegt neben dem Erkenntnisgewinn über die internen Leistungsschwerpunkte des Feldes sowie über den Stellenwert der Kinder- und Jugendhilfe im Verhältnis zu anderen Gesellschaftsberei-

Die Einrichtungs- und Personalstatistik

Die Statistik zu den Ausgaben und Einnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe chen auch in der empirischen Fundierung der jugend(hilfe)politischen Debatte und Interessenvertretung (vgl. dazu ausführlich Kolvenbach 1997; Rauschenbach/ Schilling 1997, S. 163 ff.).

### Datenhalter

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Schule, Jugend und Kinder Nordrhein-Westfalen

#### **Datenquellen**

Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe

Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen für die Kinder- und Jugendhilfe

Ausgabenpositionen des Landesjugendplans des Landes Nordrhein-Westfalen

#### Literatur

- Beher, K.: Tageseinrichtungen für Kinder. Perspektiven einer reformierten Statistik, in: Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik. Band 2: Analysen, Befunde und Perspektiven, Neuwied 1997, S. 321-366.
- Kolvenbach, F.-J.: Die Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe. Zur Empirie eines vernachlässigten Themas, in: Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik. Band 2: Analysen, Befunde und Perspektiven, Neuwied 1997, S. 367-402.
- Liebig, R./Struck, N.: Was kostet die Kinder- und Jugendhilfe? Die Ausgaben der öffentlichen Hand im Innenund Außenvergleich, in: Th. Rauschenbach, M. Schilling, Kinder- und Jugendhilfereport 1. Analysen, Befunde und Perspektiven, Münster 2001, S. 33-50.
- [MAGS] Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen. Situation von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen und Entwicklungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe 6. Jugendbericht, Düsseldorf 1995.
- [MFJFG] Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalens (Hrsg.): Politik für Kinder und Jugendliche. Landesjugendplan NRW, Düsseldorf 1999.
- Pothmann, J./Overmann, R.: Lernen durch Vergleich Erkennen durch Beobachtung. Landesweites Berichtswesen zu den Hilfen zur Erziehung in NRW zwischen Dienstleistungen für kommunale Jugendhilfeplanung und Sozialberichterstattung, in: Jugendhilfereport Rheinland, 2003, Heft 4, S. 27-29.
- Rauschenbach, Th./Schilling, M.: Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik, Band 1: Einführung und Grundlagen, Neuwied 1997.
- Rauschenbach, Th./ Schilling, M.: Die Kinder- und Jugendhilfestatistik, in: F. Stimmer, H. Boogaart, G. Rosenhagen (Hrsg.), Lexikon der Sozialpädagogik und der Sozialarbeit, 4. Aufl., München 2000, S. 370-374.
- Schilling, M.: Verbesserung der Personal- und Einrichtungsstatistik, in: Kom<sup>Dat</sup> Jugendhilfe, 1. Jg., 1998, Heft 3, S. 4-5
- Schilling, M./Pothmann, J./Overmann, R.: HzE Bericht 2002, Dortmund u.a. 2004.

# 9. Kinder- und Jugendarbeit

Dieses Kapitel beinhaltet eine Arbeitsfeldanalyse für die Kinder- und Jugendarbeit aus den Perspektiven der öffentlich geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit, der Einrichtungen und tätigen Personen sowie der finanziellen Aufwendungen der öffentlichen Hand für dieses Feld. Die "Schlaglichter" sind:

- Einschnitte für die Kinder- und Jugendarbeit
- Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips in der Kinder- und Jugendarbeit
- Akzentuierung des Bildungssektors in der Kinder- und Jugendarbeit bei gleichzeitiger Differenzierung sowie Tendenzen einer Entinternationalisierung
- Rückgang der Beschäftigten in der Kinder- und Jugendarbeit trifft die Nicht-Ausgebildeten

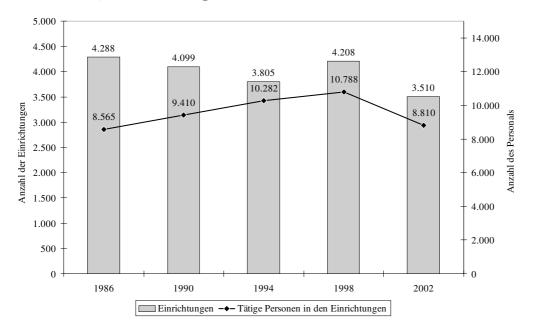
## 9.1 Strukturdaten im Überblick

### Kommentierung

Die Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen präsentiert sich ist seit den 1980er-Jahren bis 1998 als ein expandierendes Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe (vgl. Abbildung 9-1). Zwar sind die Einrichtungszahlen der Jugendarbeit von 1986 mit knapp 4.300 Einrichtungen auf 3.800 im Jahre 1994 zurückgegangen, doch Ende der 1990er-Jahre hat sich diese Zahl auf 4.200 erhöht.<sup>1</sup>

Nach 1998 Rückgang bei den Einrichtungsund Personalzahlen

Abbildung 9-1: Einrichtungen und tätiges Personal in der Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen; 1986 bis 2002 (Angaben absolut)



Anmerkung: Unter Einrichtungen der Jugendarbeit werden hier gefasst: Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten, Jugendzentren und Freizeitheime, Jugendräume und -heime, Jugendberatungsstellen, Initiativen der mobilen Jugendarbeit, Jugendkunstschulen u.Ä., Einrichtungen der Stadtranderholung, pädagogisch betreuten Spielplätze, Ferienerholungsstätten, Jugendzeltplätze, Kur-, Genesungs- und Erholungseinrichtungen sowie Jugendherbergen und Jugendgästehäuser.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe, versch. Jahrgänge; Statistisches Bundesamt, Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe, 1986

<sup>1</sup> Der hier ausgewiesene Anstieg der Einrichtungen zwischen 1994 und 1998 ist nur zu einem geringen Teil darauf zurückzuführen, dass das Spektrum der berücksichtigten Einrichtungen in der Jugendarbeit sich erweitert hat. So werden 1998, anders als noch vier Jahre zuvor, Jugendberatungsstellen sowie Einrichtungen bzw. Initiativen der mobilen Jugendarbeit bei der Erhebung berücksichtigt (vgl. Schilling 1998). So zeigt sich der Anstieg der Einrichtungen nur wenig verändert, wenn man die genannten Erweiterungen für das Erhebungsjahr 1998 unberücksichtigt lässt.

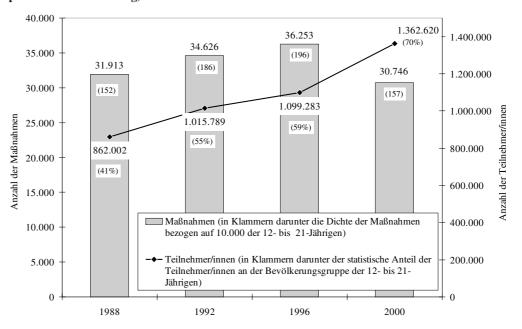
Der Rückgang der Einrichtungszahlen zwischen 1986 und 1994 ist angesichts des Anstiegs des Personals kein Hinweis auf einen Ressourcenabbau. Vielmehr besteht Grund zu der Annahme, dass sich Einrichtungen seit Anfang der 1980er-Jahre zentralisieren und somit auch entregionalisieren bzw. kleinere Einrichtungen durch den Bau von neuen, größeren ersetzt werden (vgl. dazu Rauschenbach/Schilling 1995, S. 181; Thole 1995, S. 118).

Blickt man auf die Beschäftigtenzahlen, ist das Personal in den Einrichtungen der Jugendarbeit zwischen 1986 und 1998 kontinuierlich gewachsen. Wurden im Jahre 1986 noch rund 8.500 Personen gezählt, so sind dies im Jahre 1998 bereits knapp 10.800 Beschäftigte (vgl. Abbildung 9-1).

Mit den Daten für 2002 zeichnet sich jedoch in der Kinder- und Jugendarbeit ein Ende der Expansion dieses Arbeitsfeldes ab. So sind zwischen 1998 und 2002 sowohl die Einrichtungen von 4.208 auf 3.510 als auch die Beschäftigtenzahlen von 10.788 auf 8.810 zurückgegangen. Betrachtet man das Stellenvolumen, bestätigt sich dieser Trend. In dem benannten Zeitraum ist ein Rückgang von 8.051 auf 5.257 Stellen und damit um rund 35% zu beobachten. Es wird sich zeigen müssen, inwiefern sich dieser Trend angesichts eines weiter rückläufigen Fördervolumens im Landesjugendplan zwischen 2003 und 2005 sowie der nicht selten desolaten Haushaltslage in den Kommunen weiter fortsetzen wird.

Uneinheitliche Entwicklung bei den Maßnahmen und den teilnehmenden Personen Ein Blick auf die öffentlich geförderte Kinder- und Jugendarbeit bestätigt einen Expansionstrend für die Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen zumindest bis 1996. Die Anzahl der Maßnahmen ist bis zu diesem Zeitpunkt seit dem Ende der 1980er-Jahre von knapp 32.000 Angeboten auf über 36.200 gestiegen. Der Zeitraum 1996 bis 2000 allerdings signalisiert diesbezüglich eine Trendwende, werden doch zuletzt lediglich etwas mehr als 30.700 Angebote registriert (vgl. Abbildung 9-2). Die Tatsache, dass im Vergleich der Jahre 1988 und 2000 trotz einem geringeren absoluten Maßnahmenvolumen bei der öffentlich geförderten Jugendarbeit zuletzt dennoch bezogen auf 10.000 der 12- bis 21-Jährigen mehr Angebote gezählt werden als Ende der 1980er-Jahre, ist darauf zurückzuführen, dass in dem benannten Zeitraum sich die Gruppe der Jugendlichen zwischen 12 und 21 Jahren um nahezu 150.000 von 2,10 Mio. auf 1,96 Mio. Personen reduziert hat.

Abbildung 9-2: Maßnahmen und teilnehmende Personen in der öffentlich geförderten Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen; 1988 bis 2000 (Angaben absolut sowie bezogen auf die altersentsprechende Bevölkerung)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe, versch. Jahrgänge; Statistisches Bundesamt, Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe, 1988; eigene Berechnungen

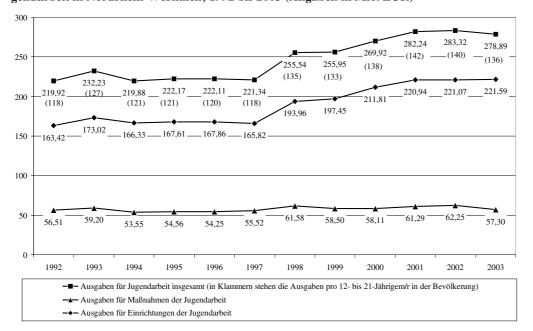
Im Gegensatz zur Maßnahmenentwicklung ist bei der Zahl der teilnehmenden Personen seit dem Ende der 1980er-Jahre durchgängig ein Anstieg zu beobachten. Werden für das Jahre 1988 über 860.000 junge Menschen in der Statistik ausgewiesen, so sind dies im Jahre 2000 knapp 1,4 Mio. Personen. Das heißt, aus Sicht der Statistik haben im Jahre 2000 ca. 70% der 12- bis 21-Jährigen in Nordrhein-West-

falen an einer öffentlich geförderten Maßnahme der Kinder- und Jugendarbeit teilgenommen. Dies ist allerdings ein rein statistischer Wert, zumal hier Mehrfachnennungen mit enthalten sind (vgl. Abbildung 9-2).

Die statistischen Angaben zu den finanziellen Aufwendungen korrespondieren nur z.T. mit den dargestellten Entwicklungen bei den tätigen Personen und den Einrichtungen sowie den öffentlich geförderten Maßnahmen. Blickt man zurück auf den Zeitraum seit 1992, so sind zum einen zwischen 1997 und 1998 sowie zum anderen zwischen 1999 und 2001 zunehmende Angaben zu den finanziellen Aufwendungen zu konstatieren, bevor die finanziellen Aufwendungen zwischen 2001 und 2002 eher stagnieren. Sowohl der Anstieg von 221,3 Mio. EUR auf 255,5 Mio. EUR (1997-1998) als auch von 256,0 Mio. EUR auf 282,2 Mio. EUR (1999-2001) ist dabei auf die finanziellen Mehraufwendungen für Einrichtungen der Jugendarbeit zurückzuführen (vgl. Abbildung 9-3). Ob sich die Konsolidierung der Ausgaben für Jugendarbeit auch nach 2002 weiter fortsetzen wird, scheint zumindest fraglich. Zumindest für 2003 zeigt sich bereits ein Rückgang der finanziellen Aufwendungen auf 278,9 Mio. EUR und damit um -1,6% gegenüber dem Vorjahr. Auch das geringere Haushaltsvolumen für die Jahre 2004 und 2005 sowie die mitunter desolate Lage der Haushalte in den Kommunen würde gegen eine weitere Konsolidierung der Ausgaben für die Jugendarbeit in den nächsten Jahren sprechen.

Anstieg der finanziellen Aufwendungen für die Jugendarbeit in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre

Abbildung 9-3: Ausgaben der öffentlichen Träger für Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen; 1992 bis 2003 (Angaben in Mio. EUR)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Ausgaben und Einnahmen für die Jugendhilfe, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

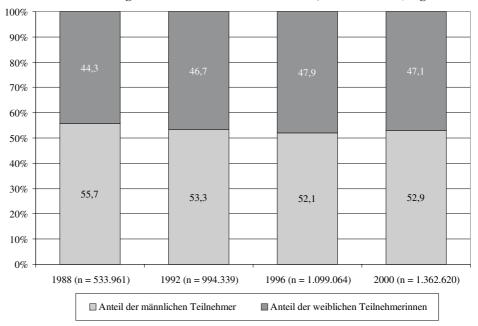
Im Rahmen des erwähnten Anstiegs der teilnehmenden Personen an den Maßnahmen der Jugendarbeit verschiebt sich das Verhältnis der Geschlechter geringfügig zu Gunsten der Mädchen und jungen Frauen. Weist die Statistik 1988 noch einen Anteil der Mädchen und jungen Frauen von 44,3% an der Teilnehmerschaft aus, so sind es 2000 bereits rund 47% (vgl. Abbildung 9-4). Der weibliche Anteil an der Zahl der teilnehmenden Personen insgesamt entspricht damit in etwa dem der Mädchen und jungen Frauen in der Bevölkerungsgruppe der 12- bis 21-Jährigen.

Für die Durchführung von öffentlich geförderten Maßnahmen zeigt sich nach wie vor die Gewährleistung des Subsidiaritätsprinzips in der Kinder- und Jugendarbeit. Dieses Ergebnis bestätigt sich zuletzt im Jahr 2002 anhand der erfassten Einrichtungen der Jugendarbeit (vgl. Abbildung 9-5). Aktuell befinden sich demnach rund 24% und damit ein Viertel der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in öffentlicher Trägerschaft, während die anderen drei Viertel Einrichtungen in freier Trägerschaft sind. Den größten Anteil nehmen hierbei der Deutsche Caritasverband und sonstige katholische Träger mit 31,4% sowie das Diakonische Werk und sonstige der evangelischen Kirche angeschlossene Träger mit 19,9% der Einrichtungen ein.

Anstieg des Mädchenund Frauenanteils bei der Teilnehmerschaft

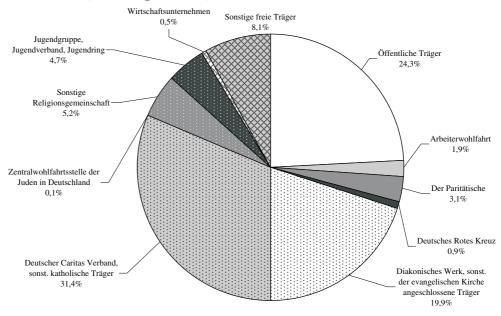
Quantitatives Verhältnis von öffentlichen und freien Trägern

Abbildung 9-4: Entwicklung des prozentualen Verhältnisses der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen der Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen; 1988 bis 2000 (Angaben in %)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe, versch. Jahrgänge; Statistisches Bundesamt, Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe, 1988; eigene Berechnungen

Abbildung 9-5: Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit nach Trägergruppen in Nordrhein-Westfalen; 2002 (Angaben in %; n = 3.510)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Einrichtungen und tätige Personen in den Jugendhilfe am 31.12.2002; eigene Berechnungen

## 9.2 Zwischen Bildungs- und Freizeitangeboten

## Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit

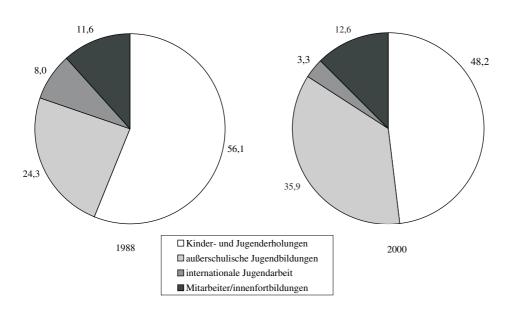
Die für das Jahr 2000 in der KJH-Statistik ausgewiesenen 30.746 öffentlich geförderten Maßnahmen Erholungsmaßnahmen der Jugendarbeit untergliedern sich in vier Maßnahmearten: (a) die Kinder- und Jugenderholungen, (b) die außerschulischen Jugendbildungen, (c) die Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit sowie (d) die Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterfortbildungen der freien Träger.

vs. Bildungsmaßnahmen

Maßnahmenentwicklung

Von den knapp 31.000 Maßnahmen entfallen rund die Hälfte der Angebote auf den Bereich der Kinder- und Jugenderholungen, nahezu 36% auf die außerschulische Jugendbildung, nicht ganz 13% auf die Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterfortbildungen der freien Träger und rund 3% auf Angebote der internationalen Jugendarbeit (vgl. Abbildung 9-6). Im Vergleich zur Situation Anfang der 1990er-Jahre ist öffentlich geförderte Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen nach wie vor geprägt durch Maßnahmen aus dem Bereich der Kinder- und Jugenderholungen. Allerdings deuten einzelne Befunde darauf hin, dass Bildungsangebote in Nordrhein-Westfalen an Bedeutung gewinnen (vgl. Abbildung 9-6; Tabelle 9-1).

Abbildung 9-6: Maßnahmenbereiche in der öffentlich geförderten Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen; 1988 und 2000 (Angaben in %)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe, 2000; Statistisches Bundesamt, Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe, 1988; eigene Berechnungen

So ist die Anzahl der außerschulischen Jugendbildungen in Nordrhein-Westfalen zwischen 1988 und 2000 von knapp 7.800 Maßnahmen auf über 11.000 Maßnahmen um über 40% angestiegen (vgl. Tabelle 9-1). Der Anteil dieser Maßnahmen hat sich damit von rund 24% im Jahre 1988 auf knapp 36% im Jahre 2000 erhöht. Während bei den Kinder- und Jugenderholungen, den Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit sowie den Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterfortbildungen bei freien Trägern in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre ein deutlicher Rückgang der Angebote zu beobachten ist, hat sich die Zahl der außerschulischen Jugendbildungen nur unwesentlich um 1,3% verringert (vgl. Tabelle 9-1).

Bis 1996 ist parallel zum Anstieg der außerschulischen Jugendbildungen eine Zunahme von Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterfortbildungen bei freien Trägern zu beobachten. Sind 1988 11,6% aller Maßnahmen den Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterfortbildungen zuzurechnen, so sind dies im Jahre 1996 bereits 18,3% (Tabelle 9-1). Zwischen 1996 und 2000 jedoch hat sich die Zahl dieser Angebote um über 40% von rund 6.600 auf gerade einmal noch knapp 3.900 Maßnahmen reduziert.

Diese beschriebenen Entwicklungstrends bei den Maßnahmen, die trotz des Rückgangs bei den Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterfortbildungen insgesamt auf eine stärkere Akzentuierung des Bildungsaspektes in der Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen zu Beginn der 1990er-Jahre hinweisen, bestätigen sich zumindest teilweise anhand der Angaben zu den finanziellen Aufwendungen. Beleuchtet man das Spektrum der durchgeführten Maßnahmen von Seiten der Ausgaben für diese Leistungen, so werden für Angebote der Kinder- und Jugenderholungen 2003 immerhin 5,4 Mio. EUR weniger ausgegeben als noch 1992 (vgl. Abbildung 9-7). Das Ausgabenvolumen für außerschulische Jugendbildungen hat sich im gleichen Zeitraum dahingehend verändert, dass gerade zwischen 2000 und 2002 ein deutlicher Anstieg der Zahlen auf ein Volumen von 15,2 Mio. EUR zu beobachten ist und für das Jahr 2002 somit seit In-Kraft-Treten des Kinder- und Hilfegesetzes das höchste Ausgabenvolumen zu konstatieren ist. Für 2003 ist hingegen, entsprechend der insgesamt rückläufigen Ausgaben für die

Ausgabenentwicklung

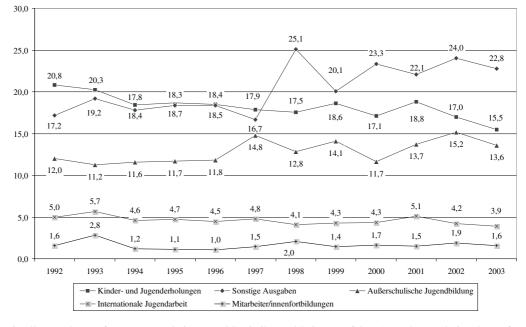
Kinder- und Jugendarbeit, ebenso ein Rückgang der Ausgaben für den Bereich der außerschulischen Jugendbildung auf 13,6 Mio. EUR und damit auf das Niveau von 2001 festzustellen.

Tabelle 9-1: Entwicklung der Maßnahmenbereiche in der Kinder- und Jugendarbeit in Nordrein-Westfalen; 1988 bis 2000 (Angaben absolut und in %)

	Maßnahmen insgesamt	davon Kinder- und Jugender- holungen	davon außer- schulische Ju- gendbildungen	davon interna- tionale Jugend- arbeit	davon Mitarbei- ter/-innenfort- bildungen bei freien Trägern
1988	31.913	17.896	7.754	2.549	3.714
1992	34.626	17.025	11.439	1.581	4.581
1996	36.253	17.029	11.182	1.398	6.644
2000	30.746	14.813	11.037	1.025	3.871
		Entwicklung de	er Maßnahmen (abs	solut)	
88/92	2.713	-871	3.685	-968	867
92/96	1.627	4	-257	-183	2.063
96/00	-5.507	-2.216	-145	-373	-2.773
88/00	-1.167	-3.083	3.283	-1.524	157
		Entwicklung d	ler Maßnahmen (in	1 %)	
88/92	8,5	-4,9	47,5	-38	23,3
92/96	4,7	0,0	-2,2	-11,6	45,0
96/00	-15,2	-13,0	-1,3	-26,7	-41,7
88/00	-3,7	-17,2	42,3	-59,8	4,2
		Verteilung der	Maßnahmearten (i	n %)	
1988	100	56,1	24,3	8,0	11,6
1992	100	49,2	33,0	4,6	13,2
1996	100	47,0	30,8	3,9	18,3
2000	100	48,2	35,9	3,3	12,6

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe, versch. Jahrgänge; Statistisches Bundesamt, Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe, 1988; eigene Berechnungen

Abbildung 9-7: Entwicklung der Ausgaben der öffentlichen Hand für Maßnahmen der Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen; 1992 bis 2003 (Angaben in Mio. EUR)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Ausgaben und Einnahmen für die Jugendhilfe, versch. Jahrgänge

Gleichwohl korrespondiert die Entwicklung der finanziellen Aufwendungen für die Mitarbeiterinnenund Mitarbeiterfortbildungen nicht mit den Maßnahmenzahlen im Zeitverlauf. Entgegen den rückläufigen Angebotszahlen hat sich das Ausgabenvolumen gerade zwischen 1996 und 2000 von 1,7 Mio. EUR auf 1,9 Mio. EUR erhöht. Auch zwischen 2000 und 2002 ist keineswegs ein rückläufiger Trend festzustellen, sondern vielmehr muss in diesem Zusammenhang von einer Konsolidierung des Ausgabenvolumens gesprochen werden. Erst für 2003 zeigt sich ein Rückgang der finanziellen Aufwendungen für die Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf 1,6 Mio. EUR.

Ein bisher in der Analyse nicht beachteter Bereich ist der der internationalen Jugendarbeit. Neben den Kinder- und Jugenderholungen ist die internationale Jugendarbeit im Spiegel der Statistik ein kontinuierlich rückläufiger Maßnahmenbereich. Werden für 1988 noch über 2.500 entsprechende Angebote ausgewiesen, so sind dies im Jahre 2000 gerade noch 1.025 Maßnahmen (vgl. Abbildung 9-6; Tabelle 9-1). Dies entspricht für den angesprochenen Zeitraum einem Rückgang von knapp 60%. Dieser Trend ist vor allem geprägt durch die Entwicklung zwischen 1988 und 1992 (-38,0%) sowie 1996 und 2000 (-26,7%). Gleichsam untermauert die Entwicklung des Ausgabenvolumens für Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit den Trend der Entinternationalisierung. So werden zwischen 1992 und 2002 die Ausgaben von 5 Mio. EUR auf 4,2 Mio. EUR reduziert (vgl. Abbildung 9-7). Darüber hinaus wird der Bereich der internationalen Jugendarbeit Mitte der 1990er-Jahre durch die ersatzlose Streichung von Globalmitteln des Bundes für die Länder fiskalisch belastet (vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen 1995, S. 135 f.). In dem Zusammenhang darf allerdings auch nicht unerwähnt bleiben, dass gerade der Bereich der internationalen Jugendarbeit vor dem Hintergrund einer größeren politischen Einflussnahme der europäischen Ebene weniger durch nationale Jugendbehörden gefördert und unterstützt wird, sondern vielmehr durch europäische oder andere Förderungsprogramme, die mit dem Instrument der KJH-Statistik nur unvollständig abgebildet werden können (vgl. dazu auch Becker 1996, S. 45 ff.).

Der hier deutlich werdende Trend einer Entinternationalisierung der Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen ist kein Landesspezifikum. Vielmehr zeigen sich ähnliche Entwicklungen gleichermaßen auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik (vgl. Pothmann/Thole 1999, S. 176). Sicherlich kann man als Grund für diesen Trend auch eine zunehmende Konkurrenz des kommerziellen Jugendtourismus anführen. Dies kann jedoch nur einen Teil dieser Entwicklung erklären. Darüber hinaus gilt wohl auch für Nordrhein-Westfalen die bereits vor mehreren Jahren gemachte Beobachtung, dass sich viele Kommunen aus der Förderung der internationalen Jugendarbeit ganz oder teilweise zurückziehen bzw. zurückgezogen haben (vgl. Deutscher Bundestag 2000).

Neben Kinder- und Jugenderholungen, außerschulischen Jugendbildungen, Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit sowie Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterfortbildungen werden statistisch im Bereich der Jugendarbeit auch Ausgaben für so genannte sonstige Maßnahmen erfasst. Diese sind insbesondere im Umfeld von arbeitswelt-, schul- und familienbezogener Jugendarbeit anzusiedeln, beinhalten aber auch Berührungspunkte zur Jugendarbeit in Geselligkeit, Sport und Spiel (vgl. Statistisches Bundesamt 1998b, S. 55). Das Ausgabenvolumen für diese Leistungen schwankt im Zeitraum von 1992 bis 1997 zwischen 16,5 Mio. EUR und 19,5 Mio. EUR. Die Angaben für die Jahre 1998 bis 2002 weisen für diesen Bereich einen Ausgabenanstieg auf 24 Mio. EUR aus (vgl. Abbildung 9-7). Diese Entwicklung ist möglicherweise ein Hinweis auf eine weitere Ausdifferenzierung der Kinder- und Jugendarbeit abseits von Erholungs- und Bildungsmaßnahmen. In diesem Zusammenhang ließe sich auch angesichts der derzeit 'lebhaften' und intensiven Debatte über das Thema Jugendhilfe und Schule vermuten, dass sich inhaltliche Schwerpunkte in der Jugendarbeit vor dem Hintergrund aktueller Diskussionen zunehmend hin zu Angeboten in Schule und Ausbildung verschieben.

Entinternationalisierung der Jugendarbeit?

Ausdifferenzierung der Jugendarbeit

## 9.3 Strukturmerkmale des Personals

## Kommentierung

Um einen differenzierteren Blick auf das Personal werfen zu können, werden die Tätigkeitsfelder bzw. die Arbeitsbereiche der Beschäftigten zu Grunde gelegt. Die Kategorie des Arbeitsbereichs stellt dabei die überwiegend ausgeübte Tätigkeit des erfassten Person dar. In diesem Zusammenhang erfasst die Einrichtungs- und Personalstatistik u.a. die Arbeitsbereiche der kulturellen Jugendbildungsarbeit, der außerschulischen Jugendarbeit und Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterausbildung, der Kinder- und Ju-

Das beschäftigte Personal genderholung, der internationalen Jugendarbeit, der freizeitbezogenen und offenen Jugendarbeit bzw. Jugendpflege, der Jugendverbandsarbeit, der mobilen Jugendarbeit, der Jugendberatung und des Spielplatzwesens. Hierunter wird nachfolgend das Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendarbeit gefasst (vgl. Rauschenbach/Schilling 1997, S. 154 ff.).<sup>2</sup>

Das Ende des Wachstums Das Personal in den Arbeitsbereichen der Kinder- und Jugendarbeit ist zwischen 1986 und 1998 von nicht ganz 6.400 auf knapp 11.000 Beschäftigte gestiegen (vgl. Tabelle 9-2). Dies entspricht einer Zunahme von 71,6% in 12 Jahren.<sup>3</sup> Der Anstieg des Personals bestätigt sich, wenn man die Anzahl der tätigen Personen auf Vollzeitäquivalente umrechnet. Dabei zeigt sich, dass das Stellenvolumen in der Kinder- und Jugendarbeit zwischen der Mitte der 1980er-Jahre bis zum Ende der 1990er-Jahre um 85,5% gewachsen ist. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass mit dem kontinuierlichen Anstieg des Personals einige strukturelle Veränderungen einhergehen. Überspitzt formuliert, deuten sich Entwicklungen einer Feminisierung, einer Vergreisung, einer Orientierung hin zu freien Trägern sowie einer möglichen Dequalifizierung an (vgl. auch Rauschenbach 2000).

Tabelle 9-2: Personal in Arbeitsbereichen der Kinder- und Jugendarbeit nach ausgewählten Strukturmerkmalen in Nordrhein-Westfalen; 1986 bis 2002 (Angaben absolut und in %)

Angaben absolut							A	nteile in '	%	
	1986	1990	1994	1998	2002	1986	1990	1994	1998	2002
Pers. insg.	6.372	6.579	7.810	10.933	8.545	100	100	100	100	100
In VZÄ <sup>1</sup>	4.709	4.661	5.350	8.735	5.290	73,9	70,8	68,5	79,9	61,9
Frauen	3.174	3.459	4.167	6.201	4.712	49,8	52,6	53,4	56,7	53,1
Männer	3.198	3.120	3.643	4.732	3.833	50,2	47,4	46,6	43,3	44,9
< 25 J.	1.329	1.122	1.261	1.824	1.639	20,9	17,1	16,1	16,7	19,2
25-40 J.	4.036	4.313	4.631	5.699	3.774	63,3	65,6	59,3	52,1	44,2
40-60 J.	931	1.072	1.800	3.066	3.001	14,6	16,3	23,0	28,0	35,1
> 60 J.	76	72	118	344	131	1,2	1,1	1,5	3,1	1,5
Öff. Träger	3.211	3.285	3.890	5.023	3.789	50,4	49,9	49,8	45,9	44,3
Fr. Träger	3.161	3.294	3.920	5.910	4.756	49,6	50,1	50,2	54,1	55,7
Verberufl. <sup>2</sup>	5.011	5.146	6.192	7.086	8.476	78,6	78,2	79,3	64,8	99,2
Verfachl. <sup>3</sup>	2.999	3.295	3.700	5.567	4.587	47,1	50,1	47,4	50,9	53,7
Akadem.4	2.725	3.035	3.635	4.245	3.826	42,8	46,1	46,5	38,8	44,8
Profess. <sup>5</sup>	2.149	2.424	2.708	3.620	3.267	33,7	36,8	34,7	33,1	38,2

- 1 VZÄ: Vollzeitäquivalente (Umrechnung der tätigen Personen auf Vollzeitstellen)
- 2 Die Kategorie der Verberuflichung klammert aus der Gesamtzahl der Beschäftigten in der Kinder- und Jugendhilfe diejenigen aus, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen.
- 3 Die Kategorie der Verfachlichung setzt sich aus den hochschulausgebildeten (Sozial)Pädagoginnen und (Sozial)Pädagogen, den Erzieherinnen und Erziehern, den Heilpädagoginnen und Heilpädagogen mit Fachschulabschluss, den Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern, den Heilerziehungsberufen sowie die sonstigen medizinischen, sozialen und pädagogischen Helferberufe und Kurzausbildungen zusammen.
- 4 Die Kategorie der Akademisierung umfasst die hochschulausgebildeten Berufsgruppen in der Kinder- und Jugendhilfe. Hierunter sind neben den genannten (sozial)pädagogischen Hochschulausbildungen, die Psychologinnen und Psychologen, die Lehrerinnen und Lehrer, die Ärztinnen und Ärzte sowie die gehobene Verwaltungsausbildung und die sonstigen Hochschulabschlüsse zu zählen.
- 5 Die Kategorie der Professionalisierung fasst die Berufsgruppen der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen mit Fachhochschulausbildung, der Diplom-Pädagoginnen und Diplom-Pädagogen, die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen mit Universitätsabschluss sowie die Heilpädagoginnen und Heilpädagogen mit Fachhochschulabschluss zusammen.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe, versch. Jahrgänge; Statistisches Bundesamt, Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe, 1986; eigene Berechnungen

<sup>2</sup> Ferner wird für das Jahr 1998 zu den genannten Arbeitsbereichen die Erziehung in altersgemischten Gruppen als ein weiterer Bereich dem Feld der Kinder- und Jugendarbeit zugeordnet. Die 1998er-Daten zeigen, dass 186 Beschäftigte in Einrichtungen der Jugendarbeit diesen Arbeitsbereich als ihr Tätigkeitsfeld angegeben haben. Dies ist möglicherweise die Folge von Falschmeldungen der tätigen Personen und/oder aber das Ergebnis einer Entwicklung hin zu einer zunehmenden Kooperation von Jugendhilfe und Schule gerade im Bereich der Nachmittagsbetreuung (vgl. z.B. MFJFG 1999). Für das Jahr 2002 trifft dies lediglich noch auf 31 Beschäftigte zu, die allerdings in den vorliegenden Auswertungen nicht weiter berücksichtigt werden.

<sup>3</sup> Gerade auch der Anstieg des Personals von 1994 auf 1998 ist zu einem Teil auf die Überarbeitung und Erweiterung der Einrichtungs- und Personalstatistik zwischen 1994 und 1998 zurückzuführen. Allerdings zeigt sich die Zunahme des Personals auch, wenn man die Erweiterungen der Erhebung 1998 unberücksichtigt lässt, obgleich das Wachstum der Beschäftigten auf 8.657 Personen sehr viel geringer ist.

Mit der Datenerhebung von 2002 wird darüber hinaus ein Ende der bis dahin erkennbaren Expansion in der Kinder- und Jugendarbeit deutlich. Zwischen 1998 und 2002 sinken die Beschäftigtenzahlen in diesem Arbeitsfeld von knapp 11.000 auf nunmehr rund 8.500. Dies entspricht einem prozentualen Rückgang von 22%, bei einer Betrachtung der Entwicklung der Vollzeitäquivalente beträgt der Rückgang sogar 39%.

Parallel zum allgemeinen Ausbau in den 1980er- und 1990er-Jahren hat sich der Anteil der weiblichen Beschäftigten von 49,8% auf 56,7% erhöht (vgl. Tabelle 9-2). Dies ist das Resultat einer Entwicklung, die nahezu eine Verdopplung des weiblichen Personals seit 1986 sowie eine Zunahme des männlichen Personals um 48% bis 1998 mit sich bringt. Mit der sich abzeichnenden Trendwende zeigen sich diesbezüglich jedoch Veränderungen: So ist der Rückgang der Mitarbeiterinnen in der Kinder- und Jugendarbeit zwischen 1998 und 2002 mit -24% größer als bei den Mitarbeitern mit -19%. In der Konsequenz ist auch der Anteil der Mitarbeiterinnen an den Beschäftigten in diesem Arbeitsfeld auf 53% zurückgegangen. Damit ist erstmals innerhalb des hier betrachteten Zeitraums seit 1986 der Anteil weiblicher Beschäftigter unter den tätigen Personen nicht weiter gestiegen.

Das Personal wird "weiblich" und älter

Neben einem höheren Frauenanteil unter den Beschäftigten dokumentieren die Daten ein Älterwerden des Personals in der Jugendarbeit. Zwischen 1986 und 2002 verringert sich der Anteil der Beschäftigten im Alter von 25 bis 40 Jahren von 63,3% auf 44,2%, während sich gleichzeitig der Anteil des 40-bis 60-jährigen Personals von 14,6% auf 35,0% mehr als verdoppelt. Damit setzt sich für Nordrhein-Westfalen ein Trend fort, der sich sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland – und hier seit ca. zwei Jahrzehnten – beobachten lässt (vgl. Thole 1998; Pothmann/Thole 2001, 2005).

Das Personal in öffentlicher und freier Trägerschaft hat sich in seiner Anzahl bis 1994 parallel entwickelt. Zwischen 1986 und 1994 ist jeweils rund die Hälfte des gezählten Personals bei öffentlichen und freien Trägern beschäftigt (vgl. Tabelle 9-2). Dieses Verhältnis hat sich in den nachfolgenden Jahren zu Gunsten der freien Träger gewandelt, so dass aktuell 56% bei freien und 44% bei öffentlichen Trägern beschäftigt sind.<sup>4</sup>

Die Entwicklung des Personals bei öffentlichen und freien Trägern

Die formalen Qualifikationen des Personals in den Arbeitsbereichen der Kinder- und Jugendarbeit deuten seit 1986 auf ein Arbeitsfeld hin, indem immerhin mehr als die Hälfte aller Beschäftigten über eine sozialpädagogische Ausbildung zumindest auf Berufsfachschulniveau verfügt sowie mehr als ein Drittel der Personen eine (sozial)pädagogische Hochschulausbildung absolviert hat (vgl. Tabelle 9-2). Während letztere Beschäftigtengruppe in Nordrhein-Westfalen in den 1990er-Jahren leicht rückläufig war – 1986 verfügen knapp 37% der tätigen Personen über einen (sozial)pädagogischen Hochschulabschluss, 1998 sind es nur noch 33% –, steigt deren Anteil aktuell wieder auf 38% an. Eine auffällige Tendenz im Qualifikationsprofil der Beschäftigten in der Jugendarbeit ist der erhebliche Rückgang des Personals ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung zwischen 1998 und 2002. Bis 1998 zeigt sich vor dem Hintergrund eines absoluten Anstiegs der beschäftigten Personen insgesamt insbesondere eine Zunahme derjenigen ohne eine berufliche Qualifikation. So sind in Nordrhein-Westfalen 1998 insgesamt 3.847 Personen ohne einen formalen Ausbildungsabschluss beschäftigt, wobei davon 742 entweder einen Praktikanten-, Zivildienstleistenden- oder Freiwilligenstatus haben. Auffällig ist bei dieser Beschäftigtengruppe, dass weit über 70% nicht vollzeitbeschäftigt sind. Zum Vergleich: Das formal sozialpädagogisch qualifizierte Personal ist lediglich zu knapp 36% nicht vollzeitbeschäftigt. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass der Anstieg des Personals gerade zwischen 1994 und 1998 vor allem auch auf eine zunehmende Teilzeitbeschäftigung von Frauen und Männern ohne abgeschlossene Berufsausbildung zurückzuführen ist.

Die Qualifizierung des Personals

Es kann mit Hilfe der amtlichen Daten nicht präzise beantwortet werden, welche Beschäftigungsverhältnisse damit einhergehen, so dass die nahe liegende Vermutung, es handelt sich hier vor allem um Beschäftigungsverhältnisse auf Honorarbasis, nicht endgültig empirisch nachweisbar ist. Mit dem in den Daten von 2002 erkennbaren Rückgang der Beschäftigtenzahlen in der Kinder- und Jugendarbeit wird nunmehr deutlich, dass diese Entwicklung in erster Linie auf einen Rückgang der Beschäftigten ohne formalen Ausbildungsabschluss zurückzuführen ist. Während 1998 nur 65% der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über keinen formalen Abschluss verfügten, sind es im Jahr 2002 über 99%. Vor dem Hintergrund der oben ausgeführten vorrangigen Teilzeitbeschäftigung dieser Beschäftigtengrup-

<sup>4</sup> Dies ist allerdings vor allem ein Resultat der Erweiterung der Einrichtungs- und Personalstatistik zwischen 1994 und 1998. Eine Analyse der einzelnen Arbeitsbereiche zeigt, dass die im Rahmen der statistischen Erfassung neu hinzugekommenen Arbeitsbereiche überwiegend beschäftigte Personen bei freien Trägern ausweisen.

pe sind von dem Abbau des Stellenvolumens in der Kinder- und Jugendarbeit wahrscheinlich vor allem Honorarstellen betroffen.

Ehrenamtliche/ Freiwillige in der Kinder- und Jugendarbeit Es ist einleitend zu diesem Kapitel darauf hingewiesen worden, dass bezogen auf eine empirische Dauerbeobachtung für die Kinder- und Jugendarbeit unübersehbare 'blinde Flecken' bestehen. Einer von diesen liegt – trotz Hinweisen aus empirischen Studien und Untersuchungen hierzu (vgl. zusammenfassend Pothmann 2002) – auf dem gesamten Bereich der Ehrenamtlichen/Freiwilligen (vgl. Thole 2000). Eine andere wichtige ergänzende Datenquelle zu den amtlichen Angaben zum tätigen Personal im Feld der Kinder- und Jugendarbeit stellen die vorhandenen Informationen zu den Juleica-Besitzerinnen und Juleica-Besitzern dar. Damit ist es bezogen auf die Personalstruktur im Feld der Kinderund Jugendarbeit möglich, neben den Hauptamtlichen auch stärker die Ehrenamtlichen und Freiwilligen in diesem Bereich in den Blick zu nehmen.

Insgesamt sind für das Land Nordrhein-Westfalen bis September 2004 30.783 Juleica-Cards ausgestellt worden (vgl. AKJ<sup>Stat</sup> 2004).<sup>5</sup> Pro 1.000.000 der 15- bis unter 45-Jährigen entspricht dies einer Zahl von 4.186 bzw. pro 1.000 Menschen der genannten Bevölkerungsgruppe einem Promillewert von 4,2. Im Ländervergleich nimmt Nordrhein-Westfalen den zehnten Rang und damit einen Platz im hinteren Mittelfeld ein.

Differenziert man die Angaben weiter nach Alter und Geschlecht, so zeigt sich, dass etwas mehr als 52% der über die Juleica-Statistik erfassten Personen Männer sind. Zum Vergleich: Der Anteil für die Haupt- und die wenigen Nebenberuflichen liegt bei gerade einmal 45%. Noch deutlicher werden diese Unterschiede bei der Altersstruktur. Vor diesem Hintergrund gilt demnach, dass die Altersstruktur der Ehrenamtlichen/Freiwilligen in Nordrhein-Westfalen deutlich ,jünger' ist als bei den haupt- und nebenberuflich Beschäftigten.

Tabelle 9-3: Ausgestellte Juleicas<sup>1</sup> nach ausgewählten Merkmalen der Inhaberinnen und Inhaber in Nordrhein-Westfalen; 2004 – Stand vom September 2004 (Angaben absolut und in %)

Jule	Juleica insg. und differenziert nach Geschlecht								
Anzahl insg.	Anzahl bezogen auf 1 Mio. der 15- bis 45-j. Be- völkerung	Anteil der männlichen Ju- leica-Inhaber in %	Anteil der weiblichen Ju- leica-Inhaberin- nen in %						
30.783	4.186	52,2	47,8						

Alter der Juleica-Inhaberinnen und -Inhaber (in %)							
Unter 25 Jahre	25 bis unter 40 Jahre	40 bis unter 60 Jahre	60 Jahre und mehr	Keine Angaben			
63,5	25,4	10,3	0,8	0,1			

<sup>1</sup> Bei den Daten handelt es sich um die ausgestellten Juleicas, nicht um die Zahl der Juleica-Inhaberinnen und Inhaber. Diese beiden Werte können insofern voneinander abweichen, da bei den ausgestellten Karten auch solche enthalten sind, die die Laufzeit von drei Jahren überschritten haben und somit ungültig werden.

Quelle: Datenbank des Deutschen Bundesjugendringes zu den Jugendleiter/-innen mit einer Juleica (Stand September 2004); zusammengestellt und berechnet von der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

#### 9.4 Methodische Hinweise

Kinder- und Jugendarbeit (im Folgenden wird synonym hierzu auch der Begriff der "Jugendarbeit" verwendet) ist ein heterogenes und weit ausdifferenziertes Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe. Gerade deshalb handelt es sich dabei um ein Arbeitsfeld, das in Bezug auf seine statistische Erfassung und die Rezeption von statistischen Ergebnissen Schwierigkeiten beinhaltet. Diese resultieren zu einem Teil daraus, dass die zur Verfügung stehenden Datenquellen das Feld der Kinder- und Jugendar-

<sup>5</sup> Von diesen sind am 30.09.2004 19.945 gültig.

beit nur unvollständig abbilden können. Trotz alledem bietet das Programm der KJH-Statistik drei Perspektiven auf das Arbeitsfeld Jugendarbeit<sup>6</sup>:

- (a) Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe
- (b) Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendarbeit
- (c) Ausgaben und Einnahmen für die Kinder- und Jugendarbeit

Die Teilstatistik zu den Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe erfasst seit 1982 die öffentlich geförderten Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit. Sie hat jedoch nicht das gesamte Spektrum der Maßnahmen in der Kinder- und Jugendarbeit zum Erhebungsgegenstand, also etwa die "normalen" Gruppenangebote in der Jugendverbandsarbeit. Statt dessen werden alle vier Jahre Daten zu den öffentlich geförderten Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung, der Kinder- und Jugenderholung, der internationalen Jugendarbeit sowie den Mitarbeiterfortbildungen der freien Träger erhoben. Mit anderen Worten: Das Erhebungsprogramm umfasst drei Maßnahmearten, die nach § 11 SGB VIII Schwerpunkte der Kinder- und Jugendarbeit sind sowie Mitarbeiterfortbildungen freier Träger, die zwar nicht unmittelbar im entsprechenden Leistungsparagrafen rechtlich verankert sind, die allerdings eine große Nähe zur Jugendarbeit aufweisen (vgl. Rauschenbach/Schilling 1997, S. 133 f.; Wiesner u.a. 2000, S. 1301). Im Rahmen der Erhebung werden Daten zur Art des durchführenden Trägers, zur Art der Maßnahme, zur Dauer der Maßnahme, zur Anzahl und dem Geschlecht der Teilnehmer und Teilnehmerinnen sowie speziell bei Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit zum Durchführungsort der Maßnahme, zum Partnerland der internationalen Begegnung und zur Nationalität der Teilnehmer und Teilnehmerinnen erhoben (vgl. dazu Thole 1997, S. 284 f.).

Maßnahmenstatistik

Die Maßnahmenstatistik der Kinder- und Jugendarbeit hat eine wichtige Funktion, das Feld der Kinder- und Jugendarbeit empirisch zu beobachten. Sie ist eine Grundlage für die Dokumentation und Evaluierung der Leistungsparagrafen zur Kinder- und Jugendarbeit. Darüber hinaus liefert sie Basisdaten für die Unterstützung von Weiterentwicklungen im Arbeitsfeld Jugendarbeit. Sie ist in diesem Zusammenhang nicht nur eine bislang unerkannte Erkenntnisquelle für die Jugendhilfeplanung und die Jugendberichterstattung, sondern ist für öffentliche und insbesondere freie Träger der Jugendhilfe ein jugendhilfepolitisches Instrument, um die Leistungsfähigkeit der Kinder- und Jugendarbeit transparent darzustellen (vgl. Nörber 1996).

Leistungsfähigkeit

Neben den Stärken existieren allerdings auch Schwachpunkte, die bis zu einer Missachtung der amtlichen Datenerhebung führen: (1) Die Erhebung selber erfasst nur segmenthaft das Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendarbeit (vgl. Thole 1997, S. 291). (2) Die Kinder- und Jugendarbeit ist ein Arbeitsfeld innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe, welches eher von sekundärer Bedeutung gerade im Rahmen der Wahrnehmung der Gesamtverantwortung der öffentlichen Träger der Jugendhilfe ist, da es sich nicht, wie z.B. die erzieherischen Hilfen oder die Kindertagesbetreuung, auf einen individuellen Rechtsanspruch des KJHG stützen kann (vgl. Münder u.a. 2003). (3) In der Praxis besteht bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ein generelles Unbehagen gegenüber statistischen Erhebungen (vgl. Rauschenbach/Schilling 1997, S. 131).

Schwächen der Statistik

## **Definitionen**

Die Teilstatistik zu den Einrichtungen und den tätigen Personen in der Kinder- und Jugendhilfe eröffnet die Möglichkeit, weitere statistische Daten zur Kinder- und Jugendarbeit zu analysieren. Das Arbeitsfeld Jugendarbeit konturiert sich dabei über die Einrichtungstypen sowie über Arbeitsbereiche des beschäftigten Personals (vgl. Rauschenbach/Schilling 1997, S. 139 ff.). Zum einen klassifiziert sich Jugendarbeit dabei über die Einrichtungstypen: Jugendtagungs-/Jugendbildungsstätten, Jugendzentren, Jugendberatungsstellen, Einrichtungen bzw. Initiativen der mobilen Jugendarbeit, Jugendherbergen, Jugendgästehäuser, Jugendkunstschulen u.ä., Einrichtungen der Stadtranderholung sowie Kinder- und Jugenderholungs- bzw. -ferienstätten und Kur- und Erholungseinrichtungen für junge

Einrichtungs- und Personalstatistik

<sup>6</sup> Es soll in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben, dass neben der amtlichen Statistik für Nordrhein-Westfalen weitere statistische Datenquellen zur Kinder- und Jugendarbeit vorhanden sind. Beispielhaft zu benennen sind u.a. die Ansätze eines quantitativen Berichtswesens im Rahmen der Wirksamkeitsdialoge in Nordrhein-Westfalen (z.B. Landesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit in NRW 2001; MSJK 2003; 2004) oder auch die regelmäßige Fortschreibung von Strukturdaten katholischer Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen (z.B. LAG KATH.OKJA 2003).

Menschen. Zum anderen stellt sich Kinder- und Jugendarbeit im aktuellen Erhebungsprogramm über die Arbeitsbereiche bzw. Tätigkeitsfelder 'Kulturelle Jugend(bildungs)arbeit', 'Außerschulische Jugendbildungsarbeit' und 'Mitarbeiteraus- und -fortbildung', 'Kinder- und Jugenderholung', 'Internationale Jugendarbeit', 'Freizeitbezogene, offene Jugendarbeit' und 'Jugendpflege', 'Jugendverbandsarbeit', 'Mobile Jugendarbeit', 'Jugendberatung' und 'Spielplatzwesen' dar.

Über die Einrichtungs- und Personalstatistik ist es alle vier Jahre möglich differenzierte Informationen zu den haupt- und nebenamtlichen Beschäftigten in der Jugendarbeit abzurufen. Es fehlen allerdings Angaben über die Ehrenamtlichen als eine insbesondere die Jugendverbandsarbeit mindestens ebenso relevante Personengruppe (vgl. Düx 1999). Eine bislang noch nicht ausreichend genutzte Datenquelle, die diese Lücke zumindest teilweise schließen kann, stellen die Angaben zu den ausgestellten JugendleiterInnenCards (Juleicas) dar (siehe www.dbjr.de, www.juleica.de). Angesichts dessen werden diese Angaben als Zusatzinformationen zur Darstellung der Personalstruktur in der Kinder- und Jugendarbeit Nordrhein-Westfalens sporadisch verwendet.

Statistik zu den Ausgaben und Einnahmen Die dritte Teilstatistik der Erhebung zu den Bestimmungen des SGB VIII, die auch Segmente der Kinder- und Jugendarbeit beinhaltet, ist die Statistik zu den Ausgaben und Einnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe. Hinsichtlich der Jugendarbeit erfasst diese Teilstatistik zum einen Ausgaben und Einnahmen von Einrichtungen, zum anderen Ausgaben für Angebote in diesem Feld. Dabei wird im statistischen Erhebungsbogen unterschieden zwischen den Ausgaben für außerschulische Jugendbildungen, für Kinder- und Jugenderholungen, für Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit und für Mitarbeiterfortbildungen sowie für sonstige Maßnahmen der Jugendarbeit. Trotz dieser Überschneidungen zwischen Ausgaben- und Einnahmenstatistik auf der einen Seite und der Maßnahmenstatistik auf der anderen Seite ist eine unmittelbare Verknüpfung der Daten nicht ohne weiteres möglich, da zwischen diesen beiden Teilerhebungen Inkompatibilitäten existieren, die eher zu statistischen Verzerrungen führen (vgl. Thole 1997, S. 309 ff.; Kolvenbach 1997, S. 376).

#### **Datenhalter**

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Deutscher Bundesjugendring

#### Datenquellen

Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe

Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen für die Kinder- und Jugendhilfe

Statistiken zu den Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe

Datenbank des Deutschen Bundesjugendrings zu den Jugendleiterinnen und Jugendleitern mit einer Juleica

## Literatur

[AKJ<sup>Statt</sup>] Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (Hrsg.): Auswertung von Grundinformationen zu den Jugendleiter/innen – Juleica-Daten – Stand: September 2004, Dortmund 2004 (www.dbjr.de > Ehrenamt > Juleica Downoads vom 15.02.2005).

Becker, H.: Neue Brücken bauen – internationale Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen. Hrsg. vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1996.

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Zukunft des Deutsch-Polnischen Jugendwerks. Bundestagsdrucksache 14/3853 vom 20.07.2000, Berlin 2000.

Düx, W.: Das Ehrenamt im Jugendverband, Frankfurt a.M. 1999.

- Kolvenbach, F.-J.: Die Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe. Zur Empirie eines vernachlässigten Themas, in: Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik. Band 2: Analysen, Befunde und Perspektiven, Neuwied 1997, S. 367-402.
- [LAG KATH.OKJA] Landesarbeitsgemeinschaft Kath. Offene Kinder- und Jugendarbeit Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Katholische Offene Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen 2001/2002. Die wichtigsten Ergebnisse aus der jährlichen Befragung der katholischen Offenen Kinder- und Jugendeinrichtungen, o.O. 2003.
- Landesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Jugendkulturarbeit auf dem Prüfstand. Sind wir gut? Bericht zum Wirksamkeitsdialog in der kulturellen Jugendarbeit, Unna 2001.
- [MAGS] Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen. Situation von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen und Entwicklungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe. 6. Jugendbericht, Düsseldorf 1995.
- [MFJFG] Ministerium für Familie, Jugend, Frauen und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen: Kinder- und Jugendliche an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Chancen, Risiken und Herausforderungen. 7. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1999.
- [MSJK] Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Strukturdaten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen 2001. Befunde der ersten NRW-Strukturdatenerhebung im Rahmen des landesweiten Berichtswesens zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Düsseldorf 2003.
- [MSJK] Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Die Offene Kinderund Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen. Befunde der zweiten Strukturdatenerhebung zum Berichtsjahr 2002. Düsseldorf 2004.
- Münder, J. u.a.: Frankfurter Lehr- und Praxiskommentar zum KJHG, 4. Aufl., Münster 2003.
- Nörber, M.: Jugend(verbands)arbeit im Blick der Jugendhilfestatistik. Unterstützung in der gesellschaftlichen Diskussion, in: Deutsche Jugend, 44. Jg., 1996, Heft 6, S. 259-265.
- Pothmann, J.: Jugendarbeit braucht Zahlen. Aktuelle Befunde zu den öffentlich geförderten Maßnahmen und Desiderate einer Weiterentwicklung der statistischen Erfassung, in: Forum Jugendhilfe, Heft 4, 2002, S. 42-46.
- Pothmann, J./Thole, W.: Abbau im Westen Wachstum im Osten. Die Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit 1996 im Spiegel statistischer Daten, in: Deutsche Jugend, 47. Jg., Heft 4, 1999, S. 169-180.
- Pothmann, J./Thole, W.: Wachstum ins Ungewisse. Jugendarbeit im Spannungsfeld von öffentlicher Verantwortung und Empirie, in: Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Kinder- und Jugendhilfereport 1. Analysen, Befunde und Perspektiven, Münster 2001, S. 73-96.
- Pothmann, J./Thole, W.: Zum Befinden eines "Bildungsakteurs". Beobachtungen und Analysen zur Kinder- und Jugendarbeit, in: Deutsche Jugend, 53. Jg., 2005, Heft 2 (im Erscheinen).
- Rauschenbach, Th.: Strukturelle und personelle Entwicklungen in der Jugendarbeit, in: Institut für soziale Arbeit e.V. (Hrsg.), Jugendförderung in Nordrhein-Westfalen. Rückschau Anforderungen Perspektiven. 50 Jahre Landesjugendplan, Münster 2000, S. 101-113.
- Rauschenbach, Th./Schilling, M.: Jugendhilfe, in: W. Böttcher, K. Klemm (Hrsg.), Bildung in Zahlen, Weinheim und München 1995, S. 157-187.
- Rauschenbach, Th./Schilling, M.: Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik, Band 1: Einführung und Grundlagen, Neuwied 1997.
- Schilling, M.: Verbesserung der Personal- und Einrichtungsstatistik, in: Kom<sup>Dat</sup> Jugendhilfe, 1. Jg., 1998, Heft 3, S. 4-5.
- Statistisches Bundesamt: Fachserie 13: Sozialleistungen. Reihe 6.2: Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe 1996, Stuttgart 1998a.
- Statistisches Bundesamt: Fachserie 13: Sozialleistungen. Reihe 6.4: Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe, Stuttgart 1998b.
- Thole, W.: Kinder- und Jugendarbeit: Freizeitzentren, Jugendbildungsstätten, Aktions- und Erholungsräume, in: H.-H. Krüger, Th. Rauschenbach (Hrsg.), Einführung in die Arbeitsfelder der Erziehungswissenschaften, Opladen 1995, S. 107-123.
- Thole, W.: Jugendarbeit ein Stiefkind der Statistik, in: Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik. Band 2: Analysen, Befunde und Perspektiven, Neuwied 1997, S. 279-320.
- Thole, W.: Die MitarbeiterInnen, in: U. Deinet, B. Sturzenhecker (Hrsg.), Handbuch offene Jugendarbeit, Münster 1998, S. 42-59.
- Thole, W.: Kinder- und Jugendarbeit. Eine Einführung, Weinheim und München 2000.
- Wiesner, R. u.a.: SGB VIII. Kinder- und Jugendhilfe, 2. Aufl., München 2000.

# 10. Jugendsozialarbeit

Das Kapitel zur Jugendsozialarbeit zielt auf Grund der Datenlage zu diesem Bereich nicht darauf ab, dieses Arbeitsfeld vollständig und vollzählig empirisch zu erfassen. Vielmehr geht es in diesem Zusammenhang um die Dokumentation des Engagements der Landesregierung Nordrhein-Westfalen im Bereich Jugendsozialarbeit. Hierbei gilt:

- Die Förderung der Jugendsozialarbeit aus Mitteln des Landesjugendplanes ist nach einer Konsolidierungsphase zwischen 1993 und 2002 im Jahre 2003 um 6 Mio. EUR zurückgegangen.
- Neben der betrieblichen Ausbildung stellen Fördermaßnahmen für ausbildungssuchende junge Menschen in Form von u.a. berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen und ausbildungsbegleitenden Hilfen eine wichtige Ergänzung dar.

## 10.1 Förderung im Landesjugendplan

### Kommentierung

Insgesamt investiert das Land Nordrhein-Westfalen im Jahre 2003 aus Mitteln des Landesjugendplans rund 13,9 Mio. EUR in den Bereich der Jugendsozialarbeit. Dies entspricht einem Anteil von ca. 14% des jährlichen Gesamtvolumens des Landesjugendplans (vgl. Tabelle 10-1). Gegenüber dem Jahr 1993 sind damit im Landesjugendplan ca. 6 Mio. EUR weniger vorgesehen. Der Anteil an den Mitteln des Landesjugendplans insgesamt hat sich damit in dem benannten Zeitraum von knapp 20% auf die besagten rund 14% reduziert. Aus diesen Mitteln werden u.a. Jugendwerkeinrichtungen, Beratungsstellen, Fachkräfte an Berufskollegs oder auch Bildungsveranstaltungen für Jugendliche, die von Arbeitslosigkeit bedroht bzw. betroffen sind, finanziert (vgl. MFJFG 1999, S. 174 ff.). Alleine hieran wird deutlich, dass die Finanzierung von Leistungen der Jugendsozialarbeit, insbesondere der Jugendberufshilfe, nicht zentral durch das kommunale Jugendamt vor Ort finanziert wird, sondern dass andere Förderquellen hinzukommen. Hierzu gehören gleichermaßen Mittel der Arbeitsamtsverwaltung sowie überregionale Fördertöpfe z.B. auf der europäischen Ebene (vgl. Fülbier/Schaefer 1999).

Tabelle 10-1: Ausgaben im Landesjugendplan für Jugendsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen; 1993 bis 2003 (Angaben in EUR)

	Ausgaben Landesjugend- plan insgesamt (1)	dar. Ausgaben für Jugend- sozialarbeit insgesamt ab- solut	Anteil in % von (1)
1993	98.878.226	19.659.173	19,9
1994	97.741.112	19.597.818	20,1
1995	95.695.945	19.086.526	19,9
1996	97.422.578	19.086.526	19,6
1997	98.700.807	19.028.239	19,3
1998	98.532.081	19.028.239	19,3
1999	102.095.785	18.662.154	18,3
2000	102.146.915	18.662.154	18,3
2001	104.447.728	19.429.091	18,6
2002	104.447.000	19.427.900	18,6

Quelle: Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen, Ausgabenpositionen des Landesjugendplans des Landes Nordrhein-Westfalen; eigene Berechnungen

Durch das Land werden im Jahre 2003 71 Beratungsstellen mit 148 Stellen sowie 45 Werkeinrichtungen für Jugendliche mit 206,5 Stellen gefördert. Damit hat sich im Vergleich zu 1993 die Zahl der Beratungsstellen um 23 sowie das damit verbundene Stellenvolumen um 18,0 erhöht. Bei den Werkein-

richtungen ist sowohl die Zahl der Einrichtungen als auch die der Stellen – sieht man von Schwankungen in den 1990er-Jahre ab – nahezu unverändert geblieben (vgl. Tabelle 10-2).

Tabelle 10-2: Im Landesjugendplan geförderte Einrichtungen und Beschäftigte in den Einrichtungen der Jugendsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen; 1993 bis 2003 (Angaben absolut)

		Einrichtungen			Stellenvolumen	l
	Beratungs- stellen <sup>1</sup>	Werkein- richtungen	Jugend- wohnheime	Beratungs- stellen	Werkein- richtungen	Jugend- wohnheime <sup>2</sup>
1993	58	45	90	130,0	207,5	397
1994	59	47	89	134,0	207,5	354
1995	60	47	86	134,0	207,5	303
1996	60	47	86	131,0	214,5	329
1997	61	47	81	132,5	215,0	324
1998	62	47	79	132,0	215,0	331
1999	68	45	79	146,0	206,5	281
2000	68	45	76	147,0	206,5	282
2001	69	45	75	148,0	206,5	285
2002	70	45	73	148,0	206,5	268
2003	71	45	0	148,0	206,5	0
		Inde	xentwicklung (19	993 = 100)		
1993	100	100	100	100	100	100
1994	101,7	104,4	98,9	103,1	100,0	89,2
1995	103,4	104,4	95,6	103,1	100,0	76,3
1996	103,4	104,4	95,6	100,8	103,4	82,9
1997	105,2	104,4	90,0	101,9	103,6	81,6
1998	106,9	104,4	87,8	101,5	103,6	83,4
1999	117,2	100,0	87,8	112,3	99,5	70,8
2000	117,2	100,0	84,4	113,1	99,5	71,0
2001	119,0	100,0	83,3	113,8	99,5	71,7
2002	120,7	100,0	81,1	113,8	99,5	67,5
2003	122,4	100,0	0,0	113,8	99,5	0,0

<sup>1</sup> Die Angaben sind inklusive Beratungsstellen an Schulen.

Quelle: Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen, Ausgabenpositionen des Landesjugendplans des Landes Nordrhein-Westfalen; eigene Berechnungen

Ein weiterer Förderschwerpunkt des Landesjugendplanes im Bereich der Jugendsozialarbeit sind die Jugendwohnheime. Im Jahre 2002 werden 73 dieser Einrichtungen mit 268 Stellen aus dem Landesjugendplan gefördert (vgl. Tabelle 2). Neun Jahre zuvor waren dies noch 90 Einrichtungen mit insgesamt 397 Beschäftigten. Mit dem Jahr 2003 ist die Landesförderung für Jungendwohnheime aus Mitteln des Landesjugendplanes eingestellt worden.

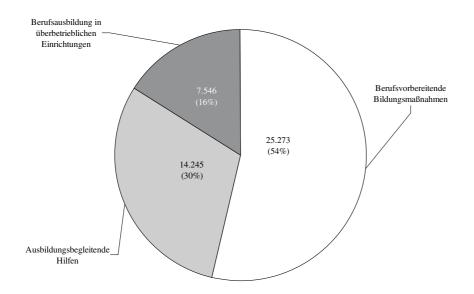
## 10.2 Ausbildungsmarkt und Fördermaßnahmen

Die Situation der Jugendlichen auf dem Ausbildungsmarkt in Nordrhein-Westfalen entspricht dem problematischen Bundestrend. Im Ausbildungsjahr 2002/2003 stehen 135.357 ausbildungssuchenden jungen Menschen nur 106.851 Ausbildungsstellen zur Verfügung (-8,4% im Vergleich zum Ausbildungsjahr 2001/2002). Rund 7.000 Jugendliche können bis Ende September 2003 noch nicht vermittelt werden.

Für junge Menschen, die eine Ausbildungsstelle suchen, stehen in Nordrhein-Westfalen, neben der betrieblichen Ausbildung eine Reihe an Fördermaßnahmen zur Verfügung, deren Bedeutung Abbildung 10-1 verdeutlicht. So besuchen im Berichtsjahr 2003 25.273 junge Menschen eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme der Arbeitsverwaltung. An einer Berufsausbildung in überbetrieblichen Einrichtungen nehmen 7.546 junge Menschen teil. Darüber hinaus erhalten 14.245 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausbildungsbegleitende Hilfen (vgl. auch Kap. 2.1 in diesem Band).

<sup>2</sup> Bis einschließlich 1998 bilden die Angaben die Anzahl der Beschäftigten ab, seit 1999 die Anzahl der Stellen.

Abbildung 10-1: Teilnehmerinnen und Teilnehmer an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Berufsbildung in Nordrhein-Westfalen; 2003 (Angaben absolut und in %)



Quelle: Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit, Berufsberatungsstatistik

## 10.3 Methodische Hinweise

## Statistische Grundlagen

Der Begriff der Jugendsozialarbeit steht für ein Bündel von Maßnahmen und verschiedenen Einrichtungsformen, die darauf abzielen, sozialpädagogische Hilfen zu leisten, die die schulische und berufliche Ausbildung sowie die Beschäftigung fördern und soziale Integration unterstützen. Unter Jugendsozialarbeit fallen somit alle schul-, ausbildungs- und berufsbezogenen Maßnahmen und Eingliederungshilfen für Jugendliche mit niedrigem bzw. ohne Bildungsabschluss, für arbeitslose Jugendliche sowie für jugendliche Zuwanderer. Darüber hinaus sind auch Hilfen bzw. Angebote für junge Menschen und deren Familien in sozialen Brennpunkten mitunter Leistungen der Jugendsozialarbeit (vgl. Faltermeier 1997). Bündelt man diese Umschreibung von Leistungen und Hilfen in Aufgabenfelder der Jugendsozialarbeit, so zeigen sich mindestens fünf (vgl. Fieseler/Schleicher 2004):

- Jugendberufshilfe
- Jugendwohnen
- Migrantenarbeit
- Schulsozialarbeit
- Jugendsozialarbeit für Mädchen und junge Frauen

Die Heterogenität des Arbeitsfeldes Jugendsozialarbeit führt zu der Schwierigkeit, die entsprechenden Leistungen bzw. Einrichtungen und tätigen Personen vollzählig zu erfassen. Darüber hinaus wird die statistische Erfassung durch die vielschichtigen Förderstrukturen in der Jugendsozialarbeit erschwert, die, vor allem im Bereich der Jugendberufshilfe, nur zu einem Teil in der Kinder- und Jugendhilfe etabliert sind (vgl. Fülbier/Schaefer 1999). Dies hat zur Konsequenz, dass das aktuelle Erhebungsprogramm der KJH-Statistik die Jugendsozialarbeit nur zu einem geringen Teil erfasst (vgl. Rauschenbach/Schilling 2000).

Vor dem Hintergrund dieser Schwierigkeiten einer statistischen Erfassung konzentrieren sich die Analysen in diesem Kapitel auf die Dokumentation des Engagements der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen in Sachen Jugendsozialarbeit auf der Grundlage von Daten des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder. Weiterhin finden Daten der Arbeitsverwaltung zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen Eingang in den Berichtsteil zur Jugendsozialarbeit.

## **Datenhalter**

Ministerium für Schule, Jugend und Kinder Nordrhein-Westfalen

Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit

## **Datenquelle**

Ausgabenpositionen des Landesjugendplans des Landes Nordrhein-Westfalen

Berufsberatungsstatistik des Landes Nordrhein-Westfalen

#### Literatur

Faltermeier, J.: Jugendsozialarbeit, in: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.), Fachlexikon der sozialen Arbeit, 4. Aufl., Frankfurt a.M. 1997, S. 530.

Fieseler, G./Schleicher, H. (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilferecht GK SGB VIII. Gemeinschaftskommentar zum SGB VIII. Ergänzungslieferung, Aktualisierung 16, Neuwied 2004.

Fülbier, P./Schäfer, H.-P.: Umsetzung des § 13 KJHG auf kommunaler Ebene, in: Neue Praxis, 29. Jg., 1999, Heft 5, S. 500-507.

[MFJFG] Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Kinder und Jugendliche an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Chancen, Risiken und Herausforderungen. 7. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1999.

Schilling, M./Rauschenbach, Th.: Jugendsozialarbeit im Spiegel der Statistik, in: P. Füllbier, R. Münchmeier (Hrsg.), Handbuch Jugendsozialarbeit, Münster 2000, S. 1049-1069.

# 11. Tageseinrichtungen für Kinder

Das Kapitel beinhaltet eine Aufbereitung von Daten zum Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder, die im Rahmen des jährlichen Meldeverfahrens bei den Landesjugendämtern Rheinland und Westfalen-Lippe erhoben und seitens des SPI in Nordrhein-Westfalen ausgewertet werden. Darüber hinaus dokumentieren die Datenbestände Veränderungen bei den finanziellen Aufwendungen sowie bei den in den Tageseinrichtungen für Kinder tätigen Personen. Das heißt beispielsweise:

- Das Arbeitsfeld der Tageseinrichtungen für Kinder ist in Nordrhein-Westfalen das größte im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe.
- Seit Anfang der 1990er-Jahre zeigt sich ein deutliches Wachstum bei den Platzzahlen mit der Konsequenz, dass im Bereich der Betreuung der 3- bis 6-Jährigen der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz seit Jahren eingelöst ist.
- Bei der Betreuung der unter 3-Jährigen ist man in Nordrhein-Westfalen darum bemüht, den Vorteil der altersgemischten Gruppe für Kleinkinder zu nutzen.
- Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren werden in Hortgruppen oder altersgemischten Gruppen betreut.
- Das Qualifikationsspektrum des Personals in den Tageseinrichtungen weist zwischen Erst- und Zweitkräften große Unterschiede auf.

## 11.1 Ausgaben-, Einrichtungs- und Platzzahlen

## Kommentierung

Die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt sowie in Nordrhein-Westfalen wird zu einem wesentlichen Teil geprägt durch die institutionelle Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern. Die Strukturdaten zu den Arbeitsfeldern haben in diesem Zusammenhang verdeutlicht, dass 2002 knapp 62% der Einrichtungen in der Jugendhilfe Tageseinrichtungen für Kinder sind sowie zwei von drei Beschäftigten in der Jugendhilfe in Kindertageseinrichtungen tätig sind (vgl. Kapitel 8). Das Wachstum der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt ist in Nordrhein-Westfalen genauso wie in der Bundesrepublik insgesamt zu einem erheblichen Anteil auf die Entwicklungen in diesem größten Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe zurückzuführen.

Seit Anfang der 1990er-Jahre hat sich die Anzahl der Einrichtungen, der Plätze sowie der tätigen Personen in diesem Bereich kontinuierlich erhöht (vgl. Tabelle 11-1). Wurden 1993 in knapp 7.700 Einrichtungen ca. 470.000 Plätze und 54.000 Beschäftigte gezählt, so sind es 2002 in knapp 9.700 Einrichtungen mehr als 600.000 Plätze und etwa 73.000 tätige Personen im Jahre 2001.

Blickt man auf ausgewählte Strukturwerte für die Tageseinrichtungen für Kinder, so ist folgendes zu konstatieren (vgl. Tabelle 11-1):

- (a) Über den hier dokumentierten Zeitraum von 1993 bis 2001 ist die Anzahl der Plätze pro tätiger Person in den Einrichtungen mit leichten Schwankungen relativ konstant bei 8,3 geblieben.
- (b) Im ann\u00e4hernd gleichen Zeitraum stellt sich die Relation Personal pro Einrichtung vergleichsweise konstant dar. Zwischen 1994 und 2001 werden j\u00e4hrlich 7,5 bis 7,8 t\u00e4tige Personen pro Einrichtung statistisch ermittelt.
- (c) Das Verhältnis von Plätzen pro Einrichtung weist zumindest bis 1997 auf größere Einrichtungen hin. Ende der 1990er-Jahre und Anfang dieser Dekade hat sich dieser Trend jedoch umgekehrt. Wurden 1997 pro Einrichtung im Schnitt nicht ganz 64 Plätze gezählt, so sind es 2002 weniger als 63 Plätze. Gleichwohl werden damit zuletzt immer noch mehr Plätze pro Einrichtung gezählt als noch zu Anfang der 1990er-Jahre.

Die Entwicklungen bei den Tageseinrichtungen für Kinder

<sup>1</sup> Die Daten zum Personal für das Jahr 2002 konnten aufgrund von Unstimmigkeiten im Datensatz vom SPI noch nicht ausgewertet werden. Es ist allerdings die Tendenz zu erkennen, dass sich im Personalvolumen kaum Veränderungen ergeben haben. Die Auswertung der Angaben zu den Einrichtungen und Plätzen war fehlerfrei.

Tabelle 11-1: Entwicklung von Einrichtungen, Plätzen und tätigen Personen im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder in Nordrhein-Westfalen; 1993 bis 2002

	Personal	Einrich- tungen	Plätze	Plätze pro Personal	Personal pro Einrichtung	Plätze pro Einrichtung
1993	54.064	7.662	472.872	8,7	7,1	61,7
1994	61.018	8.164	506.050	8,3	7,5	62,0
1995	63.489	8.457	526.579	8,3	7,5	62,3
1996	67.283	8.793	558.249	8,3	7,7	63,5
1997	70.841	9.093	580.933	8,2	7,8	63,9
1998	70.757	9.272	591.279	8,4	7,6	63,8
1999	71.551	9.357	594.461	8,3	7,6	63,5
2000	71.165	9.480	599.310	8,4	7,5	63,2
2001	72.998	9.631	605.613	8,3	7,6	62,9
2002	/ <sup>1</sup>	9.743	610.617	/	/	62,7

<sup>1</sup> Die Daten zum Personal für das Jahr 2002 konnten auf Grund von Unstimmigkeiten im Datensatz noch nicht ausgewertet werden.

Quelle: Landesjugendämter/Meldebögen für Tageseinrichtungen für Kinder, Zusammenstellung: Sozialpädagogisches Institut NRW (SPI) Köln; eigene Berechnungen

Platzangebot in Tageseinrichtungen für Kinder Wie gesehen, ist insgesamt das Platzvolumen in den Tageseinrichtungen für Kinder in Nordrhein-Westfalen gestiegen. Diese Entwicklung gilt allerdings nicht für alle Altersgruppen in gleichem Maße. So ist dieser expansive Trend zwar für alle Altersgruppen nachzuvollziehen, doch zeigen sich erhebliche Unterschiede in Bezug auf die Höhe des Anstiegs der Plätze in den einzelnen Betreuungsformen (vgl. Tabelle 11-2). Die deutlichste Zunahme ist vor dem Hintergrund des Auftrags des Bundesgesetzgebers zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz für das Platzangebot der 3-

Tabelle 11-2: Entwicklung der Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder nach den Altersgruppen der Kinder in Nordrhein-Westfalen; 1992 bis 2002

	Anzahl der Plätze für			Versorgungsquote (in %)			
	unter 3-Jährige	3- bis unter 6-Jährige	6- bis unter 15-Jährige	unter 3-Jährige	3- bis unter 6-Jährige	6- bis unter 15-Jährige	
1992	5.242	428.972	29.920	0,9	72,0	2,0	
1993	6.263	445.157	30.390	1,1	72,9	2,0	
1994	7.304	467.297	31.593	1,3	76,2	2,0	
1995	7.923	484.556	34.292	1,4	78,8	2,1	
1996	8.513	517.007	35.663	1,5	85,6	2,2	
1997	9.138	537.717	37.090	1,6	91,5	2,2	
1998	9.550	543.215	38.514	1,7	95,4	2,3	
1999	10.072	544.110	40.279	1,8	96,7	2,2	
2000	10.464	545.245	43.601	2,0	96,5	2,4	
2001	10.683	547.851	47.079	2,0	96,8	2,6	
2002	10.713	550.171	49.733	2,1	99,1	2,7	
	Indexer	ntwicklung (199	2 = 100)	Entwicklung der Prozentpunkte			
1992/93	100	100	100	0,2	0,9	0,0	
1993/94	119,5	103,8	101,6	0,2	3,4	0,0	
1994/95	139,3	108,9	105,6	0,1	2,6	0,1	
1995/96	151,1	113,0	114,6	0,1	6,8	0,0	
1996/97	162,4	120,5	119,2	0,1	5,9	0,1	
1997/98	174,3	125,4	124,0	0,1	3,9	0,1	
1998/99	182,2	126,6	128,7	0,1	1,3	-0,1	
1999/00	192,1	126,8	134,6	0,1	-0,2	0,2	
2000/01	199,6	127,1	145,7	0,1	0,3	0,2	
2001/02	203,8	127,7	157,3	0,1	2,3	0,2	
1992/02	204,4	128,3	166,2	1,2	27,1	0,8	
		£ 11 1		Cu. 77: 1	_		

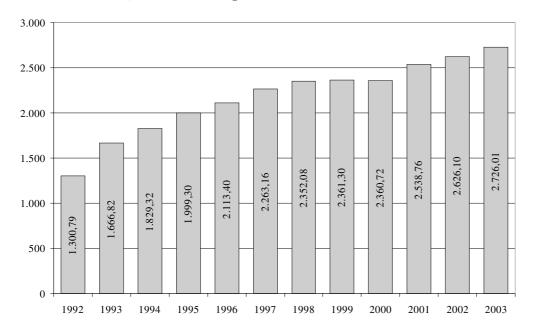
Quelle: Landesjugendämter/Meldebögen für Tageseinrichtungen für Kinder, Zusammenstellung: Sozialpädagogisches Institut NRW (SPI) Köln; eigene Berechnungen bis 6-Jährigen festzustellen. Zwischen 1992 und 2002 hat sich das Platzvolumen für diese Altersgruppe um mehr als 121.000 Plätze erhöht (+28,3%), während für die Altersgruppe der unter 3-Jährigen fast 5.500 Plätze (+104%) und für die der unter 15-jährigen Schulkinder ca. 20.000 (+66,2%) Plätze zusätzlich geschaffen worden sind.

Bereits diese Angaben deuten auf die für Nordrhein-Westfalen und die anderen westlichen Flächenländer typische Struktur des Platzangebotes hin (vgl. zuletzt Fuchs/Schilling 2004). Der überwiegende Anteil der Plätze entfällt auf den Kindergartenbereich, während das Platzangebot für unter 3-Jährige und Schulkinder vergleichsweise gering ist. Bezogen auf die altersentsprechende Bevölkerung heißt dies, dass in Nordrhein-Westfalen 2002 für 2,1% der unter 3-Jährigen, für 2,7% der Schulkinder unter 15 Jahren sowie für 99,1% der Vorschulkinder ein Platz in Tageseinrichtungen für Kinder zur Verfügung steht. Mit dem letztgenannten Wert für den Kindergartenbereich wird für das Land Nordrhein-Westfalen von einer Umsetzung des Rechtsanspruchs ausgegangen (vgl. bereits MFJFG 1999). Mit der Umsetzung des Rechtsanspruchs ist dem Bedeutungszuwachs der institutionellen Kindertagesbetreuung beim Aufwachsen der jungen Generation Rechnung gezollt. Kindertageseinrichtungen, insbesondere Kindergärten, sind somit auch in Nordrhein-Westfalen selbstverständlicher Bestandteil des Aufwachsens von Kindern in öffentlicher Verantwortung (vgl. Deutscher Bundestag 2002, S. 60).

Einhergehend mit der Ausweitung der Einrichtungen, des Personals und der Plätze in Kindertageseinrichtungen, haben sich die finanziellen Aufwendungen kontinuierlich erhöht. So haben zwischen 1992 und 2003 die Ausgaben der öffentlichen Hand für Kindertageseinrichtungen von 1,3 Mrd. EUR bis auf 2,7 Mrd. EUR zugenommen. Dies entspricht einer Verdoppelung des Ausgabenvolumens bzw. einem Anstieg um knapp 110% (vgl. Abbildung 11-1).

Die Ausgabenentwicklung bei den Tageseinrichtungen für Kinder

Abbildung 11-1: Entwicklung der finanziellen Aufwendungen für Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen; 1993 bis 2003 (Angaben in Mio. EUR)

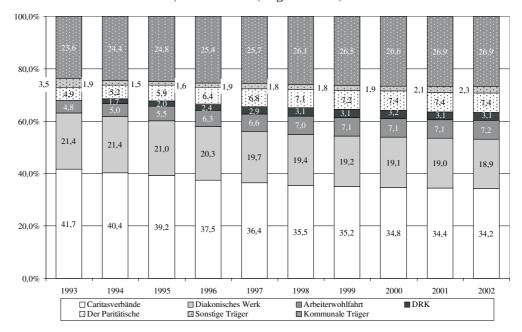


Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Ausgaben und Einnahmen für die Jugendhilfe, verschiedene Jahrgänge; eigene Berechnungen

Die in Nordrhein-Westfalen vorhandenen Plätze in den Tageseinrichtungen für Kinder sind im Jahr 2002 zu über 70% in freier Trägerschaft (vgl. Abbildung 11-2). Vor allem die Caritas mit einem Anteil von gut 34% und die Diakonie mit ca. 19% am Platzvolumen insgesamt haben in diesem Zusammenhang einen maßgeblichen Anteil an der starken Beteiligung von freien Trägern. In diesen Angaben sind auch die Plätze in Trägerschaft der Kirchengemeinden enthalten. Hingegen haben die Arbeiterwohlfahrt, der Paritätische sowie das Deutsche Rote Kreuz oder aber die anderen freien Trägern einen nur geringen Anteil am Gesamtvolumen der Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder. Verfolgt man die Entwicklung des Trägerspektrums seit 1993, so zeigt sich ein geringfügiger Anstieg des Anteils der Plätze in kommunaler Trägerschaft. Auf Seiten der freien Träger wird ferner ein anteiliger Rückgang

Das Trägerspektrum bei den Plätzen in den Tageseinrichtungen für Kinder

Abbildung 11-2: Entwicklung des Trägerspektrums bei den Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder in Nordrhein-Westfalen; 1993 bis 2002 (Angaben in %)



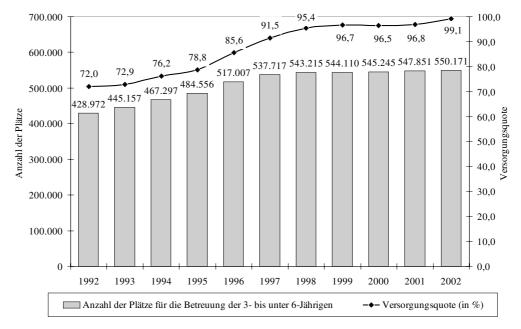
Quelle: Landesjugendämter/Meldebögen für Tageseinrichtungen für Kinder, Zusammenstellung: Sozialpädagogisches Institut NRW (SPI), Köln; eigene Berechnungen

der Plätze bei Caritas und Diakonie sowie eine anteilige Zunahme der Plätze bei Arbeiterwohlfahrt, Deutschem Roten Kreuz und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband deutlich.

Im Jahre 2002 weist die Meldebogenstatistik der Landesjugendämter 550.171 Plätze für den Vorschulbereich aus. Dies entspricht einer Versorgungsquote von 99,1%. Damit kann für Nordrhein-Westfalen von einer Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz ausgegangen werden. Seit Anfang der 1990er-Jahre hat sich somit die Versorgungsquote um knapp 27 Prozentpunkte sowie die Anzahl der Plätze um etwa 121.000 erhöht (vgl. Abbildung 11-3).

Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist umgesetzt

Abbildung 11-3: Entwicklung der Plätze für die 3- bis unter 6-Jährigen in Nordrhein-Westfalen; 1992 bis 2002 (Angaben absolut sowie bezogen auf die 3- bis unter 6-Jährigen insgesamt)



Quelle: Landesjugendämter/Meldebögen für Tageseinrichtungen für Kinder, Zusammenstellung: Sozialpädagogisches Institut NRW (SPI), Köln; eigene Berechnungen

Die Anzahl der Ganztagsplätze für die 3- bis unter 6-Jährigen

Mit dem Ausbau der Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder für die Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen geht ein Anstieg der Ganztagsplätze für diese Altersgruppe einher. Zwischen 1993 und 2002 hat sich deren Anzahl von knapp 71.000 auf mehr als 115.000 Plätze um ca. 62% erhöht. Dies hat zur Konsequenz, dass sich in dem besagten Zeitraum der Anteil der Ganztagsplätze von knapp 16% auf etwa 21% am Gesamtvolumen erhöht hat. Der Großteil der Plätze für die genannte Altersgruppe findet sich im "klassischen" Kindergarten (vgl. Tabelle 11-3). Über 95% aller Plätze finden sich in diesen Einrichtungen. Hingegen ist der Anteil der Plätze sowohl in der kleinen mit rund 2% als auch in der großen altersgemischten Gruppe mit ca. 3% vergleichsweise gering. Gleichwohl ist rückblickend auf die 1990er-Jahre zu beobachten, dass sich der Anteil der Plätze in den altersgemischten Gruppen geringfügig erhöht hat. Das heißt: Trotz diesem sich andeutenden Trend zur Schaffung von flexiblen Angeboten, die angesichts der zu erwartenden demografischen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen zunehmend an Bedeutung gewinnen werden (vgl. Rauschenbach 2000; Rauschenbach/Schilling 2001), dominieren die "klassischen" Kindergärten das Angebot der institutionellen Kindertagesbetreuung nach wie vor.

Tabelle 11-3: Entwicklung der Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren in Nordrhein-Westfalen; 1993 bis 2002

Jahr	Plätze	davon:			darunter:					
	insgesamt	in Kindergarten und Tagesstätte	in altersge- mischten Grup- pen für Kinder bis 6 Jahre	in altersge- mischten Grup- pen für Kinder bis 14 Jahre	Ganztagsplätze					
1993	445.157	431.795	6.632	6.730	70.914					
1994	467.297	451.732	7.828	7.737	73.956					
1995	484.556	467.465	8.540	8.551	80.156					
1996	517.007	498.331	9.309	9.367	88.045					
1997	537.717	517.475	10.013	10.229	94.805					
1998	543.215	521.478	10.532	11.205	99.360					
1999	544.110	520.680	11.048	12.382	105.711					
2000	545.245	521.149	11.346	12.750	109.510					
2001	547.851	522.845	11.532	13.474	112.383					
2002	550.171	524.757	11.561	13.853	115.056					
Indexentwicklung (1993 = 100)										
1993	100	100	100	100	100					
1994	105,0	104,6	118,0	115,0	104,3					
1995	108,9	108,3	128,8	127,1	113,0					
1996	116,1	115,4	140,4	139,2	124,2					
1997	120,8	119,8	151,0	152,0	133,7					
1998	122,0	120,8	158,8	166,5	140,1					
1999	122,2	120,6	166,6	184,0	149,1					
2000	122,5	120,7	171,1	189,5	154,4					
2001	123,1	121,1	173,9	200,2	158,5					
2002	123,6	121,5	174,3	205,8	162,2					
		A	nteile in %							
1993	100	97,0	1,5	1,5	15,9					
1994	100	96,7	1,7	1,7	15,8					
1995	100	96,5	1,8	1,8	16,5					
1996	100	96,4	1,8	1,8	17,0					
1997	100	96,2	1,9	1,9	17,6					
1998	100	96,0	1,9	2,1	18,3					
1999	100	95,7	2,0	2,3	19,4					
2000	100	95,6	2,1	2,3	20,1					
2001	100	95,4	2,1	2,5	20,5					
2002	100	95,4	2,1	2,5	20,9					

Quelle: Landesjugendämter/Meldebögen für Tageseinrichtungen für Kinder, Zusammenstellung: Sozialpädagogisches Institut NRW (SPI), Köln; eigene Berechnungen Institutionelle Kleinkindbetreuung Die Anzahl der Plätze für unter 3-Jährige in Tageseinrichtungen für Kinder hat sich zwischen 1992 und 2002 von knapp 5.200 auf mehr als 10.700 Plätze kontinuierlich erhöht. Dies entspricht einem geringfügigen Anstieg der Versorgungsquote in den letzten Jahren von 0,9% auf nunmehr 2,1% (vgl. Abbildung 11-4). Der Großteil dieser Plätze sind mit ca. 97% Ganztagsplätze zumeist im Rahmen von altersgemischten Gruppen. Insgesamt sind über 95% der Plätze für Kleinkinder in altersgemischten Gruppen vorhanden. Das Platzzahlvolumen für unter 3-Jährige in dieser Gruppenform hat sich zwischen 1993 und 2002 um ca. 71% erhöht (vgl. Tabelle 11-4).

12.000 5,0 10.464 10.683 10.713 4 5 10.072 10.000 9.550 9.138 4,0 8.513 7.923 3,5 8.000 7.304 Anzahl der Plätze 3.0 6 263 6.000 5.242 2,1 2,0 2,0 1.8 2,0 1.7 1.6 1.5 4.000 1.4 1,3 1.5 1.1 0.9 1.0 2.000 0,5 0.0 1992 1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 Anzahl der Plätze für die Betreuung der unter 3-Jährigen -◆- Versorgungsquote (in %)

Abbildung 11-4: Entwicklung des Platzvolumens für die unter 3-Jährigen in Nordrhein-Westfalen; 1992 bis 2002 (Angaben absolut sowie bezogen auf die unter 3-Jährigen insgesamt)

Quelle: Landesjugendämter/Meldebögen für Tageseinrichtungen für Kinder, Zusammenstellung: Sozialpädagogisches Institut NRW (SPI), Köln; eigene Berechnungen

Rückläufig hingegen ist – zumindest bis Ende der 1990er-Jahre – sowohl anteilig als auch absolut die Anzahl der Plätze in Krippeneinrichtungen sowie Krabbelstuben, gleichwohl sich hier für die Jahre 1999 bis 2002 der Rückgang nicht weiter fortsetzt (vgl. Tabelle 11-4). Sieht man hiervon einmal ab, so ist der für die 1990er-Jahre zu beobachtende Trend darauf zurückzuführen, dass Krippen und Krabbelstuben in der Regel nur noch dem Aufbau von altersgemischten Gruppen dienen (vgl. MFJFG 1999). Darüber hinaus wird anhand der Fakten deutlich, dass man in Nordrhein-Westfalen bei den unter 3-Jährigen darum bemüht ist, den Vorteil der altersgemischten Gruppen für Kleinkinder zu nutzen. Nicht weiter berücksichtigt werden in diesem Kontext Betreuungsmöglichkeiten für unter 3-Jährige jenseits der Tageseinrichtungen für Kinder. Insbesondere entsprechende Angebote der Tagespflegen müssen in diesem Zusammenhang genannt werden. Zwar liegen bundesweit erste Abschätzungen zum Volumen der Tagespflege vor (vgl. DJI 2002, S. 152 ff.), speziell für Nordrhein-Westfalen fehlen jedoch entsprechende Berechnungen.

Betreuung von Schulkindern in Tageseinrichtungen Parallel zum Anstieg der Plätze in der Kleinkindbetreuung zeigt sich zwischen 1992 und 2002 eine stetige Zunahme von Plätzen für die Betreuung von unter 15-jährigen Schulkindern. Insgesamt hat sich in dem genannten Zeitraum das Platzvolumen von knapp 30.000 auf fast 50.000 erhöht (vgl. Abbildung 11-5). Die Versorgungsquote bezogen auf die altersentsprechende Bevölkerung ist dabei nur geringfügig von 2,0% auf zuletzt 2,7% angestiegen. Analog zum Bereich der Kleinkindbetreuung zeigt sich auch hier, dass ein überwiegender Anteil der Plätze Ganztagsangebote sind (2002:86%). Allerdings ist dieser Wert nach einem Anstieg zu Beginn der 1990er-Jahre seit Ende der 1990er-Jahre rückläufig (vgl. Tabelle 11-5).

Im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe erfolgt die Betreuung von Schulkindern in Hortgruppen sowie in altersgemischten Gruppen. Das Platzvolumen in beiden Betreuungssettings hat sich seit 1993 erhöht, obgleich im Rahmen des Ressourcenausbaus der Anteil der Plätze in den altersgemischten Gruppen von 22% auf zuletzt knapp 28% gestiegen ist, während der in Hortgruppen sich von knapp

Tabelle 11-4: Entwicklung der Platzzahlen für die unter 3-Jährigen nach Gruppenarten in Nordrhein-Westfalen; 1993-2002

	Insgesamt	davon:			darunter:
		in Krippen	in Krabbelstu- ben	in altersgemisch- ten Gruppen	Ganztagsplätze
1993	6.263	36	424	5.803	6.001
1994	7.304	36	418	6.850	7.253
1995	7.923	48	402	7.473	7.594
1996	8.513	30	337	8.146	8.409
1997	9.138	24	353	8.761	8.998
1998	9.550	18	318	9.214	9.398
1999	10.072	18	342	9.712	9.762
2000	10.464	18	370	10.076	9.999
2001	10.683	18	367	10.298	10.150
2002	10.713	18	317	10.377	10.078
		Indexen	twicklung (1993 = 1	00)	
1993	100	100	100	100	100
1994	116,6	100,0	98,6	118,0	120,9
1995	126,5	133,3	94,8	128,8	126,5
1996	135,9	83,3	79,5	140,4	140,1
1997	145,9	66,7	83,3	151,0	149,9
1998	152,5	50,0	75,0	158,8	156,6
1999	160,8	50,0	80,7	167,4	162,7
2000	167,1	50,0	87,3	173,6	166,6
2001	170,6	50,0	86,6	177,5	169,1
2002	171,1	50,0	74,8	178,8	167,9
			Anteile in %		
1993	100	0,6	6,8	92,7	95,8
1994	100	0,5	5,7	93,8	99,3
1995	100	0,6	5,1	94,3	95,8
1996	100	0,4	4,0	95,7	98,8
1997	100	0,3	3,9	95,9	98,5
1998	100	0,2	3,3	96,5	98,4
1999	100	0,2	3,4	96,4	96,9
2000	100	0,2	3,5	96,3	95,6
2001	100	0,2	3,4	96,4	95,0
2002	100	0,2	3,0	96,9	94,1

Quelle: Landesjugendämter/Meldebögen für Tageseinrichtungen für Kinder, Zusammenstellung: Sozialpädagogisches Institut NRW (SPI), Köln; eigene Berechnungen

78% auf gut 71% reduziert hat (vgl. Tabelle 11-5). Allerdings ist speziell bei der Betreuung von Schulkindern zu berücksichtigen, dass nicht nur die Jugendhilfe dementsprechende Konzepte anbietet. Darüber hinaus sind zusätzliche Plätze in Schulkinderhäusern, in Jugendfreizeitstätten (Hort in der Jugendfreizeitstätte) und anderen flexiblen Angeboten genauso vorhanden (vgl. MFJFG 1999) wie insbesondere in den zurzeit ausgebauten Kapazitäten der offenen Ganztagsgrundschule. In Anbetracht dieser zusätzlichen Angebote der Schulkinderbetreuung ist von einer höheren Versorgungsquote für die 6- bis unter 15-Jährigen in Nordrhein-Westfalen auszugehen.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt der pädagogischen Weiterentwicklung in Kindertageseinrichtungen stellt – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der PISA-Ergebnisse – die Sprachförderung dar. Diese ist insbesondere für die Gruppe der Kinder mit Migrationshintergrund relevant. Betrachtet man die quantitative Entwicklung der Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen wird deutlich, dass sich deren Anteil seit Beginn der 1990er-Jahre erhöht hat (vgl. Tabelle 11-6). Während der Anteil ausländischer Kinder in Tageseinrichtungen 1991 noch unterrepräsentiert war, liegt er heute 3 Prozentpunkte über ihrem Anteil an der altersentsprechenden Bevölkerung (vgl. ISA 2004, S. 34). Gleichwohl muss dieser Befund dahingehend relativieren, dass diese Entwicklung seit dem Jahre 2000 auch durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts beeinflusst wird.

Kinder mit Migrationshintergrund in Tageseinrichtungen für Kinder

Tabelle 11-5: Entwicklung der Platzzahlen für Schulkinder nach Gruppenarten in Nordrhein-Westfalen; 1993-2002

	Insgesamt	davon:		darunter:
		in Hortgruppen	in altersgemischten Gruppen	Ganztagsplätze
1993	30.390	23.660	6.730	28.050
1994	31.593	23.856	7.737	30.408
1995	34.292	25.741	8.551	32.703
1996	35.663	26.296	9.367	34.600
1997	37.090	26.861	10.229	35.803
1998	38.514	27.309	11.205	37.401
1999	40.279	27.922	12.357	39.314
2000	43.601	30.865	12.736	40.590
2001	47.079	33.642	13.437	41.739
2002	49.733	35.921	13.812	42.778
		Indexentwicklung (1	1993 = 100)	
1993	100	100	100	100
1994	104,0	100,8	115,0	108,4
1995	112,8	108,8	127,1	116,6
1996	117,4	111,1	139,2	123,4
1997	122,0	113,5	152,0	127,6
1998	126,7	115,4	166,5	133,3
1999	132,5	118,0	183,6	140,2
2000	143,5	130,5	189,2	144,7
2001	154,9	142,2	199,7	148,8
2002	163,6	151,8	205,2	152,5
		Anteile in	%	
1993	100	77,9	22,1	92,3
1994	100	75,5	24,5	96,2
1995	100	75,1	24,9	95,4
1996	100	73,7	26,3	97,0
1997	100	72,4	27,6	96,5
1998	100	70,9	29,1	97,1
1999	100	69,3	30,7	97,6
2000	100	70,8	29,2	93,1
2001	100	71,5	28,5	88,7
2002	100	72,2	27,8	86,0

Quelle: Landesjugendämter/Meldebögen für Tageseinrichtungen für Kinder, Zusammenstellung: Sozialpädagogisches Institut NRW (SPI), Köln; eigene Berechnungen

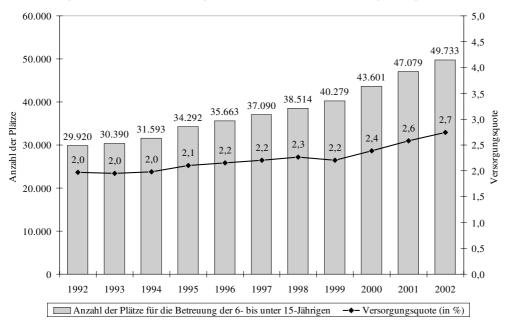
Tabelle 11-6: Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen; 1991 bis 2002

	1991	1999	2000*	2001	2002
Kinder mit Migrationshintergrund in Tageseinrichtungen insgesamt	49.863	94.150	93.367	98.882	100.702
davon im Alter von					
unter 3 Jahren	403	1.209	1.155	1.124	1.105
3 bis unter 6 Jahren	42.813	83.212	81.844	86.088	87.239
6 bis unter 15 Jahren	6.647	9.729	10.368	11.670	12.358
Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in Tageseinrichtungen	10,9%	15,8%	15,6%	16,3%	16,5%
Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund an der altersentsprechenden Bevölkerung (0 < 15 J.)	15,1%	15,3%	14,2%	13,3%	12,7%

<sup>\*</sup> Ab 2000 wird die Zuordnung nach Nationalität durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts beeinflusst.

Quelle: Landesjugendämter/Meldebögen für Tageseinrichtungen für Kinder, Zusammenstellung: Sozialpädagogisches Institut NRW (SPI), Köln; Darstellung vgl. ISA 2004, S. 34

Abbildung 11-5: Entwicklung des Platzvolumens für Schulkinder in Nordrhein-Westfalen; 1992 bis 2002 (Angaben absolut sowie bezogen auf die 6- bis unter 15-Jährigen insgesamt)



Quelle: Landesjugendämter/Meldebögen für Tageseinrichtungen für Kinder, Zusammenstellung: Sozialpädagogisches Institut NRW (SPI), Köln; eigene Berechnungen

#### 11.2 Das Personal

Einhergehend mit dem Ausbau der Tageseinrichtungen für Kinder als soziale Dienstleistung für Familien und Kinder hat sich auch die Anzahl der Beschäftigten in den Tageseinrichtungen für Kinder erhöht. Zwischen 1993 und 2002 ist das Personalvolumen in Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich von rund 54.000 auf etwa 78.500 Beschäftigte gestiegen (vgl. Tabelle 11-7). Von 1993 bis 2001 ist ein kontinuierlicher Anstieg des Personalvolumens von ca. 35% festzustellen. Die Daten für das Jahr 2002 konnten aufgrund von Unstimmigkeiten im Datensatz noch nicht ausgewertet werden.

Die Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen

Dieser in den vergangenen Jahren insgesamt stark angestiegene Personalbestand setzt sich im Jahre 2002 zu gut 65% aus Erziehern und Erzieherinnen zusammen. Rund 14% verfügen über die Qualifikation eines Kinderpflegers oder einer Kinderpflegerin, ca. 10% können keine einschlägige Berufsausbildung nachweisen, 8,7% der pädagogisch Tätigen haben einen Praktikantinnen- bzw. Praktikantenstatus im Rahmen des Anerkennungsjahres bzw. eines Vorpraktikums und nur knapp 2% der Beschäftigten haben eine akademische, sozialpädagogische Ausbildung absolviert. Rückblickend hat sich in den vergangenen Jahren vor allem der Anteil der Kinderpfleger und Kinderpflegerinnen sowie der Anteil der Erzieher und Erzieherinnen im Anerkennungsjahr erhöht. Dies könnte das Resultat einer nunmehr seit über zehn Jahren gültigen Vereinbarung über Eignungsvoraussetzungen der in Tageseinrichtungen für Kinder tätigen Kräfte aus dem Jahre 1992 sein, die festlegt, dass als Zweit- bzw. Ergänzungskräfte in der Gruppenerziehung ein Kinderpfleger oder eine Kinderpflegerin oder andere Personen, die nach Qualifikation und Eignung dazu in der Lage sind, eingesetzt werden können (vgl. dazu Rauschenbach 1993). Seit dem Ende der 1990er-Jahre jedoch scheint dieser Trend gebrochen zu sein. Weder die Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger noch die Erzieherinnen und Erzieher im Anerkennungsjahr haben seither quantitativ an Bedeutung gewonnen (vgl. Tabelle 11-7).

Eine andere Datenquelle zur statistischen Abbildung des Personals in Tageseinrichtungen für Kinder in Nordrhein-Westfalen ist die Statistik zu den Einrichtungen und tätigen Personen im Rahmen des Erhebungsprogramms der KJH-Statistik . Vergleicht man die Angaben dieser beiden Erhebungen aus dem Jahre 2001 bzw. 2002, so weist die Meldebogenstatistik einen Personalstand von 72.998 Personen aus, während die Einrichtungs- und Personalstatistik zum 31.12.2002 75.747 Beschäftigte zählt. Vor dem Hintergrund dieser nur geringen Differenzen sollen nachfolgend die Angaben der Einrichtungs- und Personalstatistik genutzt werden, um Strukturen des beschäftigten Personals in Tageseinrichtungen für Kinder genauer zu analysieren.

Meldebogenstatistik und KJH-Statistik

Tabelle 11-7: Entwicklung des pädagogischen Personals in Tageseinrichtungen für Kinder in Nordrhein-Westfalen; 1993-2001<sup>1</sup>

2001									
	Insgesamt	Erzie- her/-innen	Kin- derpfle- ger/-innen	Sozialpäd- agogen/-in- nen	Kinder- kranken- schwes- tern/-pfle- ger	Erzie- her/-innen im Aner- kennungs- jahr	Sozial- päd./-arb. im Anerk jahr	Vorprakti- kanten/ -innen	Andere Ausbil- dung und ohne Aus- bildung
1993	54.064	33.018	7.059	1.034	346	3.067	115	3.339	6.086
1994	61.018	36.662	7.783	1.151	377	3.612	184	4.019	7.230
1995	63.489	38.283	8.511	1.144	356	3.819	178	4.221	6.977
1996	67.283	40.643	9.333	1.275	330	4.297	104	4.065	7.236
1997	70.841	42.666	9.853	1.375	330	4.537	104	4.642	7.334
1998	70.757	43.037	9.950	1.373	314	4.657	93	4.148	7.185
1999	71.551	44.742	10.168	1.332	324	4.774	90	3.100	7.021
2000	71.165	45.294	10.029	1.321	317	4.477	79	2.700	6.948
2001	72.998	47.656	10.426	1.339	297	4.132	83	1.919	7.146
Indexentwicklung (1993 = 100)									
1993	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1994	112,9	111,0	110,3	111,3	109,0	117,8	160,0	120,4	118,8
1995	117,4	115,9	120,6	110,6	102,9	124,5	154,8	126,4	114,6
1996	124,5	123,1	132,2	123,3	95,4	140,1	90,4	121,7	118,9
1997	131,0	129,2	139,6	133,0	95,4	147,9	90,4	139,0	120,5
1998	130,9	130,3	141,0	132,8	90,8	151,8	80,9	124,2	118,1
1999	132,3	135,5	144,0	128,8	93,6	155,7	78,3	92,8	115,4
2000	131,6	137,2	142,1	127,8	91,6	146,0	68,7	80,9	114,2
2001	135,0	144,3	147,7	129,5	85,8	134,7	72,2	57,5	117,4
				Ant	eile in %				
1993	100	61,1	13,1	1,9	0,6	5,7	0,2	6,2	11,3
1994	100	60,1	12,8	1,9	0,6	5,9	0,3	6,6	11,8
1995	100	60,3	13,4	1,8	0,6	6,0	0,3	6,6	11,0
1996	100	60,4	13,9	1,9	0,5	6,4	0,2	6,0	10,8
1997	100	60,2	13,9	1,9	0,5	6,4	0,1	6,6	10,4
1998	100	60,8	14,1	1,9	0,4	6,6	0,1	5,9	10,2
1999	100	62,5	14,2	1,9	0,5	6,7	0,1	4,3	9,8
2000	100	63,6	14,1	1,9	0,4	6,3	0,1	3,8	9,8
2001	100	65,3	14,3	1,8	0,4	5,7	0,1	2,6	9,8

<sup>1</sup> Bei der Datenerhebung für das Jahr 2002 kam es bei der Zusammenführung der Daten zu Unstimmingkeiten im Datensatz, die bis zur Drucklegung nicht bereinigt werden konnten. Sobald die Daten abschließend geprüft sind, werden diese in der Internetfassung des Datenreports eingestellt.

Quelle: Landesjugendämter/Meldebögen für Tageseinrichtungen für Kinder, Zusammenstellung: Sozialpädagogisches Institut NRW (SPI) Köln; eigene Berechnungen

Das Personal in Tageseinrichtungen für Kinder im Spiegel der KJH-Statistik

tistik 75.747 Personen beschäftigt. Umgerechnet auf Vollzeitstellen entspricht dies einem Stellenvolumen von 65.266 Personen. Wie nicht anders zu erwarten, ist der Bereich der Kindergartenerziehung mit mehr als 49.540 Beschäftigten der zahlenmäßig am stärksten vertretene in Tageseinrichtungen für Kinder. In großem Abstand folgen die Beschäftigten in altersgemischten Gruppen sowie die Leitungskräfte mit rund 10.600 bzw. 6.450 Personen (vgl. Tabelle 11-8).

Insgesamt sind in Tageseinrichtungen für Kinder im Jahre 2002 in Nordrhein-Westfalen laut KJH-Sta-

Alter und Geschlecht der Beschäftigten Traditionell sind Tageseinrichtungen für Kinder Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe, in dem vor allem Frauen beschäftigt sind (vgl. dazu Rauschenbach/Beher/Knauer 1996, S. 72 ff.). Dies zeigt sich auch für Nordrhein-Westfalen anhand der aktuellen Ergebnisse. Rund 97% der tätigen Personen sind Frauen. Dieser hohe Anteil bestätigt sich insbesondere für die pädagogischen Tätigkeitsbereiche der frühkindlichen Erziehung, der Kindergartenerziehung sowie der Arbeit in altersgemischten Gruppen (vgl. Tabelle 11-8). Darüber hinaus ist auch das Leitungspersonal in Kindertageseinrichtungen zu 96% weiblich. Etwas geringer hingegen ist der Anteil der weiblichen Beschäftigten in der Horterziehung und der Betreuung von behinderten Kindern. Das Altersspektrum des pädagogischen Personals in der Gruppenerziehung weist unabhängig von der Adressatengruppe einige Parallelen auf. So ist bei den Beschäftigten in der Gruppenerziehung sowie der Betreuung von behinderten Kindern ca. jede(r)

Tabelle 11-8: Ausgewählte Strukturmerkmale zum Personal in der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen; 2002

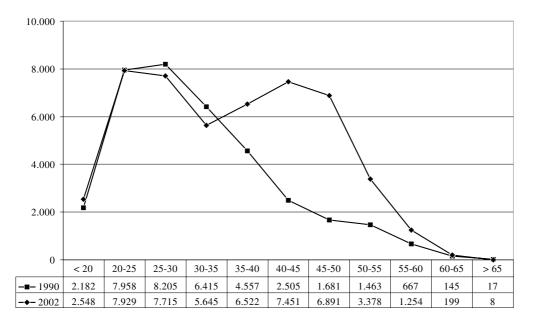
	Insgesamt	Frühkind- liche Er- ziehung	Kinder- gartener- ziehung	Horterzie- hung	Erziehung in alters- gemisch- ten Grup- pen	Betreuung behinder- ter Kin- der/Ju- gendlicher	Leitung	Verwal- tung	Wirt- schaftl techni- scher Be- reich
Personal abs.	75.747	253	49.540	3.386	10.622	2.721	6.453	86	2.686
In VZÄ*	65.266	222	42.650	3.078	9.570	2.057	6.283	41	1.365
Angaben in %									
Frauen	97,2	98,4	98,4	91,8	97,0	92,6	96,0	90,7	89,5
Männer	2,8	1,6	1,6	8,2	3,0	7,4	4,0	9,3	10,5
Unter 25 J.	18,9	13,8	21,1	18,9	21,7	18,6	0,5	12,8	13,0
25 bis 40 J.	40,1	44,3	40,1	49,4	47,0	45,6	26,2	18,6	27,7
40 bis 60 J.	40,3	41,1	38,3	31,4	31,1	35,5	71,9	62,8	52,7
Über 60 J.	0,7	0,8	0,4	0,3	0,3	0,3	1,5	5,8	6,6
Verberufl. <sup>1</sup>	88,3	92,9	87,8	92,1	90,3	94,0	99,8	91,9	51,4
O. Ausbil.	4,9	4,3	4,3	1,2	2,6	3,0	0,1	2,3	43,3
Verfachl. <sup>2</sup>	81,9	85,8	83,3	90,5	86,2	65,0	99,5	10,5	3,3
Erzieher/-in	63,7	59,7	63,2	82,5	69,5	42,0	84,3	4,7	2,0
Akadem. <sup>3</sup>	2,7	2,8	1,5	3,2	1,9	9,0	11,3	2,3	0,3
Profess. <sup>4</sup>	2,5	2,4	1,3	3,1	1,7	7,5	11,2	1,2	0,1

<sup>\*</sup> Die eigenen Berechnungen der Vollzeitäquivalente basieren auf den im Standardtabellenprogramm angegebenen Werten zum wöchentlichen Beschäftigungsumfang.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe, 2002; eigene Berechnungen

Zweite zwischen 25 und 40 Jahre alt, zwischen 25% und 30% der Beschäftigten sind älter als 40 Jahre und zwischen 20% und 25% der tätigen Personen sind jünger als 25 Jahre. Betrachtet man das Altersspektrum des Personals für den Bereich der Kindergartenerziehung genauer, so zeigt sich zwischen 1990 und 2002 eine deutliche Zunahme von älteren Beschäftigten in den Kindertageseinrichtungen (vgl. Abbildung 11-6).

Abbildung 11-6: Entwicklung der Altersstruktur der in der "Kindergartenerziehung" tätigen Personen in Nordrhein-Westfalen; 1990 und 2002 (Abgaben absolut für ausgewählte Altersgruppen in Jahren)



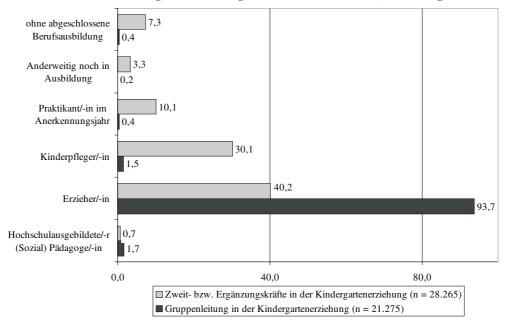
Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe, 1990 und 2002

<sup>1, 2, 3, 4:</sup> Vgl. zu den hier verwendeten Kategorien zur Darstellung des formalen Qualifikationsniveaus der Beschäftigten in Tageseinrichtungen für Kinder in Nordrhein-Westfalen die entsprechenden Erläuterungen in Tabelle 9-2.

Generell bestätigt sich der Trend der Zunahme von Beschäftigten in der Kindergartenerziehung für die einzelnen Altersgruppen bis zum 60. Lebensjahr. Allerdings unterscheidet sich das Steigerungsniveau in den einzelnen Altersklassen deutlich voneinander. So ist der Anstieg der jüngeren Beschäftigten zwischen 1990 und 2002 weitaus geringer als vor allem bei den 35- bis 50-Jährigen. Diese Entwicklungen weisen darauf hin, dass im Rahmen der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz nicht ausschließlich neu ausgebildetes, jüngeres Personal in Einrichtungen eingestellt wurde. Vielmehr zeigt der starke Anstieg gerade der älteren Beschäftigten in den Tageseinrichtungen für Kinder nicht nur eine voraussichtlich längere Verweildauer der Beschäftigten (vgl. dazu auch Beher/Hoffmann/ Rauschenbach 1999, S. 41 f.), sondern deutet auch auf Neu- bzw. Wiedereinstellungen von älteren Personen hin.

Qualifikationsprofil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Das Qualifikationsprofil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im pädagogischen Gruppendienst wird dominiert von sozialpädagogisch ausgebildeten Fachkräften, wobei die Erzieherinnen und Erzieher die am stärksten vertretene Berufsgruppe sind (vgl. Tabelle 11-7). Traditionell haben demgegenüber hochschulausgebildete (Sozial-)Pädagoginnen und (Sozial-)Pädagogen sowie andere Personen mit einem akademischen Abschluss nur eine randständige Bedeutung (vgl. dazu Beher 2001; Schilling u.a. 2004). Eine gerade für die Situation in Nordrhein-Westfalen relevante Fragestellung ist die nach den Unterschieden im Qualifikationsprofil von Erst- und Zweitkräften im Gruppendienst (vgl. dazu Rauschenbach 1994). Zum 31.12.1998 lieferte die Erhebung zu den Einrichtungen und tätigen Personen hierüber erstmalig amtliche Daten. Insgesamt werden zum 31.12.2002 in der Kindergartenerziehung in Nordrhein-Westfalen 49.540 Beschäftigte gezählt. Von diesen arbeiten 21.275 als Gruppenleitung (42,9%) sowie 28.265 als Zweit- bzw. Ergänzungskräfte (57,1%). Innerhalb dieser beiden Beschäftigtengruppen zeigen sich allerdings unterschiedliche Qualifikationsprofile (vgl. Abbildung 11-7).

Abbildung 11-7: Gegenüberstellung des Anteils ausgewählter Berufsgruppen von Erst- und Zweitkräften in der 'Kindergartenerziehung' in Nordrhein-Westfalen; 2002 (Angaben in %)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe, 2002; eigene Berechnungen

So sind knapp 94% der als Gruppenleitung tätigen Personen in der Kindergartenerziehung staatlich anerkannte Erzieherinnen bzw. Erzieher. Darüber hinaus sind mit jeweils 1,7% bzw. 1,5% die hochschulausgebildeten (Sozial-)Pädagoginnen und (Sozial-)Pädagogen sowie die Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger Randgruppen in diesem Tätigkeitsfeld. Die Zweit- bzw. Ergänzungskräfte hingegen haben ein geringeres formales Qualifikationsniveau. Hier verfügen lediglich rund 40% der tätigen Personen über eine Ausbildung als staatlich anerkannte Erzieher. Ein ebenfalls hoher Anteil entfällt mit knapp 30% auf die formal niedrigere Ausbildung als Kinderpflegerin bzw. Kinderpfleger. Darüber hinaus sind Zweit- und Ergänzungskräfte zu einem Anteil von über 10% Praktikantinnen und Praktikanten im Anerkennungsjahr, zu über 3% noch in der Ausbildung sowie zu immerhin über 7% ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung. Das heißt, die Träger

der Jugendhilfe haben im Rahmen eines vor dem Hintergrund der Umsetzungsverpflichtung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz zunehmenden Personalbedarfs von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, als Zweitkräfte auch geringer qualifiziertes Personal und somit auch weniger kostenintensiveres Personal zu beschäftigen (vgl. Rauschenbach 1993).

Ein zentrales Phänomen innerhalb der Beschäftigungsverhältnisse besteht darin, dass die Anzahl der Teilzeitkräfte kontinuierlich zunimmt. Betrug der Anteil der Teilzeitkräfte Ende 1998 noch 24,3%, so hatte sich dieser Anteil 4 Jahre später bereits auf einen Anteil von 36,6% erhöht. Die Untergliederung nach Wochenarbeitsstunden lässt erkennen, dass insbesondere die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse mit 31 bis 37 Stunden besonders stark zugenommen haben; die Anzahl hat sich verdreifacht und der Prozentanteil ist von 2,3% auf 8,5% gestiegen (vgl. Tabelle 11-9). Zu vermuten ist, dass die eher klassischen Aufteilungen von einer halben, dreiviertel oder ganzen Stelle abgelöst werden, zugunsten eines möglichst zielgenauen Einsatzes der Fachkräfte je nach Anwesenheit der Kinder. Hintergrund ist mit Sicherheit, dass die öffentlichen Zuschüsse für den Betrieb einer Tageseinrichtung mehr und mehr an die reale Belegung/Inanspruchnahme angepasst werden.

Teilzeittätigkeit

Zunahme der

Tabelle 11-9: Personal in Tageseinrichtungen für Kinder (ohne Verwaltung und wirtschaftlichtechnische Tätigkeiten) nach der wöchentlichen Arbeitszeit in Nordrhein-Westfalen; 31.12.1998 und 31.12.2002 (Angaben absolut und in %)

Wochenarbeits-	31.12.1998	31.12.2002	Veränderun	g 1998/2002	Prozentanteile		
stunden von Stunden bis unter Stunden			absolut	in %	31.12.1998	31.12.2002	
unter 19 Std.	1.160	2.601	1.441	124,2	1,6	3,6	
19 Std.	6.155	5.791	-364	-5,9	8,7	7,9	
20 bis 24 Std.	1.485	2.730	1.245	83,8	2,1	3,7	
25 Std.	1.490	1.673	183	12,3	2,1	2,3	
26 bis 29 Std.	2.675	4.368	1.693	63,3	3,8	6,0	
30 Std.	2.633	3.341	708	26,9	3,7	4,6	
31 bis 37 Std.	1.653	6.228	4.575	276,8	2,3	8,5	
38 und mehr Std. <sup>1</sup>	53.728	46.238	-7.490	-13,9	75,7	63,4	

<sup>1</sup> Es ist davon auszugehen, dass der Großteil der Beschäftigten 38,5 Stunden und mehr pro Woche arbeitet.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe, 1998 und 2002; eigene Berechnungen

#### 11.3 Methodische Hinweise

#### Statistische Grundlagen

Der empirischen Beobachtung der Tageseinrichtungen für Kinder kommt schon deswegen eine besondere Bedeutung zu, da es sich um das quantitativ größte Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe handelt, für das bundesweit mehr als 50% der öffentlichen Jugendhilfegelder zur Verfügung gestellt werden (vgl. Schilling 2004). Darüber hinaus handelt es sich aufgrund der familien-, frauen-, gesellschafts- und sozialpolitischen Bedeutung dieses Feldes um unverzichtbare Daten im Rahmen einer Sozialberichterstattung zur Kinder- und Jugendhilfe.

#### **Datenquellen**

Die Datengrundlage zur Analyse von Tageseinrichtungen für Kinder<sup>2</sup> sind zum einen Angaben aus der Meldebogenstatistik zu Tageseinrichtungen für Kinder der Landesjugendämter Rheinland und West-

<sup>2</sup> Tageseinrichtungen für Kinder sind im Sinne des § 1 GTK (Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder) Krippen, Kindergärten, Horte und andere Einrichtungen, in denen sich Kinder für einen Teil des Tages oder ganztags aufhalten. Alternativ für den Begriff der "Tageseinrichtungen für Kinder" wird im nachfolgenden Kapitel auch der Begriff "Kindertageseinrichtung" synonym im Sinne von familienergänzenden, familienunterstützen-

falen Lippe. In diesem Zusammenhang werden jährlich auf der Grundlage der gesetzlichen Meldepflicht (§ 47 SGB VIII) Daten erhoben, die seitens des Sozialpädagogischen Institutes Nordrhein-Westfalen ausgewertet werden.<sup>3</sup> Der Datenbestand umfasst Angaben zu den Einrichtungen, den Plätzen und Kindern, den Gruppen in den Tageseinrichtungen sowie zum beschäftigten Personal. Es liegen darüber hinaus Informationen zum Trägerspektrum, zu den Betreuungsformen sowie zu den Öffnungszeiten vor.

Eine weitere Datenquelle ist die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik, genauer die Teilstatistik zu den Ausgaben und Einnahmen sowie die Teilstatistik zu den Einrichtungen und tätigen Personen in der Kinder- und Jugendhilfe. Letztere beinhaltet die Erfassung von Einrichtungen und den in den Einrichtungen vorhandenen Plätzen nach den verschiedenen Trägern in der Kinder- und Jugendhilfe. Darüber hinaus werden in der Einrichtungs- und Personalstatistik Daten zu den tätigen Personen erfragt. Im Einzelnen werden Angaben zum Geschlecht, dem Alter, dem Beschäftigungsumfang sowie zu der Qualifikation der tätigen Personen erhoben.

#### **Datenhalter**

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Landesjugendämter Rheinland und Westfalen-Lippe

#### **Datenquelle**

Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und Personal in der Kinder- und Jugendhilfe

Meldebögen für Tageseinrichtungen für Kinder

#### Literatur

Beher, K.: Kindertageseinrichtungen im Zwiespalt. Neue Qualität jenseits der Quantität?, in: Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Kinder- und Jugendhilfereport 1. Analysen, Befunde und Perspektiven, Münster 2001, S. 53-72.

Beher, K./Hoffmann, H./Rauschenbach, Th.: Das Berufsbild der ErzieherInnen. Vom fächerorientierten zum tätigkeitsorientierten Ausbildungskonzept, Neuwied 1999.

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Elfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin 2002.

[DJI] Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Zahlenspiegel. Daten zu Tageseinrichtungen für Kinder. Kindertageseinrichtungen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, München 2002.

Fuchs, K./Schilling, M.: Stagnation – die Situation der Tageseinrichtungen für Kinder, in: Kom<sup>Dat</sup> Jugendhilfe, 7. Jg., 2004, Heft 1, S. 3-4.

Hugoth, M.: Kindertageseinrichtungen, in: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.), Fachlexikon der sozialen Arbeit, 5. Aufl., Frankfurt a.M. 2002, S. 543-544.

[ISA] Institut für Soziale Arbeit: Aktuelle Entwicklungen und neue Ansätze in der Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen. Expertise zum 8. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung NRW, Münster 2004.

[MFJFG] Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Kinder und Jugendliche an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Chancen, Risiken, Herausforderungen. 7. Kinderund Jugendbericht der Landesregierung, Düsseldorf 1999.

Rauschenbach, Th.: Sind die sozialen Berufe auf dem Weg zur Deprofessionalisierung? KJHG, Tarife und neue Bedarfslagen im Spiegel sozialpädagogischer Fachlichkeit, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 73. Jg., 1993, Heft 3, S. 99-106.

den sozialpädagogischen Einrichtungen, in denen sich Kinder für einen Teil des Tages oder ganztags aufhalten (vgl. Hugoth 2002), verwendet.

<sup>3</sup> An dieser Stelle bedanken wir uns beim Sozialpädagogischen Institut Nordrhein-Westfalen für die Bereitstellung und Aufbereitung der Daten aus der Meldebogenstatistik der Landesjugendämter in Nordrhein-Westfalen zu den Tageseinrichtungen für Kinder.

- Rauschenbach, Th.: Zur Ausbildung des Personals in Tageseinrichtungen, in: Landesjugendamt Westfalen-Lippe (Hrsg.), Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder GTK NW. Einführung in die Praxis, 2. Aufl., Stuttgart u.a. 1994, S. 202-209.
- Rauschenbach, Th.: Kindertageseinrichtungen im System der sozialen Infrastruktur. Perspektiven pädagogischen Handelns, Vortrag im Rahmen der Tagung "Lebensort Kindertageseinrichtung: Bilden, Erziehen, Fördern" des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen am 03.02.2000 in Münster.
- Rauschenbach, Th./Schilling, M.: Jugendhilfe und Demographie. Über Risiken der Zukunft und Chancen der Prognose, in: Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Kinder- und Jugendhilfereport 1. Analysen, Befunde und Perspektiven, Münster 2001, S. 221-236.
- Rauschenbach, Th./Beher, K./Knauer, D.: Die Erzieherin. Ausbildung und Arbeitsmarkt, 2. Aufl., Weinheim und München 1996.
- Schilling, M.: Kostenexplosion in der Kinder- und Jugendhilfe?, in: Kom<sup>Dat</sup> Jugendhilfe, 1. Jg., 1998, Heft 1, S. 2-3.
- Schilling, M.: Öffentliche Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe zwischen 2001 und 2002 um 5% gestiegen, in: Forum Jugendhilfe, 2004, Heft 1, S. 53-56.
- Schilling, M. u.a.: Kinder- und Jugendhilfe am Turning-Point!? Auswertungen und Analysen zu den Einrichtungs- und Personaldaten, in: Forum Jugendhilfe, 2004, Heft 2, S. 48-52.

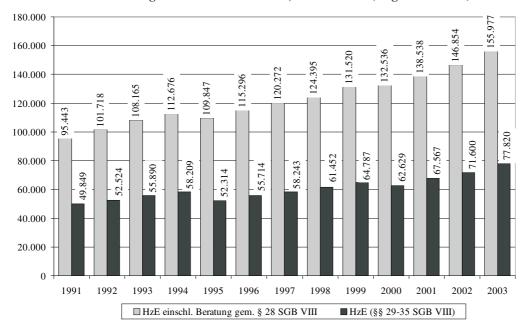
# 12. Hilfen zur Erziehung

# 12.1 Ausgaben- und Fallzahlenentwicklung insgesamt

Das Fallzahlenvolumen zu den Hilfen zur Erziehung ist für Nordrhein-Westfalen mit den Ergebnissen für das Jahr 2003 weiter angestiegen. Insgesamt werden nicht ganz 156.000 Hilfen gem. §§ 28 bis 35 SGB VIII (einschließlich der Hilfen für junge Volljährige gem. § 41 SGB VIII) erfasst (vgl. Abbildung 12-1). Zum Vergleich: Für das Jahr 1991 beläuft sich das Fallzahlenvolumen lediglich auf 95.443 Hilfen. Innerhalb des genannten Zeitraums von zwölf Jahren entspricht dies einem Anstieg von rund 63%. Verstärkt wird dieser Trend in besonderer Weise durch die Entwicklung der letzten Jahre. Seit 2000, dem letzten Jahr einer vollständigen Bestandszählung bei den Hilfen zur Erziehung (vgl. dazu die Anmerkungen zum Erhebungsmodus bei den Hilfen gem. §§ 32 bis 35 SGB VIII in Kap. 12.4), hat sich die Zahl der innerhalb eines Jahres registrierten Hilfen von rund 132.500 auf die besagten 156.000 erhöht (+17,7%).

Expansion der Fallzahlen

Abbildung 12-1: Entwicklung der am 31.12. andauernden und der innerhalb eines Jahres beendeten Hilfen zur Erziehung in Nordrhein-Westfalen; 1991 bis 2003 (Angaben absolut)<sup>1</sup>



1 Die Jahresergebnisse 1991, 1995 und 2000 basieren bezogen auf die Hilfen zur Erziehung gem. §§ 32 bis 35 SGB VIII auf Bestandszählungen und resultieren nicht aus den fehleranfälligen Bestandsfortschreibungen. Vor diesem Hintergrund ist die Datenqualität bezogen auf diese Jahre höher einzuschätzen als für die dazwischen liegenden Erhebungsergebnisse (vgl. ausführlicher Pothmann/Schilling 2002, S. 8 ff.).

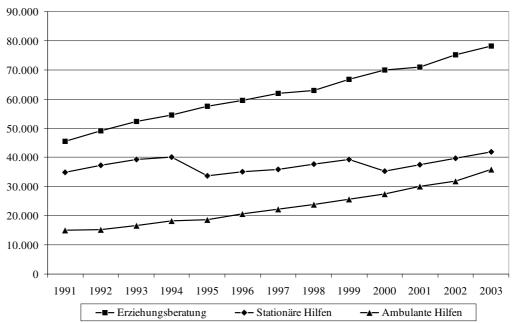
Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Institutionelle Beratung, Betreuung einzelner junger Menschen, sozialpädagogische Familienhilfe, Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Dieser Befund gilt gleichermaßen, lässt man die Erziehungsberatungen bei den Analysen unberücksichtigt (vgl. Abbildung 12-1). Mit rund 77.800 Maßnahmen werden für 2003 ca. 6.200 Hilfen gem. §§ 29 bis 35 SGB VIII mehr ausgewiesen als noch 2002 (+9%). Seit dem Jahr 1991 ist damit die Gesamtzahl dieser Leistungen um knapp 28.000 oder auch rund 56% gestiegen.

Differenziert man diese Entwicklung nach Leistungssegmenten innerhalb des Feldes der Hilfen zur Erziehung, so können zumindest die ambulanten Leistungen, also die eher familienunterstützenden und -ergänzenden Hilfen, von den stationären Maßnahmen, also den eher familienersetzenden Hilfen einschließlich der Vollzeitpflege, unterschieden werden. Hiervon wiederum zu trennen sind Leistungen der Erziehungsberatung. Legt man diese Unterscheidung zu Grunde, so wird deutlich, dass die Ausweitung der Fallzahlen bei den Hilfen zur Erziehung zum größten Teil auf die Erziehungsberatung

und die ambulanten Leistungen zurückzuführen ist (vgl. Abbildung 12-2). Die Entwicklung der stationären Hilfen zeigt sich demgegenüber zumindest für die 1990er-Jahre vergleichsweise stabil, sieht man von den vor allem auf den so genannten "Fortschreibungsfehler" zurückzuführenden Schwankungen ab (vgl. Kap. 12.4 sowie ausführlicher Pothmann/Schilling 2002, S. 8 ff.).

Abbildung 12-2: Entwicklung der am 31.12. andauernden und der innerhalb eines Jahres beendeten Hilfen zur Erziehung nach Leistungssegmenten in Nordrhein-Westfalen; 1991 bis 2003 (Angaben absolut)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Institutionelle Beratung, Betreuung einzelner junger Menschen, sozialpädagogische Familienhilfe, Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Ein Blick auf die Entwicklung nach dem Jahre 2000 bestätigt die Fortsetzung der Ausweitung erzieherischer Hilfen für junge Menschen und deren Familien in Nordrhein-Westfalen. So eindeutig dieser Trend auf den ersten Blick auch ist, so schwierig stellt es sich dar, diesen angemessen zu bewerten. Denn zum einen resultiert diese Entwicklung aus einem fortwährenden Anstieg der ambulanten Hilfen. Zum anderen ist dieser aktuelle Trend trotz 'Fortschreibungsfehler' auf einen auch im Vergleich zu den Vorjahren nicht unerheblichen Anstieg der stationären Hilfen und hier – wie noch zu zeigen sein wird – insbesondere der klassischen Formen der Heimerziehung zurückzuführen (vgl. Kap. 12.4).

Entsprechend der Fallzahlenentwicklung setzt sich für das Jahr 2003 für die Hilfen zur Erziehung der Ausgabenanstieg der letzten Jahre weiter fort. Die finanziellen Aufwendungen belaufen sich in diesem Jahr auf über 1,2 Mrd. EUR (vgl. Abbildung 12-3). Seit dem Jahre 1992 hat sich das Ausgabenvolumen damit von etwa 0,65 Mio. EUR auf etwas mehr als 1,22 Mio. EUR nahezu verdoppelt.

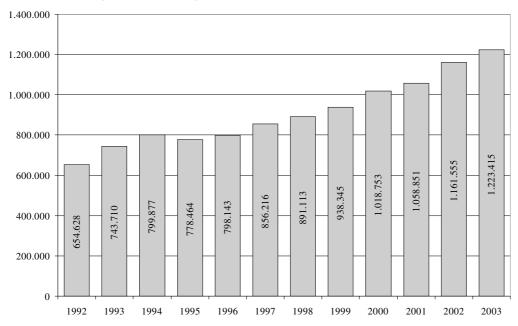
Auf Grund der bisherigen Analysen zu den Fall- und Ausgabenzahlen im Bereich der Hilfen zur Erziehung steht fest, dass nicht lediglich ein oder zwei Gründe für diese Entwicklung verantwortlich sein können. So müssen diese Angaben zumindest in Verbindung gesehen werden mit

- (a) sozioökonomischen Rahmenbedingungen für junge Menschen und deren Familien,
- (b) einsetzenden und sich weiter fortsetzenden demografischen Veränderungen in Form einer Zunahme der über 12- und einem Rückgang der unter 12-Jährigen,
- (c) bestehenden bzw. sich verändernden Wahrnehmungs- und Definitionsprozessen insbesondere bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Sozialen Diensten,
- (d) einem in der letzten Dekade zu beobachtenden Wandel des Leistungsspektrums bei den Hilfen zur Erziehung, aber auch

Ausgabenanstieg

Gründe für den Anstieg der Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung (e) Schwierigkeiten bei der Erfassung und Erhebung der amtlichen Daten sowie einer in diesem Zusammenhang zu beobachtenden offensichtlichen Qualitätsverbesserung der amtlichen Daten in diesem Bereich.<sup>1</sup>

Abbildung 12-3: Öffentliche Ausgaben für Hilfen gem. §§ 27 bis 35 und 41 SGB VIII in Nordrhein-Westfalen (ohne Erziehungsberatung); 1991 bis 2003 (Angaben in 1.000 EUR; ab 1997 einschließlich Ausgaben für Hilfen gem. § 35a SGB VIII)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Ausgaben und Einnahmen für die Jugendhilfe, versch. Jahrgänge

# 12.2 Institutionelle Beratung/Erziehungsberatung

Die Erziehungsberatung nimmt im Katalog der Hilfen zur Erziehung gemäß §§ 27 ff. SGB VIII eine besondere Stellung ein. Zum einen resultiert diese aus dem quantitativ sehr viel höheren Fallzahlenvolumen, das die Erziehungsberatung gegenüber den übrigen erzieherischen Hilfen aufweisen kann. Zur Verdeutlichung: Während die Hilfen zur Erziehung gem. §§ 29 bis 35 SGB VIII im Jahr 2003 in Nordrhein-Westfalen 77.820 Leistungen auf sich vereinigen, wird in der amtlichen Statistik für die Erziehungsberatung im gleichen Jahr ein Fallzahlaufkommen von 78.157 Hilfen verzeichnet (Abbildung 12-1; Tabelle 12-1). Zum anderen setzt sich die Erziehungsberatung neben dem quantitativen Gesichtspunkt auch inhaltlich-konzeptionell von den anderen Hilfen zur Erziehung ab. Auf Grund der Anwendung keines bzw. eines vereinfachten Hilfeplanverfahrens ergibt sich ein anderer Zugangsweg als bei den übrigen erzieherischen Hilfen. Die Ratsuchenden können sich direkt und aus eigener Initiative – ohne Umweg über das Jugendamt – an eine Beratungsstelle wenden.

Seit 1993 verzeichnet die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik für Nordrhein-Westfalen einen deutlichen Anstieg der Maßnahmen im Bereich der Erziehungsberatungen. Die Steigerung beläuft sich auf knapp 50%, oder anders ausgedrückt: Die Fallzahlen in der Erziehungsberatung sind zwischen 1993 und 2003 von 52.275 auf 78.157 Hilfen angestiegen (vgl. Tabelle 1). Relativiert auf die altersentsprechende Bevölkerung bedeutet dies einen Anstieg um 100 Hilfen von 94 auf 194 Maßnahmen pro 10.000 junger Menschen unter 27 Jahren.

Ein eindeutiges Erklärungsmuster für diese deutliche Steigerung des Fallzahlenvolumens lässt sich nicht erkennen. Vielmehr ist hierfür, ähnlich wie bei den ambulanten Hilfen, eine Vielzahl von Faktoren ausschlaggebend. So ist unter anderem die steigende Zahl der vor allem allein erziehenden Mütter

Sonderstellung der Erziehungsberatung

Siehe hierzu auch die Initiative der Landesjugendämter in Kooperation mit dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik sowie Jugendämtern und der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik zur Implementierung eines landesweiten Berichtswesens zu den Hilfen zur Erziehung in Nordrhein-Westfalen, kurz HzE Berichte (vgl. zusammenfassend Pothmann/Overmann 2003).

– seit Anfang der 1990er-Jahre ist deren Zahl nach Auskunft des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik um etwa die Hälfte gestiegen – sowie die allgemeine Verschlechterung der sozioökonomischen Lebensbedingungen und die dadurch steigende Belastung der Familien durch schlechte materielle Voraussetzungen (vgl. z.B. Hundsalz 2001, S. 507 f.) ebenso zu nennen wie der Verlust von individuellen Orientierungen in Erziehungs- und Familienfragen, der bereits im 6. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalens im Jahr 1995 konstatiert wird (vgl. MAGS 1995). Durch Rahmenbedingungen dieser Art stoßen Eltern in der Kindererziehung zunehmend an ihre Grenzen, so dass ein Beratungs- und Hilfsangebot notwendig wird. Zudem kann der steigende Anteil der Erziehungsberatungen auch darauf zurückzuführen sein, dass der niedrigschwellige Zugang der Erziehungsberatungsstellen die Kontaktaufnahme für Hilfebedürftige erleichtert und dies zu einer steigenden Akzeptanz und somit zu steigender Inanspruchnahme führt (vgl. Fendrich/Pothmann 2003).

Tabelle 12-1: Entwicklung der Erziehungsberatung nach Altersgruppen in Nordrhein-Westfalen; 1993 bis 2003 (Angaben zu den innerhalb eines Jahres beendeten Hilfen absolut, in % sowie pro 10.000 der altersentsprechenden Bevölkerung)

ro 10.000	der alterse							
Jahr	Bera- tungen insg.	dv. un- ter 12 Jahre	dv. 12 bis 18 Jahre	dv. 18 Jahre u. älter	Bera- tungen insg.	dv. un- ter 12 Jahre	dv. 12 bis 18 Jahre	dv. 18 Jahre u. älter
1993	52.275	35.020	11.564	5.691	94,4	151,0	108,5	26,4
1994	54.467	36.020	12.835	5.612	99,8	154,4	118,5	27,5
1995	57.533	37.286	14.380	5.867	106,5	158,6	130,5	30,1
1996	59.582	38.996	14.933	5.653	111,4	164,6	133,6	30,4
1997	62.029	40.466	16.099	5.464	116,9	170,1	142,5	30,4
1998	62.943	41.443	16.393	5.107	119,7	175,3	145,1	29,1
1999	66.733	43.993	17.779	4.961	127,1	187,5	153,7	28,4
2000	69.907	45.622	19.420	4.865	171,2	197,1	164,9	27,7
2001	70.971	45.852	20.126	4.993	134,9	200,6	167,4	28,1
2002	75.254	48.451	21.739	5.064	185,3	216,2	176,2	28,2
2003	78.157	49.474	23.409	5.274	193,7	225,3	186,6	29,2
		Jährliche E vischen u			Jährliche Entwicklung zwischen und (in %)			
93/94	2.192	1.000	1.271	-79	4,2	2,9	11,0	-1,4
94/95	3.066	1.266	1.545	255	5,6	3,5	12,0	4,5
95/96	2.049	1.710	553	-214	3,6	4,6	3,8	-3,6
96/97	2.447	1.470	1.166	-189	4,1	3,8	7,8	-3,3
97/98	914	977	294	-357	1,5	2,4	1,8	-6,5
98/99	3.790	2.550	1.386	-146	6,0	6,2	8,5	-2,9
99/00	3.174	1.629	1.641	-96	4,8	3,7	9,2	-1,9
00/01	1.064	230	706	128	1,5	0,5	3,6	2,6
01/02	4.283	2.599	1.613	71	6,0	5,7	8,0	1,4
02/03	2.903	1.023	1.670	210	3,9	2,1	7,7	4,1
93/03	25.882	14.454	11.845	-417	49,5	41,3	102,4	-7,3
		Angab	en in %					
1993	100	67,0	22,1	10,9				
1994	100	66,1	23,6	10,3				
1995	100	64,8	25,0	10,2				

1993	100	67,0	22,1	10,9
1994	100	66,1	23,6	10,3
1995	100	64,8	25,0	10,2
1996	100	65,4	25,1	9,5
1997	100	65,2	26,0	8,8
1998	100	65,8	26,0	8,1
1999	100	65,9	26,6	7,4
2000	100	65,3	27,8	7,0
2001	100	64,6	28,4	7,0
2002	100	64,4	28,9	6,7
2003	100	63,3	30,0	6,7

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Institutionelle Beratung, Betreuung einzelner junger Menschen, sozialpädagogische Familienhilfe, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

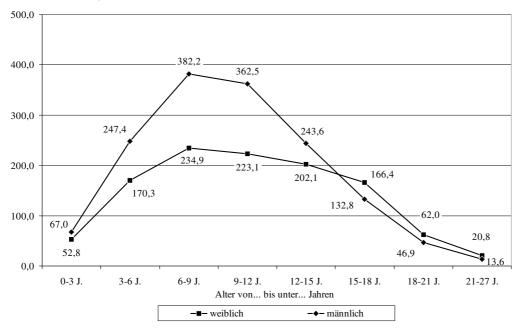
Bei einer Analyse von beendeten Erziehungsberatungsfällen nach ihrer Altersstruktur lassen sich folgende Befunde feststellen (vgl. Tabelle 12-1):

Altersstruktur der Klientel

- (a) Die Erziehungsberatung scheint nach wie vor wenn auch mit leicht abnehmender Tendenz eine erzieherische Hilfe überwiegend für Kinder unter 12 Jahren und ihre Familien zu sein. Anhand der statistischen Daten ist zu konstatieren, dass die Gruppe der unter 12-jährigen Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger insbesondere der 6- bis 9-Jährigen bzw. der 9- bis 12-Jährigen (vgl. auch Abbildung 12-4) mit über 60% an den Erziehungsberatungen insgesamt die größte Klientelgruppe darstellt.
- (b) Der Anteil der jungen Menschen im Alter von 12 bis 18 Jahren in der Erziehungsberatung ist seit 1993 um knapp 8 Prozentpunkte auf einen Anteil von 30% kontinuierlich angestiegen, hat also rein quantitativ an Bedeutung hinzugewonnen.
- (c) Letztgenannte Entwicklung wirkt sich zu Ungunsten der jungen Volljährigen aus. Die über 18-jährige Klientel ist in den letzten Jahren kontinuierlich und deutlich auf nicht einmal mehr 7% an den Hilfen insgesamt gefallen, womit dieser Altersgruppe im Feld der Erziehungsberatungen nur eine untergeordnete Rolle zukommt.

Differenziert man die Adressatinnen und Adressaten nach ihrem Geschlecht, so fällt auf, dass die Konturen der Altersstruktur der Klientel in Bezug auf das Geschlecht Parallelen aufweisen (vgl. Abbildung 12-4). Ausgehend von der Altersgruppe der unter 3-Jährigen zeigt sich mit zunehmendem Alter eine höhere Inanspruchnahme von Beratungsleistungen, so dass sowohl bei den Jungen als auch bei den Mädchen die 6- bis unter 9-Jährigen und deren Familien Erziehungsberatungen am häufigsten von allen Altersgruppen in Anspruch nehmen. Dieser Befund ist ein Hinweis darauf, dass sich einerseits gerade durch den Übergang in die zweite institutionalisierte Sozialisationsinstanz in Form der Grundschule der Problemdruck auf die jungen Schülerinnen und Schüler erhöht oder aber dass sich andererseits die Problemwahrnehmung der Fachkräfte in dieser Instanz bzw. in der allgemeinen Umgebung des Kindes sensibilisiert. Beide Aspekte können eine Inanspruchnahme von Erziehungsberatung zur Folge haben (vgl. Menne 1997, S. 208 f.). Weiter zeigt sich geschlechtsunabhängig eine geringere Inanspruchnahme von Beratungsleistungen mit zunehmendem Alter der jungen Menschen.

Abbildung 12-4: Inanspruchnahme von Erziehungsberatungen nach Alter und Geschlecht der Klientel in Nordrhein-Westfalen; 2003 (Angaben pro 10.000 der alters- und geschlechtergleichen Bevölkerung)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Institutionelle Beratung, Betreuung einzelner junger Menschen, sozialpädagogische Familienhilfe, 2003; eigene Berechnungen

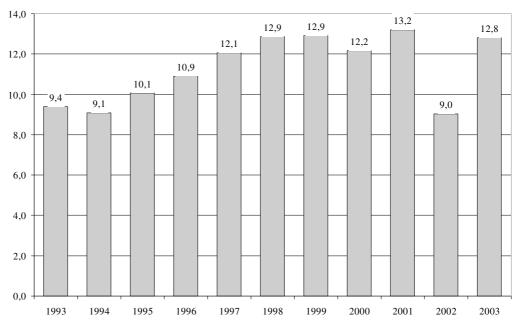
Neben den aufgezeigten Gemeinsamkeiten fallen allerdings auch Unterschiede in der Altersstruktur von Adressatinnen und Adressaten. Die Daten zeigen, dass in den älteren Jahrgängen die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen bei den Mädchen und jungen Frauen in der Regel etwas höher ist als

Die Geschlechterfrage

bei den Jungen und jungen Männern, während gerade im Kindesalter und frühen Jugendalter weitaus mehr Jungen als Mädchen bzw. deren Familien im Rahmen von Erziehungsberatung unterstützt werden. Vor allem aber verdeutlichen die Daten eine sehr viel höhere Inanspruchnahme von 6- bis unter 12-jährigen Jungen (vgl. Abbildung 12-4). Von 10.000 der jeweils alters- und geschlechtergleichen Bevölkerung werden bei den 6- bis unter 9-Jährigen knapp 145 und bei den 9- bis unter 12-Jährigen ca. 142 mehr Jungen beraten als Mädchen. Diese Differenz ist vor allem auf Schulprobleme zurückzuführen: Während mehr als 50% der 9- bis unter 12-jährigen Jungen eine Erziehungsberatung auf Grund schulischer Probleme erhalten, sind dies bei den Mädchen lediglich 40%. Es hat demnach den Anschein, dass entweder die Schule eine Sozialisationsinstanz ist, in der Jungen gerade in der Grundschulzeit größere Anpassungsschwierigkeiten als Mädchen haben oder aber dass die Lehrkräfte bzw. das Schulumfeld sensibler auf auffälliges Verhalten von Jungen reagiert. Dies ist allerdings kein Landesspezifikum Nordrhein-Westfalens, sondern lässt sich gleichermaßen vor allem für die westlichen Bundesländer beobachten (vgl. Menne 2001; Pothmann/Rauschenbach 1999).

Konsolidierung des Ausgabenvolumens Greift man den Anstieg der Fallzahlen seit 1993 noch einmal auf und stellt diesen der Ausgabenentwicklung gegenüber, so wird bis Ende der 1990er-Jahre die Parallelität dieser beiden Entwicklungen überdeutlich (vgl. Abbildung 12-5). Seit 1998/99 jedoch schwankt das Gesamtvolumen der jährlichen finanziellen Aufwendungen – sieht man einmal vom Jahr 2002 ab<sup>2</sup> – zwischen 12,2 Mio. EUR und 13,2 Mio. EUR.

Abbildung 12-5: Entwicklung der Ausgaben für Leistungen der Erziehungsberatung in Nordrhein-Westfalen; 1993 bis 2003 (Angaben in Mio. EUR ohne Hilfen für junge Volljährige)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Ausgaben und Einnahmen für die Jugendhilfe, versch. Jahrgänge

Die Diskrepanz von Fallzahlen- und Ausgabenentwicklung der letzten Jahre deutet auf eine 'Arbeitsverdichtung' in den Erziehungsberatungsstellen Nordrhein-Westfalens hin. Auszugehen ist somit von mitunter weniger intensiven Hilfen oder auch von längeren Wartezeiten in den Einrichtungen.

Das Personal in der Erziehungsberatung Die Anzahl der Beschäftigten in der Erziehungsberatung, die sich mit den oben charakterisierten Adressaten und Leistungen im Alltag auseinandersetzen, beläuft sich zum 31.12.2002 auf 1.790 Personen, die zu über 80% in Erziehungs- und Familienberatungsstellen tätig sind (vgl. Tabelle 12-2). Knapp 40% von den knapp 1.600 gezählten Beschäftigten ist vollzeitbeschäftigt, hat also eine regel-

<sup>2</sup> Für das Jahr 2002 werden über die amtliche Statistik lediglich Ausgaben in Höhe von 9,0 Mio. EUR registriert. Es liegt die Annahme nahe, diese Entwicklung neben einer sich verschlechternden Finanzlage der Kommunen u.a. auch auf entsprechenden Kürzungen im Landesjugendplan zurückzuführen. Geht man jedoch hiervon aus, so ist der sprunghafte Anstieg zwischen 2002 und 2003 auf knapp 13 Mio. EUR kaum zu erklären, zumal sich die finanzielle Situation der kommunalen Jugendhilfeetats in diesem Zeitraum nicht verbessert hat. Angesichts dessen kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Ergebnisse für 2002 auch durch Untererfassungen zustande gekommen sind.

mäßige Wochenarbeitszeit von mindestens 38,5 Stunden. Teilzeitbeschäftigt sind nicht ganz 48% und etwa 12% arbeiten nebenberuflich in einer Erziehungs- und/oder Familienberatungsstelle.

Beim Altersspektrum des Personals in der Erziehungsberatung sind knapp 73% der Beschäftigten zwischen 40 und 60 Jahre alt sowie rund 22% zwischen 25 und 40 Jahre alt (vgl. Tabelle 2). Nimmt man einmal nur die beschäftigten Männer in der Erziehungsberatung, so ist der Anteil der 40- bis unter 60-Jährigen mit 77,5% noch weitaus höher. Lediglich 17% dieser Gruppe ist nicht älter als 40 Jahre.

Das Altersspektrum

Qualifikationsprofil der Beschäftigten

Die Qualifikationsstruktur des Personals in der Erziehungsberatung charakterisiert sich durch einen hohen Anteil des 'professionalisierten Personals'. Knapp 47% des Personals in der Erziehungsberatung verfügt über eine sozialpädagogische Hochschulausbildung sowie allein nicht ganz 36% des Personals eine entsprechende Fachhochschulausbildung aufweisen können. Darüber hinaus ist neben dem hohen 'Verberuflichungsgrad' in der Erziehungsberatung von knapp 98% auffällig, dass mehr als 72% des Personals über eine akademische Ausbildung verfügen. Neben den sozialpädagogischen Hochschulausbildungen ist dies vor allem die Psychologin bzw. der Psychologe mit Hochschulabschluss. Mehr als jeder fünfte Beschäftige in der Erziehungsberatung wird in der Statistik dementsprechend ausgewiesen (vgl. Tabelle 12-2).

Tabelle 12-2: Beschäftigtes Personal im Arbeitsbereich institutioneller Beratung nach ausgewählten Strukturmerkmalen für Nordrhein-Westfalen; 2002 (Angaben absolut und in %)

wannen Strukturmerkmalen für Nordrhein-westfalen; 2002 (Angaben absolut und in %)								
	Insgesamt	dv. in Er-	1	Beschäftigungsumfang/-status <sup>1</sup>				
		ziehungs- beratungs- stellen	Vollzeitbe- schäfti- gung	Teilzeitbe- schäfti- gung	Nebenbe	ruflichkeit		
Personal insgesamt	1.790	1.457	714	857	2	219		
In %	100	81,4	39,9	47,9	1	2,2		
Zusammenfassung von bzw. ausgewählte berufliche Qualifizierungen								
	Verberuf- lichung <sup>2</sup>	Verfachli- chung <sup>3</sup>	Akademi- sierung <sup>4</sup>	dar. Psy- chologen	Professio- nalisie- rung <sup>5</sup>	dar. Sozial- päd./Sozial- arb. (FH)		
Angaben abs.	1.748	930	1.288	394	836	638		
In %	97,7	52	72	22	46,7	35,6		
		Alto	ersspektrum					
	A	ngaben abssol	ut		Angaben in %			
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich		
Personal insgesamt	1.790	523	1.267	100	100	100		
Unter 25 J.	13	5	8	0,7	1	0,6		
25 bis unter 40 J.	400	88	312	22,3	16,8	24,6		
40 bis unter 60 J.	1.300	403	897	72,6	77,1	70,8		
über 60 J.	77	27	50	4,3	5,2	3,9		

- 1 Die Kategorien Vollzeitb. (Vollzeitbeschäftigung) und Teilzeitb. (Teilzeitbeschäftigung) umfassen zusammen die Gesamtzahl der hauptberuflich in diesem Bereich Beschäftigten.
- 2 Die Kategorie der Verberuflichung klammert aus der Gesamtzahl der Beschäftigten in der Kinder- und Jugendhilfe diejenigen aus, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen.
- 3 Die Kategorie der Verfachlichung beinhaltet die hochschulausgebildeten (Sozial)Pädagoginnen und (Sozial)Pädagogen, die Erzieherinnen und Erzieher, die Heilpädagoginnen und Heilpädagogen mit Fachschulabschluss, die Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger, die Heilerziehungsberufe sowie die sonstigen medizinischen, sozialen und pädagogischen Helferberufe und Kurzausbildungen.
- 4 Die Kategorie der Akademisierung umfasst die hochschulausgebildeten Berufsgruppen in der Kinder- und Jugendhilfe. Hierunter sind neben den genannten (sozial)pädagogischen Hochschulausbildungen, die Psychologinnen und Psychologen, die Lehrerinnen und Lehrer, die Ärztinnen und Ärzte sowie die gehobene Verwaltungsausbildung und die sonstigen Hochschulabschlüsse zu zählen.
- 5 Die Kategorie der *Professionalisierung* fasst die Berufsgruppen der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen mit Fachhochschulausbildung, der Diplom-Pädagoginnen und Diplom-Pädagogen, der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen mit Universitätsabschluss sowie die Heilpädagoginnen und Heilpädagogen mit Fachhochschulabschluss zusammen.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe, 2002; eigene Berechnungen

# 12.3 Ambulante bzw. familienunterstützende oder -ergänzende Leistungen

Expansion der ambulanten Hilfen

Ein Grund für den festgestellten deutlichen Anstieg bei der Inanspruchnahme von Leistungen der Hilfen zur Erziehung ist die kontinuierliche Zunahme von ambulanten Maßnahmen seit Anfang der 1990er-Jahre. Summiert man die familienunterstützenden und familienergänzenden Hilfen auf, so ist zwischen 1991 und 2003 ein Fallzahlenanstieg von nicht ganz 15.000 auf rund 35.900 Leistungen zu beobachten (+140%) (vgl. Tabelle 12-3). Bezogen auf die unter 21-Jährigen bedeutet dies, dass noch 1991 bezogen auf 10.000 der altersentsprechenden Bevölkerung ca. 39 Hilfen gezählt worden sind, während es 2003 mit ca. 89 doppelt so viele sind.

SPFH und Tagesgruppenerziehung als Hilfen mit der größten Inanspruchnahme Die zu beobachtende Zunahme ist insbesondere auf die Entwicklung bei der sozialpädagogischen Familienhilfe (im Folgenden mitunter auch mit SPFH abgekürzt) und der Tagesgruppenerziehung zurückzuführen. Das Fallzahlenvolumen dieser Leistungen hat sich seit 1991 nicht nur vervielfacht, sondern zudem sind diese Maßnahmen seit Mitte bzw. der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre diejenigen im Spektrum der familienunterstützenden und -ergänzenden Hilfen mit der größten quantitativen Bedeutung (vgl. Tabelle 12-3).

Hohe Steigerungsraten sind im Spektrum der ambulanten Hilfen neben der Tagesgruppenerziehung und der SPFH auch für die Maßnahmen der intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung, die Betreuungshilfen sowie die Maßnahmen der sozialen Gruppenarbeit zu konstatieren. Gleichwohl ist ihre Bedeutung in diesem Leistungssegment – zumindest quantitativ – eher als marginal einzustufen.<sup>3</sup>

Exkurs zu den Hilfen gem. § 27,2 SGB VIII

Bei diesen Analysen bislang unberücksichtigt sind die Hilfen gem. § 27,2 SGB VIII. Die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik sieht zumindest bislang keine gesonderte Erhebung dieser Leistungen auf der Fallzahlenebene vor, sondern beschränkt sich auf die Erfassung der Ausgaben. Angesichts dieser Tatsache ist zumindest für die letzten Jahre von einer Untererfassung bei den ambulanten Leistungen für Nordrhein-Westfalen auszugehen.<sup>4</sup> Vor diesem Hintergrund werden seit nunmehr drei Jahren für Nordrhein-Westfalen im Rahmen des landesweiten Berichtswesens zu den Hilfen zur Erziehung zumindest einige Eckdaten zur Inanspruchnahme dieser Hilfen über die Landesjugendämter bei den Jugendämtern erhoben.

Hilfen gem. § 27,2 SGB VIII sind mengenmäßig mit dem Leistungsvolumen anderer Hilfearten vergleichbar. Auf die Befragung der Jugendämter durch die Landesjugendämter zum 31.12.2003 haben von den 175 Jugendämtern 122 entsprechende Angaben gemacht. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 69,7%. Insgesamt werden im Rahmen der Jugendamtsbefragung 7.869 Hilfen gem. § 27,2 SGB VIII für Nordrhein-Westfalen erfasst (vgl. Tabelle 12-4). Bezogen auf die altersentsprechende Bevölkerung entspricht dies einem Inanspruchnahmewert von nicht ganz 26 Maßnahmen pro 10.000 der unter 21-Jährigen. Zwar kann dieses Datum nicht unmittelbar den Angaben der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik zu den ambulanten Hilfen gegenübergestellt werden, da es sich hierbei um unterschiedliche Datenquellen handelt, dennoch zeigen diese Ergebnisse, dass Hilfen gem. § 27,2 SGB VIII zumindest in Nordrhein-Westfalen eine allein unter quantitativen Gesichtspunkten zu berücksichtigende Größe darstellen (vgl. ausführlich Schilling/Pothmann/Overmann 2003, S. 109 ff.).

34 der Hilfen gem. § 27,2 SGB VIII sind 'flexible Hilfen' Neben dem Fallzahlenvolumen zum Jahresende wird im Rahmen der Jugendamtsbefragung durch die Landesjugendämter erfasst, zu welchen Anteilen die Hilfen gem. § 27,2 SGB VIII eher 'flexible' oder eher 'sonstige' Hilfen sind.<sup>5</sup> Von den knapp 7.900 erfassten Leistungen werden rund drei Viertel als flexible und entsprechend ein Viertel als sonstige Hilfen seitens der Jugendämter angegeben.

<sup>3</sup> Allerdings ist bei der Tagesgruppenerziehung zu berücksichtigen, dass die statistische Erfassung dieser Hilfeform vom bereits erwähnten Fortschreibungsfehler betroffen ist, so dass zumindest die Steigerungen zwischen 1991 und 1994 sowie zwischen 1995 und 1999 mit großen Vorbehalten zu betrachten sind (vgl. am Beispiel Nordrhein-Westfalen Pothmann/Schilling 2002, S. 8 ff.). Unstrittig hingegen ist nach den bisherigen Erkenntnissen zu der Erhebungspraxis die Steigerung der Fälle gem. § 32 zwischen 1991 und 1995 um knapp 700 Leistungen sowie zwischen 1995 und 2000 um rund 1.900 Fälle. Zudem plausibilisiert sich die generelle Tendenz einer Steigerung der Fälle in Tagesgruppen durch den auffällig hohen Anstieg der Ausgaben für diesen Bereich auch nach dem Jahre 2000 (vgl. Abbildung 12-7).

<sup>4</sup> Dies ist allerdings kein Spezifikum für die Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen, sondern gilt für die Bundesrepublik insgesamt (vgl. die Ergebnisse bei van Santen u.a. 2003, S. 266 f.).

<sup>5</sup> Als "flexible Hilfen" werden in diesem Zusammenhang diejenigen Leistungen bezeichnet, die konzeptionell als flexible Hilfen individuell auf den Einzelfall bezogen sind und nach Abschluss eines Hilfeplanverfahrens gem. § 36 SGB VIII auf der Rechtsgrundlage des § 27,2 SGBVIII gewährt werden. Unter "sonstigen Hilfen" entfallen die Maßnahmen, die mit einem vereinfachten oder ohne Hilfeplanverfahren, wie z.B. Hausaufgabenhilfe, Freizeithilfe o.Ä., gewährt werden.

Tabelle 12-3: Entwicklung der ambulanten Hilfen (§§ 29 bis 32 sowie § 35 SGB VIII) in Nordrhein-Westfalen; 1991 bis 2003 (Aufsummierung der zum 31.12. eines Jahres andauernden und der innerhalb eines Jahres beendeten Leistungen)<sup>1,2</sup>

	Ambul. Hilfen ohne Er- ziehungs- beratung <sup>3</sup>	Erzie- hungsbei- stand- schaften	Betreu- ungshel- fer	Soziale Grup- penar- beit	SPFH	Durch SPFH betreute Kinder	Tages- grup- pener- ziehung <sup>4</sup>	ISE- Maß- nah- men <sup>4</sup>			
	Fallzahlen absolut										
1991	14.959	3.527	618	1.168	2.887	7.877	1.342	427			
1992	15.219	3.282	730	1.132	2.954	7.976	1.567	532			
1993	16.664	3.330	748	1.537	3.265	8.602	1.827	620			
1994	18.153	3.538	726	1.667	3.588	9.273	2.162	787			
1995	18.664	3.494	743	1.879	3.750	9.753	2.028	767			
1996	20.629	3.703	805	1.891	4.145	10.516	2.695	1.019			
1997	22.272	3.611	814	2.231	4.377	11.109	3.287	1.220			
1998	23.822	3.554	737	2.014	4.788	12.175	3.888	1.454			
1999	25.569	3.268	857	1.842	5.433	13.518	4.463	1.621			
2000	27.396	3.374	801	2.008	6.463	15.903	3.947	1.363			
2001	30.163	3.655	844	2.340	7.248	17.542	4.400	1.382			
2002	31.918	3.694	966	2.285	7.904	18.748	4.739	1.486			
2003	35.909	4.188	1.141	2.646	9.072	21.080	5.243	1.611			
			Indexentw	icklung (19	91 = 100)						
1991	100	100	100	100	100	100	100	100			
1995	124,8	99,1	120,2	160,9	129,9	123,8	151,1	179,6			
2000	183,1	95,7	129,6	171,9	223,9	201,9	294,1	319,2			
2003	240,0	118,7	184,6	226,5	314,2	267,6	390,7	377,3			
	Inanspruch	nahme der Hi	ilfen bezoger	auf 10.000	der unter	21-jährigen	Bevölkerung	g			
1991	38,6	9,1	1,6	3,0	7,4	20,3	3,5	1,1			
1992	38,9	8,4	1,9	2,9	7,5	20,4	4,0	1,4			
1993	42,4	8,5	1,9	3,9	8,3	21,9	4,6	1,6			
1994	45,8	8,9	1,8	4,2	9,1	23,4	5,5	2,0			
1995	46,7	8,7	1,9	4,7	9,4	24,4	5,1	1,9			
1996	51,1	9,2	2,0	4,7	10,3	26,1	6,7	2,5			
1997	54,9	8,9	2,0	5,5	10,8	27,4	8,1	3,0			
1998	58,6	8,7	1,8	5,0	11,8	30,0	9,6	3,6			
1999	62,7	8,0	2,1	4,5	13,3	33,1	10,9	4,0			
2000	67,1	8,3	2,0	4,9	15,8	39,0	9,7	3,3			
2001	74,0	9,0	2,1	5,7	17,8	43,0	10,8	3,4			
2002	78,6	9,1	2,4	5,6	19,5	46,2	11,7	3,7			
2003	89,0	10,4	2,8	6,6	22,5	52,2	13,0	4,0			

<sup>1</sup> Die Anzahl der im Rahmen von SPFH-Maßnahmen betreuten Kinder beinhaltet die Ungenauigkeit, dass auf Grund des Standardtabellenprogramms der KJH-Statistik die Anzahl der Kinder in Familien mit mehr als 6 Kindern nicht genau bestimmt werden kann. Daher wird zur Bestimmung der Anzahl der Kinder die Zahl der Leistungen mit dem Faktor sieben multipliziert. Hieraus resultieren allerdings nur geringe Ergebnisabweichungen.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Institutionelle Beratung, Betreuung einzelner junger Menschen, sozialpädagogische Familienhilfe, Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Betrachtet man parallel zur Entwicklung des Fallzahlenvolumens im Binnenspektrum der ambulanten Hilfen den Verlauf der Ausgaben für diese Leistungen, so zeigt sich, dass diese analog zur quantitativen Steigerung des Leistungspotenzials in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben. Allein zwischen 1992 und 2003 haben sich die Ausgaben für Leistungen der ambulanten Hilfen zur Erziehung

Anstieg der finanziellen Aufwendungen

<sup>2</sup> Die Angaben zu den ambulanten Maßnahmen umfassen auch Hilfen für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII) in diesem Leistungssegment.

<sup>3</sup> Gesamtzahlen berücksichtigen für Hilfen gem. § 31 SGB VIII die in den Familien lebenden Kinder.

<sup>4</sup> Bezogen auf die Leistungen gem. §§ 32 und 35 SGB VIII müssen im Zeitreihenvergleich die Schwierigkeiten im Rahmen der Bestandsfortschreibung berücksichtigt werden, die für die zwischen den Bestandserhebungen zum 01.01.1991, 31.12.1995 und 31.12.2000 liegenden Jahre zu Fehlerfassungen geführt haben. Für die Jahre 2001 ff. ist von entsprechenden Verzerrrungen auszugehen.

von 52,5 Mio. EUR auf 189,5 Mio. EUR erhöht (vgl. Abbildung 12-6). Rechnet man für 2003 noch die Ausgaben der Jugendämter für sonstige Hilfen gem. § 27 SGB VIII hinzu – diese werden erst seit 1997 im Rahmen der amtlichen Statistik erfasst – so belaufen sich die finanziellen Aufwendungen auf 228 Mio. EUR. Der deutliche Anstieg der Ausgaben für ambulante Hilfen geht neben der Entwicklung der sonstigen Hilfen gem. § 27 SGB VIII vor allem auf die Leistungen der sozialpädagogischen Familienhilfe sowie der Tagesgruppenerziehung zurück (vgl. Abbildung 12-7).

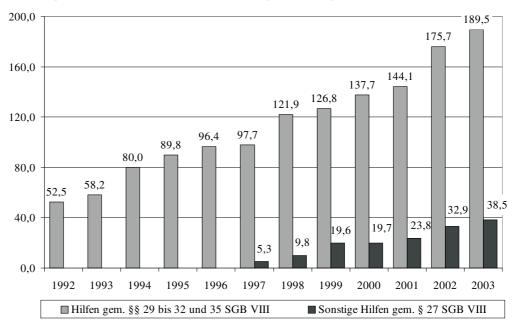
Tabelle 12-4: Anzahl der Hilfen zur Erziehung gem. § 27,2 SGB VIII unterschieden nach flexiblen und sonstigen Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen; 31.12.2003 (Angaben absolut, bezogen auf 10.000 der unter 21-jährigen Bevölkerung und in %)

	Angaben absolut	Angaben bezogen auf 10.000 der unter 21-Jährigen <sup>1</sup>	Verteilung von flexiblen und sonstigen Hilfen (in %)
Hilfen gem. § 27,2 insg.	7.869	25,8	100,0
dv. flexible Hilfen	6.015	19,7	76,4
dv. sonstige Hilfen	1.854	6,1	23,6

<sup>1</sup> Die Fallzahlen gem. § 27,2 SGB VIII sind für die Analysen im Rahmen des landesweiten Berichtswesens zu den Hilfen zur Erziehung auf die Bevölkerungsdaten zum 31.12.2002 relativiert worden (vgl. auch Schilling/Pothmann/Overmann 2004, S. 120).

Quelle: Befragung der Jugendämter in Nordrhein-Westfalen durch die Landesjugendämter Rheinland und Westfalen-Lippe

Abbildung 12-6: Entwicklung der Ausgaben für ambulante Hilfen insgesamt (§§ 29 bis 32 und 35 SGB VIII sowie andere Leistungen gem. § 27 SGB VIII) in Nordrhein-Westfalen; 1992 bis 2003 (Angaben in Mio. EUR ohne Hilfen für junge Volljährige)



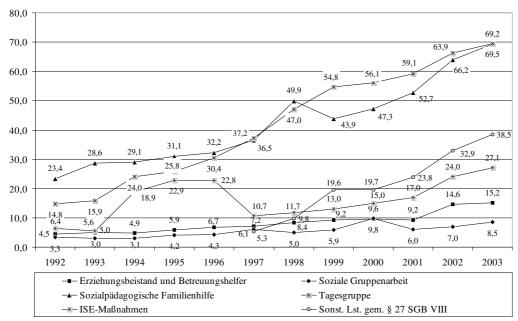
Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Ausgaben und Einnahmen für die Jugendhilfe, versch. Jahrgänge

Ausgaben für sonstige Hilfen gem. § 27 SGB VIII In diesem Zusammenhang ist insbesondere zu beobachten, dass die Ausgaben für die 1997 erstmalig erfassten sonstigen Leistungen gem. § 27 SGB VIII von anfänglich gut 5 Mio. EUR auf mittlerweile mehr als 38 Mio. EUR angestiegen sind, sich also in einem Zeitraum von 5 Jahren fast verachtfacht haben (vgl. Abbildung 12-7). Somit werden ab dem Jahr 1999 mehr finanzielle Mittel für sonstige Hilfen gem. § 27 SGB VIII aufgewendet als für Erziehungsbeistandschaften, Betreuungshilfen oder Maßnahmen der sozialen Gruppenarbeit.

Diese Befunde aus der amtlichen Statistik zu den Ausgaben- und Fallzahlen hinsichtlich der Ausweitung ambulanter Hilfen sind auf verschiedene Faktoren zurückzuführen:

- (a) So ist der Anstieg der ambulanten Hilfen, insbesondere der sozialpädagogischen Familienhilfe sowie der Tagesgruppenerziehung ähnlich wie die Ausweitung von Institutioneller Beratung im Rahmen der Hilfen zur Erziehung (vgl. Kap. 12.1) zumindest teilweise auf einen positiven Imagewandel der Leistungen des Jugendamtes zurückzuführen (vgl. Späth 1996, S. 266). Familienunterstützende Hilfen zur Erziehung erlangen aus der Sicht der jungen Menschen und deren Familien zunehmend den Status einer geeigneten Option zur familiären bzw. individuellen Krisenbewältigung in Fragen von Erziehung und Sozialisation.
- (b) Daneben bestätigen die aufgezeigten Befunde die Bemühungen der in der Gesamtverantwortung stehenden Jugendämter sowie der freien Träger als Leistungsanbieter, durch die Entwicklung und Gestaltung eines niedrigschwelligen Zugangs zum Leistungssystem der Hilfen zur Erziehung das im SGB VIII intendierte Leitbild einer präventiven und familienunterstützenden Kinder- und Jugendhilfe (vgl. beispielsweise Wiesner u.a. 2000, S. 14 f.) im Bereich der Hilfen zur Erziehung in die Praxis umzusetzen.
- (c) Der Anstieg der ambulanten Hilfen kann allerdings wohl nicht allein auf einen Imagegewinn der Jugendhilfe sowie den Perspektivenwechsel durch das SGB VIII zurückgeführt werden. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die angespannte Haushaltslage der Kommunen eine zunehmende Gewährung von kostengünstigeren ambulanten Hilfen gegenüber den kostenintensiveren stationären Hilfen bevorzugt (vgl. Rauschenbach/Schilling 1997, S. 216).
- (d) Nicht auszuschließen als ein weiterer Grund für die Zunahme der ambulanten Hilfen ist auch die Belastung der sozioökonomischen Lebenslagen von jungen Menschen und deren Familien. Schließlich gilt: Die Zunahme von belastenden sozialstrukturellen Lebensbedingungen für junge Menschen und deren Familien erzeugen grundsätzlich einen Bedarf an Leistungen der Hilfen zur Erziehung. Gleichwohl ist davon auszugehen, dass diese auf die Höhe der Inanspruchnahme ambulanter Leistungen einen geringeren Einfluss haben als dies bei den Fremdunterbringungen, insbesondere der Heimerziehung und den betreuten Wohnformen der Fall ist.

Abbildung 12-7: Entwicklung der Ausgaben für ambulante Hilfen nach Hilfeformen (§§ 29 bis 32, 35 und sonstige Leistungen gem. § 27 SGB VIII) in Nordrhein-Westfalen; 1992 bis 2003 (Angaben in Mio. EUR ohne Hilfen für junge Volljährige)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Ausgaben und Einnahmen für die Jugendhilfe, versch. Jahrgänge

Insgesamt sind in Nordrhein-Westfalen am 31.12.2002 knapp 2.500 Personen in den Arbeitsbereichen der ambulanten Hilfen beschäftigt. Davon sind etwa 40% nicht in den explizit im SGB VIII geregelten Hilfeformen der sozialen Gruppenarbeit, der Erziehungsbeistandschaft, den Betreuungshilfen, der sozialpädagogischen Familienhilfe oder der Tagesgruppenerziehung tätig, sondern in anderen Formen der Hilfen zur Erziehung. Anhand von ausgewählten Strukturmerkmalen wird deutlich, dass von den nicht ganz 2.500 Beschäftigten 71% weiblich sowie rund 69% bei einem freien Träger angestellt sind (vgl. Tabelle 12-5).

Anstieg ambulanter Hilfen zwischen Imagegewinn, der Umsetzung des Präventionsgedankens und kommunaler Sparzwänge

Personalsituation in den ambulanten Hilfen

Tabelle 12-5: Beschäftigtes Personal in Arbeitsbereichen ambulanter Hilfen nach ausgewählten Strukturmerkmalen in Nordrhein-Westfalen; 2002 (Angaben absolut und in %)

			, ,	,	*	
	Gesamt	Sonst. erzie- herische Hilfen gem. § 27	Soziale Gruppen- arbeit	Erziehungs- beistand, Betreuungs- helfer	Sozialpä- dagogische Familien- hilfe	Tages- gruppen- erziehung
Personal insgesamt	2.474	887	147	188	521	731
Anteil in %	100,0	35,9	5,9	7,6	21,1	29,5
Personal in VZÄ <sup>1</sup>	1.876,9	677,1	120,1	126,8	343,7	609,2
		Gesch	lecht (in %)			
Männlich	29	31,1	30,6	35,1	16,7	33,2
Weiblich	71	68,9	69,4	64,9	83,3	66,8
		Träg	ger ( in %)			
Öffentl. Träger	30,8	34,7	16,3	53,2	42,6	14,8
Freier Träger	69,2	65,3	83,7	46,8	57,4	85,2
		Alt	er (in %)			
Unter 25 Jahre	6,6	3,0	12,9	8,5	1,2	13,0
25 bis 40 Jahre	42,0	43,4	46,3	34,6	27,6	51,6
40 bis 60 Jahre	50,6	52,5	40,8	55,9	69,9	35,2
Über 60 Jahre	0,8	1,0	0,0	1,1	1,3	0,3
		Qualifikation	sstrukturen (	$(in \%)^2$		
Verberuflichung	92,8	95,7	88,4	88,3	98,3	87,4
Verfachlichung	86,2	90,0	80,3	80,3	91,7	80,4
Akademisierung	63,9	71,0	53,1	72,3	75,0	47,2
Professionalisier.	62,1	68,9	51,7	71,3	73,9	45,3

<sup>1</sup> VZÄ: Vollzeitäquivalente

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe, 2002; eigene Berechnungen

Das Personal ist zu 42% zwischen 25 und 40 Jahre und zu über 50% zwischen 40 und 60 Jahre Jahre alt, während die unter 25-Jährigen sowie die über 60-Jährigen nur marginal vertreten sind. Mehr als neun von zehn tätigen Personen können eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen. Etwas mehr als 86% verfügen über eine sozialpädagogische Ausbildung sowie rund 62% der tätigen Personen eine sozialpädagogische Hochschulausbildung absolviert haben. Das Arbeitsfeld der ambulanten Hilfen charakterisiert sich durch einen hohen Professionalisierungsgrad des Personals (62%). Der Großteil des Personals ist mit mindestens 38,5 Stunden pro Woche beschäftigt, sind also Vollzeitkräfte (vgl. Abbildung 12-8). Diese allgemeinen Eckwerte zum Personal verdecken allerdings einige Besonderheiten in den einzelnen Hilfeformen.

Die sonstigen erzieherischen Hilfen So zeigt sich, dass das im Rahmen der sonstigen erzieherischen Hilfen tätige Personal überwiegend bei den öffentlichen Trägern beschäftigt ist. Lediglich knapp 35% der Beschäftigten sind bei einem freien Träger tätig. Darüber hinaus wird deutlich, dass mit diesen Hilfen anteilig mehr sozialpädagogisch-hochschulausgebildetes Personal betraut ist als mit anderen ambulanten Hilfen. Damit verbunden ist der Grad der Akademisierung, der Verfachlichung sowie der Verberuflichung des Personals vergleichsweise hoch. Dies könnte ein möglicher Hinweis darauf sein, dass die ergänzend zum Katalog des SGB VIII explizit benannten Hilfeformen besondere fachliche Anforderungen an das Personal stellen.

Die soziale Gruppenarbeit Das Personal im Arbeitsbereich der sozialen Gruppenarbeit charakterisiert sich durch den hohen Anteil der Beschäftigten bei freien Trägern. Insgesamt sind von den 316 in Nordrhein-Westfalen gezählten Beschäftigten in der sozialen Gruppenarbeit ca. 84% bei einem freien Träger tätig. Die Qualifikationsstruktur des Personals in der sozialen Gruppenarbeit verdeutlicht einen vergleichsweise geringen Anteil an hochschulausgebildeten (Sozial)Pädagoginnen und (Sozial)Pädagogen. Lediglich nicht ganz 52% der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über einen Fachhochschul- bzw. Universitätsabschluss im Bereich der Sozialen Arbeit.

<sup>2</sup> Zur Erläuterung der hier verwendeten Begrifflichkeiten vergleiche Tabelle 12-2 zur Erziehungsberatung in Kap. 12.1

Die Beschäftigten in der Erziehungsbeistandschaft sowie den Betreuungshilfen charakterisieren sich durch einen vergleichsweise hohen männlichen Personalanteil (35%). Im Gegensatz dazu ist beim Personal in der sozialpädagogischen Familienhilfe der hohe Frauenanteil auffallend (83%). Darüber hinaus kennzeichnet das Personal in der sozialpädagogischen Familienhilfe der hohe Anteil der 40- bis unter 60-Jährigen (70%).

Die Erziehungsbeistandschaften, die Betreuungshilfen und die sozialpädagogische Familienhilfe

Ferner wird für die sozialpädagogische Familienhilfe deutlich, dass nur ein vergleichsweise geringer Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozialpädagogische Familienhilfe als Vollzeitbeschäftigung ausübt. Gerade einmal knapp 27% der tätigen Personen haben eine Vollzeitstelle. Hingegen sind nahezu zwei Drittel der Beschäftigten auf Teilzeitstellen und rund 8% nebenberuflich tätig (vgl. Abbildung 12-8).

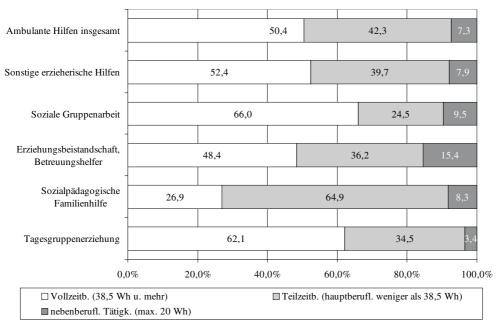
Die Tagesgruppenerziehung

Beschäftigte in der Tagesgruppenerziehung sind häufiger als für andere Hilfearten bei freien Trägern angestellt (85%). Darüber hinaus ist dieser Arbeitsbereich geprägt durch einen hohen Anteil von Erzieherinnen und Erziehern (vgl. Tabelle 12-4). Insgesamt weisen über 80% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit dem Schwerpunkt der Tagesgruppenerziehung einen sozialpädagogischen Berufsabschluss nach. Die Beschäftigten in Tagesgruppenerziehung sind jünger als in anderen Bereichen der ambulanten Hilfen zur Erziehung. Immerhin sind noch zwei Drittel der Beschäftigten nicht älter als 40 Jahre.

Vergleich sozialpädagogische Familienhilfe und Tagesgruppenerziehung

Vergleicht man die Beschäftigten in der Tagesgruppenerziehung und der sozialpädagogischen Familienhilfe als konträre Hilfesettings, so wird zum einen die unterschiedliche Qualifikationsstruktur der beiden Beschäftigtengruppen deutlich. Gerade die hochschulausgebildeten Berufsgruppen sind in der sozialpädagogischen Familienhilfe sehr viel stärker vertreten als in der eher institutionell gebundenen Tagesgruppenerziehung. Möglicherweise sind diese Unterschiede zumindest zu einem Teil auf unterschiedliche Anforderungen in der Erziehungshilfearbeit zurückzuführen (vgl. Beher/Gragert 2004, S. 193 ff.). Ein weiterer grundsätzlicher Unterschied wird bezogen auf Voll- und Teilzeitbeschäftigte deutlich. Während in der sozialpädagogischen Familienhilfe gerade einmal etwas mehr als ein Viertel der tätigen Personen vollzeitbeschäftigt ist, beläuft sich der Anteil der Vollzeitbeschäftigten in der Tagesgruppenerziehung auf über 62% (vgl. Abbildung 12-8). Diese Differenz verdeutlicht die unterschiedlichen Arbeitsformen in der sozialpädagogischen Familienhilfe im Vergleich zu anderen ambulanten Hilfeformen.

Abbildung 12-8: Umfang der Beschäftigung in Bereichen der ambulanten Hilfen zur Erziehung in Nordrhein-Westfalen; 2002 (Angaben in %)<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Die Kategorien Vollzeitb. (Vollzeitbeschäftigung) und Teilzeitb. (Teilzeitbeschäftigung) umfassen zusammen die Gesamtzahl der hauptberuflich in diesem Bereich Beschäftigten. Die Abkürzung "Wh" steht für Wochenstunden.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe, 2002; eigene Berechnungen

### 12.4 Stationäre bzw. familienersetzende Maßnahmen

Zu den Leistungen der Fremdunterbringung werden im Folgenden Vollzeitpflegen, Heimerziehungen sowie sonstige betreute Wohnformen gefasst. In der KJH-Statistik werden diese Leistungen nach den §§ 33 und 34 SGB VIII in einer Teilstatistik zu den erzieherischen Hilfen außerhalb des Elternhauses erfasst (vgl. ausführlich Blandow 1997; Rauschenbach/Schilling 1997, S. 98 ff.)

Fortschreibungsfehler

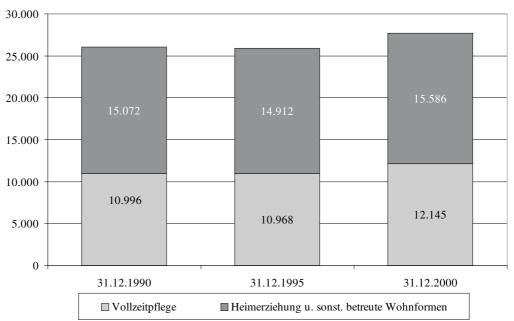
Im Rahmen der jährlichen rechnerischen Fortschreibung der Bestandszahlen zwischen den Bestandserhebungen der Statistik ist das Problem aufgetreten, dass das Erhebungskonzept der amtlichen Statistik nicht ohne Schwierigkeiten in den Jugendämtern umgesetzt werden konnte, so dass die rechnerische Fortschreibung des Bestandes zum 31.12.1995 erheblich vom erhobenen Bestand zum 31.12.1995 abweicht. Dieses Problem zeigt sich auch in Nordrhein-Westfalen, so dass die Darstellung einer Entwicklung von Leistungen der Fremdunterbringung bis einschließlich 1999 nur mit Vorbehalten zu analysieren ist. Eine Bereinigung dieser Entwicklung erfolgt mit den Daten des Jahres 2000, da es sich bei den Angaben zum 31.12. wie schon bei denen zum Stichtag 31.12.1995 nicht um eine rechnerische Bestandsfortschreibung handelt, sondern die Angaben den zum Stichtag gezählten Bestand dokumentieren. Vor diesem Hintergrund können valide Aussagen bezogen auf zeitliche Entwicklungen vor allem zu den Maßnahmen der Fremdunterbringung auf der Grundlage der statistischen Angaben zu den Jahren 1991, 1995 und 2000 gemacht werden (vgl. Pothmann/Schilling 2002, S. 8 ff.).

Eine Bewertung der Entwicklungen nach dem Jahre 2000 ist allein auf Grund der Fallzahlen zu den am Jahresende rechnerisch andauernden Hilfen kaum möglich. Vielmehr ist es notwendig, weitere Datenquellen hinzu zu ziehen. Dies sind statistische Angaben zu den innerhalb eines Jahres neu gewährten genauso wie die Daten zu den finanziellen Aufwendungen der Jugendämter für diese Hilfen.

#### Ausgaben- und Fallzahlenentwicklung

Ausweitung der Vollzeitpflege in den 1990er-Jahren Die Gesamtzahl der Fremdunterbringungen in Nordrhein-Westfalen hat sich in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre nur unwesentlich (-0,7%) von 26.068 auf 25.880 verändert (vgl. Abbildung 12-9). In der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre zeigt sich hingegen ein mäßiger Anstieg der Fremdunterbringungszahlen von den erwähnten knapp 25.900 Hilfen auf 27.731 Maßnahmen (+7,2%). Dieser Anstieg von 1.851 Hilfen geht vor allem auf die Entwicklungen bei der Vollzeitpflege zurück, die im Jahre 2000 knapp 1.200 Maßnahmen mehr zählt als noch 1995.

Abbildung 12-9: Bestand stationärer Hilfen zur Erziehung (familienersetzende Maßnahmen) in Nordrhein-Westfalen; 31.12.1990, 31.12.1995 und 31.12.2000 (Angaben absolut)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Betrachtet man vor dem Hintergrund der Fallzahlen die Entwicklung der Ausgaben für Fremdunterbringungen, so korrespondieren diese Angaben nicht mit dem moderaten Fallzahlenanstieg in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre in Nordrhein-Westfalen. Es zeigt sich für den benannten Zeitraum bei diesen Hilfearten (ohne die Hilfen für junge Volljährige) ein Anstieg von rund 617 Mio. EUR (1995) auf 746 Mio. EUR (+20,9%) (vgl. Abbildung 12-10). Stimmt die Diskrepanz zwischen Ausgaben- und Fallzahlenentwicklung auch nur annäherungsweise, so deutet sich hierüber für die zweite Hälfte der 1990er-Jahre eine deutliche Kostensteigerung bei den Fremdunterbringungen an. Dabei sollte allerdings nicht durchgängig assoziiert werden, dass Angebote mit einem unveränderten Leistungsumfang überproportional teurer geworden sind. Vielmehr ist auch davon auszugehen, dass die Angebote ausdifferenzierter und spezialisierter geworden sind. Dies hat zur Konsequenz, dass sich die Angebotskosten erhöht haben.

Ausgaben für Leistungen der Fremdunterbringung steigen

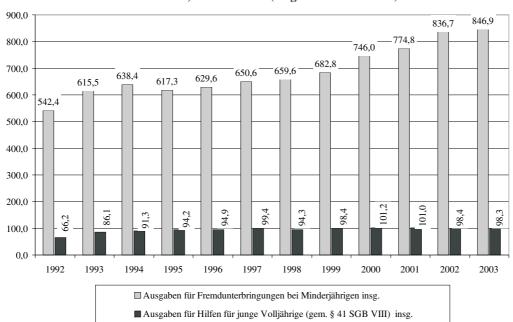
Zwischen 1999 und 2000 ist das Volumen der finanziellen Aufwendungen um über 9% gestiegen. Es kann an dieser Stelle nur darüber spekuliert werden, ob gerade die Entwicklung für die Jahre 1999 und 2000 mit dem Inkrafttreten der Entgeltvereinbarungen zum 1.1.1999 in Verbindung stehen (vgl. Pothmann/Schilling 2002, S. 48 ff.). Seit dem Jahre 2000 schwanken die Steigerungsraten der finanziellen Aufwendungen zwischen zuletzt 1,2% (2002/2003), 3,9% für die Jahre 2000 und 2001 sowie 8,0% für die Jahre 2001 und 2002. Es werden die Ergebnisse der kommenden Jahre abzuwarten bleiben, ob sich die vergleichsweise geringen Mehrausgaben in diesem Leistungssegment für die nächsten Jahre bestätigen werden.

Anstieg der Ausgaben auf Grund der Regelungen in den §§ 78a ff. SGB VIII?

In den Jahren 2000 und 2001 sind für Leistungen der Hilfen zur Erziehung bei jungen Menschen über 18 Jahren jeweils über 100 Mio. EUR ausgegeben worden.<sup>6</sup> In den folgenden Jahren hat sich dieses Volumen, wenn auch nur geringfügig, reduziert. Von 2001 auf 2002 haben sich die Ausgaben für diese Maßnahmen um gut 2,5 Mio. EUR oder 2,5% verringert. Somit werden im Jahre 2002 etwas mehr als 98 Mio. EUR für diese Hilfen aufgewendet. Dieses Ausgabenvolumen zeigt sich für 2003 nahezu unverändert (vgl. Abbildung 12-10).

Finanzielle
Aufwendungen für
Maßnahmen bei den
Hilfen für junge
Volljährige nahezu
unverändert

Abbildung 12-10: Entwicklung der Ausgaben für stationäre Hilfen zur Erziehung (familienersetzende Maßnahmen) gem. §§ 33 und 34 SGB VIII sowie Hilfen für junge Volljährige gem. § 41 SGB VIII in Nordrhein-Westfalen; 1992 bis 2003 (Angaben in Mio. EUR)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Ausgaben und Einnahmen für die Jugendhilfe, versch. Jahrgänge

<sup>6</sup> Diese Summe bezieht sich auf alle Hilfen für über 18-Jährige und nicht nur auf die die Maßnahmen der Vollzeitpflege, der Heimerziehung sowie der betreuten Wohnformen. Eine entsprechend differenzierte Erfassung ist im Rahmen der amtlichen Statistik nicht vorgesehen.

Fallzahlenentwicklung nach dem Jahre 2000 – Anstieg der Heimerziehung? Die Beobachtungsmöglichkeiten für die Entwicklung stationärer Hilfen über das Instrument der KJH-Statistik wird durch den so genannten "Fortschreibungsfehler" sowohl für Nordrhein-Westfalen als auch insgesamt für die Bundesrepublik erheblich eingeschränkt. Dies hat zur Konsequenz, dass Zahlen aus den Jahren 1991, 1995 und 2000, in denen der Bestand von Hilfen gem. §§ 32 bis 35 SGB VIII zum Jahresende erhoben worden ist, als verlässlicher einzustufen sind als Angaben aus anderen Jahren, die auf der Berücksichtigung von Beginn- und Endemeldungen basieren.

Tabelle 12-6: Entwicklung der zum 31.12. eines Jahres andauernden und der innerhalb eines Jahres beendeten stationären Maßnahmen (§§ 33, 34 SGB VIII) im Spektrum der Hilfen zur Erziehung in Nordrhein-Westfalen; 1991 bis 2003<sup>1,2</sup>

	Statio- näre Hilfen	Vollzeit- pflege	Heimer- ziehung im Heim	Betreu- tes Woh- nen	Statio- näre Hilfen	Vollzeit- pflege	Heimer- ziehung im Heim	Betreu- tes Woh- nen
		Fallzah	len abs.			Verteilu	ing in %	
1991	34.890	14.143	18.805	1.942	100	40,5	53,9	5,6
1995	33.650	13.358	17.327	2.965	100	39,7	51,5	8,8
2000	35.233	14.125	17.304	3.804	100	40,1	49,1	10,8
2001	37.404	14.616	18.639	4.149	100	39,1	49,8	11,1
2002	39.682	15.376	19.950	4.356	100	38,7	50,3	11,0
2003	41.911	15.901	21.229	4.781	100	37,9	50,7	11,4
	Ind	lexentwicklu	ng (1991 =	100)	Inanspi	ruchnahme j 21-Jä	pro 10.000 d hrigen	er unter
1991	100	100	100	100	89,9	36,5	48,5	5,0
1995	96,4	94,4	92,1	152,7	84,1	33,4	43,3	7,4
2000	101,0	99,9	92,0	195,9	86,3	34,6	42,4	9,3
2001	107,2	103,3	99,1	213,6	91,7	35,8	45,7	10,2
2002	113,7	108,7	106,1	224,3	97,7	37,9	49,1	10,7
2003	120,1	112,4	112,9	246,2	103,9	39,4	52,6	11,8

<sup>1</sup> Die Angaben zu den stationären Maßnahmen umfassen auch Hilfen für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII) in diesem Leistungssegment.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Betrachtet man die weitere Entwicklung nach dem Jahre 2000 (vgl. Tabelle 12-6), so liegt es angesichts der steigenden Fallzahlen nahe, diese Entwicklung ausschließlich als Effekt des "Fortschreibungsfehlers" zu bewerten. Auf einen zweiten Blick jedoch weist einiges darauf hin, dass für den zu beobachtenden Anstieg der Fallzahlen nicht bloß Schwierigkeiten bei der Datenerfassung und -erhebung verantwortlich sein können. Folgende Hinweise aus den statistischen Angaben können diesbezüglich angeführt werden:

- (a) Mit einer Zunahme von jährlich 2.200 bis 2.300 Maßnahmen zwischen 2000 und 2003 ist das absolute Fallzahlenvolumen in Nordrhein-Westfalen bei den stationären Hilfen bzw. den familienersetzenden Hilfen in diesen drei Jahren so stark gestiegen wie seit 1991/92 nicht mehr (vgl. Tabelle 12-6). Auch prozentual sind die Zuwachsraten von ca. 6% die höchsten seit Anfang der 1990er-Jahre. Diese Entwicklung ist vor allem auf Formen der eher "klassischen Heimerziehung" (Heimerziehung im Heim) zurückzuführen, deutet sich allerdings zumindest für die Entwicklung zwischen 2001 und 2002 auch für die Vollzeitpflege an. Nur zur Verdeutlichung: Im Jahre 2003, also drei Jahre nach der letzten Bestandszählung, ist das Fallzahlenvolumen bei den Hilfen gem. § 34 SGB VIII um 2.000 Maßnahmen höher als das Ergebnis aus vier Fortschreibungen für das Jahr 1999. Die ausgewiesenen über 21.200 Heimerziehungen und knapp 4.800 sonstigen betreuten Wohnformen sind bislang das höchste absolute Fallzahlenvolumen seit Inkrafttreten des SGB VIII.
- (b) Würde man nunmehr diese Ergebnisse ausschließlich vor dem Hintergrund des "Fortschreibungsfehlers" bewerten, würde dies bedeuten, dass die Erhebungs- und Erfassungsfehler in erheblichem Maße zunehmen und nicht wie zunächst nach der zweiten Bestandserhebung erwartet abneh-

<sup>2</sup> Die Jahre 1991, 1995 und 2000 sind die Erhebungsjahre, in denen der Bestand der Hilfen nicht über Zu- und Abgangsmeldungen errechnet, sondern bei den öffentlichen Trägern erhoben worden ist.

- men. Weitere Qualitätseinbußen beim Erhebungsverfahren erscheinen jedoch insbesondere auch für Nordrhein-Westfalen wenig wahrscheinlich, zumal flächendeckende empirische Hinweise hierzu fehlen bzw. die vorhandenen Anhaltspunkte eher das Gegenteil signalisieren (vgl. zuletzt für Nordrhein-Westfalen Schilling/Pothmann/Overmann 2004, S. 8 ff.).<sup>7</sup>
- (c) Eine weitere in diesem Zusammenhang zu berücksichtigende Auswertungsperspektive stellen die Angaben zu den finanziellen Aufwendungen seitens der öffentlichen Träger dar (vgl. auch Abbildung 12-10). Diese sind, wie bereits benannt, insgesamt für die Hilfen gem. §§ 33 und 34 SGB VIII deutlich gestiegen.
- (d) Schließlich muss erwähnt werden, dass auch die Ergebnisse der jüngsten Vollerhebung zum 31.12.2002 zu den Einrichtungen und tätigen Personen in der Jugendhilfe für die Heimerziehung in Nordrhein-Westfalen einen Anstieg der Einrichtungs-, Platz- und Personalzahlen signalisieren (vgl. Schilling/Pothmann/Overmann 2004, S. 55 ff.).

Tabelle 12-7: Begonnene stationäre Maßnahmen (familienersetzende Hilfen) in Nordrhein-Westfalen; 1991 bis 2003 (Angaben absolut und pro 10.000 der altersentsprechenden Bevölkerung)

ng)					
	Stationäre	davon:			
	Hilfen insgesamt	Verwandten- pflege	Fremdpflege	Heimerzie- hung in einem Heim	Sonstige betreute Wohnformen
1991	8.761	1.080	1.960	5.017	531
1992	9.589	615	2.470	5.644	662
1993	9.254	565	2.185	5.542	757
1994	8.690	421	2.098	5.055	813
1995	9.272	451	2.118	5.273	968
1996	8.869	424	2.010	5.117	948
1997	8.822	422	1.897	5.116	949
1998	9.281	469	1.991	5.183	1.136
1999	9.109	579	1.914	4.969	1.200
2000	9.155	478	1.887	5.124	1.156
2001	8.473	528	1.701	5.127	1.117
2002	8.510	413	1.936	5.090	1.071
2003	8.367	468	1.788	4.993	1.118
		Entwicklung zwisc	hen 1991 und 200	3	
Absolut	-394	-612	-172	-24	587
In %	-4,5	-56,7	-8,8	-0,5	110,5
	Inanspi	ruchnahme pro 10.	000 der unter 21-	Jährigen	
1991	22,6	2,8	5,1	12,9	1,4
1992	24,5	1,6	6,3	14,4	1,7
1993	23,5	1,4	5,6	14,1	1,9
1994	21,9	1,1	5,3	12,8	2,1
1995	23,2	1,1	5,3	13,2	2,4
1996	22,0	1,1	5,0	12,7	2,3
1997	21,7	1,0	4,7	12,6	2,3
1998	22,8	1,2	4,9	12,8	2,8
1999	22,3	1,4	4,7	12,2	2,9
2000	22,4	1,2	4,6	12,6	2,8
2001	20,8	1,3	4,2	12,6	2,7
2002	21,0	1,0	4,8	12,5	2,6
2003	20,7	1,2	4,4	12,4	2,8

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

<sup>7</sup> Ohne an dieser Stelle n\u00e4her darauf einzugehen ist darauf hinzuweisen, dass auch die Entwicklung der Fallzahlen f\u00fcr die unter 18-J\u00e4hrigen darauf hindeutet, dass sich hinter dieser \u00fcber die amtlichen Daten aufgezeigten Entwicklungen nicht blo\u00e4 ein statistisches Artefakt verbirgt (vgl. f\u00fcr den Zeitraum 2000 bis 2002 ausf\u00fchrlicher Schilling/Pothmann/Overmann 2004, S. 18 f.).

Geht man nunmehr einmal davon aus, dass angesichts der hier angeführten weiteren Auswertungsperspektiven der für die Vollzeitpflege und insbesondere für die Heimerziehung ausgewiesene Anstieg der Fallzahlen nicht ausschließlich auf den 'Fortschreibungsfehler' zurückzuführen ist, so stellt sich die Frage, inwiefern sich das Ausmaß des statistischen Effektes quantifizieren lässt. Nach ersten Abschätzungen im Rahmen von Analysen für das landesweite Berichtswesen zu den Hilfen zur Erziehung in Nordrhein-Westfalen ist zwischen 2000 und 2002 für die Heimerziehung nicht von einem Fallzahlenanstieg von knapp 21% auszugehen, sondern von 8%. Oder aber für die Vollzeitpflege wird für diesen Zeitraum nicht eine Zunahme der Maßnahmen um knapp 11% signalisiert, sondern um ca. 6%. Folgt man diesen Überlegungen, so ist in der Tat für Nordrhein-Westfalen seit dem Jahre 2000 von einem realen Anstieg der Fremdunterbringungen und hier insbesondere der Heimerziehungen auszugehen (vgl. ausführlicher Schilling/Pothmann/Overmann 2004, S. 19).

Konsolidierung bei der Zahl der 'Neuhilfen' Die begonnenen Hilfen stellen einen anderen Blickwinkel auf die Entwicklung von Fremdunterbringungsmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen dar. Dieser gibt Aufschluss darüber, wie viele Vollzeitpflegen, Heimerziehungen sowie Maßnahmen im Rahmen betreuter Wohnformen innerhalb eines Jahres als Ergebnis von Hilfeplanungsprozessen eingeleitet werden. Die Entwicklung der begonnenen familienersetzenden Maßnahmen zeigt sich nach einem deutlichen Rückgang zwischen 2000 und 2001 stabil (vgl. Tabelle 12-7).

Rückgang der Verwandtenpflege und Anstieg betreuter Wohnformen Über einen längeren Zeitraum betrachtet, werden im Jahre 2003 mit 8.367 begonnenen Maßnahmen gem. §§ 33 und 34 SGB VIII sogar 4,5% weniger Hilfen gezählt als noch 1991. Die Entwicklung der jährlich begonnenen Fremdunterbringungen bezogen auf 10.000 der unter 21-Jährigen in Nordrhein-Westfalen bestätigt alles in allem die geringen Veränderungen beim quantitativen Volumen der Neuhilfen. Jährlich werden im Zeitraum 1991 bis 2003 bezogen auf 10.000 der unter 21-Jährigen zwischen knapp 21 und nicht ganz 25 Hilfen begonnen. Diese konstante Entwicklung wird im Wesentlichen getragen durch die Fremdpflege sowie die Heimerziehung (vgl. Tabelle 12-7). Deutlich rückläufig im Maßnahmenspektrum sind hingegen Hilfen der Verwandtenpflege (vgl. auch Blandow/Walter 2001), während die sonstigen betreuten Wohnformen in diesem Zeitraum deutlich angestiegen sind.

#### Das beschäftigte Personal in der Heimerziehung

Insgesamt werden in den Arbeitsbereichen der Heimerziehung in Nordrhein-Westfalen zum 31.12.2002 etwas mehr als 8.000 Beschäftigte auf rund 7.100 Stellen gezählt (vgl. Tabelle 12-8). Hierunter sind zum weitaus größten Teil Personen, die in der Heimerziehung im Gruppendienst tätig sind (ca. 7.300). Knapp 700 Frauen und Männer arbeiten überwiegend gruppenübergreifend.

Strukturmerkmale der Beschäftigten in der Heimerziehung Von der Gesamtzahl der Beschäftigten in der Heimerziehung sind knapp 70% weiblich. Der größte Teil des Personals ist bei freien Trägern tätig. Unterschiede zwischen den beiden Beschäftigtengruppen (Gruppendienst und gruppenübergreifende Tätigkeiten) zeigen sich im Altersspektrum, der Qualifikationsstruktur sowie dem wöchentlichen Beschäftigungsumfang und verdeutlicht auf diese Weise den unterschiedlichen Status dieser beiden Beschäftigtengruppen. Beim Alter der tätigen Personen zeigt sich, dass das Personal im Gruppendienst jünger ist als in den gruppenübergreifenden Tätigkeiten. Während im Gruppendienst 49,5% zwischen 25 und 40 Jahre alt sind, sind dies in den gruppenübergreifenden Tätigkeiten 40,7%. Hingegen sind im Gruppendienst der Heimerziehung 33,1% zwischen 40 und 60 Jahre, während bei den gruppenübergreifenden Tätigkeiten 51,9% dieses Alter haben. Auch ist der Anteil der unter 25-Jährigen beim Personal im Gruppendienst mit 16,1% weitaus höher.

Gemeinsames Merkmal der tätigen Personen sowohl im Gruppendienst als auch bei den gruppenübergreifenden Tätigkeiten ist, dass die meisten Beschäftigten eine Berufsausbildung nachweisen können. Hingegen ist die Quote der Verfachlichung des Personals mit knapp 82% bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gruppendienst weitaus höher (vgl. Tabelle 12-8). Ausschlaggebend für die hohe Quote der Verfachlichung ist in diesem Fall ein hoher Erzieherinnen- und Erzieheranteil. Auf der anderen Seite charakterisiert sich das Personal im gruppenübergreifenden Dienst durch einen hohen Anteil von Personen mit einem akademischen bzw. einem fachlich einschlägigen akademischen Anschluss. So sind ca. 44% der tätigen Personen Sozialpädagoginnen bzw. Sozialpädagogen mit einer Hochschulausbildung und knapp 56% dieser Beschäftigtengruppe verfügen über einen Hochschulabschluss. Von großer Bedeutung sind hier vor allem die Psychologinnen und Psychologen.

Tabelle 12-8: Strukturmerkmale der Beschäftigten in der Heimerziehung in Nordrhein-Westfalen; 2002 (Angaben absolut und in %)

		A			A l ! 01	
		Angaben abs.			Angaben in %	
	Gesamt	Heimerzie- hung im Gruppen- dienst	Heimerz. m. grup- penüber- greif. Tä- tigkeiten	Gesamt	Heimerzie- hung im Gruppen- dienst	Heimerz. m. grup- penüber- greif. Tä- tigkeiten
Personal insg.	8.022	7.334	688	100,0	100,0	100,0
VZÄ <sup>1</sup>	7.119	6.556	563	88,7	89,4	81,8
		G	eschlecht			
Männlich	2.434	2.191	243	30,3	29,9	35,3
Weiblich	5.588	5.143	445	69,7	70,1	64,7
			Träger			
Öffentl. Träger	1.320	1.205	115	16,5	16,4	16,7
Freier Träger	6.702	6.129	573	83,5	83,6	83,3
			Alter			
Unter 25 Jahre	1.211	1.182	29	15,1	16,1	4,2
25 bis 40 Jahre	3.910	3.630	280	48,7	49,5	40,7
40 bis 60 Jahre	2.784	2.427	357	34,7	33,1	51,9
Über 60 Jahre	117	95	22	1,5	1,3	3,2
		Qualifika	tionsstruktur	en <sup>2</sup>		
Verberuflichung	7.161	6.500	661	89,3	88,6	96,1
Verfachlichung	6.516	5.984	532	81,2	81,6	77,3
Akademisierung	2.316	1.933	383	28,9	26,4	55,7
Professionalisier.	2.116	1.812	304	26,4	24,7	44,2
		Umfang d	er Beschäftigu	ing <sup>3</sup>		
Vollzeitb.	6.048	5.624	424	75,4	76,7	61,6
Teilzeitb.	1.715	1.493	222	21,4	20,4	32,3

<sup>1</sup> VZÄ: Vollzeitäquivalente

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe, 2002; eigene Berechnungen

Beim Beschäftigungsumfang der beiden Gruppen in der Heimerziehung zeigt sich beim Personal im Gruppendienst ein weitaus höherer Anteil an Vollzeitbeschäftigten als bei den gruppenübergreifenden Tätigkeiten. Während knapp 77% der tätigen Personen im Gruppendienst über eine Vollzeitstelle verfügen, sind dies beim gruppenübergreifenden Personal lediglich nicht ganz 61%. Dementsprechend ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten mit einem Drittel bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit gruppenübergreifenden Tätigkeiten erheblich höher.

<sup>2</sup> Zur Erläuterung der hier verwendeten Begrifflichkeiten vergleiche Tabelle 12-2 zur Erziehungsberatung in Kap. 12.1.

<sup>3</sup> Die Kategorien Vollzeitb. (Vollzeitbeschäftigung) und Teilzeitb. (Teilzeitbeschäftigung) umfassen zusammen die Gesamtzahl der hauptberuflich in diesem Bereich Beschäftigten.

## 12.5 Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit der Klientel<sup>8</sup>

#### Altersspektrum der Klientel

Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung steigt mit dem Alter der jungen Menschen. Zum 31.12.2003 werden insgesamt 56.675 Hilfen für junge Menschen gezählt. Von diesen sind 15% jünger als sechs Jahre sowie etwas mehr als 16% älter als 18 Jahre sind. Nahezu jede bzw. jeder Vierte ist im Alter von 6 bis unter 12 Jahren und die höchste quantitative Bedeutung ist für die 12- bis unter 18-Jährigen festzustellen. Diese quantitative Gewichtung der Altersgruppen deutet sich bei den ambulanten Leistungen an, bestätigt sich aber deutlich für die stationären Hilfen (vgl. Tabelle 12-9).

Tabelle 12-9: Entwicklung der Inanspruchnahme von Leistungen der Hilfen zur Erziehung (§§ 29 bis 35 SGB VIII) in Nordrhein-Westfalen nach Altersgruppen¹; 2003 (andauernde Hilfen am Jahresende)

Maßnahmen- bündel	Unter 6 J.	6 bis unter 12 J.	12 bis unter 18 J.	dv. 12 bis un- ter 15 J.	dv. 15 bis un- ter 18 J.	Über 18 J.	Unter 6 J.	6 bis unter 12 J.	12 bis unter 18 J.	dv. 12 bis un- ter 15 J.	dv. 15 bis un- ter 18 J.	Über 18 J. <sup>2</sup>
			Fallzahle	n absolut			Inansp		ne der Hilf ntsprecher	U	n auf 10.00 kerung	00 der
Ambulante H.	4.893	7.238	8.484	4.462	4.022	1.271	45,0	60,4	70,5	71,6	69,4	21,6
Stationäre H.	3.593	7.391	15.934	6.487	9.447	7.871	33,0	61,7	132,5	104,1	163	133,6
Vollzeitpflege	2.861	4.383	5.266	2.649	2.617	1.604	26,3	36,6	43,8	42,5	45,2	27,2
Heimerz. im H.	695	2.861	9.434	3.585	5.849	4.346	6,4	23,9	78,4	57,5	100,9	73,7
Betr. Wohnf.	37	147	1.234	253	981	1.921	0,3	1,2	10,3	4,1	16,9	32,6
	Hilf	fespektrun	n pro Alte	rsgruppe (	in Spalten	-%)	Altersv	erteilung	pro Maßn	ahmenbün	del (in Zei	ilen-%)
Ambulante H.	57,7	49,5	34,7	40,8	29,9	13,9	22,4	33,1	38,8	20,4	18,4	5,8
Stationäre H.	42,3	50,5	65,3	59,2	70,1	86,1	10,3	21,2	45,8	18,6	27,2	22,6
Vollzeitpflege	33,7	30,0	21,6	24,2	19,4	17,5	20,3	31,1	37,3	18,8	18,5	11,4
Heimerz. im H.	8,2	19,6	38,6	32,7	43,4	47,5	4,0	16,5	54,4	20,7	33,7	25,1

<sup>1</sup> Die Angaben zur SPFH basieren auf den in der amtlichen Statistik ausgewiesenen Werten zu dem Alter der in den Familien lebenden jüngsten und ältesten Kinder. Damit wird für 70% der in den Familien lebenden Kinder das Alter erfasst. Für die verbleibenden rund 30%, für die in der amtlichen Statistik kein Alter ausgewiesen wird, wird das Alter vor dem Hintergrund der bekannten Altersangaben abgeschätzt.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Institutionelle Beratung, Betreuung einzelner junger Menschen, sozialpädagogische Familienhilfe, Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses, 2003; eigene Berechnungen

Vergleicht man das Spektrum der in Anspruch genommenen Hilfen bzw. der Leistungssegmente für die einzelnen Altersgruppen, so wird deutlich, dass die unter 6-Jährigen besonders im ambulanten Bereich stark vertreten sind (57,7%), während die jungen Volljährigen den Bereich der stationären Hilfen und hier natürlich vor allem die Heimerziehung und die sonstigen betreuten Wohnformen mit 86,1% dominieren.<sup>9</sup>

Altersgruppe der 15- bis unter 18-Jährigen nimmt am häufigsten Heimerziehung in Anspruch. Im Hilfespektrum der stationären Hilfen ist die Vollzeitpflege nach wie vor erwartungsgemäß die Hilfe, die einen hohen Anteil bei den jüngeren Alterskohorten zu verzeichnen hat. Hingegen dominieren in der Heimerziehung die älteren Altersgruppen. Dies sind bei den eher klassischen Formen der Heimerziehung im Heim die 12- bis unter 15- sowie insbesondere die 15- bis unter 18-Jährigen sowie bei den betreuten Wohnformen auch die jungen Volljährigen (vgl. Tabelle 12-9).

<sup>2</sup> Die Angaben zur Inanspruchnahme bei den über 18-Jährigen beziehen sich auf die Altersgruppe der 18- bis unter 21-Jährigen, da Hilfen für junge Volljährige gem. § 41 SGB VIII in der Regel bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gewährt werden.

<sup>8</sup> Die nachfolgenden Auswertungen klammern Leistungen der Erziehungsberatung gem. § 28 SGB VIII jeweils aus (vgl. zu entsprechenden Auswertungen Kap. 12.1).

<sup>9</sup> Diese Dominanz ist allerdings auch ein Effekt des bereits benannten Fortschreibungsfehlers. Rekurriert man angesichts dessen noch einmal auf die Ergebnisse der letzten Bestandszählung vom 31.12.2000, so ist dieser Wert nach unten zu korrigieren. Gleichwohl waren auch zum 31.12.2000 immerhin 82,5% der Hilfen für junge Volljährige dem stationären Bereich zuzuordnen (vgl. Pothmann/Schilling 2002, S. 26 f.).

Tabelle 12-10: Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung ohne SPFH (§§ 29 bis 35 ohne 31 SGB VIII) nach dem Geschlecht der Adressatinnen und Adressaten in Nordrhein-Westfalen; 2003 (Aufsummierung der zum 31.12. eines Jahres andauernden und der innerhalb eines Jahres beendeten Leistungen)<sup>1</sup>

Maßnahmenbündel	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	Fa	ıllzahlen absol	ut	Verteilun	ıg der Fallzahl	en (in %)
Gesamt	56.740	32.685	24.055	100,0	57,6	42,4
Ambulante Hilfen	14.829	10.322	4.507	100,0	69,6	30,4
Stationäre Hilfen	41.911	22.363	19.548	100,0	53,4	46,6
Vollzeitpflege	15.901	7.970	7.931	100,0	50,1	49,9
Heimerz. im Heim	21.229	12.167	9.062	100,0	57,3	42,7
Betreute Wohnf.	4.781	2.226	2.555	100,0	46,6	53,4
	auf 10.000	nahme d. Hilf d. geschlechte rung unter 21	ergleichen		rum bei männ jungen Menso	
Gesamt	auf 10.000	d. geschlechte	ergleichen			
Gesamt Ambulante Hilfen	auf 10.000 Bevölke	d. geschlechte erung unter 21	ergleichen Jahren	weiblichen	jungen Menso	chen (in %)
	auf 10.000 Bevölke 140,6	d. geschlechte erung unter 21 158,2	ergleichen Jahren 122,2	weiblichen 100,0	jungen Menso	100,0
Ambulante Hilfen	auf 10.000 Bevölke 140,6 36,8	d. geschlechte erung unter 21 158,2 50,0	ergleichen Jahren 122,2 22,9	weiblichen 100,0 26,1	100,0 31,6	100,0 18,7
Ambulante Hilfen Stationäre Hilfen	auf 10.000 Bevölke 140,6 36,8 103,9	d. geschlechte erung unter 21 158,2 50,0 108,2	122,2 22,9 99,3	100,0 26,1 73,9	100,0 31,6 68,4	100,0 18,7 81,3

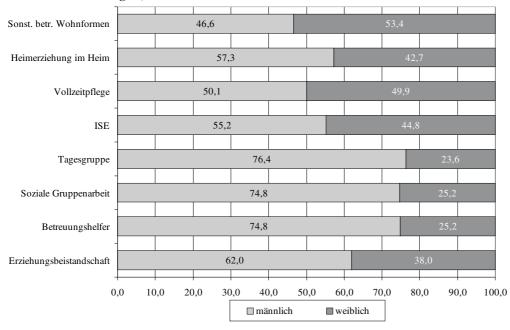
<sup>1</sup> Für die SPFH wird das Merkmal "Geschlecht" zu den in der Familie lebenden Kindern nicht erfasst. Daher können diese Hilfen hier nicht weiter berücksichtigt werden.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Institutionelle Beratung, Betreuung einzelner junger Menschen, sozialpädagogische Familienhilfe, Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses, 2003; eigene Berechnungen

Die Analyse der geschlechtsspezifischen Inanspruchnahme von Leistungen der Hilfen zur Erziehung zeigt, dass die männlichen Hilfeempfänger mit einem Anteil von 57,6% an allen Leistungen gem. §§ 29 bis 35 SGB VIII überrepräsentiert sind (vgl. Tabelle 12-10). Bezogen auf die Relativierung der Fallzahlen auf die geschlechtergleiche Bevölkerung heißt dies, dass im Jahre 2003 158 Jungen bezo-

Jungen und Mädchen sowie junge Männer und Frauen in den Hilfen zur Erziehung

Abbildung 12-11: Inanspruchnahme Hilfen zur Erziehung (ohne SPFH) nach Geschlecht der Adressatinnen und Adressaten und nach Maßnahmearten in Nordrhein-Westfalen; 2003 (Angaben in %; Aufsummierung der am 31.12. des Jahres andauernden und der innerhalb des Jahres beendeten Leistungen)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Institutionelle Beratung, Betreuung einzelner junger Menschen, sozialpädagogische Familienhilfe, Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses, 2003; eigene Berechnungen

gen auf 10.000 männliche junge Menschen eine Hilfe in Anspruch nehmen, während es nur ca. 122 Mädchen sind. Die Dominanz der männlichen Klientel ist zum großen Teil zurückzuführen auf die Geschlechterverteilung bei den ambulanten Hilfen. Hier wird die unterschiedliche Inanspruchnahme zwischen den Geschlechtern besonders deutlich. Für diese deutliche Dominanz sind insbesondere die wesentlich höheren Jungenanteile bei den Betreuungshilfen, der sozialen Gruppenarbeit und der Tagesgruppe verantwortlich. Teilweise liegen diese bei weit über 70% (vgl. Abbildung 12-11).

Vollzeitpflege, betreute Wohnformen und ISE-Maßnahmen als Maßnahmen mit dem höchsten Mädchenbzw. Frauenanteil Bei den stationären Hilfen zeigt sich ebenfalls ein Übergewicht der Jungen. Allerdings ist dies mit 53,4% längst nicht so gravierend wie bei den ambulanten Hilfen (vgl. Tabelle 12-10). Dies ist insbesondere auch auf die Vollzeitpflege zurückzuführen. Hier sind Jungen und Mädchen prozentual zu gleichen Teilen vertreten (vgl. Abbildung 12-11). Eine Sonderrolle in dem Katalog der erzieherischen Hilfen bezogen auf die Geschlechterverteilung kommt den sonstigen betreuten Wohnformen zu. Hier dreht sich das Geschlechterverhältnis um, sind doch 53,8% der jungen Menschen weiblich.

Migrationshintergrund der Adressatinnen und Adressaten Die folgenden Auswertungen zur Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung müssen insofern mit Vorsicht betrachtet werden, als dass das Merkmal "Staatsangehörigkeit" als Indikator zur Erfassung eines Migrationshintergrundes verwendet wird. Gleichwohl die Kinder- und Jugendhilfestatistik derzeit noch keine Alternative hierzu bietet, verliert dieser Indikator seit dem Inkrafttreten des Staatsangehörigkeitsrechtes am 01.01.2000 an Aussagekraft. Gleichwohl kann noch davon ausgegangen werden, dass nach wie vor über diese Auswertungsperspektive Effekte eines Migrationshintergrundes auf die Inanspruchnahme oder eben Nicht-Inanspruchnahme von Leistungen der Hilfen zur Erziehung gemessen werden können (vgl. auch Schilling/Pothmann/Overmann 2004, S. 32 f.).

Mehr Deutsche als Nicht-Deutsche nehmen Hilfen zur Erziehung in Anspruch. Bei der Inanspruchnahme seitens der deutschen und nicht-deutschen jungen Menschen und deren Familien ist eine ungleiche quantitative Gewichtung zu erkennen. So nehmen 169 Deutsche pro 10.000 der deutschen Bevölkerung unter 21 Jahren 2003 eine Hilfe zur Erziehung in Anspruch, aber nur 121 Nicht-Deutsche pro 10.000 der nicht-deutschen Bevölkerung (vgl. Tabelle 12-11).

Tabelle 12-11: Staatsangehörigkeit von Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern von Hilfen zur Erziehung (§§ 29 bis 35 SGB VIII) in Nordrhein-Westfalen; 2003 (Aufsummierung der zum 31.12. eines Jahres andauernden und der innerhalb eines Jahres beendeten Leistungen)<sup>1</sup>

tungen)						
Maßnahmen- bündel	Insgesamt	Deutsch	Nicht- Deutsch	Insgesamt	Deutsch	Nicht- Deutsch
	Fa	llzahlen absol	lut	Verteilui	ng der Fallzah	len in %
HzE insgesamt	65.812	59.727	6.085	100	90,8	9,2
Ambulante Hilfen	23.901	21.143	2.758	100	88,5	11,5
Stationäre Hilfen	41.911	38.584	3.327	100	92,1	7,9
Vollzeitpflege	15.901	14.959	942	100	94,1	5,9
Heimerz. im H.	21.229	19.306	1.923	100	90,9	9,1
Betr. Wohnf.	4.781	4.319	462	100	90,3	9,7
		en bezogen auf unter 21-Jähr		nicht-deuts	trum bei deuts schen Adressa dressaten (in %	tinnen und
HzE insgesamt	163,1	169,1	120,8	100	100	100
Ambulante Hilfen	59,2	59,9	54,7	36,3	35,4	45,3
Stationäre Hilfen	103,9	109,3	66,0	63,7	64,6	54,7
Vollzeitpflege	39,4	42,4	18,7	24,2	25,0	15,5
Heimerz. im H.	52,6	54,7	38,2	32,3	32,3	31,6
Betr. Wohnf.	11,8	12,2	9,2	7,3	7,2	7,6

<sup>1</sup> Bei der SPFH als ambulante Hilfeleistung wird hier jeweils die Familie als Erfassungseinheit gezählt, da nicht zu jedem in der Familie lebenden Kind die Staatsangehörigkeit erfasst wird (vgl. entsprechend Pothmann/Schilling 2002).

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Institutionelle Beratung, Betreuung einzelner junger Menschen, sozialpädagogische Familienhilfe, Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses, 2003; eigene Berechnungen

<sup>2</sup> Die für die Maßnahmen der Fremdunterbringung dargestellten Prozentwerte beziehen sich auf die Gesamtzahl der stationären Hilfen bei den deutschen bzw. nicht-deutschen Adressatinnen und Adressaten.

Im Hilfesegment der ambulanten Hilfen liegt der prozentuale Anteil der nicht-deutschen Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger mit 11,5% höher als der Wert bei den stationären Hilfen (7,9%). Entsprechend stehen 60 ambulante Hilfen für Deutsche pro 10.000 der entsprechenden Bevölkerung 55 Leistungen – ebenfalls bevölkerungsrelativiert – gegenüber (vgl. Tabelle 12-11). Bei den stationären Hilfen lassen sich mit einem Verhältnis von 109 zu 66 hingegen erheblich mehr Maßnahmen für deutsche junge Menschen verzeichnen. Speziell bei der Vollzeitpflege ist die Diskrepanz am größten.

Die deutlich werdende Unterrepräsentanz der Nicht-Deutschen in den Hilfen zur Erziehung bzw. – neutraler formuliert – die sichtbaren Disparitäten bei der Gewährung und Inanspruchnahme dieser Hilfen für Deutsche und Nicht-Deutsche haben ganz unterschiedliche Gründe. Diese sind einerseits die mangelnde Ausrichtung der Angebote auf die Bedürfnisse junger Menschen und deren Familien mit Migrationshintergrund sowie die zuletzt explizit im Elften Kinder- und Jugendbericht angemahnten rechtlichen, aber auch kommunikativen Zugangsprobleme zu der Sozialleistung Erziehungshilfe (vgl. Deutscher Bundestag 2002, S. 215 f.). Andererseits sind hierbei auch geringere Kenntnisse bezogen auf Erziehungsschwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten, ein von anderen Kulturkreisen geprägtes Verständnis über Familie und Sozialleistungen oder auch die Furcht der Eltern vor Entfremdung der eigenen Kinder von Relevanz (vgl. Schilling/Pothmann/Overmann 2004, S. 32 ff.).

#### 12.6 Methodische Hinweise

Im Erhebungsprogramm der KJH-Statistik werden verschiedene Aspekte der Hilfen zur Erziehung nach den §§ 27 ff. SGB VIII erfasst. Die Erhebung beinhaltet Angaben zu den Leistungen sowie den Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern, zu den Einrichtungen und dem beschäftigten Personal sowie zu den Ausgaben und Einnahmen für Leistungen und Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung.

Das Arbeitsfeld der Hilfen zur Erziehung stellt einen besonderen Schwerpunkt des Erhebungskonzeptes der KJH-Statistik dar. Im Rahmen der KJH-Statistik werden die abgeschlossenen institutionellen Beratungen (§ 28), die Unterstützungen durch Betreuungshelfer sowie Erziehungsbeistände (§ 29) und soziale Gruppenarbeit (§ 30), die sozialpädagogischen Familienhilfen (§ 31), die erzieherischen Hilfen außerhalb des Elternhauses, die entsprechend der Leistungsparagrafen nach Tagesgruppenerziehung (§ 32), Vollzeitpflege (§ 33), Heimerziehung und sonstigen betreuten Wohnformen (§ 34) sowie Maßnahmen der intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung (§ 35) unterschieden werden, erfasst.

Teilstatistik zu den

Erzieherischen Hilfen -

Erhebungsprogramm

Im Rahmen der jeweiligen Teilerhebungen werden Basisinformationen wie Alter, Geschlecht, Hilfeart, Dauer der Hilfe sowie darüber hinaus inhaltlich orientierte Angaben wie z.B. für die institutionelle Beratung der Anlass der Beratung, die Form der Beratung, der Schwerpunkt der Beratung, der Beendigungsgrund und der Aufenthalt bei Beginn der Beratung statistisch erfasst. Die Anzahl der Erhebungsmerkmale variiert je Erhebungsbögen zwischen 10 bei der sozialpädagogischen Familienhilfe und 22 bei den Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses. Die Erhebungsbögen unterteilen sich jeweils in einen eher allgemeinen, einen personen- und einen hilfebezogenen Merkmalsteil. Im allgemeinen Teil werden Angaben zur Trägerschaft der Leistung, zum Status der Hilfe (begonnen, andauernd oder beendet) und ggf. zur Hilfeart erfasst. Die personenbezogenen Merkmale umfassen zum einen allgemeine Angaben zur Person wie Alter und Geschlecht, aber auch Merkmale zur familiären Situation des jeweiligen jungen Menschen. Bei den Angaben zur Hilfe werden erste Informationen über die Zugangsbedingungen zur jeweiligen Hilfe, vereinzelt auch über die methodische Gestaltung der Hilfe sowie bei den erzieherischen Hilfen außerhalb des Elternhauses über die vorangegangenen und nachfolgenden Hilfen erfasst (vgl. dazu Schilling 2002, S. 92 ff.).

Erhebungsmerkmale

Die Teilstatistik zu den Einrichtungen und den tätigen Personen erfasst die institutionelle Ebene der Hilfen zur Erziehung. Das Zählen von Einrichtungen ist im Feld der Hilfen zur Erziehung nicht für alle Leistungsbereiche von Bedeutung, sondern hauptsächlich die Bereiche Heimerziehung und Beratung. Wesentliche Veränderungen in der Zeitreihe der seit 1982 alle vier Jahre durchgeführten Erhebungen

Teilstatistik zu den Einrichtungen und den tätigen Personen in der Kinder- und Jugendhilfe

<sup>10</sup> Die deutlich geringere Diskrepanz zwischen der Inanspruchnahme von deutschen und nicht-deutschen jungen Menschen und deren Familien im Bereich der ambulanten Leistungen ist dabei insbesondere auf die soziale Gruppenarbeit und die Betreuungshilfen zurückzuführen.

<sup>11</sup> Sofern nicht anders benannt, beziehen sich die in diesem Kapitel benannten Rechtsvorschriften auf das SGB VIII.

sind vor allem zwischen 1994 und 1998 erfolgt. So werden seit der Erhebung zum 31.12.1998 im Rahmen der Heimerziehung Ausdifferenzierungen bei den Einrichtungsarten berücksichtigt. Es werden beispielsweise die Differenzierungen zwischen Innen- und Außenwohngruppen, Erziehungsstellen sowie Einrichtungen/Abteilungen/Gruppen der geschlossenen Unterbringung berücksichtigt.

Eine andere, in Bezug auf die Gesamtheit des Feldes der Hilfen zur Erziehung umfassendere Perspektive bietet die Erhebung der tätigen Personen über den Arbeitsbereich des Personals. In diesem Zusammenhang sind als Arbeitsbereiche sämtliche Leistungen der Hilfen zur Erziehung als Items aufgeführt. Das heißt, bezogen auf die Formen der Hilfen zur Erziehung ist neben der Erfassungsperspektive der einzelnen Leistungen auch die Perspektive des damit hauptsächlich befassten Personals in der KJH-Statistik berücksichtigt, wenngleich die beiden Merkmale nicht miteinander zu verknüpfen sind, sondern zwei unterschiedliche Perspektiven auf das Feld der Hilfen zur Erziehung bieten (vgl. dazu ausführlich Schilling 2002, S. 161 ff.).

Die Statistik zu den Ausgaben und Einnahmen Die Statistik zu den Ausgaben und Einnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe erfasst in Bezug auf das Feld der Hilfen zur Erziehung in jeweils einer Erhebungskategorie (1) die Ausgaben und Einnahmen zu Einrichtungen der Heimerziehung, der Einrichtungen der Inobhutnahme sowie (2) die Ausgaben für Beratungsstellen, die sowohl Beratungen innerhalb als auch außerhalb des Leistungsspektrums der Hilfen zur Erziehung durchführen (vgl. dazu Kolvenbach 1997). Vor diesem Hintergrund ist die Einrichtungsperspektive der Ausgaben- und Einnahmenstatistik für die nachfolgenden Analysen nicht von Relevanz. Vielmehr werden hinsichtlich der Ausgaben und Einnahmen die leistungsbezogenen Kosten fokussiert. Die KJH-Statistik erhebt Angaben zu den öffentlichen Ausgaben der jeweiligen Leistungsparagrafen der Hilfen zur Erziehung (§§ 28 bis 35). Diese bieten eine eigenständige Perspektive auf das nach den Kindertageseinrichtungen kostenintensivste Feld der Kinder- und Jugendhilfe.

#### Literatur

- Beher, K./Gragert, N.: Aufgabenprofile und Qualifikationsanforderungen in den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe. Abschlussbericht Band 1, Dortmund und München 2004 (www.akj-stat.fb12.uni-dortmund.de -> Link zum Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Universität Dortmund am 15.01.2005).
- Blandow, J.: Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses. Stationäre Erziehungshilfen auf dem statistischen Prüfstand, in: Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik. Band 2: Analysen, Befunde und Perspektiven, Neuwied u.a. 1997, S. 15-86.
- Blandow, J./Walter, M.: Die Renaissance der Verwandtenpflege? Das Pflegekinderwesen im System erzieherischer Hilfen, in: Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Kinder- und Jugendhilfereport 1 Analysen, Befunde und Perspektiven, Münster 2001, S. 117-139.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinderund Jugendhilfe in Deutschland – Elfter Kinder- und Jugendbericht – mit der Stellungnahme der Bundesregierung. Drucksache 14/8181, Berlin 2002.
- Fendrich, S./Pothmann, J.: Fremdunterbringungen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe in den 1990er-Jahren zwischen empirischen Gewissheiten und weiterem Forschungsbedarf. Eine Analyse auf der Grundlage der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik, in: Zentralblatt für Jugendrecht, 90. Jg., 2003, Heft 6, S. 205-248 und Heft 7, S. 270-277.
- Hundsalz, A.: Erziehungsberatung, in: V. Birtsch, K. Münstermann, W. Trede (Hrsg.), Handbuch Erziehungshilfen. Leitfaden für Ausbildung, Praxis und Forschung, Münster 2001, S. 504-524.
- Kolvenbach, F.-J.: Die Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe. Zur Empirie eines vernachlässigten Themas, in: Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik. Band 2: Analysen, Befunde und Perspektiven, Neuwied u.a. 1997, S. 367-402.
- Menne, K.: Institutionelle Beratung in der Jugendhilfestatistik, in: Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik. Band 2, Neuwied u.a. 1997, S. 201-264.
- Menne, K.: Wer wird eigentlich beraten? Die Erziehungsberatung im Horizont ihrer Adressaten, in: Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Kinder- und Jugendhilfereport 1 Analysen, Befunde und Perspektiven, Münster 2001, S. 97-116.
- [MAGS] Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen: Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen. Situation von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen und Entwicklungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe, Düsseldorf 1995.

- Pothmann, J./Overmann, R.: Lernen durch Vergleich Erkennen durch Beobachtung. Landesweites Berichtswesen zu den Hilfen zur Erziehung in NRW zwischen Dienstleistung für kommunale Jugendhilfeplanung und Sozialberichterstattung, in: Jugendhilfereport Rheinland, 2003, Heft 4, S. 27-30.
- Pothmann, J./Rauschenbach, Th.: Mädchen benachteiligt in der Erziehungshilfe?, in: Kom Dat Jugendhilfe, 2. Jg., 1999, Heft 2, S. 1-2.
- Pothmann, J./Schilling, M.: Entwicklung und Stand der Hilfen zur Erziehung in Nordrhein-Westfalen. HzE Bericht 2000, Dortmund u.a. 2002.
- Rauschenbach, Th./Schilling, M.: Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik. Band I: Einführung und Grundlagen, Neuwied 1997.
- van Santen, E. u.a.: Kinder- und Jugendhilfe in Bewegung Aktion oder Reaktion? Eine empirische Analyse, München 2003.
- Schilling, M.: Die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik. Dissertation am Fachbereich Erziehungswissenschaft und Soziologie der Universität Dortmund, vorgelegt im November 2002, Dortmund 2002 (http://eldorado.uni-dortmund.de:8080/FB12/inst4/forschung im Ordner 2003 am 12.12.2004).
- Schilling, M./Pothmann, J./Overmann, R.: HzE Bericht 2001 Erziehungshilfen in Nordrhein-Westfalen, Dortmund u.a. 2003 (www.lvr.de/FachDez/Jugend/fuer+Jugendaemter/Jugendhilfeplanung/jhp\_publikationen. htm am 15.12.2004).
- Schilling, M./Pothmann, J./Overmann, R.: HzE Bericht 2002 Hilfen zur Erziehung in Nordrhein-Westfalen, Dortmund u.a. 2004 (www.lvr.de/FachDez/Jugend/fuer+Jugendaemter/Jugendhilfeplanung/jhp\_publikationen.htm am 15.12.2004).
- Späth, K.: Hilfen zur Erziehung problemorientierte Einführung, in: Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (Hrsg.), Jugendhilfepraxis im Wandel. Eine Arbeitshilfe zu Handlungsfeldern in der Jugendhilfe Reader Jugendhilfe 1996, Bonn 1996, S. 264-268.
- Wiesner, R. u.a.: SGB VIII. Kinder- und Jugendhilfe, 2. Aufl., München 2000.

# 13. Hoheitliche Aufgaben der Jugendhilfe

Dieses Kapitel setzt sich mit den statistischen Daten zu den hoheitlichen Aufgaben der Jugendhilfe auseinander, d.h. mit Handlungsformen, die darauf abzielen, Gefährdungen des Kindeswohls zu vermeiden. Im Einzelnen beinhalten die Auswertungen Analysen zu den Inobhutnahmen, den Sorgerechtsentzügen sowie zu den Adoptionen. U.a. hervorzuheben sind folgende inhaltliche Befunde:

- Mit Beginn dieses Jahrzehnts konsolidiert sich das Fallzahlenvolumen für die Inobhutnahmen bei weiter steigenden Ausgaben.
- Im Gegensatz zu den Leistungen der Hilfen zur Erziehung sind weibliche Jugendliche bei den Inobhutnahmen überrepräsentiert.
- Die Anzahl der Sorgerechtsentzüge ist zunächst in den 1990er-Jahren zurückgegangen. Seit Ende der 1990er-Jahre sprechen einige Hinweise auf eine Umkehrung dieser Entwicklung.
- Die Anzahl der Adoptionen in Nordrhein-Westfalen ist um rund 20% zurückgegangen, wobei sich bei den einzelnen Adoptionsformen unterschiedliche Entwicklungstrends zeigen.

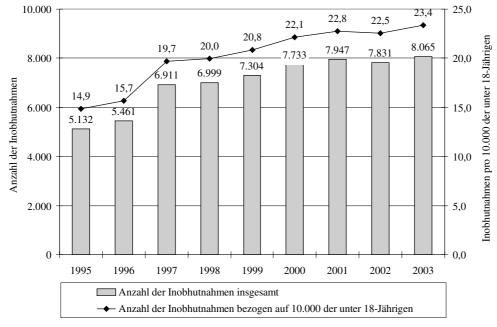
## 13.1 Inobhutnahmen und Sorgerechtsentzüge

#### Die Inobhutnahme zwischen Eingriff und Hilfeleistung

Die Inobhutnahme versteht sich von ihrer Intention als Hilfeangebot und als Eingriffsinstrument (vgl. Späth 2002, S. 263; Wiesner u.a. 2000, S. 646 f.). Die Maßnahmen werden in der KJH-Statistik seit 1995 erfasst. Für die Bundesrepublik insgesamt ist seither ein Anstieg der Inobhutnahmen von 23.571 auf knapp 27.378 Fälle im Jahre 2003 zu beobachten, wobei gerade für das erste Erhebungsjahr 1995 eine Untererfassung der Maßnahmen nicht auszuschließen ist (vgl. Pothmann 2001).

Ähnlich wie in der Bundesrepublik insgesamt dokumentieren auch die Daten für Nordrhein-Westfalen eine Zunahme der Inobhutnahmen. Werden 1995 noch rund 5.100 Kriseninterventionen seitens der Träger durchgeführt, so werden 2003 bereits rund 8.000 gezählt (vgl. Abbildung 13-1). Die Anzahl der

Abbildung 13-1: Entwicklung der Inobhutnahmen in Nordrhein-Westfalen; 1995 bis 2003 (Angaben absolut und pro 10.000 der unter 18-Jährigen)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Adoptionen und sonstige Hilfen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Inobhutnahmen bezogen auf die unter 18-Jährigen hat sich damit von 15 auf 23 seit der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre erhöht, wobei insbesondere der Anstieg der Maßnahmen zwischen 1996 und 1997 auffällig ist. Am Anfang diesen Jahrzehnts scheint sich allerdings das jährliche Fallzahlenvolumen zu konsolidieren. In den Jahren 2000 bis 2003 werden jährlich 7.700 bis etwas über 8.000 Hilfen gem. § 42 SGB VIII statistisch erfasst.

Parallel zum Anstieg der Maßnahmen zeigt sich eine Ausgabensteigerung in diesem Bereich von 2,87 Mio. EUR im Jahre 1992 auf 19,87 Mio. EUR im Jahre 2003 (vgl. Abbildung 13-2). Dabei ist für den Zeitraum 1992 bis 1996 ein kontinuierlicher Anstieg der Aufwendungen festzustellen, während in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre die jährlichen Angaben zu den Ausgaben eher uneinheitlich sind. So entspricht das Ausgabenvolumen des Jahres 1999 in Höhe von 8,68 Mio. EUR in etwa dem des Jahres 1996, nachdem für das Jahr 1998 noch mehr als 10 Mio. EUR seitens der kommunalen Jugendhilfeträger für diesen Bereich ausgegeben worden sind. Für den Zeitraum ab 1999 hingegen ist der höchste Anstieg der finanziellen Aufwendungen in den 1990er-Jahren zu beobachten. Die Ausgaben der öffentlichen Träger für Maßnahmen der Inobhutnahme haben sich seit 1999 um 11,2 Mio. EUR auf 19,87 Mio. EUR erhöht.

25,00 19,87 20,00 17.91 15.83 15.00 10,16 10,00 8.69 8.68 8,55 7.65 5,31 5,00 2,87 0,00 1992 1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003

Abbildung 13-2: Entwicklung der Ausgaben für Maßnahmen der Inobhutnahme in Nordrhein-Westfalen; 1992 bis 2003 (Angaben in Mio. EUR)

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Ausgaben und Einnahmen der Kinder- und Jugendhilfe, versch. Jahrgänge

Ungeachtet der vor allem in der zweiten Jahreshälfte z.T. schwankenden Jahreszahlen zu den finanziellen Aufwendungen dokumentieren die Entwicklungen bei den finanziellen Aufwendungen in Ergänzung zu der Zunahme der Fallzahlen einen tatsächlichen Bedeutungsgewinn der kurzfristigen Krisenintervention im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Die Gründe hierfür sind auf unterschiedlichen Ebenen anzusiedeln. Sie bewegen sich zwischen einem zunehmenden Bedarf an dieser Form des Hilfeangebots, eines zunehmenden Angebots von Schutzmaßnahmen sowie einer zunehmenden Niedrigschwelligkeit der Angebote (vgl. Späth 1998, S. 305).

Blickt man auf die vergleichsweise konstanten Fallzahlen der letzten Jahre bei einem gleichzeitigen Anstieg der finanziellen Aufwendungen, so ist zu fragen, ob sich konzeptionelle Ausrichtungen in diesem Bereich weiterentwickelt haben bzw. neue hinzugekommen sind. In diesem Fall läge die Annahme nahe, dass die Höhe der Kosten der bestehenden Angebote für den weiteren Anstieg der finanziellen Aufwendungen verantwortlich ist.

Kinder und Jugendliche in Inobhutnahmen

Der Anstieg der Inobhutnahmen ist eine Entwicklung, die sich für Kinder und Jugendliche sowie für Mädchen und Jungen unterschiedlich darstellt. Während sich die Anzahl der in Obhut genommenen Kinder zwischen 1995 und 2003 von knapp 2.000 auf rund 2.630 erhöht hat, steigt die Anzahl der in

Obhut genommenen Jugendlichen im gleichen Zeitraum von mehr als 3.100 auf mehr als 5.400. Dies entspricht einer prozentualen Steigerung von etwa 72%, während die Fallzahlen bei den unter 14-Jährigen im gleichen Zeitraum um rund 33% gestiegen sind (vgl. Tabelle 13-1).

Tabelle 13-1: Entwicklung der Inobhutnahmen nach Alter und Geschlecht der Adressatinnen und Adressaten in Nordrhein-Westfalen; 1995 bis 2003 (Angaben absolut und in %)

	Mär	ınlich	Wei	blich	Insg	esamt
	0 < 14 J.	14 < 18 J.	0 < 14 J.	14 < 18 J.	0 < 14 J.	14 < 18 J.
1995	977	1.252	997	1.906	1.974	3.158
1996	1.023	1.227	922	2.289	1.945	3.516
1997	1.225	1.576	1.117	2.993	2.342	4.569
1998	1.229	1.982	1.011	2.777	2.240	4.759
1999	1.224	2.054	1.163	2.863	2.387	4.917
2000	1.248	2.090	1.310	3.085	2.558	5.175
2001	1.210	2.170	1.278	3.289	2.488	5.459
2002	1.178	1.898	1.414	3.341	2.592	5.239
2003	1.219	2.214	1.410	3.222	2.629	5.436
		En	twicklung abso	olut		
1995/96	46	-25	-75	383	-29	358
1996/97	202	349	195	704	397	1.053
1997/98	4	406	-106	-216	-102	190
1998/99	-5	72	152	86	147	158
1999/00	24	36	147	222	171	258
2000/01	-38	80	-32	204	-70	284
2001/02	-32	-272	136	52	104	-220
2002/03	41	316	-4	-119	37	197
1995/03	242	962	413	1.316	655	2.278
		E	ntwicklung in	%		
1995/96	4,7	-2,0	-7,5	20,1	-1,5	11,3
1996/97	19,7	28,4	21,1	30,8	20,4	29,9
1997/98	0,3	25,8	-9,5	-7,2	-4,4	4,2
1998/99	-0,4	3,6	15,0	3,1	6,6	3,3
1999/00	2,0	1,8	12,6	7,8	7,2	5,2
2000/01	-3,0	3,8	-2,4	6,6	-2,7	5,5
2001/02	-2,6	-12,5	10,6	1,6	4,2	-4,0
2002/03	3,5	16,6	-0,3	-3,6	1,4	3,8
1995/02	24,8	76,8	41,4	69,0	33,2	72,1
	Inanspruchna	ahme bezogen a	uf 10.000 der u	nter 18-jährige	n Bevölkerung	
1995	7,0	33,4	7,5	53,7	7,2	43,3
1996	7,3	31,9	6,9	62,9	7,1	47,0
1997	8,7	40,4	8,3	81,1	8,5	60,2
1998	8,7	51,1	7,5	75,7	8,2	63,0
1999	8,7	53,0	8,7	77,9	8,7	65,1
2000	8,9	53,4	9,9	82,8	9,4	67,8
2001	8,7	53,9	9,7	86,1	9,2	69,6
2002	8,6	45,7	10,9	84,5	9,7	64,6
2003	9,1	52,0	11,0	79,5	10,0	65,4

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Adoption und sonstige Hilfen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Bezogen auf die jeweils altersentsprechende Bevölkerung heißt dies, dass in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre pro 10.000 Kinder in Nordrhein-Westfalen die Inobhutnahme von 7 auf 10 Maßnahmen gestiegen sind, während pro 10.000 Jugendlichen die Leistungen von 43 auf 65 Maßnahmen zugenommen haben. Dies hat zur Konsequenz, dass sich das Profil der Inobhutnahme vor allem als eine kurz-

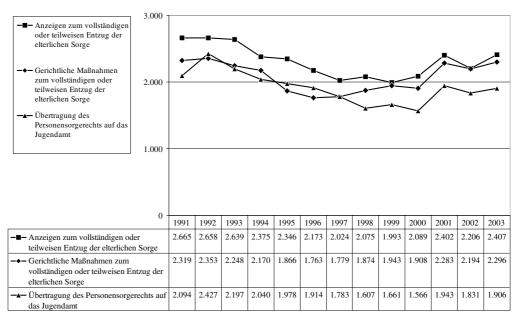
fristige Krisenintervention für Jugendliche und deren Familien seit Mitte der 1990er-Jahre verfestigt hat (vgl. Tabelle 13-1).

Betrachtet man sich die Entwicklung von in Obhut genommenen Kindern und Jugendlichen darüber hinaus noch nach dem Geschlecht, so bestätigt sich für Jungen und Mädchen, dass bei den über 14-Jährigen höhere Fallzahlenzuwächse als bei den unter 14-Jährigen zu beobachten sind. Für die Situation des Jahres 2000 gilt ferner, dass bei den Inobhutnahmen für Kinder das Geschlechterverhältnis vergleichsweise ausgewogen ist, während sich bei den über 14-Jährigen ein deutliches quantitatives Übergewicht bei den Mädchen und jungen Frauen abzeichnet (vgl. Tabelle 13-1).

#### Die Sorgerechtsentzüge gehen zurück

Die mögliche Konsequenz von Inobhutnahmen ist je nach der Krise des Einzelfalls und der Gefährdung des Kindeswohls eine Anzeige zu einem vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge. Dies stellt für das Jugendamt die letzte Möglichkeit zum Schutze des Kindeswohls dar, wenn alle anderen Leistungen und Hilfeangebote die Situation nicht entscheidend verbessern können (vgl. Rauschenbach/Schilling 1997, S. 129). In Nordrhein-Westfalen tritt diese Situation in den Jugendämtern seit 1993 immer seltener auf. Wurde 1993 noch in 2.639 Fällen eine Anzeige zum Entzug der elterlichen Sorge gestellt, so sind es im Jahre 1999 noch knapp 2.000 Anzeigen (vgl. Abbildung 13-3). Für die Jahre ab 2000 ist die Entwicklung eher uneinheitlich. Jährlich werden in diesem Zeitraum knapp 2.100 bis rund 2.400 Anzeigen statistisch erfasst.

Abbildung 13-3: Entwicklung der vollständigen oder teilweisen Entzüge der elterlichen Sorge in Nordrhein-Westfalen; 1991 bis 2003 (Angaben absolut)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Adoptionen und sonstige Hilfen, versch. Jahrgänge

Parallel dazu haben sich die gerichtlichen Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge entwickelt. Wurden 1991 noch deren 2.300 gezählt, so sind dies im Jahre 1996 nur noch etwas mehr als 1.700. Seit 1997 ist dagegen ein stetiges langsames Ansteigen der Fallzahlen auf zuletzt ca. 2.300 Fälle zu beobachten.

Diese Entwicklungen weisen darauf hin, dass sich zunächst in den 1990er-Jahren die Philosophie des Kinder- und Jugendhilfegesetzes in der Praxis verwirklicht. Möglicherweise ist gerade der parallel zu beobachtende Anstieg der Hilfen zur Erziehung ein Hinweis darauf, dass die zur Verfügung stehenden Unterstützungsleistungen zur Vermeidung des Sorgerechtsentzugs in den Familien eingesetzt werden. Ein weiterer Indikator hierfür ist auch die in den 1990er-Jahren zu beobachtende rückläufige Zahl von Übertragungen des Personensorgerechts auf das Jugendamt. Werden diesbezüglich für das Jahr 1992

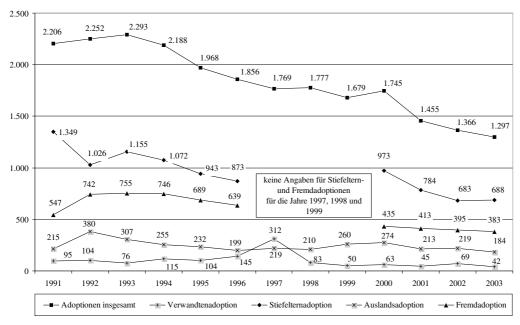
noch über 2.400 ausgewiesen, so sind dies im Jahr 2000 knapp 1.600. Seit Ende der 1990er-Jahre allerdings sprechen einige Hinweise für eine Umkehrung dieser Entwicklung. Neben dem Anstieg der Anzeigen und Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge ist für die Übertragung des Personensorgerechts auf das Jugendamt seit dem Jahr 2000 eine ähnliche Entwicklung zu konstatieren.

# 13.2 Adoptionen

#### Rückgang der Adoptionen geht einher mit Veränderungen der Altersstruktur

Generell sind Adoptionen ein erheblicher Einschnitt in die Biografie eines jeden Kindes oder Jugendlichen, der zumindest formalrechtlich in seinen Konsequenzen weit reichender ist als beispielsweise die Unterbringung in einem Heim oder einer Pflegefamilie. Die rechtliche Zugehörigkeit des Kindes zu seiner Herkunftsfamilie wird aufgelöst und ein völlig neues Eltern-Kind-Verhältnis entsteht (vgl. Happ-Margotte 1997). Dieser Vorgang ist in Nordrhein-Westfalen in den 1990er-Jahren allerdings von Jahr zu Jahr seltener zu beobachten. Insgesamt hat sich die Anzahl der Adoptionen von 2.206 Fälle im Jahre 1991 auf 1.297 Fälle im Jahre 2003 reduziert. Dies entspricht einem Rückgang der Fallzahlen um über 40% (vgl. Abbildung 13-4).

Abbildung 13-4: Entwicklung der Adoptionsformen in Nordrhein-Westfalen; 1991 bis 2003 (Angaben absolut)



Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Adoptionen und sonstige Hilfen, versch. Jahrgänge

Eine genauere Betrachtung der Adoption von Kindern und Jugendlichen setzt die Differenzierung von verschiedenen Adoptionsformen voraus. Hier muss unterschieden werden zwischen (a) den Verwandtenadoptionen, (b) den Stiefelternadoptionen, (c) den Auslandsadoptionen sowie (d) den Fremdadoptionen (vgl. dazu ausführlich u.a. Happ-Margotte 1997, S. 125 ff.). Einschränkend muss in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass bei den Angaben für die Jahre 1997, 1998 und 1999 Fehler im Rahmen der Plausibilitätsprüfung beim Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen aufgetreten sind, die zu einer Verzerrung der Ergebnisse führen. Diese Angaben werden daher im Folgenden nicht weiter berücksichtigt. Hingegen ist bei den Angaben ab dem Jahr 2000 nach Auskunft des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik von einer Behebung dieses Fehlers auszugehen.

Unterschiedliche Trends bei den Adoptionsformen

Tabelle 13-2: Adoptierte Kinder und Jugendliche nach Alter in Nordrhein-Westfalen; 1994 bis 2003 (Angaben absolut und in %)

Jahr	Insgesamt	Verwandten- adoptionen	Stiefeltern- adoptionen	Auslands- adoptionen	Fremd- adoptionen
1991	2.206	95	1.349	215	547
1992	2.252	104	1.026	380	742
1993	2.293	76	1.155	307	755
1994	2.188	115	1.072	255	746
1995	1.968	104	943	232	689
1996	1.856	145	873	199	639
1997	1.769	312	k.A.	219	k.A.
1998	1.777	83	k.A.	210	k.A.
1999	1.679	50	k.A.	260	k.A.
2000	1.745	63	973	274	435
2001	1.455	45	784	213	413
2002	1.366	69	683	219	395
2003	1.297	42	688	184	383
		An	teile in %		
1991	100	4,3	61,2	9,7	24,8
1992	100	4,6	45,6	16,9	32,9
1993	100	3,3	50,4	13,4	32,9
1994	100	5,3	49,0	11,7	34,1
1995	100	5,3	47,9	11,8	35,0
1996	100	7,8	47,0	10,7	34,4
1997	100	17,6	k.A.	12,4	k.A.
1998	100	4,7	k.A.	11,8	k.A.
1999	100	3,0	k.A.	15,5	k.A.
2000	100	3,6	55,8	15,7	24,9
2001	100	3,1	53,9	14,6	28,4
2002	100	5,1	50,0	16,0	28,9
2003	100	3,2	53,0	14,2	29,5
		Indexentwic	klung (1991 = 100)	)	
1991	100	100	100	100	100
1992	102,1	109,5	76,1	176,7	135,6
1993	103,9	80,0	85,6	142,8	138,0
1994	99,2	121,1	79,5	118,6	136,4
1995	89,2	109,5	69,9	107,9	126,0
1996	84,1	152,6	64,7	92,6	116,8
1997	80,2	328,4	k.A.	101,9	k.A.
1998	80,6	87,4	k.A.	97,7	k.A.
1999	76,1	52,6	k.A.	120,9	k.A.
2000	79,1	66,3	72,1	127,4	79,5
2001	66,0	47,4	58,1	99,1	75,5
2002	61,9	72,6	50,6	101,9	72,2
2003	58,8	44,2	51,0	85,6	70,0

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Adoption und sonstige Hilfen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Für die Adoptionsformen zeigen sich z.T. sehr unterschiedliche Entwicklungstrends. So dokumentieren die amtlichen Daten bis Mitte der 1990er-Jahre einen Rückgang der Stiefelternadoptionen (vgl. Abbildung 13-4), der sich ab dem ersten verlässlichen Datum im Jahr 2000 weiter fortsetzt. Im Jahr 2003 werden nur noch halb so viele Stiefelternadoptionen vorgenommen wie noch 1991. Dieser Trend lässt sich ebenso für die Fremdadoptionen erkennen, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß. Hier zeigt sich ein Rückgang der Fallzahlen seit 1991 um 30%. Das heißt auch, dass Adoptionsvermittlungsstellen in den 1990er-Jahren in Nordrhein-Westfalen zunehmend von den sehr arbeits- und zeitintensiven Fremdadoptionen entlastet werden. Diese quantitativen Dimensionierung von Stiefeltern- auf der ei-

nen und Fremdadoptionen auf der anderen Seite entspricht der Einschätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter, demzufolge Stiefkindadoptionen quantitativ den Aufgabenbereich der Adoptionen insgesamt bestimmen (vgl. dazu Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter 1999).

Im Vergleich zu den Stiefeltern- und den Fremdadoptionen sind Verwandten- und Auslandsadoptionen in den 1990er-Jahren von einer quantitativ geringeren Bedeutung. So machen die Verwandten- adoptionen im Jahre 2003 lediglich 3% der Adoptionen insgesamt aus. Auch die Auslandsadoptionen haben mit einem Anteil von ca. 14% quantitativ eine weitaus geringere Relevanz als Stiefeltern- und/oder Fremdadoptionen. Allerdings zeigt sich in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre eine leichte Zunahme der Auslandsadoptionen, was möglicherweise nach Fendrich (2002) in einem Zusammenhang zu sehen ist mit der sinkenden Zahl von Adoptionsvermittlungen aus dem Inland.

Differenziert man das Fallzahlenvolumen der Adoptionen insgesamt nach dem Alter der adoptierten Kinder und Jugendlichen, so wird deutlich, dass in Nordrhein-Westfalen vor allem Kinder adoptiert werden. Von den im Jahre 2002 insgesamt knapp 1.300 adoptierten jungen Menschen sind rund 23% der Altersgruppe der unter 3-Jährigen sowie jeweils 17% den 3- bis unter 6-Jährigen sowie den 6- bis unter 9-Jährigen zuzuordnen (vgl. Tabelle 13-2).

Das Altersspektrum von adoptierten Kindern und Jugendlichen

Berücksichtigt man weiter, dass knapp 14% der Adoptierten zwischen 9 und 12 Jahre alt sind, heißt dies, dass über 70% der adoptierten Minderjährigen nicht älter als 12 Jahre sind (vgl. Tabelle 13-2). Im Zeitreihenvergleich der Altersgruppen ist allerdings auffällig, dass bei den 1- bis unter 3-Jährigen vor allem aber bei den 3- bis unter 6-Jährigen anteilig für die zweite Hälfte der 1990er-Jahre ein Rückgang zu beobachten ist, während die Anzahl von adoptierten Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen tendenziell ansteigt. Dies könnte auch vor dem Hintergrund der Befunde zu den Hilfen zur Erziehung ein Hinweis darauf sein, dass gerade bei jüngeren Kindern und deren Familien intensiver als noch vor 10 Jahren die Arbeit der Jugendhilfe darauf abzielt, die Funktionen und Aufgaben der familiären Netzwerke zu stärken (vgl. auch Kap. 12 zu den Hilfen zur Erziehung).

#### 13.3 Methodische Hinweise

Die Angebote des Kinder- und Jugendhilfegesetzes sind vom Gesetzgeber in Leistungen und andere Aufgaben unterteilt. Auch die KJH-Statistik beinhaltet sowohl die Erfassung von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, wie z.B. die Hilfen zur Erziehung oder die Maßnahmen der Jugendarbeit, als auch der im Gesetz als andere Aufgaben bezeichneten Angebote. Im eigentlichen Sinne handelt es sich hierbei um hoheitliche Aufgaben mit dem Ziel, Gefährdungen des Kindeswohls zu vermeiden (vgl. Münder u.a. 2003. S. 377 ff.). Die nachfolgenden Analysen zu den hoheitlichen Aufgaben beinhalten die Darstellung der Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII. Im Verständnis des Kinder- und Jugendhilfegesetzes stellen sie ein Angebot der Kinder- und Jugendhilfe dar, das nicht nur den hoheitlichen Aufgaben zuzuordnen ist, zumal dieser Eingriff in die Erziehungsautonomie der Eltern durchaus als Überleitung einer Leistung, z.B. der Hilfen zur Erziehung, genutzt werden kann (vgl. ebd.). Die Inobhutnahmen sind erst nachträglich 1995 mit in das Erhebungsprogramm der KJH-Statistik integriert worden. Gerade bei der ersten Erhebung sind in diesem Zusammenhang Untererfassungen nicht auszuschließen. Weiter muss bei den Schutzmaßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe darauf hingewiesen werden, dass hier nicht die Anzahl der Minderjährigen pro Jahr gezählt werden, sondern die tatsächliche Anzahl der Maßnahmen. Das heißt, mehr noch als bei ambulanten Hilfen der Erziehung ist nicht auszuschließen, dass innerhalb eines Jahres ein Kind bzw. ein Jugendlicher mehrmals in Obhut genommen wird.

Darüber hinaus werden Angaben der amtlichen Statistik zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge ausgewertet als ein Gradmesser für das Dienstleistungsverständnis der Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen.

Die Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge können in der Praxis unmittelbar den Adoptionen vorausgehen. Sie sind eine mögliche Voraussetzung dafür, dass Kinder bzw. Jugendliche adoptiert werden. Bei der Teilerhebung zu den Adoptionen gilt dabei die Besonderheit, dass Adoptionen eigentlich kein Tatbestand sind, der vornehmlich durch das SGB VIII geregelt wird, sondern vielmehr durch das BGB bzw. das Adoptionsvermittlungsgesetz. Gleiches gilt auch für den Entzug der elterlichen Sorge. Die Voraussetzungen hierfür werden im Wesentlichen durch das BGB (§ 1666b) geregelt.

#### **Datenhalter**

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

#### **Datenquelle**

Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Adoptionen und sonstige Hilfen

Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe - Ausgaben und Einnahmen für die Kinder- und Jugendhilfe

Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Vorläufige Schutzmaßnahmen

#### Literatur

Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter: Perspektiven der Adoptionsvermittlung als Aufgabe und Dienstleistung der Jugendhilfe, in: Mitteilungen des Landesjugendamtes Westfalen Lippe, 1999, Nr. 140/99, S. 83-97.

Fendrich, S.: Interstaatliche Fremdadoptionen zunehmend akzeptiert?, in: Kom Dat Jugendhilfe, 5. Jg., 2002, Heft 1, S. 5.

Happ-Margotte, D.: Adoption – im Spiegel der Statistik, in: Th. Rauschenbach, M. Schilling (Hrsg.), Die Kinderund Jugendhilfe und ihre Statistik. Band 2: Analysen, Befunde und Perspektiven, Neuwied 1997, S. 125-148.

Münder, J. u.a.: Frankfurter Lehr- und Praxiskommentar zum KJHG, 4. Aufl., Münster 2003.

Pothmann, J.: Sozialpädagogische Kriseninterventionen im Spiegel der Statistik. Aktuelle empirische Befunde zu den Maßnahmen der Inobhutnahme (§ 42 SGB VIII), in Forum Jugendhilfe, 2001, Heft 4, S. 47-50.

Rauschenbach, Th./Schilling, M.: Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik, Band 1: Einführung und Grundlagen, Neuwied 1997.

Späth, K.: Konzeption und Praxis der Inobhutnahme nach § 42 KJHG, in: Zentralblatt für Jugendrecht, 85. Jg., 1998, Heft 7-8, S. 303-308.

Späth, K.: Inobhutnahme als Ausfallbürge für Mängel im Hilfesystem?, in: Forum Erziehungshilfen, 8. Jg., 2002, Heft 5, S. 260-266.

Wiesner, R. u.a.: SGB VIII. Kinder- und Jugendhilfe, 2. Aufl., München 2000.